



Ich stelle mir Dich ernst und düster vor, ohne auch nur ein flüchtiges Lächeln. Irgendwie möchte ich Dich aufheitern. Ich werde Dir Geschichten erzählen, was meinst Du? Zum Beispiel will ich Dir, als Intermezzo für die Beschreibung meiner Reise durch diese so große und schreckliche Welt, etwas über mich selbst und meinen Ruf sagen, etwas sehr Ergötzliches. Ich bin nicht über einen ziemlich engen Kreis hinaus bekannt; mein Name wird deshalb in allen möglichen unwahrscheinlichen Arten entstellt: Gràmasci, Grànusci, Gràmisci, Grànisci, Gramàsci und sogar Garamàscion, mit den bizzarsten Zwischenstufen. In Palermo traf ich während des Wartens auf die Gepäckkontrolle in einem Depot eine Gruppe von Arbeitern aus Turin, die auf dem Wege zur Verbannung waren. Unter ihnen befand sich ein gewaltiger Kerl, ein ultraindividueller Anarchist, bekannt unter der Bezeichnung „Der Einzige“, der sich weigert, irgend jemand, und schon gar nicht der Polizei und den Behörden überhaupt, seine Personalien anzugeben: „Ich bin „Der Einzige“ und damit basta“, ist seine Antwort. In dem wartenden Haufen erkannte „Der Einzige“ unter den gewöhnlichen Kriminellen (Angehörigen der Mafia) einen anderen Kerl wieder, einen Sizilier („Der Einzige“ muß von Neapel oder weiter unten sein), der teils aus politischen und teils aus kriminellen Gründen verhaftet ist, und wir gingen dazu über, uns miteinander bekannt zu machen. Ich stellte mich vor: Der andere sah mich lange an, dann fragte er: „Gramsci, Antonio?“ — „Ja, Antonio“, antwortete ich. „Kann nicht sein“, erwiderte er, „denn Antonio Gramsci muß ein Riese sein und nicht so ein kleiner Mann.“ Er sagte nichts mehr, zog sich in einen Winkel zurück, setzte sich auf ein nicht zu bestimmendes Gerät und verharnte dort wie Marius auf den Trümmern Karthagos, in Meditation über seine verlorene Illusionen.«

Antonio Gramsci, Brief aus dem Gefängnis (19.2.1927)



Nr. 5, März 1991

Deppe/Leisewitz/Reusch/
Sandkühler

■ **Marxismus nach dem
Ende des Sozialismus**

Bischoff/Goldschmidt/
Menard

■ **Markt und gesellschaftliche
Regulierung**

Beer/Mies/Peter

■ **Vergesellschaftung und
Subjektivität**

Dörge-Weidemann/Zander

■ **Sartre und Althusser**

Koch/Schöfer

■ **Befindlichkeiten im
Jahr danach**

Jung

■ **Kritik des Gorbatschowismus**

Haug

■ **Über die Dummheit**

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
2. Jahrgang
Heft 5 (März 1991)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Wiesbaden)

und

Gertrud Antoni, Christiane Bainski,
Harry von Barga, Ulrike Bohnenkamp,
Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer
Einenkel, Albert Engelhardt, Heike
Flessner, Edgar Gärtner, Wolfgang
Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes
Henrich von Heiseler, Jörg Huffschild,
Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung,
Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan
Krull, Steffen Lehdorff, Anja
Maschinski, Hans-Joachim Müller,
Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen
Reusch, Ursula Schumm-Garling,
Susanne Schunter-Kleemann, Werner
Stürmann, Cornelia Teller, Harald
Werner und Elke Vesper

Redaktion:
Albert Engelhardt, Heinz Jung

4 Editorial

6 *Jürgen Reusch:*
Der Golf-Krieg und die deutsche Linke

Marxismus: Erneuerung und Aktualisierung

16 *Jürgen Reusch / André Leisewitz:*
Zusammenbruch des 'realen Sozialismus' und marxistische Theorie

26 *Frank Deppe:*
Der Zusammenbruch des Sozialismus und Perspektiven der marxistischen Theorie

35 *Hans Jörg Sandkühler:*
Karl Marx und das alte Neue
Zum Status marxistischer Theorie heute

47 *Joachim Bischoff:*
Sozialistische Vergesellschaftung: Markt statt gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion?

54 *Werner Goldschmidt:*
Vergesellschaftung

63 *Michael Menard:*
Gesellschaftliche Steuerung und Privatinteresse

73 *Karl Hermann Tjaden:*
Marx, der Müll und der Fortschritt

87 *Thomas Mies:*
Die Kategorie der doppelten Produktion des Lebens
Kritische Anmerkungen zur Geschichte einer Verdrängung

96 *Ursula Beer:*
Vergesellschaftungsprozeß und Subjektivität

101 *Lothar Peter:*
Marxismus und Subjektfrage

108 *Heinz Jung:*
Gorbatschowismus, 'neues Denken' und die Realität
Kritische Erörterungen

126 *Hartwig Zander:*
Die Freistelle der Sprache
Ein Zusammenstoß am Vorabend der 'Krise des Marxismus': Louis Althusser und Fernand Deligny im Sommer 1976

140 *Jonas Dörge-Weidemann:*
Sartre und der 'sklerose Marxismus'

148 *Wolfgang Fritz Haug:*
Dummheit
Entwurf eines Artikels für ein neues marxistisches Wörterbuch

160 *Thomas Koch:*
Statusunsicherheit und Identitätssuche im Spannungsfeld zwischen 'schöpferischer Zerstörung' und nationaler Re-Integration
Kontinuität, Krisen, Brüche ostdeutscher Identitäten im gegenwärtigen Transformationsprozeß

171 *Frigga Haug:*
Die Situation der Linken im vereinten Deutschland

176 *Erasmus Schöfer:*
Aktbild eines Revolutionärs

186 *Alexandra Wagner:*
Linke Politik - Dauerkrise oder Neubeginn?

190 *Olaf Cless:*
Und Rudi Schulte schweigt im Grab
Franz Josef Degenhardts neue Platte

194 *Heinz Jung:*
Ein 'Irrtum', ein 'Unglücksfall' - oder was war es denn mit dem Sozialismus?
Anmerkungen zu Kritiken

201 **Buchbesprechungen:**
Bismarck (Seeber/Wolter), Grüner Marxismus (Jung), Mut zur Erkenntnis (Bunke)

5 Impressum

15 AutorInnen

62 Vorschau

Editorial

Von wegen! Wer gehofft hatte, nach dem 'deutschen Jahr' kehre endlich wieder insofern Ruhe ein, als daß nun - die veränderte Ausgangssituation fest im Blick, die Neudefinition von Zielen und Wegen im Sinn - zum Tagesgeschäft linker Kritik und eingreifenden Handelns zurückgekehrt werden könne, sieht sich eifertiger Illusionen beraubt. Der Boden unter den Füßen wankt weiter - und wird so schnell nicht zur Ruhe kommen.

Fernsehbilder erregen wieder die Gemüter. Diesmal kommen sie nicht aus Dresden, Leipzig oder vom Alexanderplatz zu Berlin. Nun soll 'hinter der Türkei' die 'neue Weltordnung' buchstäblich ihre Feuertaufe bestehen. Imperiale Einflußsphären sollen zurückgewonnen oder gefestigt werden, Blut muß fließen. Und das Geschäft blüht. Wer Gasangriffe möglich macht, muß schließlich auch etwas für die Minimierung ihrer Folgen tun. Für Menschenleiber zeretzende Minen gibt es im gewöhnlich gut sortierten Waffenhandel selbstverständlich auch gepanzerte Minenhunde. Das wäre doch gelacht!

Der angemessene Aufschrei 'Wir sind eine Menschheit!' wird diffamiert, bevor er laut werden kann. Mahnwachen und Blockadeaktionen werden in die Nähe des Gröfaz, des Saddam Nummero Zwo, gerückt. Eine Demonstration gegen den Krieg wird zu Beschwichtigungspolitik umgedeutelt. Auschwitz soll endgültig zum Trauma nur der Nachgeborenen und ihrer Kinder werden. Die Altvorderen zahlen ihre moralische Bringschuld in harter Währung. Milliarden De-Emmchen als Weißmacher. Vor wenigen Jahren Händedruck mit Reagan über den SS-Gräbern von Bitburg, heute bargeldlose Transfers an dessen Nachfolger. Immer zwecks Festigung der unheiligen Allianz, die - wie die Rolle ihrer Führungsmacht - nur noch durch Beschlüsse über Raketen-Stationierung oder -Einsätze zu halten zu sein scheint.

Wo Kinderträume und vage Hoffnungen auf die neue Zeit vernünftiger und friedlicher Konfliktlösung im Bombenhagel begraben werden sollen, sind Propagandaschlachten zeitweilig sogar wichtiger als die Effizienz von Wüstenstürmen. Daß keines der Probleme, die den Golfkrieg tatsächlich oder auch nur vermeintlich verursacht haben, nach dem Abräumen der Leichenberge gelöst sein wird, ist die derzeit einzige Prophezeiung, die nur bei schlechten Buchmachern Wettgewinne verspricht.

Auf den Seiten unserer Zeitschrift wollen wir im Jahr 1991 vor allem Trugbilder und Realitäten der kapitalistischen Gesellschaft analysieren und erörtern. Harte Themen und Grundauffassungen bisheriger marxistischer Kapitalismuskritik sollen in Heft 6 hinsichtlich ihrer Bedeutung und Tauglichkeit überprüft werden. Es werden Hefte folgen, deren

Schwerpunkthemen die Fassade und/oder Hoffnungsbilder einer 'Zivilgesellschaft' abklopfen, dem real existierenden Widerspruch von 'Barbarei und Zivilisation' auf die Spur kommen und die den internationalen Dimensionen und Konstellationen kapitalistischer Herrschaft sowie antikapitalistischer Optionen gerecht werden sollen.

Wir verstehen 'Z' auch als Medium, um die beschädigte Infrastruktur marxistischer und linker Diskussionszusammenhänge wieder zu beleben. Im vorliegenden Heft finden sich deshalb einige Beiträge, die in Vorbereitung einer gemeinsam vom IMSF e.V. und der Zeitschrift 'Dialektik' Ende November 1990 durchgeführten Tagung verfasst wurden. Diese Artikel (Reusch/Leisewitz, Deppe, Sandkühler, Bischoff, Goldschmidt, Tjaden, Mies, Beer und Peter) wurden für die Veröffentlichung in diesem Heft nur geringfügig bearbeitet. Wir hoffen - wie hinsichtlich der anderen Beiträge in diesem Heft - auf Einwürfe und Diskussion.

Zu den Folgen beschädigter linker Infrastruktur gehört auch, daß 'Z' hauptsächlich über Abonnements, zusätzlich nur über einzelne Buchhandlungen und über Wieder-VerkäuferInnen vertrieben werden kann. Redaktion und HerausgeberInnen können nicht auf allen Veranstaltungen, in deren TeilnehmerInnenkreis Interesse für die Zeitschrift vermutet werden darf, anwesend sein. Wir bitten deshalb, unsere Bitte und unser Angebot zu beachten, als HandverkäuferIn zur Verbreitung von 'Z' und zur Aufbesserung des eigenen Taschengeldes beizutragen.

"Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Gertrud Antoni, Christiane Bainski, Harry von Bargen, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Rainer Eienkel, Albert Engelhardt, Heike Flessner, Edgar Gärtner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Huffschmidt, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehndorff, Anja Maschinski, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Werner Stürmann, Cornelia Teller, Harald Werner und Elke Vesper.

Redaktion: Albert Engelhardt (0611-378851), Heinz Jung (06084-2821).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

"Z" erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 45.- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15.-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: "Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung", Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1.

Satz: Su Sanne und Pampe PC

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

Jürgen Reusch

Der Golf-Krieg und die deutsche Linke

Einige persönliche Anmerkungen

Dieser Krieg wird, so fürchte ich, lange dauern. Er wird eskalieren, und er wird sich ausdehnen wie ein Krebsgeschwür, bis Anlaß und Ergebnis in keinem erkennbaren rationalen Verhältnis mehr zueinander stehen. Die Zahl der Opfer wird hoch sein, die Leiden der Betroffenen und Überlebenden fürchterlich. Er wird, abgesehen von der Auftragslage der Rüstungsindustrie, kein einziges Problem lösen, im Gegenteil. Am Schluß wird die Hypothek der globalen ökonomischen, sozialen, ökologischen und ethnischen Probleme noch viel drückender sein als heute schon. Und vor allem: Dies ist nicht einfach ein weiterer Krieg in der langen Reihe von über 100 Kriegen, die seit dem Ende des Kolonialismus in der Dritten Welt (bleiben wir vorerst bei diesem nun noch unschärferen Begriff) geführt wurden. Er ist vielmehr Ausdruck und Vorbote einer neuen Ära. Der Imperialismus - ich benutze den Begriff als politischen in voller Absicht, ohne seine theoretischen Unklarheiten zu übersehen - ist dabei, die Ernte für den Sieg im Systemantagonismus in die Scheuern zu fahren.

Das Koordinatensystem, in dem die Linke sich bislang orientierte, hat sich entscheidend verschoben. Der Golf-Krieg macht deutlich, daß der Ost-West-Konflikt nicht mehr die Zentralachse der internationalen Beziehungen ist, seit die Sowjetunion und die Warschauer-Vertragsstaaten in der Systemauseinandersetzung besiegt wurden. Die Erfahrungen, die der gesamte machtpolitische Block des Westens beim Anschluß der DDR an die BRD sammeln konnte, ermuntern ihn nun, alle Zurückhaltung in den internationalen Beziehungen fahren zu lassen, den sowjetischen Hoffnungen auf ein neues Denken und Handeln eine Abfuhr zu erteilen, zumal der Träger dieser Idee aus der einstigen Weltmachtrolle weitgehend verdrängt werden konnte, und in das entstandene Machtvakuum rasch hineinzustoßen. Die USA und ihre Verbündeten nutzen die entstandene Destabilisierung, um weltweit Hegemonialansprüche durchzusetzen. Dabei tritt der Nord-Süd-Konflikt als nicht neue, aber nunmehr ausschlaggebende Konstellation der internationalen Beziehungen in den Vordergrund. Der Golf-Krieg ist mehr als ein lokaler Krieg zur "Befreiung" Kuweits - gerade das ist er am allerwenigsten -, er ist der erste offene Krieg des Nordens gegen den Süden in dieser neuen Ära, das gesamte Weltgeschehen spiegelt sich hierin wider.

Die UNO, inzwischen aus den Schlagzeilen weitgehend verschwunden, hat für das Vorgehen der USA nur die Kulisse abgegeben, ähnlich wie beim Korea-Krieg in den fünfziger Jahren, mit dem Unterschied, daß die

UdSSR diesmal nicht in der Lage war, über eine subalterne Rolle hinaus eine eigenständige politische Position zu entwickeln. Die UdSSR und China wurden vielmehr von den USA ökonomisch und politisch so massiv und wirksam unter Druck gesetzt, daß sie sich zu einer Duldung der amerikanischen Ziele herbeifanden. Natürlich interessieren sich die US-Regierung und ihre Verbündeten für die Souveränität und "Freiheit" Kuweits ebensowenig wie für die vieler anderer Länder. Es geht ihnen vielmehr und unmittelbar um die globalstrategische Kontrolle der Golfregion und ihrer Ölvorkommen, was es wiederum den USA erleichtern soll, Westeuropa und Japan als ökonomische Rivalen auf die hinteren Plätze zu verweisen. Es geht weiter darum, Irak als eigenständige nationalistische Militärmacht in dieser Region auszuschalten, die Position Israels als Sachwalter westlich-kapitalistischer Interessen gegenüber der arabischen Welt zu stärken, und es geht, wie Bush treffend und offen sagte, um eine "neue Weltordnung".

Der Verteilungskampf zwischen Nord und Süd tobt ja längst mit aller Härte, und nun sollen Bedingungen geschaffen werden, die es dem "Westen" ermöglichen, einen gerechten Interessenausgleich zu umgehen und die globalen Probleme auf Kosten und auf dem Rücken der Dritten Welt wenigstens einzudämmen und von den Wohlstandsinseln des Nordens weitgehend fernzuhalten. Trotzdem wäre es wohl zu sehr vereinfacht, alles mit Schlüsselbegriffen wie "schmutziger Krieg ums Öl" erklären zu wollen. Die zivilisierenden Effekte, die von den sozialistischen Ländern früher trotz all ihrer inneren Defekte ausgingen und den Spielraum des Kapitalismus einschränkten und vielen antiimperialistischen und Befreiungsbewegungen und nichtkapitalistischen gesellschaftlichen Orientierungen Impulse vermittelten, entfallen heute. Der Blick auf diesen Krieg und die gegeneinander kämpfenden Seiten zeigt: Hier gibt es keinerlei Hoffnungen auf eine irgendwie geartete nationale Befreiung, ganz zu schweigen von Impulsen für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung oder gar einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. Ohne in hysterische Endzeitstimmungen zu verfallen, hier haben wir alle Veranlassung zu bangen Zukunftsaussagen.

Für viele deutsche Linke war der Kriegsausbruch im Januar nach einer längeren Phase der Lethargie der Anlaß, zu neuer Aktivität zu finden. Aber gerade jetzt sehen sie sich auch in ein tiefes Dilemma gestürzt: nicht nur erfahren sie schmerzlich die eigene Einflußlosigkeit und Marginalisierung, sondern sie sitzen auch zwischen den Stühlen. Gerade jetzt sehen sich viele Linke - wie der große Teil der Friedensbewegung insgesamt - scharfen Angriffen, herber Kritik und massivem Druck ausgesetzt. Sie können für keine der kriegführenden Seiten Partei ergreifen, aber unter dem wachsenden Druck der herrschenden Meinung werden sie gedrängt, es doch zu tun und Ja zu sagen zum vermeintlich gerechten Krieg gegen Saddam Hussein zur Verhinderung einer zweiten Endlösung der Judenfrage. Es geht sogar die Rede von einer Spaltung der Linken in einen

pazifistischen und bellizistischen Teil. Es ist die Rede vom gerechten Krieg einer Art neuer Antihitler-Koalition gegen den Hitler Nummer 2, es wird gewarnt, die angebliche Forderung der Friedensbewegung nach "Frieden um jeden Preis" gleiche jenem verhängnisvollen Appeasement der Westmächte, das Hitler erst groß gemacht habe. Die Intellektuellenschelte, die vor gut einem Jahr gegen Linke in der DDR begann, weil sie an ihrem Ziel eines demokratischen Sozialismus festhielten, findet nun ihre Fortsetzung und Steigerung im Rundumschlag gegen die linke Intelligenz in Deutschland, die in ihrem dummen Antiamerikanismus, ihrem Vorbehalt gegen die "Alliierten" jenen Deutschen zwischen 1933 und 1945 gleiche und die Lektion der Geschichte immer noch nicht gelernt habe.

Es geht den Wortführern dieser Argumente aus meiner Sicht darum, in einer ihnen günstig erscheinenden Situation, getragen von einer satten Massenstimmung gegen alles linke und sozialistische eine ohnehin gebeutelte und tief zersplitterte Linke ihres antikapitalistischen Immunsystems zu berauben. Die Verunsicherung widerspiegelt allerdings reale Probleme, die in vielen altlinken Denkmustern bislang ungenügend verarbeitet sind.

In der Tat wäre es vereinfacht, nur den schmutzigen Krieg der USA ums Öl zu sehen, den es natürlich auch gibt. Was ist mit dem Regime des Saddam Hussein? Wie viele andere Regimes in der Region und auch anderswo ist dieses Regime alles andere als eine demokratisch-emanzipative Gesellschaft. Es handelt sich vielmehr um eine systematisch aufgebaute regionale "Großmacht", die allerdings relative Modernisierungserfolge aufzuweisen hat, die ihm offensichtlich vorerst noch beträchtliche Massenstimmung der Bevölkerung sichern. Es ist aber auch ein Regime, das nicht nur gegenüber den demokratischen Kräften und nationalen Minderheiten im Lande selbst eine brutale Liquidierungspolitik betreibt, sondern das auch unter dem Aspekt der Demokratisierung der internationalen Beziehungen eine eher destruktive Rolle spielt. Die realsozialistischen Länder haben dieses Regime jahrelang im Rahmen einer verhängnisvollen Außenpolitik aufgerüstet und unterstützt. Die kapitalistischen Industrieländern sind nach dem Ausstieg des Ostens eingesprungen und haben z.B. durch Waffenlieferungen den Sieg Iraks im Acht-Jahre-Krieg gegen Iran sichergestellt, um den damaligen Hauptfeind Iran zu schwächen, in voller Kenntnis der Menschenrechtsverletzungen im Irak und auch in voller Kenntnis von Saddams jahrelangen Versprechungen, Israel von der Landkarte auszuradiieren. Alle hatten ihre eigenen Absichten und Interessen, aber nun ernten sie andere Früchte als erwartet. Hier liegt eine entscheidende Fehlkalkulation der USA und des Westens. Ein durch die Feuer eines solchen Krieges gegangener Nationalismus, modern ausgerüstet und durchmischt mit Elementen eines religiösen Fundamentalismus, läßt sich nicht einfach abschalten, wenn in Washington kein Bedarf mehr für ihn besteht. Er entwickelt Eigendynamik, zumal das Diktat vor allem der früheren Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich der Region viele ungelöste ethnische und nationale Probleme hinterlassen hat.

In der Öffentlichkeit der kapitalistischen Länder fungiert heute nur der Diktator Saddam Hussein als der Bösewicht, der an allem Schuld und gegen den alles erlaubt ist. Auch in der Bundesrepublik ist die Schürung der Hysterie gegen den "Hitler Nr. 2" ein wesentliches Element der psychologischen Kriegführung und der Manipulation - und fürs erste auch durchaus mit beträchtlicher Wirkung. Die angelsächsischen Medienkonzerne haben diese Propagandamaschinerie zuerst ins Rollen gebracht, und die israelische Regierung hat vor allem seit dem Ende des Kriegs zwischen Iran und Irak die Stimmung in den USA gegen den "neuen Hitler" angeheizt, um die amerikanische Bereitschaft für ein offenes militärisches Engagement zu fördern.

Auch bei Teilen der deutschen Linken hat die Gleichung Saddam = Hitler ihre Anhänger gefunden. Schuldgefühle gegenüber den in Isreal lebenden Juden mögen dazu ihr Teil beigetragen haben. Auch ich empfinde, obzwar ich der Nachkriegsgeneration angehöre, diese Gefühle. Die Gleichsetzung von Saddam mit Hitler halte ich trotzdem für falsch, und mit ihr die daraus gezogenen politischen Schlußfolgerungen. Ich sehe in ihr nicht nur eine Dämonisierung des irakischen Regimes, die von einer nüchternen Analyse abhält und ihm in der Dritten Welt fälschlich eine Einzigartigkeit zuschreibt, sondern auch eine unfreiwillige, aber wirksame Verharmlosung des Hitlerfaschismus.

Für mich ist nicht die Frage, daß wir es mit einem verbrecherischen Regime zu tun haben, das auch vor Völkermord nicht zurückschreckt. Warum aber regte das in der westlichen Politik, in der Öffentlichkeit und Medienlandschaft niemanden auf, so lange es nur um Kurden ging? Weil Saddam sich schließlich nur die kapitalistische Moral zu eigen gemacht hatte. Dieser Sachverhalt, nämlich die Übernahme in den westlich-kapitalistischen Metropolen entstandener Machtstrukturen, Lebensweisen und auch ihrer Wolfsmoral trifft auf viele Regime in der Dritten Welt zu, so verschieden sie ansonsten auch sein mögen. Ein Problem wurde daraus im Falle Iraks für die USA erst, als er aus der ihm zgedachten subalternen Rolle hinaus-schlüpfte und erkennbar auch Interessenkollisionen nicht nur mit Nachbarländern, sondern auch mit den westlichen Regierungen in Kauf nahm. Was den USA in Panama recht und billig gewesen war, sollte Saddam Hussein in Kuwait noch lange nicht erlaubt sein.

Dem Regime Saddams unterliefen dabei allerdings ebenfalls einige politische Fehlkalkulationen. Zum einen war auf der Seite der UdSSR der "proletarische Internationalismus" à la Breschnew in Konkurs gegangen, also jene Politik, die unter dem Aspekt des Ost-West-Gegensatzes in der Dritten Welt praktisch alle, auch die dubiosesten und korruptesten Regimes vor allem militärisch unterstützt hatte, wenn sie nur energisch genug anti-amerikanisch, eben "anti-imperialistisch" auftraten. Gorbatschow ist aus dieser gescheiterten, vor allem aber auch tragischen Außenpolitik, mit der so manche emanzipativen Ansätze in der Dritten Welt in

die Sackgasse gerieten, ausgestiegen, mit Recht, wie ich meine, und auch, weil es notwendig war und nicht mehr anders ging. Der Ausstieg führte aber vom Regen in die Traufe: eine demokratische, emanzipative Alternative zur alten Politik, auf die auch viele deutsche Linke gehofft hatten, konnte unter Gorbatschow und Schwarznadse nicht gefunden werden. Das Neue Denken, wie es in der Sowjetunion zuerst kreierte wurde und wie es die begeisterte Zustimmung vieler linker Intellektueller fand, meine eigene eingeschlossen, gründete seine Hoffnung auf eine von Vernunft geprägte Weltgemeinschaft u.a. ja auf die stilleschweigende Voraussetzung, daß die weltpolitische Rolle der Sowjetunion und des sozialistischen Weltsystems ökonomisch und politisch erhalten werden könne. Diese Voraussetzung ist entfallen.

Saddam Hussein nun hatte offensichtlich den Ausstieg seines Hauptaustatters mit modernen und schweren Waffensystemen, eben der UdSSR, aus ihrer Weltmachtrolle noch nicht realisiert. Die USA errangen auf diese Weise ein politisch-diplomatisches Übergewicht, das ihnen auch die Rolle des Exekutors der UNO-Beschlüsse zuwachsen ließ. Unbehindert konnte die US-Regierung so die gigantischste Kriegsmaschine seit dem Korea-Krieg am Golf installieren, dabei assistiert von England und Frankreich, die u.a. damit auch ihren internationalen Bedeutungsverlust gegenüber der vereinigten wirtschaftlichen und politischen Macht Deutschland kompensieren wollten. Diese Kriegsmaschine ist seit dem 17. Januar in voller Aktion.

Wäre es aber denn aussichtslos, als Linker darauf zu hoffen, daß die UdSSR ihrer heutigen Außenpolitik neue, zeitgemäße progressive Inhalte geben könnte? Sie könnte z.B. in der UNO auf einen Waffenstillstand und auf die Einstellung des US-Bombenkrieges gegen die irakische Bevölkerung drängen und dabei das Bündnis mit vielen Staaten der Dritten Welt suchen und finden. Wer den Frieden als oberstes Ziel seiner Politik ausgibt, der darf die Mordmaschine der USA nicht einfach gewähren lassen oder ihr gar noch mit Handreichungen zur Seite stehen, der muß helfen, sie zu stoppen.

Eine weitere Fehleinschätzung Saddam Husseins war es, soweit zum gegenwärtigen Zeitpunkt absehbar, auf die Solidarität der arabischen Staaten und die Wirkung des Islam als verbindendes religiöses Moment zu setzen. So stand und steht bisher der Irak der gewaltigen Militärmacht der "Alliierten" alleine gegenüber. Das muß aber nicht so bleiben. Die Massentimmung in den arabischen Staaten ist ambivalent und kann, wenn der Krieg länger andauert, umschlagen. Dies zu beschleunigen ist der Sinn der irakischen Raketenangriffe auf Israel, die zwar viele zivile Opfer fordern, militärisch aber bedeutungslos sind. Noch beugt sich Israel der amerikanischen Logik, eine allgemeine arabische Solidarisierung mit Irak nicht durch Gegenschläge herauszufordern. Sollte sich aus israelischer Sicht allerdings die Chance eines schnellen militärischen Sieges zeigen, könnte diese Logik hinfällig werden.

Ich glaube nicht daran, daß dieser Krieg gegen Irak mit schicksalhafter Unvermeidlichkeit kommen mußte. Noch weniger glaube ich, es handle sich um einen sozusagen notwendigen und gerechten Krieg. Linke, die der Auffassung sind, mit den USA um eines humanistischen Zieles willen aus einer Schüssel essen zu müssen, könnten an dem üblen Brei ersticken. Der Hauptinteressent und Betreiber dieses Kriegs waren und sind die USA. Sie haben Bagdad diplomatisch und politisch in die Ecke getrieben, nachdem die Militärmaschine aufgebaut war, und jegliche Kompromisse und nicht-militärische Lösungen hintertrieben. Das entspricht völlig der Logik einer seit Jahren systematisch verfolgten strategischen und militärischen Konzeption, nämlich das konventionelle bzw. überhaupt nichtatomare Militärpotential so zu perfektionieren, daß regionale Krieg bei Vermeidung einer nuklearen Eskalation siegreich geführt werden können. Inzwischen haben sich folglich die Propagandaformeln vom schnellen und sauberen Krieg trotz aller Zensur als Lüge herausgestellt. Nach den ersten Kriegswochen hat die Propaganda ihre Folien gewechselt und spricht nun (wie von Anfang an geplant) von einem längerandauernden Krieg.

Deutsches Territorium ist von Anfang an die Hauptdrehzscheibe des US-Aufmarsches gewesen. Dabei konnte das Wegfallen des Gegners im Osten genutzt werden. Die Bundesrepublik ist heute schon in die Kriegshandlungen verwickelt und verwickelt sich jeden Tag weiter. Die diplomatische Szenerie für die Bonner Beteiligung am "Bündnisfall" steht bereit. Allerdings ist dafür einige politisch-moralische und propagandistische Vorbereitung erforderlich, die vor allem im Annehmen der besonderen Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden und Israel besteht und damit die Bereitschaft für eine aktive Kriegsbeteiligung Deutschlands an der Seite der USA und in der NATO erzwingen will. Die deutschen Massenmedien, die in der Anfangsphase des Krieges noch dem allgemeinen öffentlichen Entsetzen über den Krieg und das Versagen der Politik noch einen gewissen Resonanzboden zur Verfügung stellten, haben mehrheitlich inzwischen umgeschwenkt und helfen mit, die militärische Verstrickung Deutschlands im Nahen Osten massenpsychologisch vorzubereiten. Die Zeit ist gekommen, heißt es, nach über vierzig Jahren endlich wieder ein ganz normaler Staat zu sein und die letzten noch bestehenden Restriktionen abzuschütteln. Und das erfordert nun eben, an der Seite der Verbündeten gegen den Irak zu kämpfen. Dabei dienen die nun scheinheilig auf die Anklagebank gesetzten Waffenlieferanten an den Irak als Argument dafür, den Rüstungsexport an Israel und das Engagement an der Seite der USA als eine Art Wiedergutmachung der Deutschen zu rechtfertigen. Auch hier wird die Linke gedrängt: Sagt ja zur Lieferung von "Verteidigungswaffen" an Israel. Es stimmt, die israelische Bevölkerung ist militärisch bedroht. Aber so wie ich Nein gesagt habe zu Rüstungsexporten nach Iran oder Irak, sage ich auch zu dieser Forderung Nein. Ein Ja wäre auch ein Ja zu jener von den USA auf den Schild gehobenen Logik, daß politische Probleme militärisch lösbar sind - und das sind sie nicht. Der

Bevölkerung Israels wäre statt mit Patriot-Raketen mehr geholfen mit einem raschen Waffenstillstand, mit Verhandlungen und mit einer Entscheidung der israelischen Regierung, sich in der Frage eines Palästinenserstaats rasch und vorbehaltlos auf den Boden der verabschiedeten UNO-Resolutionen zu stellen. Hier liegen die eigentlichen Chancen, die Sicherheit Israels als Staat zu garantieren.

Ein Sieg der USA und ihrer Verbündeten, auf den die Regierung Israels erkennbar setzt, würde nicht nur verbrannte Erde in der betroffenen Region zurücklassen. Er würde dort auch keinen Frieden und Israel keine Sicherheit bringen. So lange die israelische Führungsschicht die Palästinenser wie Menschen zweiter Klasse behandelt und ihnen einen eigenen Staat in ihrem eigenen Heimatterritorium verweigert - und diese Politik würde durch einen militärischen Sieg der USA sicherlich gestärkt - bleibt der Nahe Osten ein Pulverfaß, und Israel tut selbst alles, um das aus dem faschistischen Holocaust unabweisbar abgeleitete Recht auf die Existenz eines selbständigen jüdischen Staats der Juden in Palästina zu diskreditieren. Diese Politik liegt weder im Interesse der arabischen Welt noch der Bevölkerung Israels selbst.

Was das deutsche Engagement in diesem Krieg betrifft, so kommt hinzu, daß die Herrschenden in der bisherigen BRD sich nach der Eingliederung der DDR gegenüber den USA zur Dankbarkeit verpflichtet sehen und sich ihrer eigenständigen Bewegungsspielräume gegenüber den USA nicht sicher sind. Bisher erwachsen diese Spielräume zu einem wesentlichen Teil aus der Rolle der BRD als Frontstaat der NATO gegen den Osten. Der Wegfall dieser Bedingung war eine der Ursachen für eine gewisse Vieldeutigkeit der Bonner Politik in der Vorphase des Krieges. Um so hektischer war die Reaktion auf Vorwürfe des Antiamerikanismus und der Vernachlässigung Israels. Inzwischen zieht Deutschland voll mit, und die Deutschen in den alten und neuen Bundesländern werden die politischen und sozialen Konsequenzen noch zu spüren bekommen. Deutschland will nun nicht mehr hinter Frankreich und Großbritannien zurückstehen, und die Stärkung der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" soll auch bundesdeutsche Machtinteressen befriedigen.

In der propagandistischen Bearbeitung der Bevölkerung sind die Feindbildschablonen des Ost-West-Gegensatzes sehr schnell mit dem Material der Nord-Süd-Konstellation gefüllt worden, um eine gewisse pazifistische Grundstimmung zurückzudrängen, was zunächst auch gelungen zu sein scheint. Pazifisten und Linken wirft man heute nicht mehr vor, nützliche Idioten Moskaus zu sein, aber die Vorwürfe des dummen Antiamerikanismus, der Laschheit bei der Solidarisierung mit Israel und Verteidigung der westlichen Güter und Werte sind kaum minder emotional aufgeladen. Das wird sich noch verschärfen. Die Friedensbewegung hat in den letzten Wochen und Monaten beeindruckende Manifestationen zustande gebracht - aber anders als in den frühen achtziger Jahren kann sie sich offenbar nicht auf einen breiten Antikriegs-Konsens in der Bevölkerung stützen.

Dem steht ein durch den Anschluß der DDR an die BRD noch stabilisierter Massenkonsens entgegen, der die Regierung mit der Mehrheit der Bevölkerung verbindet, Konsens darin, daß die Wohlstandinseln des Nordens mit ihren Gesellschaftsstrukturen und ihrer opulenten Lebensweise gegen die arme Mehrheit der Weltbevölkerung im Süden geschützt und verteidigt werden müssen, notfalls auch militärisch. Natürlich gibt es hier Bruchpunkte und Differenzierungslinien, aber jetzt, zu Anfang dieses Krieges, sind sie noch nicht voll ausgeprägt. Und die latente Furcht der Deutschen vor dem Krieg wird mit antirakischen und preisrealistischen Propagandaformeln einstweilen überdeckt.

Gesetzt den Fall, alles geht seinen Gang: Der Krieg dauert lange und endet schließlich mit der Beseitigung des Regimes Saddam Hussein und dem militärischen Sieg der USA und ihrer Verbündeten, und die Friedensbewegungen kommen nicht zum Zuge. Was wäre dann? Nicht sicher, aber möglich wäre doch eine Konstellation wie diese: Die USA wären ihrer angestrebten "Neuen Weltordnung" ein Stück näher, als Militär- und Atommacht wäre ihre Position gestärkt. Auch Westeuropa würde mit neuem Selbstvertrauen nach neuen militärischen Operationsräumen zur Absicherung ökonomischer Ausbeutungsinteressen Ausschau halten. Nicht nur für die kapitalistischen Metropolen, auch für viele Länder der Dritten Welt begänne eine neue Phase qualitativer Aufrüstung, eine Ausweitung der Rüstungsexporte. Die Probleme der arabischen Welt wären brisanter denn zuvor, die Ölressourcen in amerikanischer Hand. Neue Konflikte wären in diesem Scheinfrieden vorprogrammiert. Die Weltrüstungsausgaben wären weiter gestiegen, die ökologischen und sozialen Folgen des Kriegs katastrophal und z.T. auf Jahrzehnte nicht überwindbar. Die globalen Probleme wären inzwischen weiter angewachsen, das politische und ökonomische Potential zu ihrer Entschärfung aber weiter abgebaut. Vor allem die Chancen für die UNO, als internationales Organ der kollektiven Konfliktbewältigung zu wirken, müßten noch geringer angesetzt werden als heute schon. Die Dritte Welt wäre von einem gerechten Interessenausgleich und einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen weiter entfernt als heute. Die Dritte Welt würde im Kreislauf von nachholender, deformierter Industrialisierung und Verschuldung gefangengehalten, die Hoffnung in den Metropolen des Nordens auf kapitalismusüberschreitende gesellschaftliche Alternativen wären noch geringer als sie es jetzt schon sind.

Haben wir Linken da wirklich eine andere Wahl? Müssen wir nicht als Teil der Friedensbewegung einer pazifistischen Orientierung zum Durchbruch verhelfen? Ich denke Ja, und wenn das altlinker Traditionalismus sein sollte, dann will ich in diesem Fall Traditionalist bleiben. Dieser Pazifismus erhält heute eine unmittelbar antiimperialistische Dimension, weil er gegen die Kriegesfurie auftritt und ihr entgegenhält, daß Kriege, gleich welcher Art, aus dem Leben der Völker verbannt werden müssen, weil sie inhuman und in ihren Kettenreaktionen und Folgen unübersehbar sind, weil sie ihre Funktion als Mittel zur Lösung politischer

und anderer Probleme eingeübt haben. Das schließt die Ablehnung des kriegerischen Annexionismus Iraks ein, aber es schließt auch jene doppelte Moral aus, die die Menschen Israels vor Bombardements schützen will, indem die Bevölkerung Iraks massakriert wird.

Was Deutschland betrifft, so geht es offensichtlich auch darum, um eine Rolle dieses Staates in der Weltpolitik zu kämpfen, die von imperialistischen Machtambitionen Abschied nimmt und im Nord-Süd-Konflikt Positionen eines Interessenausgleichs, der Entwicklung, der Entschärfung und Lösung der globalen Probleme einnimmt. Der Golfkrieg hat auf dramatische Weise gezeigt, daß heute der Nord-Süd-Gegensatz zur Achse der Weltentwicklung geworden ist - und hier handelt es sich um einen Antagonismus, der zwar aus dem kapitalistischen Grundwiderspruch hervorgegangen, aber nicht mit ihm identisch ist, sondern als Antagonismus zwischen den reichen Metropolen des Nordens und den armen Ländern des Südens die anderen, ebenfalls weiterexistierenden Konflikte als Welt-Klassengegensatz überwölbt. Es wäre für linke Positionen m.E. verhängnisvoll, sich gegenüber diesem Antagonismus mit welcher Argumentation auch immer auf eine Logik festlegen zu lassen, die die Zementierung westlich-kapitalistischer Macht- und Gesellschaftsstrukturen und ihrer Lebensweise und ihre notfalls auch gewaltsame Festschreibung gegenüber der armen Mehrheit der Menschheit im Süden vorsieht. So falsch die Hoffnung auf eine Pax americana, europäisch ergänzt und abgefedert, aus meiner Sicht ist - ein realer Gedanke steckt in ihr: Die reichen Industrieländer, und das sind nun einmal kapitalistische Länder, müssen die Hauptträger einer internationalen Demokratisierung und Entschärfung der globalen Risikopotentiale sein, nur sie verfügen über das dazu notwendige ökonomische und wissenschaftlich-technische Potential. Aber diese Rolle können sie nicht innerhalb ihrer jetzigen Strukturen spielen, das setzt radikale Demokratisierung in diesen Gesellschaften, die tiefgreifende Veränderung ihrer Lebensweise, unsere eigene eingeschlossen, voraus. Kampf um Frieden und Solidarität mit der Dritten Welt richtet sich auch heute gegen die politischen Hauptbetreiber und Hauptnutznießer des Krieges und der Ausbeutung des Südens - aber beides schließt auch das Engagement für die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen in den Metropolen ein, die bis jetzt noch mehrheitlich von den arbeitenden Bevölkerungen akzeptiert werden. Lügen hierin nicht gerade auch neue Ansatzpunkte für die Linke, die Zusammenarbeit mit den Emanzipationsbewegungen der Dritten Welt zu entwickeln und um diese Achse herum der Demokratie und dem Frieden auch zukünftig eine Chance zu verschaffen?

AutorInnen

- Beer, Ursula, Dr. - Bielefeld, Hochschullehrerin
 Bischoff, Joachim, Dr. - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift 'Sozialismus'
 Bunke, Kurt, Dr. - Marburg, Hochschulplaner
 Cless, Olaf, Dr. - Düsseldorf, Publizist, Mitherausgeber von "Z"
 Deppe, Frank, Prof. Dr. - Marburg, Hochschullehrer
 Dörge-Weidemann, Jonas - Kassel, Student
 Goldschmidt, Werner, Dr. - Hamburg, Hochschullehrer
 Haug, Frigga, Dr. - Berlin/Hamburg, Hochschullehrerin, Herausgeberin der Zeitschrift "Das Argument"
 Haug, Wolfgang Fritz, Prof. Dr. - Berlin, Hochschullehrer, Herausgeber der Zeitschrift "Das Argument"
 Jung, Heinz, Dr. - Weilrod/Ts., Mitherausgeber und Redakteur von 'Z'
 Koch, Thomas, Dr. - Berlin, Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS)
 Leisewitz, André, Dr. - Frankfurt am Main, Redakteur, Vorstand des IMSF e.V.
 Menard, Michael, - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift "Sozialismus"
 Mies, Thomas, Dr. - Münster, Dozent
 Peter, Lothar, Prof. Dr. - Bremen, Hochschullehrer, Mitherausgeber von "Z"
 Reusch, Jürgen, Dr. - Bad Homburg, Verlagslektor, Vorstand des IMSF e.V., Mitherausgeber von "Z"
 Sandkühler, Hans Jörg, Prof. Dr. - Bremen, Hochschullehrer
 Schöfer, Erasmus - Köln, Schriftsteller
 Tjaden, Karl Hermann, Prof. Dr. - Kassel, Hochschullehrer
 Wagner, Alexandra - Berlin, Leiterin des "podium progressiv"
 Zander, Hartwig, Prof. Dr. - Frankfurt am Main, Hochschullehrer

Zusammenbruch des "realen Sozialismus" und marxistische Theorie

I. Zur Ausgangsfrage

Die Geschichte ist zu Ende. Es gibt keine Utopie mehr jenseits des Kapitalismus. Das ist die schlichte These, die der heute triumphierende Antimarkxismus aus dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" ableitet. Sein Credo: Mit den sich als sozialistisch verstehenden und so bezeichnenden Gesellschaften ist zugleich der Marxismus als Theorie zusammengebrochen.

Daß marxistisches Denken vom Zusammenbruch des "realen Sozialismus" nicht unberührt bleiben kann, daß es zwischen beidem einen Zusammenhang gibt, wird auch in der Ausgangsfrage, die wir für diese Tagung und für unseren Beitrag gewählt haben, unterstellt. Wir betrachten dies heute als ein zentrales Problem, wenn über den Zustand marxistischer Theorie und ihre Entwicklungs- und Eingriffsfähigkeit nachgedacht wird. Unter den Linken, die die Ablehnung des Credos des herrschenden Antimarkxismus verbindet, werden dazu jedoch sehr unterschiedliche Ansichten geäußert - je nach dem, wie eng ihre Bindung an die Praxis sozialistischer Länder bisher war. Eine dieser Ansichten, aus dem undogmatischen marxistischen Spektrum kommend, lautet: Was zusammenbricht, hatte mit Sozialismus nichts zu tun und wurde schon immer zu Recht im Namen von Marx und des Marxismus kritisiert und abgelehnt. Marxsche oder auch marxistische Theorie bleibt von diesem Zusammenbruch im Kern unbeschädigt; sie kann durch ihn nur gewinnen. Die Gegenthese ist im konservativ-marxistischen Umfeld anzutreffen: Die Geschichte der Arbeiterbewegung war immer auch eine Geschichte von Niederlagen und Rückschritten. Falsche Anwendung der Theorie berührt diese in ihrem Wesen nicht und stellt sie nicht grundsätzlich in Frage. Die marxistische Theorie kann im Kern bleiben, wie sie ist.

Wir teilen keine dieser Positionen. Aus unserer Sicht bedeutet der Zusammenbruch des realen Sozialismus das Ende einer Epoche und eine weltgeschichtliche Zäsur, die das, was schon seit längerem als "Krise des Marxismus" diskutiert wird, eine Krise, die wir selbst lange nicht wahrnehmen wollten, in vollem Maße hat zutage treten lassen.

In den meisten osteuropäischen Ländern ist das sozialistische Gesellschaftssystem zusammengebrochen. In der Sowjetunion scheint die Krise

des Staatssozialismus und der Perestroika auf den Übergang zu einer marktwirtschaftlich-kapitalistischen Gesellschaft hinauszulaufen. Die Chance der sozialistischen Länder außerhalb Europas, unter solchen Bedingungen einen eigenen Entwicklungsweg gehen zu können, muß mit Skepsis gesehen werden. Die Bilanz: Nach der Pariser Kommune ist der zweite große und historisch unvergleichlich bedeutendere Versuch zur Überwindung des Kapitalismus gescheitert. Dieser historisch beispiellose Zusammenbruch kann marxistisches Denken und marxistisch orientierte Politik in ihrer Gesamtheit nicht unberührt lassen. Zwar ist der Topos "Krise des Marxismus" fast ebenso alt wie der Marxismus selbst¹, aber heute geht es um mehr. Wir beabsichtigen nicht, die Krise der im "realen Sozialismus" herrschenden und mit ihm untrennbar verbundenen Lesart des Marxismus - die im wesentlichen auch unsere eigene war - zum allgemeinen Problem marxistischen Denkens zu erklären. Aber es wäre, mit Althussers Formulierung von 1977, idealistisch anzunehmen, "die marxistische Theorie sei nicht durch ihre Erprobung in einer Geschichte betroffen und gefährdet, in der die vom Marxismus geleiteten oder sich marxistisch nennenden Organisationen des Klassenkampfes eine wesentliche oder entscheidende Rolle gespielt haben."²

Mehr als 70 Jahre lang war der mit der kommunistischen Strömung der Arbeiterbewegung verbundene "reale Sozialismus" die einzige im wörtlichen Sinne geschichtsmächtig gewordene Alternative zum Kapitalismus, so oder so handfester Beweis seiner praktischen Überwindbarkeit und der Möglichkeit, seinen internationalen Spielraum einzuschränken. So wurde der "reale Sozialismus" auch von solchen Linken gesehen, die ansonsten seine scharfen Kritiker waren, aber seine internationale Rückwirkung als Weltmacht durchaus konstatierten und auf die demokratischen Erneuerungspotentiale innerhalb dieses Systems hofften.

Diese Hoffnungen sind heute zerstoßen. Die Möglichkeit einer - und sei sie noch so begrenzten und kritisierten - realen Alternative zum Kapitalismus rückt wieder aus der Realität in den Bereich von Hoffnung, Utopie, Gegenentwurf. Sozialistische und marxistische Linke sehen sich wie am Beginn ihrer Geschichte auf eine marginalisierte Existenz zurückgeworfen - dies allerdings in einer im Vergleich zum Beginn des Jahrhunderts radikal veränderten Welt und mit völlig anderem Erfahrungshintergrund. Wie immer man zum "realen Sozialismus" stand - sein Zusammenbruch und die dadurch radikal veränderte geschichtliche Konstellation wird nicht nur bei seinen unmittelbaren "Hinterbliebenen", sondern auch bei vielen anderen MarxistInnen und SozialistInnen die Überzeugung verstärken, daß vieles in der eigenen theoretischen Konzeption von Gesellschaft und Geschichte in Frage gestellt und neu durchdacht werden muß.

II. Der Zusammenbruch des Sozialismus - theoretische Probleme

Wenn marxistisches Denken und Handeln neue Perspektiven gewinnen soll, ist die Aufarbeitung dieser Erfahrungen also ein Problem von zentraler Bedeutung. Das heißt für uns zuerst neue "Terrainvermessung". Dabei kommt der Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs des realen Sozialismus eine Schlüsselrolle zu. Gelegentlich wird unter Linken die Ansicht geäußert, es solle lieber über Lösungswege aus der globalen Existenzkrise der Menschheit diskutiert werden statt über solche Fragen von vergleichsweise "sekundärer" Bedeutung. Aber mit dem "realen Sozialismus" ist eine Gesellschaftsalternative gescheitert, die gegenüber dem Kapitalismus den Anspruch erhob, Lösungen für diese Probleme anzubieten und das natürliche und gesellschaftliche Vermögen der Menschheit gemeinschaftlich verwalten und entwickeln zu können. Die Diskussion unter Sozialisten über Wege aus dem krisenhaften Mensch-Natur-Verhältnis ist deshalb nicht ohne eine kritische Verarbeitung der Zusammenbruchserfahrung des "realen Sozialismus" möglich.

Wir haben auf diese Fragen ebensowenig wie andere eine schnelle Antwort. Weder sind die Strukturen der "realsozialistischen" Gesellschaften und die Ursachen für ihren Kollaps ausreichend erforscht, noch liegen über ihre historische Entstehung und die alternativen Entwicklungswege, die es innerhalb dieser Gesellschaften in den verschiedenen Phasen gab, genügend Erkenntnisse vor.

In diesem Zusammenhang nur drei Überlegungen.

1. Systemauseinandersetzung und innere Selbstblockade: Der (von uns lange vernachlässigte) Blick auf die inneren Probleme und Blockaden der "realsozialistischen" Gesellschaften muß bei der kritischen Aufarbeitung ihrer Geschichte heute im Mittelpunkt stehen. Er reicht aber nicht aus; die entscheidende Dimension globaler Interdependenz und der Systemauseinandersetzung ist mitzudenken. Entgegen vielen Hoffnungen und eigener Selbstdarstellung bleibt festzuhalten, daß die sozialistischen Länder sich in der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Auseinandersetzung mit dem entwickelten Kapitalismus als das stagnierende Element erwiesen und daß sie in diesem Kontext zum innerlich labilen Objekt politisch-sozialer Destabilisierung wurden und zusammenbrachen. Gegenüber dem dynamischen, sich besonders in der Krise seit Mitte der siebziger Jahre rasch modernisierenden und internationalisierenden Kapitalismus zeichneten sie sich vor allem durch eine dauerhafte und zunehmende ökonomische Effizienzschwäche aus und waren unfähig, eigene adäquate internationale ökonomische Regulierungsmechanismen zu entwickeln. Ökonomische und soziale Fortschritte gingen auf Kosten der volkswirtschaftlichen Substanz und der natürlichen Ressourcen. Die Schere zur kapitalistischen Prosperität klappte dabei immer weiter auseinander. An die Stelle des kapitalistischen

Profitprinzips trat kein entsprechender dynamischer Impuls des Sozialismus. Das administrativ-bürokratische System erstickte die gesellschaftlichen Selbstregulierungsansprüche und blockierte die Entfaltung des subjektiven Faktors. Der "reale Sozialismus" blieb ein Seitenarm abseits des Hauptstroms der Zivilisation, konnte die immer komplexeren Probleme der Umbruchperiode nicht lösen oder konstruktiv aufnehmen, er konnte vorhandene Widersprüche nicht abarbeiten und keine dynamischeren Kräfte freisetzen und damit keine sozialistische Hegemonie entwickeln. Ihm gelang insofern der Übergang zu einer "zivilgesellschaftlichen" Entwicklungsstufe nicht.³

Dies ermöglichte es ihm in den Auseinandersetzungen der bipolaren, zunehmend interdependenten Welt weder, wie ursprünglich gehofft als ökonomisch attraktiver Bezugspunkt den Ländern der Dritten Welt die Lösung aus dem System des Neokolonialismus zu erleichtern, noch konnte er dem Zivilisationsmodell des entwickelten Kapitalismus mit den ihn tragenden Kernelementen Massenkonsumismus und bürgerlich-parlamentarische Massendemokratie eine auf Dauer resistente Alternative entgegensetzen. Von hier gingen die erodierenden Kräfte aus.

2. Damit ist die Frage nach den Besonderheiten des Vergesellschaftungsmodells in den sozialistischen Ländern aufgeworfen.

War die Oktoberrevolution ein Irrweg? Die Kautskyische Auffassung, daß angesichts der ökonomischen und zivilisatorischen Rückständigkeit der russischen Gesellschaft der Versuch einer sozialistischen Alternative von Anfang an zum Scheitern verurteilt sei, scheint uns weder überzeugend noch hilfreich, auch wenn sie heute, im Lichte der Zusammenbruchserfahrungen, in modernisierter Form wieder populär wird. Unzweifelhaft existierte ein krasser - im übrigen gerade auch von Lenin thematisierter⁴ - Widerspruch zwischen den relativ günstigen politischen Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus und dem völligen Fehlen seiner zivilisatorischen Voraussetzungen. Ein fatalistischer Blick auf diesen Sachverhalt übersieht u.E. aber den historischen Fortschritt, den die Oktoberrevolution und die mit ihr beginnende gesellschaftliche Bewegung darstellte, die tatsächlich eine große, nicht zu ignorierende Herausforderung für die kapitalistische Welt war - bis zur Herausbildung der Sowjetunion als zweiter Weltmacht. Trotz aller Einschränkungen für die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse in einem zurückgebliebenen Land wie Rußland muß die Situation nach 1917 für unterschiedliche, auch fortschrittliche Entwicklungswege als prinzipiell offen betrachtet werden. Das war unseres Erachtens im wesentlichen so lange der Fall, bis mit dem Bruch Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre zugleich eine Entwicklung eingeleitet wurde, als deren Fernwirkung Stagnation und Ineffizienz der sowjetischen Ökonomie und Gesellschaft (und der anderen daran orientierten Gesellschaftsmodelle) bis in die Gegenwart zu betrachten sind.

Das Entscheidende bei der Wende jener Jahre ist in dieser Sicht nicht der Übergang zur Industrialisierung und Kollektivierung, sondern die Abwendung von einem - in der Theorie ansatzweise durchaus vorhandenen - sozialökonomischen Vergesellschaftungskonzept, das an den persönlichen Interessen der (damals agrarischen) Masse der Produzenten und der vorrangigen Bedeutung der ökonomischen Interessen selbständiger Produzenten bzw. Produktionssubjekte ansetzte, zugunsten hochgradig administrativ-autoritärer Lenkungsmechanismen. Damit ließ sich das bei Lenin Anfang der zwanziger Jahre in den Mittelpunkt gerückte Problem nicht bewältigen: Veränderung der Psychologie der Massen, ihre Aktivierung zu Selbsttätigkeit und Eigeninitiative als entscheidende Produktivkraft, nachholende Schaffung der zivilisatorischen Voraussetzungen des Sozialismus. Je schwächer in den Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen im eigentlichen Sinne ökonomische Anreize und Regulierungsmechanismen ausgeprägt waren, desto größer wurden Spielraum und immanente Notwendigkeit für außerökonomische Gewalt, desto geringer blieb das Maß an wirklicher Demokratie und Selbstverwaltung. Desto größer und verhängnisvoller wurde damit die Tendenz zur Hypertrophierung des Staates, zu massenhafter Entfremdung von Eigentum und Macht, zu mangelnder Eigeninitiative und Innovationsfähigkeit und zur Herausbildung einer Psychologie gesellschaftlicher Passivität - also zu jenen Faktoren, die heute als Ursache von Stagnation und innerer Entwicklungsblockade beklagt werden.

Dieses bei allen Variationen und Reformansätzen in seinem Grundmechanismus seit den 30er Jahren beibehaltene Politik- und Vergesellschaftungskonzept bestimmte auch die Vorstellungswelt der kommunistischen Parteien und wurde nach 1945 auf viele andere sozialistische Länder übertragen - mit den uns heute bekannten Ergebnissen.

3. Wo sind die Quellen dieses Vergesellschaftungskonzepts zu suchen? Lenin betonte 1923 im Rückblick auf die Periode des Kriegskommunismus, "daß sich unsere ganze Auffassung von Sozialismus grundlegend gewandelt hat."⁵ Wenn er 1918 Sozialismus als "staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird" bezeichnet hatte⁶, so setzte er nach den Erfahrungen von fünf Jahren den Akzent wesentlich anders und definierte Sozialismus als "ein System zivilisierter Genossenschaftler bei gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln."⁷ Wenn dieser Gedanke auch in Lenins letzten Schriften durchaus nicht systematisch und mit allen Konsequenzen zu Ende gedacht war, drückt sich darin doch eine Entwicklungsrichtung aus, die von einer engen staatssozialistischen Konzeption abbrückt.

Die von Lenin kritisierte Auffassung identifizierte formelle (juristische) Vergesellschaftung (Verstaatlichung) und "tatsächliche Vergesellschaftung"⁸. Sie neigte nach seiner Auffassung daher zur Überschätzung von Politik, in Leninscher Terminologie zum "kommunistischen Geheiß" (also Kommandosozialismus), das nicht hinreichte, "um den Übergang von der

Nationalisierung und der Konfiskation zur Vergesellschaftung zu vollziehen."⁹ Gerade diese politische Konzeption und dieses theoretische Verständnis setzten sich Ende der 20er Jahre mit dem Abbruch der NÖP und dem Übergang zur radikalen Kollektivierung sowie der Etablierung des autoritär-administrativen Lenkungsmechanismus langfristig und umfassend durch.

Die Wende der späten zwanziger Jahre ging einerseits aus einem bereits verengten und deformierten Marxismus-Verständnis hervor; und sie wurde andererseits zum Ausgangspunkt der Kodifizierung dieser Konzeption im "Marxismus-Leninismus" als theoretischem Überbau des administrativ-staatssozialistischen Vergesellschaftungsmodells, zwangsläufig verbunden mit der Abkappung aller anderen Lesarten und Denkansätze im Marxismus und der offenen Diskussion über sie.¹⁰

Für uns steht - sozusagen als Flurbereinigung - im Sinne einer historisierenden Lesart der verschiedenen Richtungen marxistischen Denkens die Aufgabe einer systematischen Aufarbeitung der Implikationen des Konzepts des "Marxismus-Leninismus", seiner einzelnen Elemente und historischen Bezüge. In vielen Fragen - vom Verständnis von Vergesellschaftung und Kapitalismusanalyse, von Produktivkraftentwicklung, von Demokratie, Politik oder Subjektivität bis hin zum Epochen- und Fortschrittsverständnis - dürfte nur so für den in dieser Tradition stehenden Marxismus ein neuer Zugang für ein wirklich von Marx herkommendes und Veränderung ermöglichendes Realitätsverständnis möglich sein.

III. Selbstkritischer Rückblick

Zur "Terrainvermessung" gehört für uns auch der kritische Rückblick auf die eigene Denkrichtung und Arbeit.

Die Bindung an den realen Sozialismus und die sich mit ihm identifizierende Strömung der Arbeiterbewegung und deren Parteien war in der Vergangenheit bewußter Bezugspunkt unseres bewußt praxisbezogenen Verständnisses von Marxismus. Sie bedeutete in erster Linie den positiven Bezug auf den "realen Sozialismus" als - in weltgeschichtlicher Dimension - einzig praktisch gewordener und global wirksamer Alternative zum Kapitalismus. Mit seinem antikolonialistischen, antifaschistischen und den Kapitalismus zivilisierenden Potential repräsentierte er in der bipolaren Welt und klassengespaltenen Gesellschaft eine - wenn auch, wie sich gezeigt hat, nur zeitweilig - geschichtswirksame Zukunftstendenz. (Der Fortfall vor allem dieses zivilisierenden Potentials hat gegenwärtig, wie der Verlauf internationaler Konflikte zeigt, gravierende Folgen.)

Die inneren Defizite und Deformationen des Sozialismus galten uns demgegenüber deswegen als sekundär und als Übergangsprobleme, weil sie die

Substanz, die geschichtliche Perspektive des Sozialismus nicht zu berühren schienen. Die bewußte Identifikation mit dieser Richtung verband sich mit der Überzeugung, bei Einhaltung des politischen Grundkonsenses zu einer theoretischen wie politischen Modernisierung der kommunistischen Bewegung beitragen zu können. Hier zwingt die Erfahrung des Zusammenbruchs des "realen Sozialismus" ebenso wie die der ihm vorangehenden Krise der kommunistischen Parteien im Westen, die das Scheitern dieses Organisations- und Hegemonietyps der Arbeiterbewegung signalisierte, zur Neubewertung vieler früherer Positionen und Argumente.

Die genannte Einbindung bedeutete auch Bindung an Denkrichtung und Tradition des "Marxismus-Leninismus", unabhängig von manchen "Modernisierungsansätzen" und Bemühungen, die Enge dieses Paradigmas zu sprengen. Daraus ergaben sich offensichtlich entscheidende Erkenntnis-schranken, die wir heute im einzelnen aufzuarbeiten haben. Das gilt nicht nur für die enge Bindung dieses Theoriestrangs an die Praxis des realen Sozialismus geschuldete Ausblendung wesentlicher Seiten der Realität - insbesondere der Wirklichkeit der sozialistischen Gesellschaften. Es gilt mehr noch für das theoretische Verständnis von Marxismus und eigener Theorietradition und die charakteristische Schwäche des "Marxismus-Leninismus", andere theoretische Konzeptionen und Denkrichtungen höchstens selektiv und primär unter dem Gesichtspunkt der Kritik und Abwehr statt mit Blick auf produktive Elemente zu rezipieren. Das betrifft auch die marxistische Diskussion im engeren Sinne, die nur partiell und nicht als Vielfalt unterschiedlicher Strömungen und Richtungen zur Kenntnis genommen wurde. Das schloß Aus- und Abgrenzungsmechanismen ein, wie sie z.B. gegenüber der "Argument"-Richtung wirksam wurden, die uns selbst theoretische Zugänge versperrten und die nicht dadurch richtiger wurden, daß Aus- und Abgrenzung natürlich auch von anderen gegen uns praktiziert wurde.

Wir hatten uns in der Vergangenheit ernsthaft bemüht, "neue Fragen" in unserer theoretischen Arbeit aufzugreifen. Stichworte wie Naturverhältnis, Frauenfrage, Fortschritts- und Epochenverständnis, Demokratisierungs-diskussion, modernes Verständnis von sozialen Bewegungen und Klassenverhältnissen usw. müssen hier genügen. Daß uns das enorme Schwierigkeiten bereitet hat, daß wir auf viele neue strategische Probleme der Linken mit Verspätung und defensiv reagierten und die Felder nicht besetzen konnten und daß die theoretischen Konzeptionen unbefriedigend blieben, dürfte im einzelnen auch mit der nicht aufgearbeiteten eigenen Theorietradition zusammenhängen.

IV. Essentials und Fragen

Wir hoffen, daß all dies nicht zu pessimistisch klingt. Andere Strömungen im Marxismus haben im übrigen ihre eigenen Probleme zu lösen. Die hi-

storische Niederlage des realen Sozialismus zwingt zur Aufarbeitung der eigenen Denkrichtungen, ihrer Paradigmen, Erkenntnis-schranken und Dogmen. Aber deren Zusammenbruch ist zugleich Voraussetzung und Chance für einen neuen theoretischen wie praktischen Anlauf. Dazu nur eine kurze Schlußbemerkung.

Bei einer solchen Aufarbeitung wird es um solche Fragen gehen wie: Was ist "der harte Kern" des Marxismus? Und: Welchen Problemen müssen wir uns heute zuwenden? Dabei kann es sich theoretisch nicht um ein einfaches "Zurück zu Marx" handeln; die ganze Theoriegeschichte des Marxismus ist neu zu sichten und zu bewerten im Kontext der radikalen Veränderungen der gesellschaftlichen Realität seit dem letzten Jahrhundert: was muß aufgehoben und entwickelt, was muß aufgegeben werden? Der Blick sollte sich dabei stärker auf die inneren Widersprüche und Brüche der Theorieentwicklung, die Sackgassen und Defizite richten. Dies gilt auch für die Theorieentwicklung bei Marx und Engels selbst: als eine im Werden begriffene, unfertige und für die Veränderungen der Wirklichkeit offene (wenn auch vom materialistischen Grundkonzept her durchaus "geschlossene") Theorie, die sich in der Pluralität (und Rivalität) unterschiedlicher Lesarten und -Interpretationsmöglichkeiten entwickelt hat, über deren jeweilige Tragfähigkeit nur die Konfrontation mit der gesellschaftlichen Realität entscheiden kann. Marxismus ist dabei in unserem Verständnis nicht nur kritische Theorie gesellschaftlicher Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, wie ihn z.B. die "Kritische Theorie" interpretiert, sondern interessen- und subjektbezogene Theorie gesellschaftlicher Veränderung und Befreiung - Stichwort "Feuerbachthese". So wichtig es ist, darauf zu insistieren, daß Marxismus "Philosophie der Praxis" ist, so wichtig ist es auch, zu sehen, daß die Verbindung von wissenschaftlicher Theorie und Politik immer nur als Spannungsverhältnis und nicht als eines der direkten Überführung des einen in das andere existieren kann.

Auch in Anbetracht der Katastrophe des "realen Sozialismus" wird die Realität die Notwendigkeit einer im Marx'schen Sinne radikalen Kapitalismuskritik rasch vor Augen führen. Dabei geht es nicht um eine unproduktive Totalverneinung jener bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, die in ihren Vergesellschaftungsstrukturen Züge einer Moderne aufweisen, die für künftige Umgestaltungen unentbehrlich sind. Die kapitalistische Produktionsweise kann und wird aber nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Die heute vielfach verkündeten liberalen Verheißungen von Markt und Demokratie werden nicht halten, was sie versprechen: Aufhebung von Ungleichheiten, Verallgemeinerung der Demokratie, volle Ausübung der Menschenrechte, Abrüstung und Frieden, Sicherung der Existenzbedingungen des Planeten. Im Gegenteil, die Realität der kapitalistischen Welt zeigt ein Geflecht von ökonomischen, politischen und kulturellen Herrschafts-, Ausbeutungs- und naturzerstörerischen Verhältnissen, die zu den

vergangenen bürokratischen Herrschafts- und Gesellschaftsverhältnissen des Staatssozialismus keine Alternative darstellen. Gerade die kapitalistische Modernisierung, vor der der "reale Sozialismus" kapituliert hat, ist mit einer Vertiefung dieser Widersprüche und Antagonismen in globalem Ausmaß verbunden.

Gegenüber dem Beginn des Jahrhunderts leben wir heute in einer global vergesellschafteten Welt mit anderen und neuen Existenzproblemen. Diese zu lösen und das Überleben der Menschheit zu sichern ist die zentrale strategische Aufgabe der Gegenwart. Die Zukunftsfähigkeit marxistischer Diskussionsangebote bemißt sich daran, ob und in welchem Maß sie dazu beitragen - ohne in dieser sehr viel breiteren allgemeinen Fortschrittsbewegung aufzugehen. Für Marx und Engels war Geschichte widersprüchlicher Prozeß einer zunehmenden Befreiung der Menschheit - ohne Erfolgsgarantie und, hinsichtlich des Kommunismus, eindeutig als Resultat einer Bewegung definiert, die den bestehenden Zustand von Ausbeutung und Unterdrückung aufhebt. Wie ist heute Fortschritt zu bestimmen, wie werden sich dessen Subjekte formieren, welche werden es sein?

Der im "Kommunistischen Manifest" begründete Bezug auf die Arbeiterklasse als das entscheidende Fortschrittssubjekt traf nach Lage der Dinge offenbar nur auf den frühen Kapitalismus zu. Freilich ist auch heute in den kapitalistischen Ländern ohne diese Klasse, allein wegen ihrer großen Zahl, kein Fortschritt möglich. Der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit besteht innerhalb dieser Gesellschaften mit aller Schärfe fort, aber es sind offenkundig neue Bedürfnisstrukturen und Widersprüche auf anderen Ebenen als den traditionellen Kampffeldern, aus denen heute die Impulse für Fortschrittsbewegungen entspringen. Die Weltgesellschaft von heute wird vom Antagonismus zwischen den reichen Industrieländern und der Mehrheit der armen Weltbevölkerung geprägt. So wie es also die frühere eine zentrale Widerspruchsachse nicht mehr gibt, kann auch ein primär sozialökonomisch definierter Begriff des Subjekts gesellschaftlicher Veränderung die Vielgestaltigkeit der heutigen sozialen Prozesse nicht erfassen. Die Komplexität der heutigen Welt bringt eine weitaus umfassendere Subjektstrukturierung hervor und verlangt auch in den marxistischen Diskussionen neue theoretische Reflexion.¹¹

Ein nüchterner Blick auf die Widersprüche der heutigen Welt und ihre globalen Existenzprobleme straft jede These vom Ende der Geschichte Lügen - das kann nicht ihr Ende sein, es sei denn, es ist das Ende ihrer Existenz. Das bei Marx und Engels formulierte Programm der Befreiung der Menschen aus allen Verhältnissen, in denen sie ein geknechtetes und unterdrücktes Wesen sind, ist unverwirklicht; ebenso, daß dies nur möglich ist, wo "der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, ... ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden..."¹² Das Profitprinzip kann nicht Regulativ dieser zukünftigen demokratischen Weltgesellschaft sein, und ohne die

"Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft"¹³ wird es nicht abgehen. Die Entwicklung des realen Sozialismus im 20. Jahrhundert hat zugleich gezeigt, welche Wege hierbei nicht weiterführen. Dies im einzelnen aufzuarbeiten und eine von dogmatischen Verkrustungen und ökonomistischen Vereinfachungen befreite Kapitalismuskritik zu entwickeln, sehen wir als wichtige Aufgabe für marxistische Theorie.

¹ Siehe Hans Jörg Sandkühler: Perspektiven auf Marx und den Marxismus, in: Stichwort "Marxismus", Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hamburg 1990, Bd. 3, S. 133 ff.

² Louis Althusser: Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978, S. 56 f. Siehe auch schon Henri Lefebvre: Probleme des Marxismus, heute, Frankfurt/M. 1965, S. 11 ff.

³ Siehe dazu Heinz Jung: Abschied von einer Realität. Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR, IMSF Forschung und Diskussion 6, Frankfurt/Main 1990. Auch: Wolfgang Fritz Haug, Versuch beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen. Das Perestroika-Journal, Hamburg 1990.

⁴ Siehe dazu Jewgeni Plimak: Das politische Vermächtnis W. I. Lenins, Moskau 1989 (dt. unter dem Titel: Anatomie der Willkür. Wurzeln des Stalinismus in der Sowjetunion, Berlin 1990).

⁵ W. I. Lenin, Über das Genossenschaftswesen (1923), in: W. I. Lenin, Werke (LW) Bd. 33, S. 460.

⁶ Ders., Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll (1918), in: LW Bd. 25, S. 369.

⁷ Ders., Über das Genossenschaftswesen, a.a.O., S. 457.

⁸ Ders., Über 'linke Kinderei' und über Kleinbürgerlichkeit (1918), in: LW, Bd. 27, S. 325.

⁹ Ders., Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung (1921), in: LW, Bd. 33, S. 50; s.a. Über 'linke Kinderei'..., a.a.O., S. 325.

¹⁰ Georges Labica: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik, (West-)Berlin 1986 (Paris 1984), bes. S. 92 und 110.

¹¹ S., dazu André Leisewitz/Klaus Pickshaus (Hrsg.): Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage. IMSF-Forschung und Diskussion 5, Frankfurt/M. 1990.

¹² Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke (MEW) Bd. 25, S. 828.

¹³ Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: MEW, Bd. 20, S. 264.

Frank Deppe

Der Zusammenbruch des Sozialismus und Perspektiven der Marxistischen Theorie

Die Krise des Marxismus ist *nicht* erst durch den Zusammenbruch des "realen Sozialismus" auf die Tagesordnung gesetzt oder erzeugt worden; denn sie wurde in den praktischen Erfahrungen und in den theoretischen Debatten der Linken in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften schon seit der Mitte der 70er Jahre zu einem zentralen Thema. Zweifellos hat dabei auch die "Vorgeschichte" dieses Zusammenbruchs eine (von uns mehr oder weniger bewußt wahrgenommene) bedeutende Rolle gespielt; denn die Stagnation und die sich immer deutlicher abzeichnende Reformunfähigkeit der gesellschaftlichen und politischen Systeme des "realen Sozialismus" (die in den 70er Jahren noch zeitweilig durch die weltpolitischen Erfolge der Sowjetunion und des sozialistischen Staatensystems überdeckt wurden) haben ihrerseits sowohl die Suche nach "neuen Wegen" (z.B. Eurokommunismus) als auch verschiedene Abschiedsbewegungen dieser Periode beeinflußt. Immerhin hat *Enrico Berlinguer* schon in den 70er Jahren von der Erschöpfung der geschichtlichen Kraft bzw. von den Energien der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 gesprochen.

Daß der derzeit sich vollziehende Zusammenbruch *der Sowjetunion* - je katastrophischere und gewaltsame Form er denn annehmen wird - selbst noch erst zu einer bevorstehenden dramatischen Belastungsprobe für den Marxismus werden wird, scheint mir - ohne doch ich schon am Anfang einem dezidierten Passivismus das Wort reden möchte - für die nahe Zukunft eine durchaus realistische Perspektive!

Nun werden wir die Frage, wozu der Marxismus als Wissenschaft und als wissenschaftliche Instrument der Kritik noch taugen könnte, in diesem Kreise (so nehme ich einmal an!) kaum triumphalistisch diskutieren. Weder Lenins Satz, daß die Lehre von Marx "allmächtig" sei, "weil sie wahr ist" (dies fand sich immerhin noch gleichsam als Motto für den 1983 vom IMSF herausgegebenen Band zum 100. Todestag von Marx, zu dem auch - einschließlich meiner selbst - einige der hier Anwesenden Beiträge geliefert haben!), noch jene triumphalistischen Verabschiedungen von der letzten wirksamen "Weltdeutungsmechanik" in der Tradition der Aufklärungsphilosophie (von denen die FR kürzlich aus Anlaß eines Salzburger Kolloquiums berichtete) - wird beim Versuch der Bearbeitung dieser Fragestellung hilfreich sein können - eher noch der Brecht'sche Satz über die "große Methode", die es "ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen, sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen".

Es ist nun gerade dieser Zusammenhang zwischen "Fragen stellen" und "Handeln ermöglichen", den ich in den Mittelpunkt meines Diskussionsbeitrages stellen möchte. Der Marxismus ist nun einmal ein System der Erkenntnis und der wissenschaftlichen Kritik, der die "große Methode" selbst immer als eine Einheit der Einsicht in die Bewegungsgesetze der Wirklichkeit und ihrer Folgen für Bewußtsein und Handeln der Menschen begriffen hat.

Schärfer noch: die Aufdeckung der antagonistischen Grundstruktur des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses ist für Marx und Engels zugleich Theorie des *historischen* Charakters dieser Formation, Theorie der Möglichkeit dieser Aufhebung durch den Sozialismus, und darin zugleich Theorie des Subjektes der Befreiung der Menschheit aus den Fesseln ihrer "Vorgeschichte", des Industrieproletariats bzw. der modernen Arbeiterklasse, die im Klassenkampf und durch ihre eigene Organisation sich selbst zum Subjekt (Klasse für sich) konstituiert.

Ich denke, daß wir den Marxismus als System der Erkenntnis und der Kritik von diesem Ausgangspunkt her diskutieren müssen. Von den "Feuerbachthesen" bis zu Engels' "Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" ist es für die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus völlig selbstverständlich, daß die Theorie der menschlichen Emanzipation ein praktisches, geschichtlich handelndes Subjekt hat bzw. haben muß, daß dieses Subjekt, die Arbeiterklasse, zugleich Adressat der Theorie oder der Wissenschaft sei.

Ich beschränke mich darauf, an die Schlußsätze von Friedrich Engels "Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" zu erinnern: "Diese weltbefreiende Tat durchzuführen (d.h. die proletarische Revolution zu machen), ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst zu ergründen und der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus" (MEW, 19, S. 228).

Die Geschichte des Marxismus (in Theorie und Praxis) hat uns zweifellos ein schwieriges Erbe hinterlassen. Auf der einen Seite hat sie gelehrt, daß der Marxismus im 19. und 20. Jahrhundert nur insoweit zu einer "geschichtsmächtigen" (oder bescheidener: praktisch relevanten) geistigen und politischen Macht werden konnte, als er nicht irgendeine Hegemonie unter den akademischen Disziplinen zu erringen vermochte (Ansätze dazu gab es nur in ganz wenigen Ausnahmep Perioden), sondern daß er von großen sozialen und politischen Bewegungen - von der sozialistischen Arbeiterbewegung in Europa bis zu den sozialrevolutionären und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in der III. Welt (und ihren Führungsgruppen) gleichsam als "Emanzipationstheorie" rezipiert, übersetzt und anerkannt wurde. Auf der einen Seite wissen wir, daß gerade aus

solchen Verbindungen immer wieder die schlimmsten Deformationen des Marxismus als kritischer - und auch zur Selbstkritik befähigter - Wissenschaft hervorgegangen sind. Die Subjektperspektive, die in den Marxismus (so habe ich ihn wenigstens stets verstanden) als Emanzipationsperspektive strukturell eingeschrieben ist, erweist sich mithin als äußerst zwiespältig, wobei mir scheint, daß das Problem nicht dadurch gelöst werden kann, daß wir "großzügig" den historischen Materialismus auf dem Müllhaufen der Geschichtsphilosophien abladen.

Bekanntlich sind - systematisch und historisch - die Defizite des Marxismus auf dem Gebiet der politischen Theorie (und die Althusser'sche Eröffnung der Debatte über die Krise des Marxismus um die Mitte der 70er Jahre zielte ja gerade auf dieses Defizit, freilich kombiniert mit der Illusion, daß gerade eine mächtige Klassen- und Volksbewegung dabei sei, diese Krise zu überwinden!) - diese Defizite also - soweit sie vom Basis-Überbau-Theorem oder von der Theorie der Klassenformierung und des Klassenkampfes abgeleitet werden - sind auf das engste mit der gerade angesprochenen Subjektperspektive und deren Widersprüchlichkeit verbunden. Ich will dazu einige Stichpunkte ergänzen:

Marxisten haben immer wieder dazu tendiert, den Formierungsprozeß (d.h. die durch die Bewegung des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses selbst bestimmte Grundstruktur der Klassenverhältnisse) der Arbeiterklasse in der historischen - gleichsam teleologischen - Perspektive der Formierung eines einheitlichen (nach der Seite der sozialen Erfahrung) und kollektiven (durch gewerkschaftliche und politische Organisationen gleichsam "zusammengeschweißten") Handlungsobjektes zu bestimmen, das nun letztlich doch seine "historische Mission" - als Exekutor des nunmehr revolutionär gewordenen "Weltgeistes" - zu erfüllen.

Natürlich gibt es bei Marx und Engels selbst zahlreiche Hinweise, daß diese Kollektivität auch immer wieder durch den Konkurrenz unter den Lohnarbeitern sowie durch die Veränderung im Umfang wie der inneren Zusammensetzung der Arbeiterklasse gleichsam aufgesprengt wird. Dennoch hat der "Klassenmythos" immer wieder dazu geführt, daß solche Prozesse, materielle Spaltungen, die Vielfalt der Praxisformen sowie der kulturellen Artikulationsformen unterbewertet und dabei wiederum nur in der Durchgangs- bzw. Übergangsperspektive der Konstitution relativ homogener "Klassenidentitäten" interpretiert wurden.

Da die Zeit für diese Einführung äußerst knapp bemessen ist, kann ich diese Problematik nicht ausführlich behandeln. Daher nur so viel: Die Kritik an diesem "Reduktionismus" ist nicht neu. In der neueren Zeit hat sie seit E.P. Thompson's "Making of the English Working Class" (1965) nicht nur die Historiker beschäftigt (und in der Gramsci-Debatte seit der Mitte der 70er Jahre war sie im grunde genommen der zentrale Aspekt).

Die Widersprüchlichkeit einer Konzeption, die die Formierung der Klasse zum kollektiven Handlungsobjekt unterstellt, entfaltet sich wirklich aber erst dort zu einem äußerst komplizierten Problem, wo Marxisten versucht haben, die Frage zu beantworten, wie denn die Klasse, Fraktionen der Klasse oder Individuen als Klassenangehörige überhaupt zum Handeln kommen. Einheitliches Handeln (so haben es wohl die meisten immer wieder verstanden) entsteht nicht spontan (wiewohl individuelles und partikulares Handeln auf der unmittelbaren Artikulation negierter Bedürfnisse beruht), sondern bedarf der Vermittlung durch Organisation, durch die Partei (als der entwickelten Form der politischen Organisation). Deren "Führungsfunktion für die Klassenbewegung (und deren Vereinheitlichung) wurde ja gerade darin gesehen, daß in ihr gleichsam das Wissen über den notwendigen Gang der Geschichte und die Ziele des Klassenkampfes gespeichert und konzentriert ist.

Damit ist aber zugleich die Beziehung der Klasse - als politische Beziehung - zum Staat gesetzt; denn die Partei agiert auf dem durch den Staat definierten politischen Feld - sei es als Antagonist des bürgerlichen Staates (Ergreifung der Staatsmacht), sei es als funktionaler Bestandteil oder gar als "Staatspartei". Die "Klasse, die sich zum Staat macht" (dies eine sehr widersprüchliche Formulierung von Gramsci, der damit das Hinaufarbeiten von der Basis in den Überbau, die "Katharsis" vom ökonomischen Korporatismus zur ethisch-politischen Phase mit der Aneignung hegemonialer Kompetenz meint) wird also als geschichtliches Subjekt "enteignet". Die Partei oder der Staat erheben sich zu Institutionen, die letztlich ein Monopol auf die Definition der Klasseninteressen beanspruchen - das sich dann seinerseits auf die gewaltsame Monopolisierung der Deutung der gesamten marxistischen Weltanschauung stützt (genauer: der "marxistisch-leninistischen Weltanschauung"). Ich denke, daß diese Widerspruchskonstellationen, die die Artikulation der sozialen und kulturellen Interessen in der Klasse, und schließlich den Klassenkampf selbst nur noch partei- und staatsförmig zu bestimmen vermag, eine der wesentlichen Ursachen für jene tiefe Krise jener historischen Formation Marxismus gewesen sind, die wir nun im Kontext des Zusammenbruchs des "realen Sozialismus" diskutieren.

Und doch wäre es natürlich viel zu einfach, wenn wir glaubten, mit solch kritischer Einsicht (die nun gewiß nicht neu ist) die Geschichte des Marxismus in Theorie und Praxis - als Teil der Geschichte des Kapitalismus und des kapitalistischen Weltsystems - entschlüsselt zu haben. Wären die Defizite denn wirklich so einfach zu erkennen gewesen, dann hätte der Marxismus wohl niemals in der Geschichte irgendeine praktische Wirksamkeit erlangt. Die historische Aufarbeitung dieser Geschichte, die ja ebenfalls noch bevorsteht, wird also notwendig auf Brüche und Diskontinuitäten stoßen, die ihrerseits die Geschichte des Kapitalismus keineswegs nach Maßgabe einer Evolutionskonzeption erfassen lassen, derzufolge die

fortschreitende Rationalisierung dieses Systems den Klassengegensatz entschärft und schließlich tendenziell - was seine politische Relevanz betrifft - aufgelöst hat. Eric Hobsbawm hat gerade in einem Artikel in "Marxism Today" sehr eindrucksvoll daran erinnert, daß die tiefe Krise der kapitalistischen Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die notwendige Rahmenbedingung nicht nur für die Oktoberrevolution des Jahres 1917 und die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, sondern zugleich für die Durchsetzung der "fordistischen Variante" der kapitalistischen Systemregulierung gewesen sind.

Der entscheidende Gesichtspunkt bei diesem Hinweis auf die Brüche in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ist nun allerdings, daß sich jeweils Konstellationen von Klassenkämpfen und Kräfteverhältnissen von Klassen herausgebildet habe, in denen Klassenbewegungen und marxistische Theoriearbeit jeweils spezifische - auch konkret historische - Verbindungen eingehen. Hier nun wären viele Fragen zu stellen und zu bearbeiten? Worauf beruhte die enorme Ausstrahlungskraft und Energie der Oktoberrevolution und vor allem der Person Lenins? Warum betrachteten so viele Intellektuelle die objektive Zusammenbruchstendenz des Kapitalismus und die gleichzeitige Entwicklung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse als einen quasi-naturwüchsigen Prozeß? Welche Veränderungen in den Klassenkampfkonstellationen stehen zwischen Georg Lukács' "Geschichte und Klassenbewußtsein" (1923) - das klassische Werk der "Offensivtheorie" - und den "Kerkerheften" des Antonio Gramsci in den 30er Jahren, in denen die Erforschung der Gründe für die Niederlage dieser Offensive nach dem Vorbild der Oktoberrevolution im Zentrum steht? Und warum haben nach 1968 wiederum so viele Intellektuelle die Verbindung von marxistischer Theorie und Klassenbewegung wiederum als einen gleichsam durch die Geschichte selbst erzeugten Vorgang begriffen, und zuerst Lukács nachgedruckt, um dann später die Hegemonietheorie von Gramsci zu studieren?

Ich will mit diesen Hinweisen zunächst nur darauf aufmerksam machen, daß die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts eben auch eine Geschichte von Klassenkämpfen und der Bildung und Auflösung von Klassenkampfformationen ist, wobei der Staat eine immer wichtigere Rolle für diese Prozesse spielt. Solche Prozesse - so meine These - sind weder nach Maßgabe eines evolutionistischen Integrationskonzeptes (fortschreitende Selbstregulierungsfähigkeit hoch komplexer Gesellschaften) noch durch eine schlichte Subjekt-Geschichtsphilosophie zu fassen, die die Formierung der Arbeiterklasse zum sozialistischen Handlungssubjekt beständig auf dem Vormarsch sieht!

Dabei haben sich im Resultat solcher Klassenkämpfe und der zeitweiligen - vor allem politischen - Festschreibung bzw. Regulation von Kräftekonstellationen der Klassen (über solche Kräftekonstellationen, d.h. über Blockbildungen, die jeweils verschiedene Klassenkräfte, -fraktionen und

auch Individuen zu hegemonialen Bündnissen - über den Staat zusammenschließen, wäre natürlich vor allem im Hinblick auf eine primitive Polarisierungsthese viel zu sagen; aber ich denke, darüber ist ja in den letzten Jahren, ausgehend von Poulantzas bis zu den Arbeiten von Joachim Hirsch u.a., doch sehr vieles entwickelt worden) so werden also jeweils Problemlagen herauskristallisiert, die für die Politik von Kräften, die sich auf den Marxismus bezogen, als auch für die theoretische Arbeit von zentraler Bedeutung gewesen sind.

Ich nenne nur drei Felder:

1. Jener Vorgang, den wir meist als die Spaltung der Arbeiterbewegung nach 1917 bezeichnen - als die Konfrontation Sozialdemokraten/Kommunisten. Wichtiger freilich der Sachverhalt, daß in den Metropolen des Kapitals seit dieser Zeit - im Durchschnitt - die Mehrheit der Arbeiterklasse niemals "revolutionär" im Sinne der kommunistisch/leninistischen Linie geworden ist. Diesen Vorgang theoretisch und dann auch strategisch richtig zu verarbeiten, verweist auf einen zentralen Defizitbereich der politischen Theorie des Marxismus, die sich vor einer gründlichen Auseinandersetzung mit der "Reformismusproblematik" meist idealistisch (Manipulation) oder personalisierend (die Führer) herumgedrückt hat. Und es liegt auf der Hand, daß dabei nicht nur Bewußtseinsformen, sondern der ganze Komplex der institutionalisierten Formen der Bearbeitung und Regulation des Klassengegensatzes in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften - also u.a die Sozialstaatproblematik - mit berücksichtigt werden muß.

2. Schon mit der russischen Oktoberrevolution, vollständig dann mit der chinesischen und koreanischen Revolution nach dem Ende des II. Weltkrieges hat sich eine Perspektivenverschiebung innerhalb des "offiziellen" Marxismus durchgesetzt - von entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens auf rückständige agrarische Gesellschaften des Ostens mit relativ eigenständigen politischen Kulturen, von der Arbeiterklasse des Westens auf die Rolle von Bauernmassen im Osten. Ich denke, daß diese Verschiebung niemals gründlich, im Hinblick auf die Bedeutung des Marxismus bzw. der Rückwirkungen solcher Verschiebungen auf Grundprämissen (die ja noch in den Imperialismustheorien zu Beginn des Jahrhunderts vorhanden waren) reflektiert worden ist. Die Theorie von den "drei Strömen" des weltrevolutionären Prozesses war keine Theorie, sondern allenfalls empirische Illustration einer politischen Strategie, deren Träger sozialistische Staaten und die sie tragenden Parteien waren.

3. Die Bedeutung des Systemgegensatzes, als des Ost-West-Gegensatzes in der Weltpolitik, der ja immerhin für fast 40 Jahre hindurch die bestimmende Konfliktformation in der Welt gewesen ist, und deren Subjekte im engeren Sinne als Handlungssubjekte ja weder Individuen, noch Klassen, sondern wiederum Staaten und deren Regierungen gewesen sind. Die Deutung dieses Gegensatzes als Formation des internationalen Klassen-

kampfes war nicht einmal falsch; denn es gab ja viele überzeugende Hinweise dafür, daß die revolutionären Prozesse in der III. Welt durch die Existenz und die relative Stabilität des "sozialistischen Lagers" immerhin begünstigt wurden. Ich erwähne diese Konfliktformationen auch deshalb, weil sie einerseits die vorrangige Bedeutung von Konstellationen der internationalen Politik aufzeigt, die - etwas salopp formuliert - in der Marx'schen Theorie nicht vorgesehen waren, die aber gleichzeitig die Entwicklung der Kräftekonstellationen zwischen den Klassen in den einzelnen Staaten jeweils wesentlich beeinflußt und "überdeterminiert" haben.

Ich will mit diesem Hinweis wiederum nur folgendes andeuten: marxistische Analysen - vor allem des Zusammenhangs von Klassenbildungsprozessen und politischen Konfliktkonstellationen - betrachten die Prozesse der antagonistischen Vergesellschaftung in der Regel aus deren - im Rahmen des Nationalstaates definierten - Binnenperspektive. Daß diese Prozesse selbst in hohem Maße durch die Machtstrukturen der internationalen Politik bestimmt werden und daß diese Machtproblematik selbst natürlich zum Gegenstand theoretischer Kritik werden muß, das ist zumal im 20. Jahrhundert eine Problematik, der sich die am Marxismus orientierten sozialen und politischen Bewegungen überhaupt nicht zureichend gestellt haben. Vielfach hat das schlichte Vertrauen auf die Sowjetunion oder, noch enger, auf ihren Führer, die Öffnung für dieses wichtige Problem blockiert.

Zum Schluß soll wenigstens in Umrissen ein Arbeitsfeld skizziert werden, auf dem in der Gegenwart Prozesse des sozialökonomischen und politischen Umbruchs und der Restrukturierung von Klassenverhältnissen zu erforschen sind. Dabei handelt es sich *nicht* um eine - geschichtsphilosophisch begründete - Prognose von Krisenprozessen in der kapitalistischen Weltökonomie und der damit *notwendig* verbundenen Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen. Das Anliegen solcher Fragestellungen und Forschungen muß bescheidener definiert werden: es geht um Transformationen in den Entwicklungsbedingungen des heutigen Kapitalismus und - darin eingeschlossen - um die Produktion und Reproduktion von sozial sich ausdifferenzierenden (und in Gegensatz zueinander tretenden) Lebensverhältnissen und -chancen, die aufgrund der dominanten Steuerungslogik dieser Prozesse, der Logik der kapitalistischen Profitproduktion, zugleich neue Spaltungslinien, Segmentierungs- und Marginalisierungsprozesse erzeugt und damit zugleich soziale, kulturelle und politische Konfliktpotentiale zumindest objektiv strukturiert.

Wie immer auch später einmal ein Name für jene Epoche gefunden wird, in die der Kapitalismus nach dem Ende der Systemkonkurrenz eingetreten ist - auf jeden Fall handelt es sich dabei um ein globales kapitalistisches System, das wesentlich durch zwei strukturelle Determinanten charakterisiert sein wird:

1. Die Internationalisierung der Produktion und des Handelns, der monetären Sphären und der Kommunikation wie des Verkehrs hat Strukturen der transnationalen Verflechtung und Interdependenz geschaffen, die zugleich die politischen (vor allem die wirtschafts- und geldpolitischen) Steuerungsinstrumentarien tendenziell von der traditionellen Regulationsfähigkeit durch die Nationalstaaten (bzw. durch internationale Vereinbarungen und Institutionen) abkoppeln.

2. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verändern sich zugleich jene globalen Determinanten, die gut 40 Jahre lang, seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, die Formen der Konkurrenz und die Struktur der Hegemonialordnungen in der kapitalistischen Welt überdeterminiert hatten. Der Verfall der "bipolaren Ordnung" - und darin eingeschlossen der Verfall der hegemonialen Position der USA seit den 70er Jahren - werden auf jeden Fall die Formen der ökonomischen, monetären, wissenschaftlich-technologischen Konkurrenz zwischen den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft (der "Triade" USA, Japan, Westeuropa) repolitisieren und zugleich das Thema des Konfliktes um neue hegemoniale Ordnungen auf die Tagesordnung setzen. Dabei steht vor allem auch die Frage nach der künftigen ökonomischen und politischen Rolle des vereinten Deutschland als Großmacht in der Mitte Europas im Vordergrund.

Für die Erforschung der Klassenformierungsprozesse ist allerdings von besonderem Interesse, *wie* sich neue Strukturen von internationalen Ausbeutungsverhältnissen, sozialen Spaltungen und dadurch bestimmte Migrationsprozesse auf die traditionellen Strukturen des "Arbeitskörpers" in den Metropolen des Kapitals und - dieser Gesichtspunkt scheint mir besonders wichtig - auf die soziale und politische Regulation dieser Strukturen durch den Nationalstaat (denn dieser ist der Adressat für die "Sozialkontrakte" im weitesten Sinne geblieben) auswirken werden.

Daß solche Spaltungen schon heute den Antagonismus von armen und reichen Regionen in der "Weltgesellschaft" ausmachen, ist weithin bekannt. Für die zukünftige Entwicklung dürfte freilich - auch im Hinblick auf die politischen und ideologischen Konfliktfelder - entscheidend werden, wie sich solche Spaltungen (die ja ihrerseits Ausdruck der ungleichen regionalen und sektoralen Entwicklung des internationalen Kapitalismus sind) in den Metropolen des Kapitals verfestigen und dabei traditionelle Formen der Interessenartikulation und -organisation, des politischen Bewußtseins und der Ideologiebildung aufsprengen. Die Krise der traditionellen (sozialdemokratischen und kommunistischen) Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa seit den 70er Jahren ist auch durch jene Strukturveränderungen bestimmt, die sowohl die neue Stufe der Internationalisierung als auch die damit verbundene Modernisierung der Produktionsverhältnisse begleiten.

Welches sind nun die Formen, in denen sich der Zusammenhang zwischen Internationalisierung, Modernisierung und Klassenformierungsprozessen

konkretisiert? Ich erwähne nur drei Felder der Analyse, die zugleich auf politische Konfliktfelder, damit natürlich auch auf Handlungsfelder politischer Bewegungen und Organisationen, verweisen:

1. Die Internationalisierung entfaltet einerseits über die "Nord-Süd-Spaltung" in reiche und arme Nationen (die nunmehr durch eine Ost-West-Spaltung, vor allem in Europa ergänzt wird) die soziale Ungleichheit in globale Klassenformationen. Zugleich erzeugt sie aber in wachsendem Maße solche Spaltungen in den Binnenstrukturen der hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften selbst. Die "neue Armut" wird einerseits durch die auf den Weltmarkt gerichteten Modernisierungsstrategien sowie durch die neokonservative Politik verfestigt; andererseits wird sie durch transnationale Migrationsprozesse aus den ärmeren in die reicheren Regionen verstärkt. Hier eröffnet sich also ein weites Feld für Forschungen über die Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Migrationsprozesse, neue Armut und den gesamten Komplex der darauf bezogenen politischen Regulationsformen (Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, "Ausländerpolitik" der Nationalstaaten).
2. Damit eng verbunden ist ein neuer Schub der "Multinationalisierung" der westeuropäischen Arbeiterklassen, die zusammen mit der Expansion von "Dritte-Welt-Sektoren" in den Metropolen des Kapitals nicht nur Hierarchien sozialer Ungleichheit in der Arbeiterklasse, sondern zugleich die sozialen Voraussetzungen für neue Konkurrenzverhältnisse und damit das Aufkommen des "neuen Nationalismus" und religiösen Fundamentalismus reproduzieren. Dieser Nationalismus entsteht also vor allem aus der komplexen Wirkungsdynamik der ungleichen, internationalen Entwicklung und der inneren Spaltungen in den kapitalistischen Nationen. Für die Gesellschaftsanalyse wie für die praktische Politik gewinnen diese Prozesse zunehmend an Bedeutung; denn sie werden begleitet von der Herausbildung einer "internationalen Bourgeoisie" (oder "Managerklasse"), die die Operationen der multinationalen Konzerne und Banken leitet und zugleich mit den Institutionen des Wissenschaftssystems, der Medien sowie der internationalen politischen Organisationen vernetzt ist.
3. Die zunehmende Feminisierung der Erwerbsarbeit ist auf der einen Seite eng mit den Veränderungen der Produktions- und Wirtschaftsstruktur ("Dienstleistungsgesellschaft") verbunden und in ihr verdichten sich zugleich neue Formen der Ausbeutung sowie der Diskriminierung der weiblichen Lohnarbeit (ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, flexible Arbeitsmarktreserven). Auf der anderen Seite reflektieren sich darin Veränderungen von Lebensweise und Wertorientierungen, die ihrerseits im Widerspruch geraten z.B. zu den patriarchalischen Organisationsstrukturen der historischen Arbeiterorganisationen.

Hans Jörg Sandkühler

Karl Marx und das alte Neue

Zum Status marxistischer Theorie heute

Die ideologische Transformation eines rationalen Weltbildes

Im Herbst des Sozialismus steht ideologischer Hausputz an; Gehirne werden von Altem gereinigt. Doch es kommt gegenwärtig auch viel Neues in Verruf, nur weil es ein altes Neues ist. Um den 'Marxismus' steht es schlecht, und dies könnte ihm gut bekommen. Das sich neu gebärdende und doch so altersschwache Ritual der ideologischen und politischen Rechten denunziert mit dem 'Marxismus' freilich auch Marx, mit der Person des Denkers zugleich das Denkmuster, das Paradigma, den *Typus* historischer, dialektischer Rationalität. Wieder ist *Selbstdenken* nötig, wie es schon als Mündigkeit gegenüber jenem 'Marxismus' nötig gewesen wäre, dessen Berufung auf Marx nur zu oft erschlichen war. Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus gewinnt der rechte Triumphalismus Oberhand, um Gehorsam einzufordern für den Oktroy der neuen alten Herrschaft: Wer sich noch auf Marx bezieht, habe den Stalinismus zu verantworten. Diese Dummheit hat Chancen, denn der Sozialist ist durch den 'Marxismus' schlecht vorbereitet auf Rückwärtsgänge der Geschichte; Geschichte, 'marxistisch', war Verheißung von Sieg zu Sieg, und wer da als Bevollmächtigter der Avantgarde verhiß, handelte im Namen des Fortschritts. Dieses scheinbar Neue war alt und ist tot. Wäre es nicht gut, die getäuschte Linke wendete sich ratsuchend an den großen Verfremder Bert Brecht und dessen Marx *Ka-meh*? "Zu Me-ti sagte ein Schüler: Was du lehrst, ist nicht neu. Dasselbe haben Ka-meh und Mi-en-leh gelehrt und unzählige außer ihnen. Me-ti antwortete: Ich lehre es, weil es alt ist, d.h. weil es vergessen werden und nur für vergangene Zeiten gültig betrachtet werden könnte. Gibt es nicht ungeheuer viele, für die es ganz neu ist?"

Über notwendige Unterschiede

Man hört heute wahlweise in Extremen: Der ganze Marx ist zu bewahren; der ganze Marxismus ist zu verwerfen. Die General-Rettung ist so hilflos wie die pauschale Kritik unwissend. Marx ist in der Ordnung seines Jahrhunderts, und legitimen Marxismus hat es weniger gegeben, als der doktrinär gewordene 'Marxismus' behauptet hat. Hieße das Motto *Zurück zu Marx*, wären die bereits im Ursprung der Theorie sichtbaren Mängel geleugnet; Marx enthält nicht die Lösung aller Rätsel der Moderne.

Man kann mit Marx beginnen, aber nicht aufhören. Wohlverstandener Marxismus ist permanentes Anfangen, die Permanenzerklärung der theoretischen Revolution; heute kann er nicht in einfacher Restauration der Marxschen Theorie bestehen. Unterscheiden lernen ist nötig: Mit Marx ein Modell von Rationalität und radikaler Kritik verteidigen und den Mut haben, ihm zu widersprechen; den Realisten Marx weiterdenken und den schlecht gelesenen Hegel im 'Marxismus', also den geschichtsphilosophischen Triumphalismus, aufgeben; zwischen Marxismus und 'Marxismus' unterscheiden und zugeben, daß viele sozialistische Linke, die des Antimarxismus geziehen wurden, klarsichtiger waren in Sachen 'Sozialismus'. Und einsehen lernen, daß nicht der Traum der Assoziation der Freien blamiert ist, weil das Erwachen mit der Herrschaft und den Machtansprüchen einer Partei konfrontiert ist, die sich ihr geschichtliches Subjekt zaubern zu können meinte und die programmatisch beschworenen Arbeiter als *Bürger* vergewaltigte. So könnte man, statt aufzuhören, Marxist zu sein, anfangen, es zu werden. Könnte dies nicht eine Antwort auf die Krise des Marxismus sein? Man müßte sich vornehmen, *Dialektiker* zu werden, umzugehen mit den Widersprüchen im kapitalistischen Feld. Eben dies zeichnet den 'Marx' aus, der überlebensfähig ist.

Mit Marx in der bürgerlichen Gesellschaft

Marx' Kritik gilt dem *bourgeois* (dem ökonomisch profitierenden Bürger), wohl wissend, daß sich die *bürgerliche* Gesellschaft in ihm nicht erschöpft. Ich plädiere für eine erweiternde Rekonstruktion des Konzepts 'bürgerliche Gesellschaft': In vielen Varianten eines ökonomistisch reduzierten 'Marxismus' wurde diese Gesellschaft mit dem dominanten Produktionsverhältnis, dem Kapitalverhältnis, ja: mit Kapitalismus schlechthin identifiziert; Ambivalenzen zwischen einem engen, an der Rechtsphilosophie Hegels orientierten, und einem weiten Begriff bürgerlicher Gesellschaft bei Marx haben dieser Verengung Vorschub geleistet, aber die spätere Differenzierung Gramscis in *società politica* und *società civile* nicht verhindert; es scheint mir notwendig, in die Rekonstruktion des Konzepts die Ideen der *civil society* Fergusons und der *société civile* der französischen vormalistischen Sozialisten wieder zu integrieren. Denn es hat die kritischhumanistische Erklärungsfähigkeit des Marxismus gemindert, daß er sich in ökonomistischen Selbstbegrenzungen voreilig vom *citoyen* (dem freien Bürger der Zivilgesellschaft) verabschiedet hat. Insofern wurde 'Marxismus' - jener der Lehrbuch-Dogmatik und der Parteitagrhetorik - *Anti-Dialektik*. Was ich mit 'Marx' bezeichne, gehört zum Bedeutungs-Feld der Dialektik: 'Marx' ist eine Signatur der Fähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zum Selbstwiderspruch, ein lebender Beleg für die Kraft dieser Gesellschaft zur Selbstrevolutionierung. 'Marx' ist die alt gewordene, nicht aber veraltete Antizipation des kommunistisch Neuen, also der auf Men-

schenrechte gegründeten Freiheit der Bürger. 'Marx' ist, philosophisch gesprochen in seiner Sprache, die *bestimmte Negation* der bürgerlichen Gesellschaft, an deren geschichtlicher Herkunft, Wirklichkeit und Zukunftsoffenheit er teilhat wie kaum einer. Die analytische Kraft der Kritik, die sich mit seinem Namen verbindet, dementiert nicht die Erfahrung der Niederlagen jeder sozialistischen Bewegung, die unvermittelt in die 'neue Gesellschaft' springen will. 'Marx' ist zugleich ein Begriff davon, wie neues Denken erreichbar ist: vorsichtiger utopischer Überschuß paart sich mit dem vorurteilsfreien Lernen aus allen Formen der *Empirie*; aus gesellschaftlicher Erfahrung und - vor allem - aus dem Wissen der Wissenschaften; da wurde nichts voreilig als 'bürgerlich' verworfen. 'Marxismus' aber war allzulange - wenngleich mit den erinnerungswerten Ausnahmen wie Gramsci, Lukács und Brecht und spätere innovative Denker - scheuklappen-gehemmte Selbstimmunisierung vor der Kritik durch Realität und Wissenschaft. Seit seiner Partei- und Staatwerdung hat sich 'Marxismus' zunehmend als das bloße *Andere* etabliert, und weil dies nicht überzeugend gelingen konnte, eben als politisch-ideologische Macht. Er ist dem Mißverständnis erlegen, inmitten der Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft sei Exterritorialität möglich. Sein Abschied von dem ihn begründenden Widerspruch war sein Abschied von 'Marx'.

Das System 'Staat-Partei-Ideologie'

Dieses Selbstbild des in und als Partei und Staat verfaßten Spätmarxismus ist zerbrochen. Hinter dem zerstörten Zerrspiegel werden die Zeichen der Gründungsurkunde wieder sichtbar: Nicht nur im Entstehungs-, sondern im gesamten Wirkungszusammenhang ist recht verstandener Marxismus ein Element jener Totalität, die als - im Sinne des oben erweiterten Begriffs - bürgerliche Gesellschaft existiert. Dieses Ganze *übergreift* die besonderen Formen, die als Kapitalismus und als sozialistische Ökonomie und sozialistische politische Gesellschaft existieren. Eine notwendige Schlußfolgerung: Mit der realen sozialistischen Gesellschaft ist nicht die Idee des Kommunismus gescheitert, sondern eine *Entwicklungsvariante der bürgerlichen Gesellschaft*.

Dies ist eine *geschichtsphilosophische* These, gerichtet gegen die zu enge formationstheoretische Behauptung, der 'reale Sozialismus' sei bereits eine qualitativ neue Formation der Geschichte. Gewiß - der erklärten Intention von Marx, von Lenin, von Gramsci nach sollte der Sozialismus keine Verlängerung der als Kapitalismus verstandenen bürgerlichen Gesellschaft sein; aber Materialisten haben nicht Absichten zu beurteilen, sondern Wirklichkeiten, die hinter Absichten zurückblieben. Ich weiß: Die These setzt sich, den Stalinismus als Deformation der bürgerlichen Gesellschaft fassend, dem Verdacht aus, zu verharmlosen, was nicht zu verharmlosen ist. Doch es geht nicht um feige Flucht aus der Verantwortung

für das Scheitern des Sozialismus; es geht um ein realistisches Bild, in dem gezeigt wird, daß der reale Sozialismus zwar auch, aber eben nicht nur ein ihm aufgezwungenes Außenverhältnis zum Kapitalismus hatte; teilhabend an den Deformationen der ihn übergreifenden bürgerlichen Gesellschaft, ist er hinter Errungenschaften zurückgeblieben, die im 'Westen' von der demokratischen Bewegung erstritten wurden und hier eine Zivilgesellschaft mit beachtlichen Elementen demokratischer Gegen-Hegemonie ermöglichten.

Während es für die Selbstreflexion des Theorietypus 'Marx' nichts Bedrohliches und Befremdliches ist, als Moment der bürgerlichen Gesellschaft Moment auch von deren Krise zu sein und sich folglich *als Krise* zu entwickeln, begründeten wesentliche Strömungen des 'Marxismus' seit der II. Internationale ihr Scheitern nicht zuletzt dadurch, daß sie sich zur Krise dieser Gesellschaft von einem fiktiven archimedischen Außenstandpunkt verhalten zu können glaubten.

Kritische Köpfe wie Oskar Negt oder Georges Labica haben die Ambivalenz im Marxismus gesehen: In ihm koexistieren Dogmatisierung und Innovation; in dem Maße, wie das auf wissenschaftliche Empirie und Realismus zielende Projekt zu einem 'System' mit staatlich-ideologischer Funktion geworden ist, ist der Marxismus aus der Zivilgesellschaft emigriert in die Apparate des Zwangs und ideologischer Indoktrination. Erste Anzeichen des Funktionswandels der *offenen* dialektischen Geschichtstheorie hatte bereits Fr. Engels bemerkt und berichtet, warum Marx kein 'Marxist' sein wollte. Dies ist zweifellos eine Paradoxie der politisch herrschend gewordenen Variante des 'Marxismus': Je größer die Einbuße an Geist des Widerspruchs und der Kritik und je lauter die Behauptung des Exterritorialismus, desto bewußtloser die Unterwerfung unter Strukturen und Apparate der alten Gesellschaft. Statt Instrument der Kritik zu sein, stabilisiert 'Marxismus' politische Strukturen, die von der erhofften Assoziation der Freien weit entfernt sind.

Politischer Szientismus, Unterwerfung der Wissenschaft

Der Verweis auf *Verstaatlichung* als herrschende Form der Vergesellschaftung des wissenschaftlichen Sozialismus nennt einen wesentlichen Mangel, aber er muß ergänzt werden um die andere für die Theorie-Praxis-Beziehung einer Theorie entscheidende Dimension, - die der Transformation eines kritischen, realitätsnahen, wissenschaftlichen Theorietypus in *Ideologie*. Es ist genau dieser Prozeß, in dessen Verlauf dem Marxismus das Schicksal eines nicht begriffenen Widerspruchs widerfährt, - der Konflikt zwischen *Wissenschaftlichkeit* und *politischem Szientismus*. Überantwortet Szientismus, meist verbunden mit dem heimlichen Ideal der Wissenschaftler-Herrschaft, den Wissenschaften alle gesellschaftlichen Problemlösungen, so kehrt politischer Szientismus den Spieß um: Machteliten

gegeben sich den Schein der Wissenschaftlichkeit und machen Wissenschaft zum Sklaven der Politik.

Der Theorietypus 'Marx' - seine Geltung gründet wesentlich in *Kritik*, erschöpft sich aber nicht in Kritik - sucht *empirische* Nähe zur Wirklichkeit und findet seine theoretischen und methodologischen Rationalitätsideale nicht zufällig in der Abkehr von spekulativer Weltkonstruktion bei jenen Wissenschaften, die aus der Einheit von Erfahrung und Theorie Gesetze konstruieren, die analytisch und generalisierend sind - den *Naturwissenschaften*. Im System 'Partei-Staat-Ideologie' aber tritt an die Stelle realistischer Empirie ein völlig anders gearterter Typus von Rationalisierung; in dessen Verständnis repräsentieren nicht Empirie und Analyse die Wirklichkeit, sondern Wirklichkeitsnähe erscheint als Machtnähe. Dieser Szientismus fordert den gehorsamen Glauben an die nun politisch beschlossenen Sätze des 'Marxismus', die von empirischer Überprüfung nicht mehr als unwahr überführt werden können. Die Forderung nach 'Wissenschaftlichkeit' des Sozialismus legt sich quer zum tatsächlichen Erkenntnisverhalten; fixiert auf den status quo, treibt diese politisch-ideologisch überfremdete Empirie zu eben jenem Positivismus der Legitimation des Bestehenden, gegen den Marx und Engels und etwa Gramsci polemisiert haben. In diesem Prozeß wird das Konzept 'wissenschaftliche Weltanschauung' selbstwidersprüchlich. Die im *empiristischen Erkenntnisideal* der Gründer dieses wissenschaftlichen Weltbildes mit *Erfahrung* gesättigte allgemeine Strukturtheorie des Gesamtzusammenhangs von Natur, Geschichte und Denkprozeß wird erneut spekulativ und wirklichkeitsfremd, - als 'wissenschaftliche Ideologie', deren Kern eine wirklichkeitsfeindliche 'marxistisch-leninistische' Philosophie bildet, die sich von der empirischen Rationalität der positiven Wissenschaften, vor allem der Naturwissenschaften verabschiedet.

Es gehört zu den frühen Mängeln des Marxismus, daß ihn bereits Engels in eine 'einfache Weltanschauung' überführen wollte. Ist nicht die materialistische Dialektik vielmehr als ein vieldimensional theoretisch und empirisch aufgeladenes *wissenschaftliches Weltbild* zu begreifen? Die 'einfache Weltanschauung' ist als etatistischer 'Marxismus' insofern gescheitert, als sie die Funktion, Bewußtsein und Handeln zu leiten, über den engen Kreis sozialistischer Intellektueller und politischer Amtsträger hinaus im gesellschaftlichen Bewußtsein nicht erfüllt hat; eben diese Funktion aber muß eine Weltanschauung erfüllen, um als *common-sense-philosophy* unter Bedingungen politischer Herrschaft Konsensbildung und damit *Hegemonie durch Konsens* möglich zu machen. Was als Weltanschauung unterstellt wurde, hat sich als zur massenhaften Erfahrung mit dem realen Sozialismus im Widerspruch stehend erwiesen. Für eine dem Anspruch nach strikt empirisch orientierte 'wissenschaftliche Weltanschauung' mußte sich der Bruch zwischen Erfahrung und politisch-ideologischem Gebot als ruinös erweisen.

Rational, empirisch, kritisch - der Theorietypus 'Marx'

Es ist heute notwendig, zu zeigen, daß im Theorietypus 'Marx' die erkenntnisleitende Absicht nicht auf eine *einfache Weltanschauung* gerichtet war, sondern auf ein *wissenschaftliches Weltbild*; dieses Weltbild sollte auf der Basis rationaler Empirie *konstruiert* werden, um als rationale Weltbild-Semantik die Individuen zu befähigen, die fetischisierte Welt der Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft zu durchdringen, deren *wesentliche* Struktur und Dynamik zu erklären und rationale Tätigkeit zu ermöglichen. Es gibt unter Linken einen Horror vor Empirie, und 'Empirismus' ist gar ein Schimpfwort. Doch wenn 'Empirismus' - richtig verstanden - seit dem 17. Jh. Francis Bacons jene Philosophie der Empirie bedeutet, die nicht in naivem Vertrauen auf die fünf Sinne mit der Wirklichkeit umgeht, sondern *rationale Konstruktion empirischer Daten* zu einer 'Wirklichkeit', in der sich Menschen kraft ihrer Vernunft orientieren können, dann war der Theorietypus 'Marx' empiristisch angelegt.

So kann es nicht Wunder nehmen, daß Marx zwar nie durch direkte Analogien gesellschaftliche Prozesse auf Naturprozesse zurückgeführt hat, wohl aber das *Ideal* der Wirklichkeitserklärung im naturwissenschaftlichen Erkenntnisverfahren gefunden hat: Er hat in den Naturwissenschaften eben den *rationalen* Empirismus entdeckt, der sich aus der Allianz zwischen Vernunft und Erfahrung, Theorie und Empirie ergibt. In diesem Sinne konnte Marx einem Rezensenten des *Kapital* zustimmen, der geschrieben hatte: "Marx betrachtet die gesellschaftliche Bewegung als einen naturgeschichtlichen Prozeß, ... das ökonomische Leben bietet uns eine der Entwicklungsgeschichte auf andren Gebieten der Biologie analoge Erscheinung." Marx war interessiert an einer Methode, die nicht weniger objektiv und exakt sein sollte als die der Physik. Denn die objektiven Bedingungen der Revolution sollten in ihrer Gesetzmäßigkeit erklärt werden, statt als guter Wille der zu seiner Zeit politisch handlungsunfähigen Proletarier verklärt zu werden. Empirie nach dem Muster der Naturwissenschaft war die Rettung vor den Fluchten in Enttäuschung provozierenden Utopismus. Die Näherung an das Ideal naturwissenschaftlicher Analyse war keine Anbiederung an 'bürgerliche Wissenschaft'; sie muß vielmehr auch als ein Schritt zur Rettung der Naturwissenschaften vor - so Marx - der "Exploitation der Wissenschaft, des theoretischen Fortschritts der Menschheit" durch das Kapital verstanden werden. Fasziniert vom *Paradigma* der Naturwissenschaften, hat Marx deren Empirie erweitert in die Kritik ihrer gesellschaftlichen Funktion im Kapitalismus. Auch in dieser Verbindung von Empirismus und Ethik erweist sich Marx als Erbe Bacons. Empirie um einer befreiten Zukunft willen begründet das wissenschaftliche Weltbild, das den Theorietypus 'Marx' ausmacht.

Zum Scheitern des 'wissenschaftlichen Sozialismus' als einer einfachen Weltanschauung hat maßgeblich beigetragen, daß politischer

Szientismus 'Marx' ideologisch entmündigt und zu antikritischen Zwecken instrumentalisiert hat. Es mag befremdlich erscheinen, daß in der riesigen Marx-Forschung das Thema 'Marx und die Naturwissenschaften' bis in die letzten Jahre weitgehend ausgeblendet wurde. Nicht minder auffällig ist es, daß das in letzter Zeit erkennbar angewachsene Interesse an der Rolle der Naturwissenschaften im Marxschen Werk zum einen unmittelbar mit der Krise des 'Marxismus' zusammenfällt, es zum andern aber die Naturwissenschaften nahezu ausschließlich als *Funktion* des Interesses an der empirischen Stützung der *politischen Ökonomie* wahrzunehmen fähig ist. Wieder haben wir es mit einer ideologischen Transformation zu tun: *Wissen* gilt im politisch-ideologisch funktionalisierten 'Marxismus' vorrangig als *Funktion der Politik*, nicht aber als Ort der *Konstruktion* der Welt, des rationalen Entwurfs einer möglichen Welt. Dies hat seinen tieferen Grund in dem, was man die Entwissenschaftlichung des wissenschaftlichen Weltbildes und dessen politisch-ideologische Vergesellschaftung nennen kann. 'Marx' dagegen, - diese Form rationaler und empirischer Wissenschaft ist ein Musterfall von *Anti-Ideologie*.

Reflexionen zu einem kritischen Marxismus in unserer Zeit

Die Krise zieht alle Dimensionen des Marxismus in Mitleidenschaft, das Denken und das Verhalten, das Wissen und die Moral, die Wissenschaftlichkeit des Weltbildes und die Rationalität der Politik. Das Nachdenken über die Krise steht deshalb nicht nur vor der theoretischen Aufgabe der Wiedergewinnung von Rationalität und kritischem wissenschaftlichem Geist, sondern es ist zugleich verpflichtet, die theoretische Erneuerung und Neuerung zu erweitern in das Feld von Moral und Ethik, - einer epistemischen Ethik, die auf die Demokratie des Wissens, und einer politischen Ethik, die auf Demokratie und Freiheit der Handelnden zielt. Die folgenden Überlegungen gehen von der Historizität des Marxismus aus und wollen das Interesse lenken auf die realistische Analyse von Bedingungen seiner Erneuerung, - eine Analyse begreifenden Denkens, aus dem eingreifendes Denken folgen kann. Ich spreche von 'kritischem Marxismus'; dies ist eher eine Verlegenheitslösung, um mich verständlich zu machen, als der angemessene Name für eine radikal neue Ideenformation. Wäre nicht auch der Begriff 'Humanismus' vielfach belastet und ideologisch verzerrt, würde ich ihn dem des 'Marxismus' vorziehen.

1. Die kritische, mündige, demokratisch orientierte Wiederaufnahme des Rationalitätstypus 'Marx', für die ich plädiere, ist das Ende des die Individuen zerstörenden negativen Utopismus und der Anfang des Realismus, den Marx 'praktischen Materialismus' genannt hat. Diesem Realismus entsprechen Verhaltensnormen für die Wahrhaftigkeit von Wissen und Praxis. Zu den Normen, auf die das Individuum uneingeschränkten Anspruch hat, gehört die Orientierung am biographisch Möglichen. Die

Idee der revolutionären Verwirklichung einer Gesellschaft der Freien muß so beschaffen sein, daß sie individuelles Handeln ermöglicht. Bedeutet die Idee der Revolution die geschichtsphilosophisch verbrämte Opferung der Individuen, so ist sie negative Utopie. Praktisch heißt dies: Nachdem der Krieg kein Geburtshelfer der Revolution mehr ist, können revolutionäre Ziele nur noch evolutionär verwirklicht werden. Die politische Form dieser Evolution ist die Reform, wenn sie am Maß der Befreiung zur Humanität gemessen worden ist. Reformen ohne dieses Maß sind unzumutbar. Ihr Maß finden Reformen in den *Menschenrechten*. Erst ein Marxismus der Verwirklichung und Erweiterung der *Rechte der Menschen und der Rechte der Natur* hört auf, partikuläre Ziele zu verfolgen. Diese Perspektive ist die Grundlage der Veränderung des traditionellen Politiktypus 'Partei' zum Bündnis aller, welche die Solidarität der Menschenrechte anstreben.

2. Die Ziele der Gleichheit, der Solidarität und der Selbstherrschaft in personaler Autonomie bestimmen heute das Welt- und Selbstverhältnis von immer mehr Menschen. Sie sind der konkrete Vorschein dessen, was als Ergebnis der Revolution erhofft wird. Diese Ziele wurden und werden im Kapitalismus nach außen durch Ausbeutung und Unterwerfung der 'dritten Welt' und durch politische und ökonomische Aggression blockiert; nach innen werden sie durch Zerstörung des Rechts auf Arbeit, durch Unfreiheit der Geschlechter und Raubbau an der Natur behindert. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit, wenn *Kapitalismus* und *bürgerliche Gesellschaft* in falscher politisch-ideologischer Strategie identifiziert werden. Die *bürgerliche Gesellschaft* ist nicht nur die Gesellschaft der *bourgeois*, sondern immer auch die Assoziation der *citoyens*; sie ist auch der revolutionäre historische Prozeß der Entstehung von Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmung. Bürgerliche Gesellschaft existiert als Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, gewiß; sie existiert aber zugleich als Widerspruch von Ausbeutung und Widerstand, und zu ihr gehören inmitten der *Dialektik der Hegemonie* das Bewußtsein und die Praxis ihrer inneren Alternativität, also jener sozialen, politischen und kulturellen Alternativen, welche zur Selbstveränderung dieser Gesellschaft beitragen. Statt bürgerliche Gesellschaft und Kapitalismus zu identifizieren, sollte man von kapitalistischer *Deformation* der bürgerlichen Gesellschaft sprechen und das Veränderungsinteresse auf diese Deformation lenken. Faktisch geschieht dies heute bereits, und dies ist der Grund, warum viele es für möglich halten, mit der Idee der Revolution in dieser Gesellschaft zu leben. Es ist zugleich der Grund für die Abkehr vieler vom Politiktypus einer Partei und Bewegung, die zum einen bürgerliche Gesellschaft und Kapitalismus identifizieren und im 'realen Sozialismus' eine Alternative nicht nur zum Kapitalismus, sondern zur bürgerlichen Gesellschaft schlechthin propagierten. Zugleich erweist sich der 'reale Sozialismus' in seinen negativen wie in seinen positiven Perspektiven als fortgeschrittene Gestalt sowohl der Deformationen wie der Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft. Die bürgerliche Gesellschaft ist noch heute die den 'realen

Sozialismus' *übergreifende* Formation, in der der Sozialismus eine abhängige Variable der ökonomischen und politischen Hegemonie des kapitalistischen Systems war.

3. Unsere Epoche ist nicht die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern die der evolutionären Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Idee einer sozialistischen *Reformalternative* entspricht diesem Befund. Zugleich erweist sich die klassische Marxsche These von der Dominanz des Politischen als richtig. Während früher nur die Arbeiterbewegung ihren Kampf unter der Devise der Priorität des Politischen geführt hat, um - von einer Hegemonie in der *zivilen Gesellschaft* ausgehend - die Ökonomie zu verändern, besetzen heute alle Apparate und Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft zunächst das Feld des Politischen, vor allem: des Staats, um ihre sozialen und ökonomischen und kulturellen Ziele durchzusetzen. Auch die in der zivilen Gesellschaft entstehende demokratische Opposition gegen die kapitalistisch beherrschte politische Gesellschaft sucht heute den Bruch mit dem Kapitalismus nicht mehr vorrangig im ökonomischen Sektor, sondern im Feld von Politik und Staat. Kommunistische Politik hat sich - im Gegensatz zu diesem Prozeß - in ihren repräsentativen Formen in kommunistischen Parteien im Westen und in kommunistischer Politik im 'realen Sozialismus' in einem solchen Maße einem Ökonomismus verschrieben, daß eine massive Abkehr von diesem Politiktypus die Folge ist. Im Interesse der Dezentralisierung von Macht und der Demokratisierung aller Formen politischen Engagements wird in diesem die bürgerliche Gesellschaft heute kennzeichnenden Prozeß die traditionelle Struktur Klasse/Partei gesprengt. Der neue progressive Politiktypus wird - mißt man ihn am Maß der Rechte der Menschen und der Natur - der Globalität der Menschheitsprobleme entsprechen; er wird demokratisch, er wird die politische Form des Humanismus sein. Zu seiner Verwirklichung beizutragen, ist ein vorrangiges Ziel eines kritischen Marxismus.

4. Der Zusammenbruch des Systems sozialistischer Gesellschaften hinterläßt Trümmer, unter denen progressive Weiterentwicklungen der bürgerlichen Gesellschaft und Kulturen nicht-entfremdeter Individualität begraben liegen. So paradox es auf den ersten Blick erscheinen mag, so ist jedoch zu begreifen, daß mit dem 'realen Sozialismus' *zugleich* geschichtlich überholte Elemente der bourgeois politischen Gesellschaft zerstört werden. Die historische *innere* Dialektik zwischen Kapitalismus und Sozialismus *in* der bürgerlichen Gesellschaft läßt in Trümmer fallen, was als nichtdemokratische politische Herrschaft anachronistisch geworden ist. Die Preisgabe des bürokratischen Zentralismus und der Verstaatlichung als vorherrschender Form der Vergesellschaftung ist kein Verlust. Die Renaissance progressiver Elemente der libertären Gesellschaft wie etwa die Wiedereinführung der Verfassungsgerichtsbarkeit, die Stärkung von Öffentlichkeit und der Institutionen der zivilen Gesellschaft wie etwa

der Unabhängigkeit der Gewerkschaften muß kein Zurück zum Kapitalismus sein. Kritischer Marxismus muß zu einem Begreifen beitragen, in dem bewußt wird, daß der Zusammenbruch des 'realen Sozialismus' eine Form der praktischen Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft ist. Diese Gesellschaft geht aus diesem Prozeß verändert hervor, und eine Stärkung der Zivilgesellschaft ist heute denkbarer als zuvor.

Zweitens steht der *Marxismus des neuen Denkens* vor der Aufgabe der Selbstkritik seiner eigenen Geschichte. Dies bedeutet: Er muß lernen, zu begreifen, daß seine Geschichte nicht nur, aber auch - die Geschichte der Entfremdung von seinen emanzipatorischen Zielen ist. Als Humanismus, als Theorie und Praxis der Menschenrechte, muß er in die zivile Gesellschaft die Idee der Kritik und der Demokratie des Wissens einbringen.

5. Der 'Marxismus' hatte in seiner politisch-ideologischen etatistischen Form aufgehört, *Wissen des Ganzen als Wissen aller* zu sein; er wurde verwaltet von politischen Eliten, deren Legitimation fragwürdig war. So hat er die Ansprüche, die an ihn als Enzyklopädie begreifenden und eingreifenden Wissens gestellt sind, für das Linsengericht von Dogmen vergeben, wie sie von Sekten geglaubt werden. Einen demokratisch verpflichteten Marxismus kann es nur geben als *WerkimWerden*, dessen Autoren in jeder Generation selbstdenkende, mündige Individuen sind. Ein kritischer Marxismus steht und fällt damit, ob er sich als arbeitsteilige *besondere Theorie des Ganzen* mißverstehet oder nicht. Gerade als Philosophie - sozusagen der 'allgemeinen Klasse' unter den Wissenschaften - hat der Marxismus im Sozialismus dem politisch-ideologischen Oktroy nicht widerstanden, als spezielle Disziplin partikuläre Legitimationsinteressen zu begründen. Das Recht am Wissen des Marxismus kommt aber allen Individuen zu; sie können nicht durch 'kollektive Intellektuelle', nicht durch Parteien und nicht durch Klassenorganisationen, ersetzt werden. Philosophisch ist heute zu begreifen, daß im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution eine Logik der intellektuellen Antizipation des Neuen, also Wissensverhältnisse, in denen Freiheit aus der Verfügung über das Ganze des Wissens entsteht und Demokratie aus selbstbestimmter Erkenntnis, die alte Logik der bloß repetitiven Repräsentation des Bestehenden ablösen kann.

Statt einer neuen metaphysischen Konstruktion eines nur in der abstrakten Idee existierenden Ganzen muß sich der Rationalitätstypus 'Marx' als Theorie des Gesamtzusammenhangs des Wirklichen erneuern und so zu dem beitragen, was ich die Demokratie oder den Kommunismus des Wissens nenne. Er kann dazu fähig sein als *Philosophie*, und es sei dem Philosophen verziehen, wenn er seine Reflexionen mit dem Programm einer Wissensform beendet, in der die Freiheit, das Ganze zu wissen, *möglich* ist, - keineswegs aber verbürgt.

6. Die Rationalität jener kritischen Philosophie, an die ich denke, ist Opposition im Namen des Menschenrechts auf Wissen gegen die Zerstörung des Universums der Bedeutungen, gegen die Zertrümmerung der Weltbildsemantik, in der wir unsere Welt als unsere Wirklichkeit konstruieren. Die Allgemeinheit dieser Wissensform übergreift die Besonderungen, die mannigfaltigen Erscheinungen der Wirklichkeit. Die Totalität des mit ihr - einer *dialektischen Philosophie* - möglichen Wissens ist eine Form der Solidarität zwischen allen, die in Widersprüchen aus Wissen handeln. Deshalb kann kritischer Marxismus nicht als der Besitztitel politischer Eliten behandelt werden, wenn er sein soll, was Marx die 'logische Basis' jenes Humanismus nannte, der immer auch *Kommunismus des Wissens* ist oder werden muß. Die im Namen des Marxismus sich geltend machende Verachtung der Theorie durch die Unterwerfung unter partikuläre Politiken kann sich auf diese humanistische 'Logik' nicht berufen. Bewußtheit muß der Aktion vorausgehen: Ohne begreifendes Bewußtsein kein Sein, in das verändernd eingegriffen werden könnte. Daß dies nicht nur nicht begriffen wurde, sondern daß aus der Not des Unbelehrten durch empirische, analytische, kritische Theorie eine Tugend des 'Machens' stilisiert wurde, - dies ist eine der wesentlichen Voraussetzungen der Krise des Marxismus.

Hat 'Marx' Zukunft?

'Marx' - das ist die Allianz der Kritik mit den positiven Wissenschaften, und dieses Bündnis hat das klassische empiristische - antiideologische - Rationalitäts- und Weltbildparadigma über seine Grenzen hinausgetrieben, ein Prozeß, der bereits in Bacons *Neu-Atlantis* begonnen hat und in der Aufklärung in der Idee der Mündigkeit einen ersten Höhepunkt hatte. Marx' Kritik zielt in historischer Argumentation gegen jede Anwendung von Wissenschaft, die Verhältnisse stabilisiert, in denen mit der Wahrheit der Wissenschaft und der Rationalität des Weltbildes zugleich die Bedürfnisse der Individuen zerstört werden, sich in Freiheit zu assoziieren.

In der politischtheoretischen Lektüre, die ich hier vorschlage, bietet 'Marx' die Mittel der historischen Selbstkritik jener politischen Ideologie, die sich seines Namens bemächtigt hat. Der von mir kritisierte politische Szientismus, diese politische Ideologie der Macht, ist zu einer der Formen der Exploitation des theoretischen Fortschritts der Menschheit denaturiert. Er ist zur Weltanschauung einer Machtelite geworden, an der Wissenschaftler nicht unbeteiligt waren. Das Scheitern dieser Ideologie, die nicht zuletzt das wissenschaftliche Weltbild aufgehoben und wissenschaftliche Rationalität und politische Legitimation miteinander verquickt hat, sollte nicht bedauert werden. Ob dieses Scheitern auch der humanen Rekonstruktion des emanzipatorischen Weltbildes ein Ende bereitet hat, ist nicht abzusehen. Doch ist es möglich, das Rationalitätsprogramm der Marxschen Theorie

wiederzuerkennen und in einer neuen Ideenformation zu erneuern. Ein wirklichkeitsnahes und durch Kritik aufgeladenes Weltbild könnte einst den Titel 'wissenschaftlicher Sozialismus' wieder verdienen. Dann hätte 'Marx' Zukunft.

Joachim Bischoff

Sozialistische Vergesellschaftung: Markt statt gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion?

Die Entgegensetzung von Markt versus gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion scheint einer marxistischen Grunderkenntnis zu entsprechen: Bedingung einer jedweden Sozialismuskonzeption sei die Dominanz der zentralen Planung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Schon Marx habe registriert, daß in gesellschaftlichen Krisensituation die kapitalistischen Privateigentümer selbst zu Assoziationen tendieren, um die Einkaufs- und Absatzmärkte zu regulieren. Aber diese Ansätze zur Regulation würden stets zugunsten des Prinzips der Konkurrenz wieder aufgegeben. "Aller Gedanke an gemeinsame, übergreifende und vorhersehende Kontrolle der Produktion der Rohstoffe - eine Kontrolle, die im ganzen und großen auch durchaus unvereinbar ist mit den Gesetzen der kapitalistischen Produktion, und daher immer frommer Wunsch bleibt oder sich auf ausnahmsweise gemeinsame Schritte in Augenblicken großer unmittelbarer Gefahr und Ratlosigkeit beschränkt - macht Platz dem Glauben, daß Nachfrage und Zufuhr sich gegenseitig regulieren werden."¹

Seit Marx diese Einschätzung formuliert habe, habe sich die Notwendigkeit einer vorhergehenden Kontrolle i.S. umfassender Planung eher verdeutlicht. Die Anarchie der Marktkoordination, die die kapitalistische Gesellschaftsformation bestimme, könne nur durch umfassende Planung von stofflichen, gebrauchswertorientierten Bezugsgrößen überwunden werden. Gerade die vielfältigen Erscheinungsformen der ökologischen Krise seien ein dringlicher Hinweis auf die Notwendigkeit eines raschen Übergangs auf ein Lenkungs- oder Steuerungssystem, das sich sowohl auf eine Verteilung des gesamtgesellschaftlichen materiell-technischen Produktionsfonds, eine entsprechende Proportionierung der gesellschaftlichen Arbeit und der Verteilungsstrukturen der individuellen wie gesellschaftlichen Konsumtion erstreckt. Die "realsozialistischen Gesellschaften" seien nicht an den grundlegenden Konstruktionsmängeln eines gebrauchswertbezogenen Planungssystems gescheitert, sondern an der ungelösten Verknüpfung von umfassender Planung und Demokratie. - Aus einer solchen Sicht des antikapitalistischen Fundamentalismus heraus werden all jene marxistischen Strömungen eines modischen Opportunismus verdächtig, die sich gesellschaftliche Steuerung und Kontrolle auf Basis von Wert- und Marktverhältnissen vorstellen können.

Die unterstellte Entgegensetzung von Markt und gesellschaftlicher Regelung ist m.E. nicht haltbar; diese Position soll durch vier zentrale Argumente verdeutlicht werden.

1. Längst vor dem endgültigen Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaftskonzeption hatten sich die gravierenden Probleme des administrativen Planungssystems deutlich herausgebildet; die zentralisierte Planung und Verwaltung des materiell-technischen Beschaffungsfonds für die gesamte Warenproduktion blieb dennoch - trotz aller Experimente um größere Entscheidungsspielräume der Unternehmen und Kombinatverbände - das Fundament dieses Wirtschaftssystems, allerdings mit erheblichen Modifikationen. Zurecht verweisen die meisten Wirtschaftsexperten darauf, daß die im allgemeinen gesellschaftlichen Bewußtsein gehandelte Formel vom "Kommandosystem" nur noch in den 30er Jahren in der Sowjetsystem eine zutreffende Beschreibung darstellte; oberhalb des Fundaments hatte sich in den "realsozialistischen Ländern" seit dem Ende des II. Weltkrieges längst eine "Verhandlungswirtschaft auf Gegenseitigkeit zwischen Behörden und Betrieben" herausgebildet.

Für Saslawskaja stellt die Wirtschaftsorganisation, die durch die Politik der Perestroika grundlegend verändert werden sollte, eine Art Hybridprodukt aus dem zentralisierten planwirtschaftlichen und dem marktwirtschaftlichen System dar, wobei es sich um einen spezifischen, veränderten Markt handelt, indem nicht mit klassischen Begriffen wie Ware, Qualität und Preis operiert wird, sondern mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, auf die Funktionsbedingungen des Partners einzuwirken.² Der Anspruch einer zentralisierten Wirtschaftsführung auf Grundlage spezifischer Gebrauchswertvorgaben hatte in der Praxis längst fallengelassen werden müssen: Zunehmend wurde offenkundig, daß die politischen Führungsspitzen höchst unklare Vorstellungen von den Möglichkeiten, Ressourcen und dem Innovationsbedarf der verschiedenen Wirtschaftseinheiten hatten; gleichzeitig machten der marginale Sektor von Marktbeziehungen und die vollständige Deformation der Preisstrukturen aber kein eigenständiges Wirtschaftshandeln der verschiedenen Produktionsverbände möglich.

Die diesem System immanenten Formen der Fehlproduktion und Verschleuderung des gesellschaftlichen Reichtums sind zur Genüge bekannt. Was anfänglich eine bloße Deformation im Einsatz wirtschaftlicher Ressourcen war, weitete sich nach und nach zu einer umfassenden Krise der Arbeitswelt und aller gesellschaftlichen Lebensbereiche aus. Zurecht wurde festgestellt, daß es ausgehend von den Fehlentwicklungen in der Ökonomie zu einer anhaltenden Deformation des gesamten politisch-kulturellen Klimas kam, in dem schließlich die politisch herausgehobenen Wertorientierungen keinerlei Realitätsgehalt mehr besaßen.

Die gebieterische Notwendigkeit einer umfassenden Reform von Wirtschaft und Gesellschaft ergab sich insofern nicht nur aus den bekannten Problemen mangelnder ökonomischer Effizienz, zunehmender Innovati-

onsträgheit und Deformation in den Leistungs- und Verhältnissen. Auch wegen der kulturellen, moralisch-geistigen Fehlentwicklungen war die Gesellschaftsreform unaufschiebbar geworden. Die Erkenntnis, daß die Rückkehr zu dem in den 30er Jahren praktizierten Kommandosystem ausgeschlossen war, daß hierdurch keines der gesellschaftlichen Probleme zu lösen war, implizierte jedoch keineswegs den Verzicht auf gesellschaftliche Steuerung und Lenkung. Es geht um die spezifische Differenz zwischen umfassender Planung und gesellschaftlicher Steuerung - in den aktuellen Debatten geht sie leider meist verloren.

2. Daß sich in den kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart die Verteilung der disponiblen gesellschaftlichen Arbeitszeit und der stofflichen Ressourcen allein aus einer naturwüchsigen Ausgleichsbewegung ergibt, wird im Ernst kein Beobachter behaupten wollen. Die vermeintlich regellose Willkür der Warenproduzenten und damit der beständige Barometerwechsel der Marktpreise sind zwar eine wichtige Koordinations- und Steuerungsebene, aber der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß wird zugleich durch vielfältige staatliche Interventionen strukturiert: neben der Finanz- und Kreditpolitik ist hier auf die Rückwirkungen durch Abgaben und die Verteilungseffekte (monetäre und reale Transfers) zu verweisen.

Zum Beispiel ist ein wesentlicher Streitpunkt in den laufenden GATT-Verhandlungen, ob die EG bereit ist, in den nächsten Jahren ihre staatlichen Agrarhilfen auf ein Drittel zu reduzieren, die für 1986 auf über 190 Mrd.DM geschätzt werden; die verschiedenen Formen der Steuererleichterungen und Finanzhilfen des Staates für die Wirtschaftsunternehmen werden allein in der Bundesrepublik auf über 130 Mrd.DM pro Jahr geschätzt. Durch diese Interventionen werden Umfang und Akkumulation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in bestimmte Richtungen reguliert, was im übrigen auch schon durch verschiedenste staatliche Auflagen, die Wirksamkeit des zweistufigen Bankensystems und die Finanz- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Haushalte gegeben ist. Die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und der Stoffwechsel ihrer Produkte ist also nicht ausschließlich dem zufälligen, sich wechselseitig aufhebenden Treiben der einzelnen kapitalistischen Produzenten überlassen.

Nach wie vor schließen die Charakteristika der kapitalistischen Produktionsweise - des Produkts als Ware und der Ware als kapitalistisch produzierter Ware - die Regelung der Gesamtproduktion durch die Wertbestimmung ein; nach wie vor setzt sich dieses innere Gesetz dieser Gesellschaftsformation nur durch vermittelt der Konkurrenz der kapitalistischen Warenproduzenten, ihres wechselseitigen Drucks aufeinander, wodurch sich die Abweichungen gegenseitig aufheben. Allerdings ist Bestandteil dieser spezifischen Durchsetzungsform mittels zufälliger Fluktuationen auch die durch Kreditsystem und staatliche Interventionen erzeugten Modifikationen; die Wertbestimmung bleibt selbst die Grundlage eines cha-

rakteristischen Regulierungs- und Steuerungssystemen. Unter den verschiedenen marxistischen Strömungen müßte also mehr über die Schranken und Entwicklungsmöglichkeiten dieses Regulierungssystem gestritten werden, als immer wieder durch die Behauptung jener Entgegensetzung von Markt und gesellschaftlicher Regulierung die Diskussion zu blockieren.

3. Die Krise der staatssozialistischen Entwicklungskonzeption ordnet sich in eine komplexe Umbruchsituation in der kapitalistischen Produktionsweise ein; über das eindeutige und endgültige Scheitern der kommunistischen Politik sollte die umfassende theoretisch-strategische und politisch-taktische Krise der gesamten europäischen Linken unter Einfluß der Sozialdemokratie nicht übersehen werden. Der Sozialstaat hatte zwar durch Ausweitung der gesellschaftlichen Steuerung die Bedingungen für einen weitergehenden Individualisierungsschub geschaffen; aber sowohl die neuen Verteilungsrelationen, die im wesentlichen die primären Verteilungsstrukturen reproduzierten und damit soziale Ungleichheiten verlängerten, als auch die bürokratischen Strukturen staatlicher Armutsverwaltung erwiesen sich mit dem neuen Ansprüchen der Subjekte als wenig vereinbar. Als dann diese Strukturprobleme des Sozialstaats durch die Verteilungsprobleme und die wirtschaftlichen Krisen massiv verschärft wurden, reiften die gesellschaftlichen Bedingungen für die Hegemonie des Neokonservatismus heran, eine Veränderung im politischen System durchzusetzen, die von der politischen Linken lange Zeit - z.T. bis heute - nicht ernst genommen wurde.

Die beständigen Produktivitätsfortschritte der fordistischen Produktionsweise erhielten in der keynesianisch begründeten Sozialstaatspolitik ihre eigentümliche Bewegungsform. Die Ansätze zu einer gesamtwirtschaftlichen Steuerung durch Finanz- und Wirtschaftspolitik wurden ergänzt durch den Ausbau sozial-kultureller Dienstleistungen und der sozialen Sicherheit. Längst vor dem Zusammenbruch im Osten, der Finanzkrise des Sozialstaates und den aktualisierten Wirtschaftskrisen scheiterte dieses von der Sozialdemokratie geprägte Entwicklungskonzept; die europäische Sozialdemokratie und die gesamte Linke ist - wie Habermas es ausdrückt - "überrascht worden vom systemischen Eigensinn der staatlichen Macht, der sie sich wie eines neutralen Instrumentes glaubte bedienen zu können, um eine sozialstaatliche Universalisierung der Bürgerrechte durchzusetzen. Nicht der Sozialstaat hat sich als eine Illusion erwiesen, sondern die Erwartung, mit administrativen Mitteln emanzipierte Lebensformen zu Wege bringen zukönnen."³

Die politische Linke kapitulierte, als es darum ging, die enormen produktiven Fähigkeiten des ökonomischen Systems mit akzeptablen Gestaltungsformen des entwickelten Individuums und entsprechenden zivilgesellschaftlichen Lebensformen zu verzahnen. Ohne neue Formen in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sind die gewachsenen Ansprüche der Subjekte nicht zu realisieren. Die Sozialdemokratie hat die Möglich-

keiten der bislang praktizierten sozialstaatlichen Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsformation immer überschätzt; die fundamentalistische Kritik von Teilen der Linken an den Ergebnissen und Fehlentwicklungen dieser Politik läuft demgegenüber vielfach auf eine abstrakte Negation von wirtschaftlicher Steuerung und sozialstaatlicher Regulierung hinaus. Verkannt wurde von beiden: Die Alternative zu den bedrückenden Deformationen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems kann nicht der erneute Versuch sein, alle gesellschaftlichen Strukturen einer umfassenden zentralistischen Planung und Verwaltung auszusetzen. Nur wenn es gelingt, eine moderne, zivilgesellschaftliche Sozialismuskonzeption zu entwickeln, wird die politische Linke zu einer hegemoniefähigen Kraft.

Die neokonservativen Parteien haben das Unbehagen am Sozialstaat aufgegriffen und die Formation eines geschichtlichen Blocks sozialer Kräfte eingeleitet, mit dem der Übergang in eine neue Entwicklungsstufe der kapitalistischen Metropolen in scharfer Konkurrenz um die Hegemonialposition durchgesetzt werden soll. Die Kritik an den sozialstaatlich geprägten Lebensformen wurde umgesetzt in eine rigorose Politik der Deregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Seit der neokonservativen Offensive zu Beginn der achtziger Jahre müssen wir sowohl im Hinblick auf die Lohnquote als auch in Bezug auf Transferseinkommen und Dienstleistungen eine beispiellose Umverteilungsaktion feststellen. Die rücksichtslos gesteigerte Flexibilität der Produktionsweise und die Internationalisierung der Produktion wurde damit kombiniert, das privatkapitalistische Kalkül auch auf solche Lebensbereiche auszuweiten, die bislang in Form öffentlicher sozialer Dienstleistungen organisiert waren, bis hin zur Umwandlung von traditionell den Gesetzen der Profitwirtschaft entzogener Sektoren in durchkapitalisierte Marktsegmente. Die Forderungen nach einer neuen Qualität in der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Reichtums wurden mit einer umfassenden Verschlechterung der Verteilungsverhältnisse zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten und benachteiligten Schichten beantwortet.

Um die Wettbewerbsposition des Nationalkapitals international auszubauen, wurde über den Abbau von Steuerungs- und Regulierungszusammenhängen eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit und der ökologischen Widersprüche in Kauf genommen. Die sozialistische Linke wird aus der Defensivkonstellation nur herauskommen, wenn zwei gesellschaftliche Entwicklungslinien ernst genommen werden: zum einen - untersucht man den Prozeß der faktischen Evolution der staatssozialistischen Gesellschaften - ist der Übergang zur Anerkennung von Ware-Geld-Beziehungen und damit zu anderen Formen der gesellschaftlichen Steuerung und Kontrolle unübersehbar; der Zusammenbruch dieser Gesellschaftskonzeption hängt entscheidend damit zusammen, daß der Übergang von der zentral geplanten Ressourcenverteilung und der sie begleitenden riesigen Schattenwirtschaft zu einem marktkonformen Steuerungssystem nicht gelang. Zum anderen zeigt die Auseinandersetzung mit dem Neokonservatismus um Art

und Umfang sozialstaatlicher Regulierungen, daß bei Anerkennung der Marktcoordination auch eine Politik der Vollbeschäftigung, der Chancengleichheit, der gerechten Verteilung der frei verfügbaren Zeit etc. realisiert werden kann; durch gesellschaftliche Steuerungen und indem Teilbereiche der Gesellschaft - Wohnen, Verkehr, Kultur, Gesundheit - der Marktcoordination entzogen werden, kann eine an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte Entwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erreicht werden.

4. Marxistische Gesellschaftskritik zielt nicht auf eine soziale Abfederung der kapitalistischen Modernisierungspolitik ab. Die theoretisch-politische Auseinandersetzung dreht sich um die Frage, ob einzig eine zentralstaatliche Planung des Arbeits- und Bedürfnissystem eine effiziente Steuerung und Kontrolle sichert oder ob sich auch bei Anerkennung von Marktstrukturen die Kapitallogik aufheben läßt? Marx selbst hielt von der Forderung nach einer radikalen Alternative überhaupt nichts. Seine Richtschnur faßte er folgendermaßen zusammen: "Die Entwicklung dessen, was die freie Konkurrenz ist, ist die einzig rationelle Antwort auf die Verhimmelung derselben durch die Middle-class-Propheten oder ihre Verteufelung durch die Sozialisten."⁴ Die bloße Negation der Anarchie und Zufälligkeit der Kapitallogik liefe auf den - jetzt auch empirisch bestätigten - widersinnigen Versuch hinaus, die allgemeine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit jenem undemokratischen Regime zu unterwerfen, das bis heute für die innerbetriebliche Organisation der Arbeitsteilung charakteristisch ist. Marx pocht in seiner Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsformation auf den inneren Zusammenhang von undemokratischen Willensverhältnissen innerhalb der Fabriken und Büros und der letztlich anarchischen und zufälligen gesamtgesellschaftlichen Koordination. "Während, auf Basis der kapitalistischen Produktion, der Masse der unmittelbaren Produzenten der gesellschaftliche Charakter ihrer Produktion in der Form streng regelnder Autorität, und eines als vollständige Hierarchie gegliederten, gesellschaftlichen Mechanismus des Arbeitsprozesses gegenübertritt - welche Autorität ihren Trägern aber nur als Personifizierung der Arbeitsbedingungen gegenüber der Arbeit, nicht wie in früheren Produktionsformen als politischen oder theokratischen Herrschern zukommt - , herrscht unter den Trägern dieser Autorität, den Kapitalisten selbst, die sich nur als Warenbesitzer gegenüberstellen, die vollständige Anarchie, innerhalb deren der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz der individuellen Willkür gegenüber geltend macht."⁵

Wie gesagt, durch gewerkschaftliche Gegenmacht und entsprechend erkämpfte Unternehmensverfassungen ist die Hegemonie des Kapitaleigentümer eingeschränkt und gesetzlich geregelt; gleichermaßen handelt es sich bei der gesamtgesellschaftlichen Verteilung der Arbeit um eine "regulierte" Anarchie; eine durchgreifende Qualitätsveränderung in der gesamtgesellschaftlichen Kontrolle und Steuerung ist folglich an eine umfas-

sende und radikale Demokratisierung der Betriebsverfassungen geknüpft. In diesem Sinne argumentierte Marx daher anders als die meisten Nachfolger, daß sich über Genossenschaften, Kooperativfabriken, etc. plurale Eigentumsformen herausbilden können, in denen der Gegensatz von Kapital und Arbeit aufgehoben ist, wenn auch zunächst nur in der Form, daß die Belegschaftsmitglieder ihr eigener Kapitalist sind oder jenen einer strikten Kontrolle unterworfen haben; das zweistufige Kreditsystem und die weitergehende Durchsetzung von gesellschaftlichen Regulierungssystemen würden schließlich die Mittel "zur allmählichen Ausdehnung der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter"⁶ liefern.

Die Interessenvertreter des Kapitals versuchen seit jeher, jeden Schritt der bewußten und gesellschaftlichen Kontrolle und Regelung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses als einen Eingriff in die unverletzlichen Eigentums- und Freiheitsrechte und die sich selbst bestimmende Genialität des individuellen Kapitalisten zu denunzieren. Die Alternative zu diesem System war und ist nicht die Ausweitung jenes undemokratischen Sektors über die Gesamtgesellschaft; keine, wie auch immer legitimierte Regierung kann über die Entwicklung des sich stets erweiternden Systems von Arbeitsarten entscheiden, denen dann ein reicheres System von Bedürfnissen unterliegt. Die Regierung kann nur eine Institution sein, die für die gemeinsam arbeitende und sich selbst steuernde Gesellschaft Buch und Rechnung führt.

1 Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 130

2 Tatjana Saslawskaja, Das Gorbatschow-System, Wien 1989, S.97

3 Jürgen Habermas, Nachholende Revolution, Frankfurt/M. 1990, S.190

4 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 545

5 Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 888

6 Karl Marx, ebd., S. 456

Werner Goldschmidt

Vergesellschaftung

Das Thema, zu dem wir uns äußern sollen, heißt "Sozialistische Vergesellschaftung: Markt statt gesellschaftlich-planmäßiger Regelung der Produktion?" Ich möchte vorweg sagen, daß ich das Thema in dieser Form für wenig aktuell halte und ich werde mir daher auch erlauben, es für mich etwas zu modifizieren. Zunächst möchte ich aber dennoch ein paar Bemerkungen zum Begriff "Marktsozialismus" machen, der ja wohl im Zentrum des vorgegebenen Themas liegt, und dabei auch kurz auf die Frage eingehen, inwieweit Marx selbst für die Begründung eines solchen Konzeptes herhalten kann. Etwas ausführlicher möchte ich dann jedoch der Frage nachgehen, inwieweit die Begriffe "Vergesellschaftung" und "Eigentum" mit dem der "Demokratisierung" unter den uns hier und heute gegebenen Verhältnissen verknüpft werden können im Sinne des Fortschritts auf dem Weg zu einer Gesellschaftsformation der Zukunft, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." (MEW 4, 482) Dabei möchte ich mich aber nicht auf eine so abstrakte Ebene beschränken, wie das nach der eben gewählten Formulierung scheinen mag, sondern anknüpfen an konkrete gesellschaftliche Konfliktfelder, wie sie jetzt bestehen oder m.E. zumindest in der unmittelbaren Zukunft eröffnet werden.

Vorweg also zum "Marktsozialismus": Es handelt sich dabei ja um ein Konzept, das auf eigentümliche Weise zugleich Mode und Vergangenheit - fast möchte man sagen das unerwartet rasch "nostalgisch" - geworden ist. Die Buch-, ja sogar die Zeitschriftenproduktion kam der rasanten historischen Entwicklung in den sich ehemals als "real sozialistisch" bezeichnenden Ländern nicht mehr nach, so daß dort - mit der einen Ausnahme der Sowjetunion vielleicht - von einer Perspektive des "Marktsozialismus" schon gar nicht mehr die Rede ist, während hier noch immer entsprechende Publikationen im Erscheinen sind - und niemand weiß, wie lange selbst in der Sowjetunion diese Problematik überhaupt noch diskutiert werden wird.

Völlig belanglos ist das Thema dadurch für Sozialisten oder gar Marxisten natürlich nicht; es scheint jedoch eher in eine etwas fernere Zukunft verwiesen. Dennoch: sofern der Sozialismus überhaupt noch eine Perspektive haben soll, wird man sich über die wesentlichen Gründe des so eklatanten Scheiterns des inzwischen historischen "Realsozialismus" unbedingt klar werden müssen; und dabei spielt die Frage nach den Ursachen des offenbaren Effizienz Mangels der "realsozialistischen" Ökonomie gewiß eine bedeutende Rolle. Jedenfalls waren es vorwiegend Effizienz- oder

Rationalitätsgesichtspunkte des ökonomischen Systems, die zur Konzeption eines "Marktsozialismus" Anlaß gegeben haben.

Ich kann hier nicht auf die ganze, vielfach leidvolle und insgesamt äußerst trostlose Geschichte der ökonomischen Reformen des Sozialismus seit der Oktoberrevolution oder auch nur nach dem 2. Weltkrieg eingehen - ich fühlte mich dazu auch nicht wirklich kompetent. (Im übrigen - laßt mich das 'mal in Parantese hinzufügen, das gehört m.E. auch zu den mehr oder minder systematischen Defiziten marxistischen Denkens oder besser einer typisch "marxistischen" Denkhaltung - daß wir, im vollen Bewußtsein der Überlegenheit eines auf's Ganze gehenden Wissens oder Denkens gegenüber dem arbeitsteiligbornierten Fachidiotentum der sog. "bürgerlichen Wissenschaft" vielfach geglaubt haben, mit unserer mehr oder minder umfassenden Aneignung marxistischen Wissens und/oder auch einer entsprechenden scheinbaren Universalmethode, uns zu nahezu allen Problemen von Natur, Gesellschaft und Denken fundiert äußern zu können; eine Haltung die aber tatsächlich nicht selten eher auf Inkompetenz als auf reeller Überlegenheit beruhte.)

Wäre es freilich allein der Effizienzgesichtspunkt - und ginge es nicht noch um weitere Aspekte der Defizite des "Realsozialismus", z.B. auch um die Demokratieproblematik - was uns am Thema "Marktsozialismus" interessieren könnte, dann sollten wir es vielleicht doch besser gleich vergessen. Brus und Laski, die nun gerade unter dem Effizienzaspekt des ökonomischen Systems ein m.E. wirklich kompetentes Buch geschrieben haben, stellen in ihrem Vorwort zur 1990 in deutsch erschienen Ausgabe fest, daß der "Marktsozialismus" gegenüber der privaten Marktwirtschaft, "fast keine Vorteile, aber viele Nachteile mit sich bringen würde." (Brus/Laski 1990, 10) Sie hätten das Buch überhaupt nur verfasst, weil sie noch 1988 davon ausgegangen waren, "daß die Loslösung von den alten Idealen (in den "realsozialistischen" Ländern-WG) viel länger dauern würde." (ebd.) Natürlich können diese Autoren sich auch irren, und die Diskussion darüber ist damit gewiß noch nicht abgeschlossen, aber dies ist immerhin - vor allem in der gegebenen historischen Situation - ein durchaus gewichtiges Wort. Ich will es damit vorerst bewenden lassen.

Auf eine - sagen wir einmal "Nuance" oder vielleicht besser "Variante" - möchte ich jedoch noch kurz hinweisen. Ich meine die - sicher nicht sehr häufig vertretene Position - die ich einmal "Marktmarxismus" nennen möchte. Joachim Bischoff sitzt ja hier auf dem Podium und zum besseren Verständnis möchte ich ihn gleich fragen, welche Position er denn nun vertritt, wenn in dem von ihm und Michael Menard geschriebenen oder herausgegeben Buch hierzu gleich zwei entgegengesetzte Auffassungen vertreten werden. Ich zitiere beide Stellen:

- "Ganz entgegen einem verbreiteten Vorurteil hatte Marx sehr wohl Vorstellungen über den Übergang von der kapitalistischen zu einer marktsozialistischen Gesellschaftsformation." (Bischoff/Menard 61)

-"Allerdings dürfte es keine marxistische Begründung für einen "Marktsozialismus" geben." (a.a.O., Anm. 30 zu Teil 2, S. 165)

Solltest Du der letzteren Meinung sein, dann gibt es überhaupt keinen Dissens. Allerdings ist der Tenor des ganzen Buches doch weit eher mit der ersten Auffassung zu vereinbaren.

Ich sehe einmal ab von dem eigenwilligen Begriff einer "marktsozialistischen Gesellschaftsformation". Jedenfalls scheint es mir völlig klar, daß Marx (wie übrigens auch Engels, und bei genauerem Zusehen auch Lenin - trotz der NÖP!) für beide Phasen des Kommunismus und d.h. also auch für die "niedere" Phase, die wir uns angewöhnt haben "Sozialismus" zu nennen, keine Warenproduktion und daher auch keinen Markt vorgesehen hatte. Die entsprechenden Äußerungen dazu in der Kritik des Gothaer Programms (vgl. "Randglossen ...", in: MEW 19, 19f.) sind unzweideutig, ebenso die einschlägigen Textstellen im "Anti-Dühring" (vgl. MEW 20, 287ff). Dieser einfache Tatbestand hat natürlich die "realsozialistischen" Ökonomen und Ideologen seit jeher in äußerste Verlegenheit gebracht. Das einzige, der Sache nach allerdings gewichtige Argument - das aber theoretisch zugleich eine Bankrott-Erklärung bedeutete - lautete immer wieder "das Leben habe es eben anders erwiesen", "die Wirklichkeit sei unendlich reicher, als es selbst die klügsten Köpfe voraussehen konnten" usw., so hatte schon Lenin die NÖP eingeleitet, und bei dieser im Grunde für Marxisten skandalösen Theorielosigkeit blieb es dann jahrzehntelang.

Die Argumentation von Bischoff/Menard ist natürlich anders, sie klingt wenigstens insofern theoretisch, als sie sich auf (allerdings eher esoterische) Marx-Texte zu stützen scheinen. Ich habe nicht die Absicht, ihrer "Beweisführung" hier ausführlich nachzugehen, soviel kann jedenfalls gesagt werden, die Stelle aus dem 3. Band des "Kapital", die sie hier unmittelbar heranziehen, besagt etwas ganz anderes (- noch entschiedener gilt dies für diverse Textpassagen aus den Grundrissen!). Dort (d.h. im Manuskript von "Kapital", Bd. 3) ist nicht nur nicht von einer "marktsozialistischen Gesellschaftsformation" die Rede - jeder weiß, daß Marx diesen Begriff niemals verwendet hat -, sondern überhaupt nicht von "Sozialismus" oder Kommunismus. Vielmehr spricht er von "Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte", die sich noch innerhalb der alten Produktionsweise entwickeln und die daher "in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen" (MEW 25, 456), die aber gleichwohl innerhalb ihrer Grenzen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufheben, wengleich nur dadurch, daß die Arbeiter hier ihre eigener Kapitalist seien. Daß Marx an dieser Stelle (wie übrigens ja auch öffentlich in der "Inauguraladresse", wo aber zugleich der nationale und politische Zusammenhang betont wird, vgl. MEW 16, 11f.) die Kooperativfabriken der Arbeiter insgesamt positiv hervorhebt, verdient gewiß fest-

gehalten zu werden - zumal häufig pauschal das Gegenteil behauptet wird - aber er betrachtet sie hier ganz und gar nicht als eine Grundform oder auch nur als wesentliche Form einer höheren Gesellschaftsformation. Im übrigen ist die Debatte um die "Arbeiterselbstverwaltung" ja schon lange im Gange und zumindest dort, wo sie als die Grundform des Sozialismus angesehen worden ist - in Jugoslawien - hat sie gewiß keine überzeugenden Lösungen hervorgebracht. Das alles ist bei Brus und Laski, früher schon bei Brus (1975) und vielen anderen diskutiert worden.

Sollten Bischoff/Menard nun tatsächlich überhaupt nur von solchen Übergangsformen reden, dann finde ich, gibt es, außer terminologischen Differenzen, überhaupt keinen Dissens. Ich bin völlig damit einverstanden, wenn es darum geht, die vielfältigsten Formen der Vergesellschaftung in der Produktions- und Reproduktionssphäre zu unterstützen bzw. voranzutreiben, insofern sie nicht auf weitere Repression und Deformation der Individualität eines jeden Einzelnen, sondern auf deren emanzipative Freisetzung zielen, wie dies m.E. beispielsweise auch bei den genannten Arbeiterkooperativen der Fall ist.

Damit bin ich bei dem zweiten Thema zu dem ich sprechen wollte.

Ich bin so altmodisch - oder sollte ich nicht doch besser sagen, so "orthodox" - um an der Eigentumsfrage, als der Grundfrage der gesellschaftlichen Bewegung festzuhalten (vgl. MEW 4, 493). Und obwohl das in den Sonntagsreden von der anderen Seite immer wieder geleugnet wurde, erleben wir ja gerade in diesen Monaten schlagend die praktische Bestätigung für diese "orthodoxe" These. Ich bin darüberhinaus auch der ebenfalls "orthodoxen" Meinung, daß zumindest die Richtung der Lösung der Eigentumsfrage mit dem Begriff der "Vergesellschaftung" richtig bezeichnet ist. Es kommt allerdings entscheidend darauf an, diesen Begriff, wie den des Eigentums, in seiner ganzen Breite zu entfalten und für die gesellschaftliche Praxis wirksam zu machen.

Das ist in der traditionellen Vergesellschaftungsdiskussion m.E. häufig nicht hinreichend geschehen. Auch dort, wo richtig zwischen "Vergesellschaftung" und "Verstaatlichung" differenziert wird, andere Formen des gesellschaftlichen Eigentums anerkannt worden sind usw., liegt der Hauptmangel m.E. - ich sage es jetzt einmal ganz abstrakt - in dem juristisch verkürzten, ja spezifisch bürgerlichen Verständnis von Eigentum.

Natürlich ist der Eigentumsbegriff, seine verschiedenen historischen Formen, sein Verständnis als ein spezifisches gesellschaftliches Produktionsverhältnis usw. seit Marx unter ökonomischen, philosophischen oder juristischen Aspekten vielfach untersucht worden (vgl. etwa zusammenfassend Kirchheimer (1930), abgedruckt in: ders., 1972, S. 7ff., Römer 1978). Dennoch wurden diese differenzierten Ergebnisse weitgehend wieder "vergessen" oder vernachlässigt. Wenn von "Vergesellschaftung" des Eigentums (an Produktionsmitteln) die Rede war, dann war damit in der Re-

gel nämlich nur noch ein Wechsel der Eigentümer gemeint, Einzeleigentum wird zu Eigentum einer mehr oder minder großen Anzahl von Eigentümern (verschiedene Formen des Gruppeneigentums, z.B. genossenschaftliches Eigentum bis zu den verschiedensten Formen des kommunalen, territorialen oder nationalen Staatseigentums) mit der scheinbar selbstverständlichen Konsequenz, daß damit die Ausbeutung "des Menschen durch den Menschen" beseitigt oder aufgehoben sei. Aber - abgesehen von der damit fast immer verbundenen Illusion - blieb der Eigentumsbegriff (der Inhalt des spezifischen Eigentumsverhältnisses) selbst von diesem Hände- (oder auch Subjekt)Wechsel (zumindest weitgehend) unberührt. Vielmehr wurde darunter in der Regel ein - andere ausschließendes - nahezu absolutes Herrschafts- bzw. Verfügungsverhältnis zwischen Eigentumssubjekt (Eigentümer) und Eigentumsobjekt (Sachen, insbesondere Produktionsmittel) verstanden.

Das, was man seit Hegel als "Privateigentum" bezeichnet, und was die Französische Revolutionsverfassung von 1793 oder der Code Napoléon, unter Rückgriff auf des römische Recht, als das Recht eines jeden Bürgers garantiert, sein Eigentum (Güter, Einkünfte, Arbeitserträge) zu "genießen" und darüber "nach seinem Gutdünken zu verfügen"; also das, was die Juristen als sog. "Vollrecht mit Ausschließungsbefugnis" bezeichnen und was insgesamt als Ausdruck des Fetischcharakters der Ware begriffen werden muß (vgl. Römer), bildet hierin noch für die verschiedenen Formen gesellschaftlichen Eigentums das theoretische Grundmodell. In diesem Sinne sind dann auch die - ansonsten hoch interessanten und wichtigen - Überlegungen von Michael Brie schon durch die Fragestellung "Wer ist Eigentümer (im Sozialismus)? eingeeengt; ähnliches gilt m.E. in diesem Punkt auch für die SOST-Gruppe in dem Bischoff/Menard-Buch (Teil 3, insbes. Kap. 5 und 6).

Um es ganz klar zu sagen, ich bestreite nicht die Bedeutung der Frage nach dem Eigentumssubjekt und ich bin natürlich - wie allerdings fast alle Autoren die zu diesem Thema schreiben - auch der Meinung: "Staatseigentum ist nicht die Lösung des Problems" (Engels). Ich stimme mit Brie oder der SOST-Gruppe auch darin überein, daß es sich bei der sozialistisch-kommunistischen Negation des kapitalistischen Privateigentums nach Marx um die Wiederherstellung des individuellen Eigentums auf der Grundlage der bereits im Kapitalismus entwickelten Vergesellschaftung der Produktion handelt. Daß sich daraus beim Aufbau des Sozialismus/Kommunismus praktisch ungeheuer bedeutsame Probleme stellen, bestreite ich auch nicht - nur sind dies in der Tat nicht die Probleme unserer Gegenwart oder der unmittelbaren Zukunft.

Ich schlage vielmehr vor, die "Binnenstruktur" des juristischen Eigentumsbegriffes und dabei gerade die der entwickelten Formen des kapitalistischen Eigentums, genauer zu untersuchen, dabei die fetischisierenden und mystifizierenden Momente aufzulösen, und sie in

Verbindung mit dem "Vergesellschaftungsbegriff" zu bringen, um daraus schließlich auch für uns hier und heute konkrete soziale und politische Perspektiven abzuleiten. Das kann natürlich hier alles nur sehr skizzenhaft angedeutet werden.

Die Diskussion der Eigentumsfrage wäre wahrscheinlich noch vor zwei Jahren als hoffnungslos veraltet zurückgewiesen worden, oder doch m.E. zu Recht reichlich abstrakt erschienen. Jetzt, wo wir es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit einem radikalen Transformationsprozeß zu tun haben, steht der Form- und Subjektwechsel des Eigentums im Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Hier sind plötzlich Hunderttausende, wahrscheinlich sogar Millionen von Menschen in ihren unmittelbaren Lebensinteressen ganz entschieden betroffen; und die Juristen, die doch scheinbar immer eine Lösung parat haben, stehen selbst innerhalb des bürgerlichen Rechtshorizontes von zahlreichen unerwarteten Aporien. Es besteht daher ein enormer gesellschaftlicher Diskussionsbedarf in dieser wichtigen Frage; und ausgerechnet die Linke (ob marxistisch oder nicht), die ja in der Vergangenheit, nicht immer zu Unrecht, für ihre Fixierung auf die Eigentumsfrage kritisiert worden war, hat die Tragweite dieses Konfliktpotentials m.E. überhaupt nicht auch nur annähernd begriffen, bzw. sie erleicht schon bei dem bloßen Gedanken an den Vorwurf, sie mache alles an den Eigentumsverhältnissen fest.

Natürlich kann gegenwärtig weder hier noch in den sog. "fünf neuen Bundesländern" von einer generellen Legitimationskrise des privaten Eigentums gesprochen werden - schon gar nicht im Kernbereich des unternehmerischen Kapitaleigentums. Aber in ganz bestimmten Punkten, wo öffentliches und privates Interesse offenkundig kollidieren, wie etwa im Bereich der Umweltproblematik, ist das volle private Verfügungsrecht (nicht unbedingt das engere ökonomische Nutzungsrecht!) doch mehr und mehr umstritten. Hier scheint so etwas wie eine Legitimitätshierarchie zu entstehen - auch da, wo elementare Lebensinteressen gegen als weniger elementar empfundene wirtschaftliche Interessen stehen, wie etwa in der Wohnungsfrage.

Seit Renner, Paschukanis u.a. wissen wir genauer, wie das Rechtsinstitut "Privateigentum" sich aus den spezifischen Bedingungen (und Illusionen) der Warenproduktion bzw. -zirkulation entwickelt und sich in der kapitalistischen Warenproduktion fortentwickelt hat. Tatsächlich ist die Kritik am "Vollrecht" und an der sog. "Ausschließungstheorie" schon seit Jahrzehnten Gegenstand bürgerlicher Rechtstheorie und -praxis. Die Möglichkeit des öffentlichen Eingriffs in die "private Verfügungsgewalt über eine Sache" sind seit langem - zumindest formal - selbstverständliche Bestandteile von Verfassungen und konkreten Rechtsordnungen (etwa dem Gesetzesvorbehalt des BGB); schließlich enthielt schon die Weimarer Verfassung - wie das GG - Formulierungen über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Möglichkeit von Enteignungen und Sozialisierung im Interesse des

Gemeinwohls (vgl. Kirchheimer, 1972, S. 7ff., auch a.a.O. 223). Auch die Sozialstaatsklausel des GG ist u.a. in diesem Sinne interpretiert worden, etwa im Mietrecht u.ä.

Ich bin nun der Überzeugung, daß die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins in der gegenwärtigen historische Situation und das potentielle Kräfteverhältnis der sozialen Kontrahenten in Deutschland, trotz gewisser gegenläufiger Tendenzen, wie sie sich aus der Reaktion auf den "Realsozialismus" der DDR ergeben haben, in den 90er Jahren insgesamt schließlich doch durchaus günstige Chancen bieten wird für einen "Ruck" - das ist wohl zu unterscheiden von einem (revolutionären) "Bruch" - in der gesellschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus, der weit über das bisherige Verständnis und natürlich noch mehr über die bisherige Praxis von Sozialstaatlichkeit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinausreicht. Dabei müßten aber die heute schon bestehenden oder sich abzeichnenden realen Konfliktfelder, z.B. die Wohnungsfrage, die Probleme der Arbeitsplatzsicherheit, der Umwelt, der Friedensbewahrung, der Entwicklung der 'Dritten Welt' usw. als Probleme begriffen werden, deren Lösung eines umfassenden demokratisch-gesamtgesellschaftlichen Projekts bedarf.

Das könnte und müßte wenigstens dem Ansatz nach schon in die jetzt beginnende Verfassungsdiskussion eingebracht werden. Ein solches Projekt sollte sich in der konkreten gesellschaftlichen und rechtlichen Praxis fortsetzen und damit konkretisieren - mit dem Ziel einer zunehmenden gesellschaftlichen Kontrolle des großen Produktionsmitteleigentums. Dazu dürften die Forderungen nach der Aufnahme bestimmter Staatsziele - Erhaltung der natürlichen Umweltbedingungen, Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Friedenssicherung - in's GG, sich nicht auf unverbindliche Formelkompromisse beschränken, sondern sie müßten so gefasst werden, daß sie in unmittelbar in geltendes Recht umgesetzt werden.

Dies wäre - weit unterhalb der Ebene des Übergangs zum Sozialismus - eine Stufe von "Vergesellschaftung", die, ähnlich wie bei der "Mitbestimmung der Arbeiter" keineswegs den Kapitalcharakter der Produktionsmittel unmittelbar tangieren würde, und nicht einmal unbedingt deren Verwertungsgrad - insbesondere dann nicht, wenn es gelänge, diese Eingriffsformen zu internationalisieren, so daß die Möglichkeit bzw. die Attraktivität von Investitionsstreiks, Kapitalflucht oder -spekulation als denkbare Reaktionsformen verringert würden.

Das Prinzip, die "Nutzungsrechte" des privaten Eigentums von den "Verfügungsrechten" zu trennen, ist bekanntlich das Ergebnis der Entwicklung gesellschaftlicher Formen des kapitalistischen Eigentums, so etwa schon im Kreditwesen, in der Organisation der Aktiengesellschaften usw. Hier ginge es nun darum, anders als bei den Theorien von einer angeblich technokratischen Managerherrschaft (Burnham oder Galbraith), diesem Prinzip eine Dimension zu verleihen, die es außerhalb der unmittelbaren Interessen der Kapitalverwertung, in den Dienst gesamtgesellschaftlicher

Interessen stellt. Inwiefern sich dieses Konzept dann in der historischen Perspektive schließlich doch als bloße Modernisierung des Kapitalismus oder als Vorstufe zu einem neuartigen Sozialismuskonzept des 21. Jahrhunderts erweisen würde, hinge viel mehr von der gesellschaftlichen Praxis späterer Generationen ab als von unseren gegenwärtigen bewußten Zielen oder Zwecken.

In jedem Falle wäre damit die Möglichkeit einer demokratischen Vergesellschaftung des Produktionsmitteleigentums schon innerhalb des Kapitalismus eröffnet, und das ganze reduzierte sich, theoretisch gesprochen, auf das Problem der Hegemonie - wobei ich jetzt einmal die Frage nach dem konkreten sozial-historischen Subjekt dieses potentiell hegemonialen Links-Blocks außer Acht lasse.

Abschließend möchte ich noch eine Bemerkung machen zu dem Gesellschaftsverständnis, daß m.E. einer solchen Konzeption von "Vergesellschaftung" durch demokratische Strukturreformen des Eigentums zugrunde liegen sollte.

Naturgemäß müßten Eingriffe in die Verfügungsgewalt des (Produktionsmittel)Eigentums eine gesetzlich-rechtsstaatliche Grundlage haben; aber die konkreten Eingriffe bzw. Kontrollen sollten tunlichst nicht der staatlichen Bürokratie oder ähnlichen Behörden (wie z.B. dem Kartellamt) überlassen werden. Die mangelhafte Wirkung solcher staatlicher Institutionen ist uns aus der Monopolkontrolle, der Umweltproblematik oder bei der Frage des Waffenexports usw. hinreichend bekannt. Vielmehr wäre "Vergesellschaftung" hier wörtlich zu nehmen im Sinne des Eingriffs bzw. der Kontrolle durch "zivilgesellschaftliche" Instanzen, die zugleich aber in der Verfassung verankert werden müßten, ähnlich den Parteien.

Nur um zur Illustration ein paar historische Beispiele zu nennen: Es könnten gesellschaftliche Räte oder "runde Tische" für spezielle Fragen eingerichtet werden, die gesellschaftliche "Ombudsleute" oder "Bürgerbeauftragte" ernennen - mit ähnlichen Funktionen und Vollmachten wie etwa die englischen Fabrikinspektoren des 19. Jahrhunderts - deren Aufgabe es wäre, z.B. in den Betrieben die Einhaltung von Umweltauflagen, im Rüstungsbereich die Einhaltung des Verbots bestimmter Waffenproduktionen, von Exportgeschäften usw. zu überprüfen und die darüber öffentlich Bericht zu erstatten hätten. Der Wohnungsmarkt - vor allem in den Ballungsgebieten - , wie andere sozial besonders sensible Märkte, könnte etwa durch gesellschaftliche Enquête-Kommissionen laufend kontrolliert, spekulative Geschäfte öffentlich gemacht werden u.ä. Schließlich sollten die eingerichteten Räte bzw. "runden Tische" in den parlamentarischen Gremien auf allen Ebenen angehört werden, entsprechende Gesetzesinitiativen einbringen, Volksbegehren initiieren können usw.

Literatur:

- J. Bischoff, M. Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg, Hamburg 1990.
 M. Brie: Wer ist Eigentümer im Sozialismus? Philosophische Überlegungen, Berlin 1990.
 W. Brus, K. Laski: Von Marx zum Markt. Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem, Marburg 1990.
 O. Kirchheimer: Eigentumsgarantie in Reichsverfassung und Rechtsprechung (1930), abgedruckt in: ders., Funktionen des Staats und der Verfassung. 10 Analysen, Frankfurt 1972, S. 7ff.
 P. Römer: Entstehung, Rechtsform und Funktion des kapitalistischen Privateigentums, Köln 1978.

Vorschau

Z - Nr. 6

erscheint im Juni 1991
 mit dem Schwerpunktthema

**Hinter der Fassade des Triumphalismus:
 Probleme der Kapitalismusanalyse und -kritik**

u.a. vorgesehene Beiträge:

- Zivilgesellschaft statt staatsmonopolistischer Kapitalismus?
 Kapitalismuskritik von gestern und heutige Realität
 Globaler Kapitalismus und globale Probleme
 American way of life: Kapitalismus ohne Linke?
 Markt, Regulierung und Politik
 Abschied von der marxistischen Krisentheorie?
 Dritte Welt-Kapitalismus
 West-Ost-Gefälle in Deutschland
 Kapitalismus, Menschheit und Biosphäre

Michael Menard

Gesellschaftliche Steuerung und Privatinteresse

Mit dem Ruin des Staatssozialismus werden aufgeschobene Streitfragen der Linken wieder aktuell. Es geht um die Suche nach einer Organisationsform der gesellschaftlichen Arbeit, die der individuellen Initiative den größtmöglichen Spielraum gibt. Nicht aus Nostalgie, sondern aus einer bestimmten Interpretation des Zusammenhangs von Marktwirtschaft und Kapitalismus heraus hält ein Teil der Linken am Konzept einer zentralen Planung der sozialistischen Wirtschaft fest. Den einzelnen Produktionseinheiten soll ihre Position im System der gesellschaftlichen Arbeit weiterhin durch gesellschaftlichen Beschluß unter Verzicht auf Wertbeziehungen zugewiesen werden, weil Marktverhältnisse für sie unabwendbar die aus dem Kapitalismus gewohnte Unterordnung der Individuen unter einen fremden Willen mit sich bringen. Die Korrektur gegenüber dem Staatssozialismus wird in der umfassenden Demokratisierung der Planungsprozesse gesehen. Im Folgenden geht es um die *Gegenthese*: das Konzept der zentralen Planung der Wirtschaft verhindert vom Ansatz her, daß die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, die in nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen liegen. Dieser Konstruktionsfehler ist auch durch Demokratisierung von Planungsprozessen nicht zu beheben.

Die Auflösung der im Tauschwert mystifizierten Formen ihres gesellschaftlichen Zusammenhangs sollte den Individuen die Zusammenhänge ihrer Arbeit deutlich werden lassen. Die Abhängigkeit der Einzelnen von ihrem gesellschaftlichen Arbeitszusammenhang hätte ihnen so klar vor Augen treten sollen, daß alle sich mit vollem Engagement der Verbesserung und Effektivierung der Arbeitsbeziehungen widmen mußten. Mit ihrer individuellen Initiative im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß hätten sie die Bedingungen geschaffen für menschenwürdige Arbeitsbeziehungen, für die Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit und für die Erweiterung des Anteils freier Zeit, in dem alle ihren individuellen Neigungen nachgehen konnten. Durch das Bewußtsein der Abhängigkeit freier individueller Selbstentfaltung außerhalb der Arbeit von der rationalen Gestaltung der wechselseitigen Abhängigkeiten des Arbeitsprozesses wäre die Trennung in Bürger und Produzenten aufgehoben worden. Arbeit und Leben außerhalb der Arbeit wären bloß unterschiedlichen Betätigungsweisen allseits entwickelter Individuen gewesen.

Nichts davon wurde realisiert. Im Gegenteil. In der Ökonomie mußte jede individuelle Initiative vor den planungsbedingten Fehlallokationen der Ressourcen kapitulieren und konnte sich höchstens in den halblegalen Grauzonen der Organisation des Mangels entfalten. In Politik und Kultur

wurden Meinungsstreit und Vielfalt erstickt, weil eine selbsternannte Avantgarde glaubte, sie könne in ihren besonderen Interessen die wirklichen, allgemeinen Interessen des Volkes im Unterschied zu deren aktuellen Ausprägungen repräsentieren. Die Trennung in Produzent und Bürger wurde nicht aufgehoben, sondern noch potenziert, weil sich die Individuen - nicht aus freien Stücken, sondern systembedingt - aus jeglicher gesellschaftlicher Verantwortung, ökonomisch wie politisch, zurückzogen. "Privat geht vor Katastrophe" war das korrekte Schlagwort für diesen erzwungenen Rückzug, der den Staatssozialismus zum System organisierter Verantwortungslosigkeit machte.

Demgegenüber präsentiert sich der Kapitalismus als das Eldorado der freien Entfaltung von Persönlichkeit. Was der Sozialismus zum Ziel hatte und nicht realisieren konnte: daß alle entsprechend ihrer Fähigkeiten am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben, das scheint im Kapitalismus realisiert zu sein. Und wo das nicht der Fall ist, sorgt das soziale Netz dafür, daß auch Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit ihr Auskommen haben. Von Kapitalismus im strikten Sinn könne deshalb gar nicht mehr gesprochen werden, sondern von einem System der sozialen Marktwirtschaft, das sich gegenüber dem Kapitalismus wie dem Sozialismus als überlegen erwiesen habe. Allein durch die Förderung von Privateigentum und Privatinitiative, verbunden mit sozialem Ausgleich damit einhergehender Ungerechtigkeiten, scheinen die Grundlagen für eine Gesellschaft freier Individuen gelegt werden zu können.

An dieser Stelle braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß die individuelle Leistungsbereitschaft solange nicht wirklich sozialökonomische Grundlage der Gesellschaft sein kann, wie die Ergebnisse dieser Leistungsbereitschaft durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit prinzipiell gebrochen sind. Alle Leistungen der sozialen Marktwirtschaft bewirken maximal eine Angleichung der Lebenslage von Nichterwerbstätigen und (lohnabhängig) Erwerbstätigen, schon kaum mehr eine innerhalb der Lohnabhängigen - und die Differenz zwischen den vom Kapital und den aus Arbeit stammenden Einkommen wird von ihnen generell nicht angetastet.

Das kapitalistische Produktionsverhältnis und die von ihm erzeugten Aneignungs- und Eigentumsbeziehungen zwängen die individuelle ökonomische Handlungsfähigkeit der Menschen in Klassengrenzen ein, die für die Masse der Bevölkerung nicht überwindbar sind. Selbstbestimmte Lebensgestaltung durch die bewußte Kooperation gesellschaftlicher Individuen ist unter diesen Umständen nicht möglich. Trotz aller Freisetzung von Individualität tritt aufgrund der Klassenstruktur des Produktionsverhältnisses den Personen ihr eigener gesellschaftlicher Zusammenhang, den sie durch ihre Arbeit selbst erzeugt haben, als äußerliches Zwangsverhältnis gegenüber.

Der Kapitalismus braucht den Markt als Vermittlungsinstanz. Gleichzeitig ist in den scheinbar neutralen Ware-Geld-Beziehungen des kapitalistischen Marktes das Zwangsverhältnis der Aneignung fremder Arbeit verschwunden. Müssen deshalb aber Marktbeziehungen immer den Keim von Entfremdung, von Unterordnung der Subjekte unter einen fremden Willen in sich tragen? Wir vertreten die These, daß nicht mit der gleichen Notwendigkeit, mit der der Kapitalismus den Markt braucht, Marktbeziehungen auch jeweils kapitalistische Produktionsstrukturen unterstellen. Marktverhältnisse, Konkurrenz, Gewinnerorientierung sind auch als Verkehrsformen von Betrieben möglich, die direkt im Besitz ihrer Belegschaften sind oder in irgendeiner anderen Form den Gegensatz von Kapital und Arbeit aufgelöst haben. Diese These ist sehr umstritten. Angesichts der weitreichenden Folgerungen, die sich daraus für eine moderne Sozialismuskonzeption ergeben, ist das kein Wunder.

Zunächst einmal erhalten das individuelle Eigentum und das darüber vermittelte ökonomische Interesse einen ganz anderen Stellenwert, als sie normalerweise in der sozialistischen Theorie haben. Ohne Zweifel ist die Figur des Eigentums, das aus individueller Anstrengung entsteht, die zentrale ideologische Kategorie der kapitalistischen Produktionsweise. Solange der Kapitalismus existiert, müssen Sozialisten versuchen, diesen Mythos der bürgerlichen Gesellschaft aufzuhellen. Denn das kapitalistische Produktionsverhältnis kennt kein Eigentum am Produkt der eigenen Arbeit. Den unmittelbaren Produzenten gehört ihr Produkt nicht - weder als Einzelperson noch als gesellschaftlichem Arbeitskörper - und die Kapitalisten eignen sich ein Produkt an, das nicht aus ihrer eigenen Arbeit hervorgegangen ist. Aber das darf nicht dazu führen, daß auch nichtkapitalistische Produktionsverhältnisse durch diese Brille betrachtet werden. Sowie das Kapitalverhältnis die Naturform der Produktionsbeziehungen ist, so unhistorisch ist es, dem individuellen Eigentum am Produkt der Arbeit auch dann den Ruch des Ideologischen anzuhängen, wenn es in nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen zu dem wird, was es aufgrund des gesellschaftlichen, nicht isoliert - individuellen, Produktionsvorgangs ohnehin nur sein kann: individuelle Eigentumsbeteiligung am kooperativ erzeugten Produkt. Individuelles Eigentum und bewußte gesellschaftliche Organisation der Arbeit sind dann keine sich ausschließenden Orientierungen mehr.

Eine solche Eigentumsverfassung würde die gesellschaftlichen Interessen der BürgerInnen nicht mehr aus der Produktionssphäre aussperren, was wiederum ein anderes Verhältnis von Gewinnerorientierung und Konkurrenz zu gesellschaftlicher Prioritätensetzung und Steuerung erlaubte, als es im Kapitalismus existiert.

Zur Diskussion stehen also zwei Thesen. *Erstens*: das individualisierte gesellschaftliche Eigentum steht einer bewußten gesellschaftlichen Gestaltung der Produktion nicht im Wege, sondern wird zu einem

wichtigen Element dieser Gestaltung. Damit entfällt *zweitens* die Grundlage für eine zentrale Vorab-Planung der Produktion; der Großteil der wirtschaftlichen Vorgänge kann über den Markt koordiniert werden. Zur Durchsetzung gesellschaftlich gewollter Entwicklungslinien werden vorwiegend nicht-direktive Steuerungsmethoden eingesetzt. In wichtigen Bereichen von Produktion und Dienstleistungen wird allerdings auch in nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen der Markt durch direkte staatliche Eingriffe ersetzt werden. Welche Methode wo am effizientesten eingesetzt wird, wird in der politischen Auseinandersetzung entschieden, nicht anhand eines vorab festgelegten Maßnahmenkatalogs.

Gegen diesen Einbau des individuellen Eigentums in ein Konzept gesellschaftlicher Steuerung wird eingewandt: "Das Privatinteresse des Individuums, das sich in der Warenaneignung realisiert, konstituiert, wie man heute überall sieht, das wahrscheinlich mächtigste Interesse der Restauration."¹ Diese Verknüpfung von Warenproduktion mit einem Privatinteresse, das auf die Restauration des kapitalistischen Produktionsverhältnisses zielt, hat Tradition in der marxistischen Debatte. Sie zielte immer auf die Stärkung des subjektiven Faktors, des revolutionären Bewußtseins anstelle des rückständigen, auf Warenaneignung gerichteten materiellen Interesses. "Wir meinen, daß seine Existenz nie vergessen werden darf, sei es als kollektiver Ausdruck des Strebens der Massen oder als individuelles Phänomen, als Widerspiegelung der Gewohnheiten der alten Gesellschaft im Bewußtsein der Arbeiter."²

Die über materielle Hebel beförderte individuelle Interessiertheit mag nützlich sein zur Bewältigung bestimmter Aufgaben, aber als Element bewußten Gesamtorganisation der Arbeit taugt sie nicht. Daher gilt es zu "erreichen, daß der gesellschaftliche Auftrag die Grundlage wird, auf die sich die ganze Arbeitsanstrengung des Arbeiters stützt".³ Der gesellschaftliche Auftrag muß als zentrale Planung der Produktion festgelegt sein - was für die Vertreter dieser Konzeption trotz der schlechten historischen Erfahrungen kein prinzipielles Problem ist, denn für sie gibt es "ausreichende Gründe, das Übel nicht in einer zentralen Planung zu sehen, sondern in einem erstarrten politischen Überbau, in Bürokratisierung, Unfähigkeit der kommunistischen Führung ..., was im Fehlen eines demokratischen (politischen) Vermittlungsmechanismus zwischen Produktion und Bedürfnis kulminierte, eben dem Fehlen einer demokratischen Planung, mit der der Staat eben zum 'board', zur Clearingstelle hätte werden müssen."⁴

In dieser Konzeption gesellschaftlicher Gestaltung der Produktion hat das über Warenproduktion vermittelte Privatinteresse keinen Platz. Die Warenwelt und das Interesse der Privateigentümer wirft die Individuen auf einen isoliert-individualistischen Standpunkt zurück, von dem aus eine übergreifende gesellschaftlich-rationelle Einordnung der Einzelaktivitäten unmöglich ist. Eine solche Einordnung ist aber notwendig, wenn sich der

gesellschaftliche Zusammenhang nicht mehr als unbewußtes Zwangsgesetz hinter dem Rücken der Einzelpersonen herstellen soll. Die Gesellschaft muß sich also als bewußt-lenkende Instanz gegenüber den Einzelnen (Individuen wie Produktionseinheiten) konstituieren und deren Aktivitäten in einem Plan von Produktion und Konsumtion koordinieren.

Zurecht ist dieser Konzeption in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften schon lange vor dem offenkundigen Scheitern des Staatssozialismus Mißtrauen entgegengeschlagen - selbst wenn bei ihren Vertretern der gute Wille zu einer demokratisierten, nicht-bürokratischen Planung außer Frage steht. Solange individuelle Interessiertheit mit einem auf Warenaneignung zielenden individualistischen Privatinteresse gleichgesetzt wird, das eine gesellschaftliche Steuerung verhindert, mag es auf den ersten Blick ja noch einleuchtend sein, daß das "gesellschaftliche" Interesse eine höhere Weihe haben soll. Doch auch ohne Warenproduktion bleibt es bei diesem Subordinationsverhältnis der Einzelinteressen unter das gesellschaftliche Interesse. Schließlich produziert nirgendwo "die" Gesellschaft als eine Einheit, sondern sie konstituiert sich erst aus den Einzelaktivitäten ihrer produzierenden Einheiten. Diese haben aber immer, egal ob als Warenproduzenten oder als Einheiten einer geplanten Ökonomie, ihre Eigeninteressen, die nicht von vornherein mit dem gesellschaftlichen Interesse deckungsgleich sind. Insofern läuft das Konzept der zentral geplanten Ökonomie ganz unabhängig von der gewollten Demokratisierung der Planung immer darauf hinaus, daß erst durch die Abstraktion von Einzelinteressen die Gesellschaft als bewußtes Organ handeln kann; erst vermittelt über das höhere gesellschaftliche Interesse können sich dann Einzelinteressen entfalten - nachdem sie im strengen Sinn als solche aufgehoben sind. Diese Absonderung des gesellschaftlichen Interesses von den Einzelinteressen, die Unterordnung von individuellen Interessen unter das Allgemeininteresse - was immer das sein mag - steht in eigenartigem Widerspruch zu dem Ziel, das die Linke damit verfolgt: die Voraussetzungen für eine Gesellschaft freier Individuen zu schaffen.

Wenn irgendetwas nicht von Marx zu begründen ist, dann diese Entgegensetzung von Privat- und Allgemeininteresse. Ihm schwebte eine Gesellschaft vor, in der die freie Entfaltung der Einzelnen die Bedingung für die freie Entfaltung aller sein sollte - nach dem Bisherigen ist es allerdings nicht mehr erstaunlich, daß im marxistischen Alltagsverstand der Satz meistens andersherum interpretiert wird. Wer an der Notwendigkeit zentraler Planung festhält und die historischen Fehler nur in ihrer mangelnden Demokratisierung sieht, kommt aus dem Widerspruch nicht heraus, daß die Privatinteressen minderwertig sind gegenüber dem gesellschaftlichen Interesse, daß sie zunächst durch den Filter des "gesellschaftlichen" Interesses - wer immer das definiert - hindurch müssen, bevor ihnen eine Existenzberechtigung in der Gesellschaft freier Individuen zugebilligt wird. Wäre das nicht die Grundlage des Konzepts zentraler Planung, dann

könnte ohne jedes Problem auf die Vorstellung einer zentralen Planung verzichtet werden und die Diskussion könnte sich auf den entscheidenden Punkt konzentrieren: wie läßt sich das Bewußtsein von der gesellschaftlichen Bedingtheit individueller Interessen als Steuerungselement in einer Gesellschaft so etablieren, daß das Spannungsverhältnis zwischen privaten Einzelinteressen und übergreifenden allgemeinen Interessen der Privaten durch die Einbindung der Privatinteressen in ein Konzept gesellschaftlicher Steuerung bewegt werden kann und daß nicht versucht wird, es durch ein Subordinationsverhältnis oberflächlich zuzudecken. Nur auf diesem Weg läßt sich konkretisieren, was die Bedingungen einer Gesellschaft sind, in der die freie Entfaltung der Einzelnen die Voraussetzung für die freie Entfaltung Aller ist.

Die zentrale Planung der Ökonomie soll die Arbeitsbeziehungen so gestalten, daß die Einzelnen die Bedingtheit ihrer individuellen Interessen durch die Gesellschaft nicht mehr als äußerliches Zwangsverhältnis erfahren müssen, sondern aufgrund der transparenten gesellschaftlichen Beziehungen selbstbewußt als individuelles Entwicklungselement begreifen und einsetzen können. Die Versubjektivierung der gesellschaftlichen Beziehungen soll erreicht werden, indem Ware und Geld als veräußerlichte Formen der Arbeit verschwinden. Doch dieses Projekt leidet vom Ansatz her an einem Konstruktionsfehler: Solange die Koordination der Arbeiten über den Tauschwert vermittelt ist, kann sich individuelle Entwicklung zwar nur in einem äußerlich vorgegebenen Rahmen vollziehen. Die allseitige ökonomische Abhängigkeit garantiert aber zumindest die persönliche Unabhängigkeit. Der Versuch, vermittels zentraler Planung die Unmittelbarkeit des gesellschaftlichen Charakters von Arbeit zu etablieren, müßte zu einer höheren Bewegungsform von allseitiger Abhängigkeit und persönlicher Freiheit führen. Aber daran scheitert die zentrale Planwirtschaft. Sie schafft es zwar, sehr eindrucksvoll den Einzelnen ihre gesellschaftliche Abhängigkeit zu verdeutlichen, nicht aber, individuelle Freiheit als Gestaltungselement in die gesellschaftliche Koordination einzubauen. Sie ersetzt die Karikatur der Marktwirtschaft - indem alle nur an sich denken, fördern sie das Gemeinsame - durch eine Karikatur von bewußter Gesellschaft - wenn alle nur an das Gemeinsame denken, können sie sich auch individuell entwickeln. Das Projekt der Aufhebung von Wertverhältnissen und der Subjektivierung gesellschaftlicher Beziehungen trägt immer den Keim der Erziehungsdikatur in sich, mit der die Anpassung der individuellen Interessen an die gesellschaftlichen Ziele erreicht werden soll.

Die Alternative dazu ist eine Marktwirtschaft auf nichtkapitalistischer Grundlage. Sie ist auf den ersten Blick weniger attraktiv, weil sie ein Defizit der alten Gesellschaft in die neuen gesellschaftlichen Beziehungen mit hinübernimmt: das Wertgesetz bleibt weitgehend als Instrument der Verteilung gesellschaftlicher Arbeit erhalten. Die individualitätsfeindlichen Wirkungen einer zentralen Planung direkt vergesellschafteter Arbeit werden vermieden, aber um den Preis, daß die freigesetzten individuellen Ak-

tivitäten durch den stummen Zwang sachlich-ökonomischer Verhältnisse in den gesellschaftlichen Zusammenhang eingepaßt werden.

Die Verteilung der Arbeit durch das Wertgesetz bedeutet auch in nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen, daß den Individuen der quantitative und qualitative Zusammenhang ihrer Arbeiten vorab nicht bekannt ist. Der positive Effekt der Marktwirtschaft liegt ja gerade darin, daß der Gewichtsanteil der einzelnen Arbeit an der Gesamtarbeit nicht feststeht und durch Effizienzsteigerung der einzelnen Produktionseinheiten vergrößert werden kann. Der Nachteil liegt ebenso auf der Hand: auch die größte individuelle Anstrengung kann durch das unkontrollierte Zusammenwirken der verschiedenen Aggregate zunichte gemacht werden.

Solange das Wertgesetz die Verteilung der Arbeiten reguliert, ist nicht zu verhindern, daß Veränderungen von Bedürfnisstrukturen und Arbeitsarten sich erst über die Preisbewegung der Arbeitsprodukte geltend machen und individuelle Planungen durchkreuzen können. Aber es ist überhaupt keine Konsequenz des Wertgesetzes, daß diese Kosten der spezifischen Form gesellschaftlicher Koordinierung komplett von den Individuen getragen werden müssen. Das gilt nur im Kapitalismus, wo die Individuen entweder die Mobilität des Kapitals übernehmen müssen, das aus einer nicht mehr lukrativen Sphäre zurückgezogen und in einer profitableren angelegt wird, oder als Arbeitslose außer Kurs gesetzt werden. In einer nicht vom Kapital dominierten Marktwirtschaft kann sich die Gesellschaft auch unter Beibehaltung ihrer in den Tauschwerten veräußerlichten Gestalt insoweit bewußt zu sich selbst verhalten, als sie in ihrer Gesamtheit die Friktionen ausgleicht, die sich aufgrund der wertförmigen Organisation der Gesamtarbeit bei einzelnen Produktionseinheiten und Individuen niederschlagen. Unter nichtkapitalistischen Produktionsverhältnissen müssen die Kosten von Fortbildung, Umqualifizierung und Mobilität kein individuelles Problem mehr sein, sondern können als Transaktionskosten der spezifischen Organisationsform von Arbeit betrachtet werden, zu der sich die Gesellschaft als Gesamtheit entschieden hat und die deshalb auch von ihr zu tragen sind. Eine nichtkapitalistische Marktwirtschaft bietet daher die Chance, die restriktiven Rückwirkungen der entäußerten Formen des gesellschaftlichen Verkehrs auf die Individuen schrittweise zu überwinden und deren Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

Diese Fähigkeit der Gesellschaft zu bewußtem Verhalten auf der Grundlage von Warenproduktion wird bestritten, weil das "Privatinteresse des Individuums, das sich in der Wareneignung realisiert" mit einem gesellschaftlich nicht koordinierbaren Verhalten ineins gesetzt wird. Hierzu noch einige Argumente:

1. Aus der Tatsache des Warenaustausches allein läßt sich weder eine Aussage über die zugrundeliegenden Arbeitsbeziehungen noch über die Sozialpsychologie der Warenbesitzer ableiten. Im Warencharakter des Arbeitsprodukts und im Tauschwert der Ware ist jede Spur des

Arbeitsprozesses erloschen. Das bedeutet zweierlei: zum einen, daß den Produzenten in Wert und Tauschwert der Arbeitsprodukte der gesellschaftliche Charakter ihrer Arbeit und der spezifische Anteil ihrer Arbeit an der Gesamtarbeit als gegenständliche Eigenschaft der Arbeitsprodukte entgegnetreten. Zum andern, daß allein von der Warennatur des Arbeitsprodukts her noch kein Wort über die Umstände gesagt werden kann, unter denen die Arbeit im Konkreten verrichtet wird. An der Ware taucht die Arbeit nur vergegenständlicht als Tauschwert auf - aber dieser Tauschwert kann das Produkt der Arbeit eines einzelnen Produzenten sein, kann Produkt eines kapitalistisch organisierten Arbeitsprozesses sein - genauso gut aber auch Produkt der selbstbestimmten Kooperation der assoziierten unmittelbaren Produzenten. Ein Gegensatz von Privatinteresse, das sich in der Wareneignung realisiert und bewußter Kooperation im unmittelbare Produktionsprozeß ist allein aus dem Warencharakter der Arbeitsprodukte nicht abzuleiten. Warenproduktion heißt zunächst nur, daß auch die in selbstbestimmter Assoziation verausgabte Arbeit sich am Markt bewähren muß, weil ihr spezifisches gesellschaftliches Gewicht nicht von vornherein durch einen Plan festgelegt ist.

2. Die Ware kann Produkt ganz unterschiedlicher Produktionsverhältnisse sein. Nur die kapitalistisch produzierte Ware unterstellt einen Gegensatz von gesellschaftlicher Kooperation im Produktionsprozeß und privater Aneignung des Arbeitsprodukts. Jede Steigerung der Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit vergrößert nicht nur das Arbeitsprodukt, sondern mit ihm die Macht des Kapitals. Tritt den Produzenten in der Ware nur der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang ihrer Arbeit als gegenständliche Eigenschaft des Arbeitsprodukts gegenüber, ohne daß sich dadurch unmittelbar eine Bestimmung des Produktionsvorgangs selber und der produzierenden Subjekte ergibt, so wird im Kapital das Produkt der unmittelbaren Kooperation im Arbeitsprozeß zu einer den Produzenten gegenüber verselbständigten Macht, die sie einem fremden Willen unterordnet.

Diese Verkehrung reflektiert sich nicht nur in der objektivierten Arbeit, in der Kapitaleigenschaft der Arbeitsprodukte, sondern auch in der Entfremdung der gesellschaftlichen Potenzen des unmittelbaren Arbeitsprozesses von den Produzenten. Nicht nur das Produkt des Arbeitsprozesses wird Kapital und als solches beherrschende Macht über die Arbeit, sondern der lebendige Arbeitsprozeß selber, die Kooperation der Arbeitenden wird zu einer ihnen fremden, ihren Interessen entgegengesetzten Veranstaltung. Erst jetzt, nicht bereits auf der Ebene von Warenproduktion im Allgemeinen, kann von einer Verkehrung von Subjekt und Objekt gesprochen werden, von der Unterordnung der Subjekte unter eine fremde Macht, die sie durch ihr eigenes Produkt erst schaffen.

Warenproduktion als solche und individuelles Eigentum sind nicht die Kriterien, an denen sich entscheidet, ob Arbeitsprozesse in selbstbe-

stimmter Kooperation organisiert werden können oder nicht. Allerdings entwickelt erst die kapitalistische Warenproduktion die gesellschaftlichen Dimensionen des Arbeitsprozesses, aber unter Umständen, die Arbeit als selbstbewußt organisierten gesellschaftlichen Prozeß ausschließen, weil Arbeit und Eigentum am Produkt der Arbeit gegensätzlich verteilt sind. Die gesellschaftlichen Dimensionen des Arbeitsprozesses werden erst zur eigenen Angelegenheit der Produzenten, wenn durch Überwindung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses die Identität von Arbeit und Eigentum hergestellt wird.

Die gesellschaftlichen Dimensionen von Arbeit sollen beibehalten werden. Deshalb kann die Identität von Arbeit und Eigentum nicht durch Rückkehr zu Formen handwerklicher Produktion mit ihrem individuellen Eigentum am Produkt der Arbeit wiedergewonnen werden, genausowenig aber dadurch, daß ausschließlich ein gesellschaftliches Eigentum aller Produzenten ohne individuelle Eigentumsrechte angestrebt wird, wie das beim Staatseigentum der Fall ist. Eigentum am Produkt der eigenen Arbeit kann es bei Produktion in gesellschaftlichem Maßstab nicht mehr geben, wohl aber durch Überwindung kapitalistischer Eigentumsformen die individuelle Beteiligung am gemeinsam erzeugten Produkt. In diesem Sinne schreibt Marx: "Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist die Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit produzierten Produktionsmittel."⁵ Ein solches individuelles Eigentum auf Grundlage der Kooperation gibt es nur bei Selbständigkeit der Produktionseinheiten und Warenproduktion; die Einbindung des individuellen Eigentums in die kooperativen Beziehungen der unmittelbaren Produzenten verbietet aber den simplifizierenden Kurzschluß von Eigentum und Warenproduktion auf individualistische, gesellschaftlicher Kooperation entgegenstehende Privatinteressen.

3. Egal, wie das gesellschaftliche Eigentum gestaltet ist: als Genossenschaftseigentum, in nichtspekulativen Formen von Beteiligungen, kommunal oder staatlich - die Betriebe konkurrieren auf dem Markt miteinander und der Gewinn ist das Steuerungsinstrument dieser Konkurrenz. Das fördert die Effizienz der Produktion, beinhaltet aber auch einen latenten Widerspruch zwischen einzelbetrieblichem Gewinn und gesellschaftlichem Nutzen. Bereits im Kapitalismus gibt es viele Methoden, um diesem Widerspruch eine Bewegungsform zu geben - von der marktkonformen Steuerung bis hin zu direkten staatlichen Eingriffen. Bei aller unbestreitbaren Wirksamkeit sind sie aber in ihrer Reichweite durch den klassenbedingten Gegensatz von BürgerInnen und ProduzentInnen

begrenzt. Die BürgerInnen sind zur überwiegenden Mehrheit Lohnabhängige; werden nun in einem demokratischen Willensbildungsprozeß gesellschaftliche Interessen definiert, die in Konkurrenz zum Gewinnprinzip stehen, so bricht sich deren Realisierung an einer systematisch asymmetrischen Machtverteilung, die durch die Klassenstruktur des Produktionsverhältnisses bedingt ist. Die gleichen Personen, die als BürgerInnen die Gesellschaft als Entscheidungsorgan bilden, sind durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit, Arbeit und Eigentum im Arbeitsprozeß von den Entscheidungen ausgeschlossen. Im Kapitalismus gibt es nicht nur ein Spannungsverhältnis zwischen übergreifenden gesellschaftlichen Interessen und einzelbetrieblichem Gewinn, sondern aufgrund des Gegensatzes von Arbeit und Eigentum die systematische Dominanz des Kapitalgewinns über die Gesellschaft als politisch handelndes Organ. Die Überwindung des Kapitalverhältnisses hebt in einer gewinnorientierten nichtkapitalistischen Marktwirtschaft den Gegensatz von BürgerInnen und ProduzentInnen auf und erhöht die Wirksamkeit gesellschaftlicher Steuerungsmethoden des Marktes.

1 Heinz Jung, in: Sozialismus 11/90, S. 39

2 Guevara, Ernesto, Über das haushaltsmäßige Finanzierungssystem, in: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik, S. 76, Köln 1988

3 ders., a.a.O. S. 100

4 Heinz Jung, Marktsozialismus, in: Z Nr. 4, S. 184f

5 Marx, Das Kapital Bd 1, in: MEW 23, S. 791

Karl Hermann Tjaden

Marx, der Müll und der Fortschritt

Ich fange mit dem Einfachsten und Wichtigsten an, nämlich mit dem Fortschritt, sage dann etwas zum Komplex und Problem des Mülls, mache fern, wenn es die Zeit erlaubt, einige Bemerkungen zu Marx und schließe mit einigen Thesen zum gesellschaftswissenschaftlichen Stellenwert von Stoffströmen.

Fortschritt verwende ich im Sinne der philosophischen Tradition der vergangenen zweieinhalb Jahrhunderte, nämlich im Sinne der geschichtlichen Bewegung zu einer besserer Verfassung dessen hin, was Gesellschaft ausmacht. (Vgl. Sklair 1972, S. 36 ff). Wenn dieser Begriff, Elisabeth Sledziewski zufolge, auch in der Gefahr steht, das Ende dieses Jahrhunderts nicht zu erleben, nicht zuletzt weil "ein enttäuschter und darum um so virulenter Fortschrittsglaube [...] die Orthodoxie des Fortschritts zum Scheitern" bringt (Sledziewski 1990, S. 96 f), so gibt es doch Gründe genug für ein Überschreiten der gegenwärtigen Gesellschaftszustände zum Besseren hin und daher zum Überdenken und genaueren Bestimmen dessen, was dieses Bessere sei.

Die aktuelle Kritik des Fortschrittsbegriffs konzentriert sich, ökologisch motiviert, auf dessen vermutete oder tatsächliche Anthropozentrik. Gegen die Forderung einer Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen wird die Forderung einer Verbesserung der natürlichen Umweltbedingungen gesetzt. Die hiermit verbundene Biozentrik ist wiederum richtig mit dem Argument problematisiert worden, daß das Ziel der Bewahrung und Entfaltung des Naturhaushalts an sich sich nicht begründen läßt. Es bedürfte daher der - über das bloße Erkennen hinausgehenden - wirklichen Anerkennung der Natur als des alter ego des Menschen. (Summerer 1989, S. 30). Das ist ein Postulat der Ethik, aus dem sich das Ziel der Erhaltung und Entwicklung der Bevölkerung wie des Naturhaushalts im System Mensch-Biosphäre ableiten läßt. Mit diesem Argument der Moralphilosophie wird man sich allerdings nicht begnügen können, wenn Fortschritt seinem Inhalt nach als fortschreitendes Verhältnis des ego zu diesem alter ego begriffen werden soll. Er ist daher als Gegenstand der Geschichtsphilosophie zu behandeln. Da die Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen und die der natürlichen Umweltbedingungen einander sowohl entgegenstehen als auch eine Einheit bilden können, ist Fortschritt im Sinne jenes Ziels auf ein geschichtlich veränderliches und gesellschaftlich verfasstes Widerspruchsverhältnis von Mensch und Natur zu beziehen. Es gibt offenbar in der Geschichte gesellschaftliche Verhältnisse, in denen die anthropogenen Interventionen in die Biosphäre

letztlich das Überleben der Menschen selber, ja der gesamten Menschheit bedrohen, wie es auch gesellschaftliche Verhältnisse einer Koevolution des menschlichen und des außermenschlichen Naturmoments gibt. Fortschritt zum "Besseren" hat heute offenbar mit dem Übergang von dem einen zum anderen Evolutionsmodus zu tun, wobei dieses Bessere das Notwendige für die Menschen ist.

Will man diesen heute notwendigen und vielleicht noch möglichen Übergang genauer bestimmen, dann ist ein Begriff von Gesellschaft unverzichtbar, der diese als eine Veranstaltung zum gemeinsamen Überleben menschlicher Lebewesen in der außermenschlichen Natur aufgrund und vermittelt gesamtgesellschaftlicher Arbeit bestimmt. Begreift man als den Kern der Gesellschaft die gesellschaftliche Arbeit und diese wiederum, in materialistischer und historischer Manier, als Vermittlung, Regelung und Steuerung des an sich naturwüchsigen Stoff- und Energieaustauschs zwischen der Bevölkerung und dem Naturhaushalt eines gesellschaftlichen Territoriums, so muß gesellschaftlicher Fortschritt auf die Gesamtarbeit einer Gesellschaft bezogen werden. Fortschritt heißt dann heute jedenfalls - auch wenn das noch nicht alles ist - die Umgestaltung dieser Arbeit im Sinne einer Koevolution von menschlichen Lebewesen und außermenschlicher Biosphäre. Diese Umgestaltung der gesellschaftlichen Arbeit im System Mensch-Biosphäre läuft auf eine vernünftige Steuerung der produktiven und reproduktiven Stoff- und Energieströme einer Wirtschaftsgesellschaft hinaus. Denkt man eine solche umfassende Stoff- und Energiepolitik zusammen mit einer vernünftigen Steuerung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu sich selber und zur Natur an sich, so hat man vielleicht den eigentlichen und zugleich ursprünglichen Sinn von Demokratie gewonnen. (Vgl. Lambrecht 1990). Warum nämlich sollte, wie eine unsinnige Begriffsdeutung meint, das Volk über sich selber herrschen? *Gesellschaftliche Demokratie* ist vermutlich das *selbstbestimmte gemeinsame Beherrschen aller gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur* im Sinne ihrer vorausschauend-übergreifenden Handhabung.

Als "Müll", eine nicht geschützte Bezeichnung, sollen hier zunächst ganz allgemein alle stofflichen und energetischen Reste des gesellschaftlichen Prozesses der Produktion und daran anschließenden Reproduktion von Gütern und Leistungen bezeichnet werden. Müll gibt es, seit es gesellschaftliche Produktion im Sinne der Gütererzeugung gibt, also im wesentlichen seit der neolithischen Revolution. Es ist aber, wie schon bestimmte Überreste urgesellschaftlicher agrarischer Produktionsformen zeigen, nicht die Pflanzen- und Tierproduktion als solche, sondern die Konzentration auf einseitige Produktion zusammen mit der Limitierung der erforderlichen Reproduktion, was sowohl den Verschleiß von Naturquellen und Arbeitskraft als auch das Anhäufen von Rückständen jeder Art vorantreibt. Als Problem ist der Müll geschichtlich allerdings erst im Zuge der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, der

Expansionsökonomie par excellence, hervorgetreten, und als ein ähnliches Problem ist er zudem in technikfetischistischen sozialistischen Systemen beobachtet worden, welche die kapitalistische Technostruktur kopierten, wenn auch mit verschiedenen Einschränkungen.

Die mit dieser technischen Struktur verbundenen Beschränkungen und Erschöpfungen natürlicher Ressourcen sind schon sehr früh hervorgetreten, seit der Umstellung der Energiebasis auf fossile Brenn- und Kraftstoffe und später der Materialbasis auf synthetische Roh- und Betriebsstoffe. Die orthodoxe Kritik an den Warnungen des Club of Rome hatte nicht ganz zu Unrecht betont, daß die Problematik der Ressourcen lösbar sei. Das gilt freilich nicht für verbrauchte und vernichtete Ressourcen, welche nicht regenerierbar und nicht substituierbar sind, ansonsten aber immerhin schon wegen dieser beiden Möglichkeiten der Ressourcenreproduktion sowie derjenigen des Sparens, die jene Kritik freilich meist übersah. Grundsätzlich anders liegt der Fall aber bei der Gesamtheit der stofflichen und energetischen Emissionen der produzierenden und reproduzierenden Aktivitäten einer Gesellschaft. Deren Menge und Beschaffenheit sind heute und für die absehbare Zukunft zu einem Problem geworden, das nicht lösbar, sondern bestenfalls handhabbar ist. Es ist eines, vielleicht das wichtigste, der zentralen materiellen Probleme moderner (postmoderner, präpostmoderner, zu modernisierender etc.) Gesellschaften; ein Problem jedenfalls, das dem modischen Postulat der ökologischen Modernisierung weitgehend widersteht.

Unter Müll verstehen wir, genauer gesagt, alle materiellen Reproduktionsrelikte aus der gesamtgesellschaftlichen Produktion von Gütern und Leistungen, aus den familialen Arbeitstätigkeiten und aus der Behandlung der Natur an sich: von der Abwärme über die festen, flüssigen, staub- und gasförmigen stofflichen Rückstände aller Produktionssektoren sowie die Siedlungsabfälle, -abwässer und -abgase bis hin zu den angehäuften Abfällen und Schadstoffen an den überkommenen und den hinzukommenden Altstandorten und in sonstigen Stoffsenken sowie schließlich den Abfällen, Schadstoffen und sonstigen Emissionen aus der Abfall- und Schadstoffentsorgung selber. Man beginnt bereits zu ahnen, daß das Prinzip der akzelerierten Reproduktion, das der Konkurrenz privater Kapitale und nichts anderem entsprungen ist und das um der Verwertung dieser Werte willen verwirklicht wird, uns eine endlose Geschichte eingebrockt hat, die man auch durch die Aufhebung der ökonomischen Produktionsweise der Gesellschaft nicht los wird, selbst wenn man deren Technostruktur radikal verändert. Daß man unter humiden Klimabedingungen unter Umständen einmal Mülldeponien wird bauen müssen, um die Rückstände ausfließender Stoffe aus Mülldeponien zu entsorgen, ist keineswegs eine absurde Phantasie. (Hahn 1988, S. 298; vgl. Kreusch 1989). Es handelt sich fürwahr um ein historisches und material(istisch)es Problem. Seit dem Neolithikum, systematisch, säkular und global aber seit der

kapitalistischen Industrialisierung, werden die Nahrungskreisläufe, die großen Stoffkreisläufe und die Sedimentkreisläufe der Erde und neuerdings auch ihr Energieaustausch mit dem Weltraum zunehmend durch die inzwischen viel genannten einlinigen bzw. unvollkommenen Stoff- und Energieumsätze (Roos/Streibel 1979, S. 77 ff; Commoner 1990, S. 10 ff) verändert, die der auf Surplusproduktion konzentrierten gesellschaftlichen Arbeit innewohnen. Es handelt sich um anthropogene Interventionen in relativ stabile Zyklen bzw. Balancen, welche seit ein paar Jahrhunderten der naturgesetzlichen Dissipation von Stoffen und von Energie einen kräftigen Zusatzschub verleihen: in jeder auf den Mehrwert, aber auch in jeder nur auf das Nationaleinkommen fixierten kapital- oder fondsintensiven Wachstumswirtschaft wird gewöhnlich jedes Jahr mehr hochwertige in minderwertige Energie und werden mehr Rohstoffe in Rückstandsstoffe transformiert als zuvor, in der Regel auch bei sinkenden spezifischen Verbräuchen. Der Unterschied zwischen den beiden Materieformen ist, daß man bei der Abwärme heute über den Teil froh sein muß, der noch in den Weltraum entweicht und sich nicht in der Lufthülle ansammelt, während man bei den Stoffresten über den Teil froh sein muß, den man einfangen kann und der sich somit nicht in den Körpern von Menschen und im Naturhaushalts ausbreitet.

Diese anthropogene Forcierung dissipativer Prozesse ist, soweit sie bereits erfolgt ist, durch sogenannte Kreislaufwirtschaft - eine faszinierende Idee - nicht rückgängig zu machen, und sie ist auch in der Zukunft nie völlig zu vermeiden. Die Meinung, daß sie durch eine "dialektische Negation der Negation" in einer "neuen Mensch-Natur-Union" aufhebbar sei (Hörz 1986, S. 20), ist nichts als pseudodialektische Begriffsklapperei. Auch mit der Politik einer wirklichen rationalen Ver- und Entsorgung bei der Energie- und Stoffverwendung, so dringend sie auch geboten ist, kommt man nicht ins Paradies zurück. Das zeigt sich z. B. an der Abstraktheit der hierzulande vielberufenen und wenig beherzigten Postulate der Stoffpolitik, wonach man Abfälle, allgemein: Stoffreste, vermeiden, vermindern, verwerten oder, wenn es nicht anders geht, schadlos sonstwie entsorgen soll. Diese scheitern bislang zwar vor allem an ökonomischen Interessen, politischen Immobilismen und "cultural lags", weisen aber auch einen grundsätzlichen Mangel auf: Als Sammlung abstrakter Forderungen beziehen sie sich nicht systematisch auf die materielle Realität des Mensch-Biosphäre-Systems, genauer: auf die Materialität auch der menschlichen Lebewesen, die auf Stoffeingaben und Stoffausgaben nie ganz verzichten können, und auf die Materialität der außermenschlichen Natur, die für diese menschlichen Umsätze stets Stoffquelle wie Stoffsenke ist und daher unvermeidlich beeinträchtigt wird. Wenn das für die Jäger-Sammler-Gesellschaften vielleicht noch nicht erheblich war, so ist es das jedenfalls um so mehr in unserer Zeit einer unwiderruflich angewachsenen Erdbevölkerung und eines unwiderruflich vorgeschädigten Erdnaturhaushalts. Heute muß man schon sehr genau ermitteln, was vermieden werden

kann und was nicht, ob etwas wirklich schadlos entsorgt werden kann oder doch nicht. Dabei tritt dann die grundsätzliche Unmöglichkeit sowohl des völligen Vermeidens als auch des völlig schadlosen End-Entsorgens von Müll offen zutage, weil schon die bloßen Mengen der Stoffe und der Energie ein Problem sind - und bleiben, auch wenn man diese Mengen stark verringert. Dieses Problem wird unendlich viel größer durch den Sachverhalt, daß die Beschaffenheit der Rückstände aus Stoffumformungen spätestens seit der Synthese und Diffusion chlorchemischer Produkte und Relikte die Unterscheidung von harmlosen Abfällen und schädlichen Stoffen veralten läßt: "Auch Hausmüll ist Sonderabfall". (Hahn 1988) Auch dieser Sachverhalt läßt sich zwar erheblich entschärfen, aber vermutlich kaum gänzlich aus der Welt schaffen. Darüber hinaus wird das Problem noch dadurch verschärft, daß die Entsorgung von Rückständen insbesondere durch Verbrennung und/oder Lagerung ihrerseits Schadstoffe hervorzu- bringen pflegt, und beide Behandlungsarten kann man zwar erheblich verbessern, aber zumindest bislang kaum durch wirklich unschädliche ersetzen. Und was die Verwertung anbetrifft: selbst Rückstände, die einst fast als Inbegriff purer Natur und der Möglichkeit geschlossener Stoffkreisläufe galten, sind heute oft so durch Schadstoffe belastet, daß sie nicht weiter verwertbar sind - Stallmist zum Beispiel, von bestimmten Klärschlämmen ganz zu schweigen. (Vgl. Schenkel 1990, S. 31). Daß es sich bei den Stoffresten aus der gesellschaftlichen Gesamtarbeit mithin bislang um Substanzen unterschiedlicher Toxizität (mit der Harmlosigkeit lediglich als Grenzfall) handelt, muß also dazu führen, daß das Ideal des Recycling auf den Boden der Wirklichkeit gestellt wird: es hat seinen Sinn, aber auch seine Grenzen.

Kurzum: der erreichte Entwicklungsstand des Systems Mensch-Biosphäre und der darin realisierten Emissionen und Immissionen bringt mit sich, daß man sich an die immer noch vorhandene Endlichkeit unserer Welt erinnern muß, in der leider Stoffliches so gut wie nicht verloren geht, es sei denn scheinbar, nämlich aus dem Gesichtsfeld der Menschen. Und soweit man die Abfall- und Schadstoffberge immerhin noch sehen kann, verdeutlichen sie auf verquere Weise die fortbestehende Einheit zwischen menschlichen Lebewesen und außermenschlicher Natur, die einen mittlerweile gewaltigen Gegensatz zwischen diesen beiden Naturmomenten enthält.

Die dringlichsten Aufgaben einer vernünftigen Stoff- und Energiepolitik dürften die Verminderung der Schadstoffzeugung und die Verwertung von Massenstoffresten sein, ebenso wie die weitestmögliche Vermeidung der Entstehung sowie die schadwirkungsarme Entsorgung gleichwohl entstandener sehr gefährlicher Stoffe, Stoffzubereitungen und Rückstände. Darüber hinaus geht es sicherlich auch um das Schonen von Naturressourcen und -medien durch die Verringerung der übrigen Stoff- und Energieumsätze, letztlich im Zuge einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, die bei den wesentlichen Approprietanten und Emittenten von Stoffen und von Energie ansetzen muß. Bei alledem

handelt es sich jedoch nicht um die Eliminierung, sondern um das Management eines Problems.

Hierbei ist ferner zu bedenken: Stoffpolitik als (Rest- und Schadstoff-) Verringerungspolitik muß an den In- und Outputs von *Emittenten* ansetzen und zugleich die *Immissionssituation* bei den menschlichen und natürlichen Akzeptoren beachten. Zudem muß sie die *gegenwärtigen* stofflichen Bedarfe der Bevölkerung und des Naturhaushalts bedenken und zugleich den *künftigen* Umgang mit den Stoffquellen und Stoffsenken im Auge haben können. Schließlich muß die Stoffpolitik das Problem der Reproduktionsrelikte im *Gesamtzusammenhang der stofflich-energetischen Versorgung und Entsorgung* der Gesellschaft und ihrer teilräumlichen Einheiten sehen, deren Technostruktur zur Bewältigung dieses Problems umzugestaltet ist. Die tätige Vermittlung, Regelung und Steuerung der gesellschaftlichen Stoff- und Energieflüsse zwischen Mensch und Natur bedarf der hiermit angedeuteten Widersprüche wegen einer strategischen Konzeption, die es bislang nicht gibt. In dieser wäre auch die Frage zu klären, wie der enorme Kapital- und somit Arbeitsaufwand bereitzustellen ist, den die Vermeidung und Verminderung bzw. Verwertung und Unschädlichmachung von Müll - soweit diese Aktionsmodi jeweils möglich sind - kosten wird.

Bei dieser These handelt es sich übrigens nicht um die Vorstellung eines trojanischen Pferdes zwecks Einschleusung des Gedankens der Zentralverwaltungswirtschaft, sondern um die Betonung eines Erfordernisses, das aus dem Anwachsen von Abfallhalden und der Ausbreitung gefährlicher Stoffe im System Mensch-Biosphäre entstanden ist. Auf diese Situation wird bisher fast nur mit dem Pauschalkonzept massiver, undifferenzierter und unkontrollierter Müllverbrennung reagiert, welches die Probleme verschärft (Czeskleba-Dupont 1988). Zugleich wird die Entsorgung von Stoffen mehr und mehr zum Geschäft großer Kapitalgesellschaften (Schenkel 1990, S. 33). Die Handhabung der unvermeidlich großen, wenn auch so weit wie möglich zu verringernden und zu entgiftenden Stoffrückstände aus der Fortentwicklung des Stoff- und Energieaustauschs zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur erfordert aber eine vernünftige umfassende Steuerung des arbeitsmäßigen Stoff- und Energieumsatzes der Wirtschaftseinheiten, und zwar auf allen Ebenen der Volkswirtschaft. Eben deshalb erfordert sie auch eine gesellschaftliche Planung und Leitung der Aktivitäten der diversen Approprienten und Emittenten, was nicht mit zentralstaatlicher Planung und Leitung identisch ist, mit welchen Mitteln (marktmäßigen, verwaltungsmäßigen, erziehungsmäßigen, privatrechtlichen etc. Instrumenten) auch immer dies verwirklicht werden kann. Kurzum: ein ökologischeres Wirtschaften in der Zukunft ist möglich, aber es ist durch überkommene Altlasten (in einem sehr weiten Sinn dieses Begriffs) sowie durch das unvermeidliche, freilich gegenüber heute zu begrenzende Ausmaß der Nutzung und Belastung des vorgeschädigten Erdnaturhaushalts durch die angewachsene Erdbevölkerung beschränkt. Und es sind gewaltige gemeinschaftliche Anstrengungen erforderlich, um diese

Umstellung zu erreichen und um überkommene Schadwirkungen gering zu halten und womöglich auszugleichen.

Schließlich: Marx. Ich rede nicht von den beiden hierzulande wichtigsten Derivaten der Marxschen Theorie, der Frankfurter Schule und dem Marxismus-Leninismus, die beide, im Unterschied zu Marx und Engels, mit der Natur nichts anzufangen wußten und für die daher auch der Müll kein Thema war. Nein, von Marx selber, soweit ich ihn kenne. Meine Stellensuche ergibt als wichtigste Befunde zum einen die Marxsche Überzeugung, daß sich mit der Expansion der maschinellen Industrie die "Excremente der Production" verhältnismäßig verringern lassen und im übrigen leichter innerbetrieblich "vernutzt", zwischenbetrieblich in "Rohmaterial" "wiederverwandelt" oder sogar selbst "Verkaufsfähige Waaren" werden können (MEGA² II 3.5, S. 1661, II 3.6, S. 1950, 2087, 2163; auch MEGA² II 3.5, S. 1619 u. 2253 und MEW 25, S. 110 ff, 128); zum anderen die Auffassung, daß die "Excremente der Consumption" insbesondere wieder in den "Ackerbau" eingehen bzw. daß die "Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmittelelementen vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit" durch die kapitalistische Urbanisation "gestört" werde (MEGA² II 3.6, S. 2254, II 8, S. 481; auch MEW 25, S. 110 sowie F. Engels in MEW 18, S. 279 f). Auch die Energieeinsparung und Wärmedämmung, beides aus ökonomischen Motiven, kommen vor (MEW 25, S. 108). Das ist gut, aber nicht Spitze. Marx hat anscheinend - um nur von den Rückstandsstoffen, mit denen er sich ernsthaft befaßt hat, zu reden - die damals freilich erst teil- oder ansatzweise vorhandenen Probleme der Quantität und der Qualität der Stoffrückstände aus der gesellschaftlichen Reproduktion verkannt. Darüber weiß heute ein aufgeklärter umweltbewußter Unternehmer mehr. Was Marx wohl nicht sah bzw. voraussah, ist die Entwicklung zum heutigen Stand der Dinge: zur Massenhaftigkeit der Reproduktionsexkremente aus der Gütererzeugung mittels lebendiger und gegenständlicher Arbeit und aus nachgeschaltetem Umweltschutz (z. B. Mineralienausgang, Hilfsstoffreste, Verpackungen, Bauschutt, Anlagenschrott, Kraftwerksabwässer, Filterstäube) sowie zur Giftigkeit der Reproduktionsexkremente aus produktivem und konsumtivem Güterverbrauch und aus deren Verwertung und sonstiger Entsorgung (z. B. gefährliche Agrar- und Industrierückstandsstoffe, Hausmüllschadstoffe, Massen- und Spurenschadstoffe in der Luft, Reste bestimmter Kunststoffverwertungserzeugnisse, belastete Klärschlämme, Deponiesickerwässer und Müllverbrennungsemissionen), wobei insbesondere die Kombination beider Probleme die Recyclage limitiert. Hier spätestens hatte auch das verdienstvolle Seko-System der DDR, abgesehen von technischen, energetischen und ökonomischen Schranken, seine Grenzen (Garbe/Graicher 1984, S. 143; Raith 1990; grundsätzlich: Streibel 1988 a, bes. S. 655 ff).

Was Marx zum Müll wirklich zu sagen hat, steht in den Verzeichnissen nicht unter den Stichwörtern Abfall, Abwasser, Abwärme und Abgase, sondern unter den Lemmata Arbeit und Arbeitswert. Für die innerbetriebliche Verwendung und außerbetriebliche Verwertung gebrauchswerttragender Massenreststoffe ist deren Eigenschaft, "Träger von [restlichem] Tauschwert" zu sein, wichtig. (MEW 25, S. 90; die Werteigenschaft hängt von dieser Brauchbarkeit, also innerbetrieblichen Verwendbarkeit oder außerbetrieblichen Verwertbarkeit ab, die nicht [anders Streibel 1988 b, S. 665 ff] mit einer "Vermeidbarkeit" dieser bereits angefallenen Rückstände bei der Erzeugung des angestrebten Gutes gleichzusetzen ist; vermeidbar ist *mindestens* der Abfall, der allen einschlägigen Regeln nach dem Stande von Wissenschaft und Technik nicht entspricht, und darüberhinaus der durch Umstellung und Beschränkung von Prozessen und Produkten zu vermeidende Anfall von Stoff- und Energieresten). Noch wichtiger freilich ist - in einer Situation, in der immer mehr Stoffreste keinen Gebrauchswert haben und daher auf andere Weise entsorgt werden müssen - die arbeitswerttheoretische Idee, daß der Wert einer Ware durch den für ihre Wiederbeschaffung erforderlichen gesellschaftlichen notwendigen Arbeitsaufwand bestimmt sei. Das war dann von fortschrittlichen Ökonomen in der DDR ausgearbeitet worden: In einer weiten Fassung der Begriffe der gesellschaftlichen Arbeit und des notwendigen Aufwands sind diesem Aufwand die Kosten für die Erneuerung oder den Ersatz von Naturquellen des Reichtums (vgl. Roos/Streibel 1979, S. 203 ff; Streibel 1988 b, S. 663 ff) sowie die Aufwendungen für die Verwertung bzw. möglichst schadwungsarme End-Entsorgung unverwertbarer Stoffreste zuzurechnen. (Graf 1982, S. 376 ff) Mit dieser arbeitswerttheoretischen Fassung der Konzeption einer Internalisierung sozialer Kosten (Kapp 1987, 1988) läßt sich das gewaltige Ausmaß der gesellschaftlich notwendigen Anstrengungen, welche die Handhabung der Rohstoff- und Rückstandsströme erfordert, zum Teil verdeutlichen. Allerdings nur zum Teil, denn längst nicht alle Voraussetzungen und Auswirkungen gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion, seien sie negativer oder positiver Art, sind erkennbar und zudem im Schadensfall berechenbar. Reale Defizite und Defekte, die Konsequenzen gesellschaftlicher Produktion sind, werden durch solche Internalisierungen sozialer Kosten allenfalls weniger umfangreich und weniger gefährlich werden, und dies auch nur unter den Bedingungen einer demokratischen Stoff(und Energie)politik. Sie werden hierdurch jedoch nie gänzlich verschwinden oder unschädlich gemacht werden können.

Das ist nämlich die Implikation der Marxschen Konzeption gesellschaftlicher Arbeit als eines Prozesses "zwischen Mensch und Natur, [...] worin er seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne That vermittelt, regelt und kontrolliert." (MEGA² II 8, S. 192 ff). Unverwertbare Stoffreste und Abwärme werden der Gesamtarbeit der Gesellschaft immer entspringen,

da diese auch dann, wenn die Menschen ihre Beziehungen zueinander und mit der übrigen Natur selbstbestimmt gemeinsam beherrschen, stets Handhabung von Stoff- und Energieumsätzen sein muß. Diese lassen sich jedoch verringern und sachgerechter gestalten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, daß spätestens die klassengesellschaftliche Arbeitsentwicklung, vielleicht auch schon diejenige in bestimmten spätgentilistischen Gesellschaften, durch eine Übermacht der vergegenständlichten, also in Konsumtions- und (heute vor allem:) in Produktionsmitteln verkörperten Arbeit über die lebendige Arbeit sich auszeichnet, in der die geoökologischen Probleme wie die sozioökonomischen Probleme jeweils ihren gemeinsamen Ursprung haben. Dieses gesellschaftliche Verhältnis bedeutet heute, vor allem in den überentwickelten kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart, maßlose Anhäufung von gegenüber unseren Bedürfnissen verselbständigten Gegenständen, also: Konsumtionsmitteln *und* Produktionsmitteln, die mehr oder minder rasch in Müll zerfallen. Stoffliche und energetische Müllmassen sind die augenscheinlichste Materialisierung der Entfremdung, "um den Philosophen verständlich zu bleiben" (MEW 3, S. 34). Uns solche Einsichten vermittelt zu haben (und dabei offenbar werden zu lassen, wie wenig viele Marxisten von der Wirklichkeit verstanden haben), ist das wichtigste Verdienst des Arbeitsbegriffs von Marx.

Die Umgestaltung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit im Sinne einer Nutzungs- und Belastungsbeziehung zwischen menschlichen Lebewesen und außermenschlicher Biosphäre, in welcher der menschliche, natürliche und sächliche Vermögensbestand der Volkswirtschaft maßvoll gebraucht und die Unterhaltsbedürfnisse der Bevölkerung, des Naturhaushalts und des Sachreichtums der Gesamtgesellschaft angemessen befriedigt werden, ist gerade angesichts unserer Müllmalaise die Hauptaufgabe der Gesellschaftspolitik. Maßvoller Gebrauch der Vermögensbestände und angemessene Befriedigung der *Unterhaltsbedürfnisse* sind wesentliche Merkmale einer vernunftgemäßen Gestaltung der Gesamtarbeit der Gesellschaft überhaupt, die durch die Negation einer maßlosen Produktion um eines verselbständigten Surplus willen zutage treten, welche ihrerseits auf einer Negation von naturwüchsigen und geschichtsgeprägten Vermögen und Bedürfnissen im System Mensch-Biosphäre beruht. Warum Marx die Stoff- und Energieflußsteuerung nicht in den Mittelpunkt seines Konzepts der gesellschaftlichen Evolution und Revolution gestellt hat, bedürfte ebenso besonderer Untersuchungen wie der Sachverhalt, daß seine Anhänger später fast niemals Erkenntnisse fortschrittlicher Nationalökonomien aufgegriffen haben, die in diese Richtung weisen (vgl. Kapp 1987, S. 173).

Die Welt des Mülls, unsere Müll-Welt ist voller Widersprüche, darunter einiger sehr harter. Daß Marx davon einiges nicht gesehen hat, mag man ihm als Ökonomismus ankreiden. Nicht zulässig aber ist es, daraufhin in den Überbau zu entweichen und jeglichen Begriff der Systeme der Öko-

nomie und ihrer spezifischen Differenzen, also auch: von Revolution und Konterrevolution, zu verlieren. Was wir benötigen, ist vielmehr eine neue politische Wissenschaft und Handhabung der Stoff- und Energieströme in der gesellschaftlichen Arbeit, die mehr ist als eine politische Technologie (Moscovici 1990), da sie sich auf die Produktionsweisen insgesamt (Krysmanski 1982) beziehen muß. Insbesondere brauchen wir die Theorie und Praxis einer *politischen Ökonomie* dieser Ströme (Tjaden 1991), welche Stoff- und Energieflüsse, Arbeitsmittel und Arbeitsergebnisse und schließlich auch die Vermögen und den Reichtum von Mensch und Natur zunächst als Gebrauchswerte begreift, bevor sie von ihrem Wert redet. Und innerhalb dieser Theorie und Praxis benötigen wir vor allem eine Ausarbeitung und Ausfüllung der Möglichkeiten einer politischen Steuerung dieser Stoff- und Energieströme - Marx würde wohl gesagt haben: Gebrauchswertsteuerung - aufgrund der bereits zahlreich vorhandenen technischen Potentiale eine radikalen Minimierung dieser Ströme. Wenngleich hier auch weitere ingenieurmäßige Forschungs- und Entwicklungsarbeit vonnöten ist: das hauptsächliche Problem sind nicht die Innovationen, sondern die Verwirklichung der bereits vorhandenen Möglichkeit eines vernünftigen Umgangs der Menschen mit der Natur.

Anhang: Zum gesellschaftswissenschaftlichen Stellenwert gesellschaftlicher Stoffströme

1. Daß die verschiedenen Derivate der Marxschen Theorie, im Unterschied zur Theorie von Marx und Engels selber, die Bedeutung der Stoffströme in den gesellschaftlichen Produktionsweisen und Reproduktionsformen meist verkannt haben, sollte nicht zum Anlaß einer Reparatur ideologischer Systeme - mit oder ohne Rückkehr zu Marx - werden. Die Erkenntnis dieses Mangels sollte vielmehr Antrieb sein, die Konzeption dieser Realität und die "nüchterne Analyse der wirklichen Bedingungen der Emanzipation" (Sandkühler 1990, S. 163) eigenständig weiter zu entwickeln und dabei alle erreichbaren Erkenntnisse materialistischer Philosophie und der Wissenschaften zu nutzen.
2. Der Gegenstandsbereich, auf den sich wissenschaftliche Lagedeutungen vornehmlich richten müssen, ist in der wirklichen Einheit der menschlichen Wirklichkeit, nämlich dem materiellen System Mensch-Biosphäre gegeben. Die Grenzen dieses Systems stellen sich heute in der Zusammenballung und Zerstreuung umverteilter und umgewandelter Stoffe auf diesem Erdkörper gut dar, ebenso wie die Außenbeziehungen des Systems durch die verstärkte Wärmedämmung seiner Lufthülle heute auf neue Weise erscheinen. (Bossel 1990)
3. Mit der Dissipation und Akkumulation toxischer Substanzen in den Kompartimenten der Biosphäre sind nicht nur die Hybris des Prinzips der unbeschränkten Beherrschbarkeit der Technik, sondern auch die Debilität

des Prinzips der unbeschränkten Erkennbarkeit der Realität als solche kenntlich geworden. Herausgestellt hat sich dagegen zum Beispiel die Tatsache der beschränkten Reichweite toxikologischer Analytik, worin sich der Unterschied zwischen Bewußtsein und Sein unmißverständlich bemerkbar macht. (Hahn 1988, S. 292 - 296)

4. Die Erforschung des Systems Mensch-Biosphäre muß sich dessen Vorgeschichte vergegenwärtigen. Sie muß sich insbesondere der seit der Photosynthese verwirklichten Errungenschaft vormenschlichen Lebens auf der Erde bewußt sein, Abfallstoffe ständig in Aufbaustoffe rückverwandeln zu können, und sie muß die Erklärung der Gesellschaftsgeschichte vorab unter zwei Gesichtspunkten vorantreiben: dem des Verlustes der Fähigkeit zu systematischer Stoffentsorgung und dem des Erwerbs der Fähigkeit zu expansiver Energieversorgung in den anthropogenen Aktivitäten dieses System. (Commoner 1973)
5. Die Entstehung und Entwicklung aggressiver, patriarchalischer und naturdestruktiver gesellschaftlicher Verhältnisse und die Entstehung und Entwicklung privater, verselbständigter Formen der Appropriation und Emission von Stoffen und von Energie müssen als ein Gesamtzusammenhang begriffen werden. Das heißt nicht, daß Privateigentum und Klassenherrschaft die *Ursache* von Krieg, Staat, Privatfamilie und Raubbau sind. Die geschichtliche Entfaltung ihres Gesamtzusammenhangs, die sich in einer Folge partikular-effektiver Produktionsweisen und Formationen verwirklicht hat, muß als Geschichte sich steigernder Eingriffe in die naturwüchsige Reproduktion von Bevölkerungen und Naturhaushalten begriffen werden, deren Variationen ihrerseits als exogene Faktoren in der Gesellschaftsgeschichte wirksam bleiben. (Tjaden 1990a, S. 59 ff; Tjaden 1990 c)
6. Marxistische Diskurse zeichnen sich vielfach durch eine Vernachlässigung der materiell-praktischen Inhalte ökonomisch-sozialer Formen aus, auf welche allein sich die (ihrerseits oft verselbständigten) theoretischen Konzepte beziehen. So auch bei der Analyse kapitalistischer Produktionsweisen. Die Expansivökonomie der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Vergeudung von Energie und die Verschleuderung von Stoffresten mit der Ausbeutung und Verelendung von Menschen eine Einheit bilden, darf aber nicht *nur* als Bewegung von Werten betrachtet werden. Zu ihrem Begriff gehört auch, daß diese Produktionsweise zur produktiven Kombination von fossilen Energieressourcen und synthetischen Materialien mit dem Resultat toxischer Reproduktionsrückstände fortgeschritten ist. Diese Kombination bildet die technische Substanz der Akkumulation von fixem Kapital, und ihre Folgewirkungen auf die Bevölkerung und den Naturhaushalt stellen ihrerseits Faktoren der ökonomischen Expansion dar. (Commoner 1977, S. 135 - 197)
7. Der Versuch, die partikular-effektive Produktionsweise des Kapitalismus durch eine etatistisch-technokratische Strategie sozialistischer Reproduktion zu überwinden, ist nicht zuletzt auch deshalb gescheitert, weil die ge-

nannte technische Substanz der Akkumulation fortgeführt wurde. Deren "soziale Kosten" mussten unter den Bedingungen von gesellschaftlichem Eigentum und staatlicher Wirtschaftssteuerung zu einem Teil (Beispiele: Rehabilitationsmaßnahmen, Abfallverwertung) volkswirtschaftlich als Zusatzaufwand erscheinen und abgegolten werden. Hierdurch und durch den Aufwand für großmannsüchtige technische Projekte selber wurde die Kapazität der Volkswirtschaft, die sonstigen sozialen Kosten massenhafter Stoff- und Energieumsätze zu verringern oder auszugleichen, eingeschränkt, was auch unter den Bedingungen einer demokratischen Wirtschaftssteuerung gegolten hätte. (Tjaden 1990 b)

8. Zur viel besprochenen Modernität einer Gesellschaft gehört sicherlich der Bruch mit dem in die Steinzeit zurückreichenden Prinzip der einlinigen Stoffversorgung und unregelmäßigen Stoffentsorgung. Dieses bis heute in quantitativer und qualitativer Hinsicht enorm gesteigerte Prinzip wirkt nun vermehrt zahlreicher Wirkungsketten und vielfältiger Umwege in allen Bereichen der Beziehungen der Menschen zueinander und zur Natur. Dies ermöglicht und veranlasst Erscheinungen wie die Katastrophe von Bhopal und das Nitrat im Grundwasser, die Diktatur von Somoza und die Aggression in Vietnam, die Armut der Campesina und die Unterhaltsbedürftigkeit von Müttern, die Berufskrankheit Silikose und das Dioxin im Gehirn, also jene "einfache Modernisierung" (Beck 1990), nach der immer noch so viele streben.

9. Die philosophischen Positionen, daß es im Falschen kein Richtiges und unter der Kapitalherrschaft keinen wirklichen Fortschritt gäbe, haben den Unterschied zwischen Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen verkannt. Letztere haben immer schon jedenfalls die Aufgabe gehabt, ökonomisch konstituierte Reproduktionsdefizite zumindest notdürftig auszugleichen, und es ist denkbar, daß diese Nachsorge heute schrittweise durch Vorsorge ersetzt werden kann. Mit dem Anwachsen der Gefährdung von Mensch und Biosphäre durch die Massen- und Schadstoffwirtschaft wächst zumindest der objektive Druck und der subjektive Drang zur Ablösung von Nachsorge durch planende und lenkende Vorsorge, zumal durch eine demokratische Stoff- und Energiepolitik (Commoner 1990). Durch diese würden die Rahmenbedingungen kapitalistischen Wirtschaftens wesentlich verändert, und zwar im Rahmen der gegebenen Verfassung der Gesellschaft oder Gesellschaftsform. Dieser notwendigen Entwicklung würde um so eher Bahn gebrochen werden, je mehr demokratische Akteure und Institutionen diese Notwendigkeit einsehen. Diese bewußt zu machen, ist daher eine sinnvolle Aufgabe von Philosophie und Wissenschaften.

Literatur:

Beck 1990: Beck, Ulrich, Die Industriegesellschaft schafft sich selber ab, Vortrag auf dem deutschen Soziologentag 1990, Frankfurter Allgemeine Zeitung 19. 10. 1990

- Bossel 1990: Bossel, Harmut, Umweltwissen, Kassel 1990 (auch: Berlin [etc.] 1990).
- Commoner 1973: Commoner, Barry, Wachstumswahn und Umweltkrise, Gütersloh 1973
- Commoner 1977: Commoner, Barry, Energieeinsatz und Wirtschaftskrise, Reinbek 1977
- Commoner 1990: Commoner, Barry, Making Peace with the Planet, New York 1990
- Czeskleba-Dupont 1988: Czeskleba-Dupont, Rolf, Dioxinforschung aktuell: Das kombinierte Risiko von Abfallverbrennung und Chlorchemie ist weiterhin unakzeptabel, in: E. Gärtner (Hrsg.), Grünbuch Ökologie VI, Ein Jahrbuch, Köln 1988, S. 110 - 132
- Garbe/Graichen 1985: Garbe, Eberhard, Dieter Graichen, Sekundärrohstoffe, Begriffe, Fakten, Perspektiven, Berlin (DDR) 1985
- Graf 1982: Graf, Dieter, Reproduktionstheoretische Probleme der volkswirtschaftlichen Bewertung von Naturressourcen, in: Wolfgang Heinrichs, Hrsg., Grundfragen der sozialistischen Reproduktionstheorie, Berlin (DDR) 1982, S. 370 - 386
- Hahn 1988: Hahn, Jürgen, Auch Hausmüll ist Sonderabfall, in: EntsorgungsPraxis 1988 (Heft 7), S. 292 - 298
- Hörz 1986: Hörz, Herbert, Philosophie und Ökologie, Berlin (DDR) 1986
- Kapp 1987: Kapp, K. William, Für eine ökosoziale Ökonomie, Entwürfe und Ideen - Ausgewählte Aufsätze, Herausg. v. Christian Leipert u. Rolf Steppacher, Frankfurt-M. 1987
- Kapp 1988: Kapp, K. William, Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Das klassische Werk der Umwelt-Ökonomie, Hrsg. v. d. K. William und Lore L. Kapp-Stiftung, Frankfurt-M. 1988
- Kreusch 1989: Kreusch, Jürgen, Probleme der Langzeitsicherheit von Deponien - Folgerungen für eine ökologische Abfallwirtschaft, in: Institut für ökologisches Recycling (Hrsg.), Ökologische Abfallwirtschaft, Umweltvorsorge durch Abfallvermeidung, Berlin 1989, S. 121 - 128
- Krysmanski 1982: Krysmanski, Hans Jürgen, Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik, Soziologische Skizzen zum Zusammenhang von Produktionsweisen, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Köln 1982
- Lambrecht 1990: Lambrecht, Lars, Demokratie, in: Hans-Jörg Sandkühler (Hrsg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hamburg 1990, Bd. 1, S. 483 - 533
- MEGA: Marx, Karl, und Friedrich Engels, Gesamtausgabe, Berlin (DDR) 1975 ff
- MEW: Marx, Karl, und Friedrich Engels, Werke, Berlin (DDR) 1956 - 1983
- Moscovici 1990: Moscovici, Serge, Versuch über die menschliche Geschichte der Natur, Frankfurt-M. 1990
- Raith 1990: Raith, Matthias, Gute Gründe, die "SERO" zu retten, in: ENTSORGA-Magazin 1990 (Heft 5), S. 32 - 34
- Roos/Streibel 1979: Roos, Hans, und Günter Streibel (u. a.), Umweltgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen, Berlin (DDR) 1979
- Sandkühler 1990: Sandkühler, Hans Jörg, (u. a.), Marxismus, in: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hamburg 1990, Bd. 3, S. 132 - 220
- Schenkel 1990: Schenkel, Werner, Stand und Perspektiven der Abfallwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Wiemer, Hrsg., Abfallwirtschaft und Deponietechnik, Kassel, Witzenhausen 1990, S. 31 - 52
- Sklair 1972: Sklair, Leslie, Die Soziologie des Fortschritts, München 1972
- Sledziowski 1990: Sledziowski, Elisabeth, Fortschritt, in: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, hrsg. v. Hans Jörg Sandkühler, Hamburg 1990, Bd. 2, S. 95 - 104
- Streibel 1988 a: Streibel, Günter, Ökonomische Probleme der Entwicklung geschlossener Stoffkreisläufe, in: Ökonomische Probleme von Naturnutzung und Umweltschutz, Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 37, 1988, Heft 7, S. 652 - 662
- Streibel 1988 b: Streibel, Günter, Zur ökonomischen Bewertung von Naturressourcen, Abfällen und Sekundärrohstoffen, in: Ökonomische Probleme von Naturnutzung und Um-

weltschutz, Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin 37, 1988, Heft 7, S. 663 - 667

Summerer 1989: Summerer, Stefan, Umweltethik und UVP, in: Karl-Hermann Hübler und Konrad Otto-Zimmermann, Bewertung der Umweltverträglichkeit, Taunusstein 1989, S. 18 - 30

Tjaden 1990 a: Tjaden, Karl Hermann, Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre, Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur, Marburg 1990

Tjaden 1990 b: Tjaden, Karl Hermann, Politische Ökonomie des Sozialismus: Außer Spesen nichts gewesen?, in: Das Argument 32, 1990, Heft 180, S. 225 - 232

Tjaden 1990 c: Tjaden, Karl Hermann, Ein paar Überlegungen angesichts des Zustands des Mensch-Biosphäre-Systems, Vortrag im Rosa-Luxemburg-Zentrum Berlin 7. 12. 1990

Tjaden 1991: Tjaden, Karl Hermann, Wir brauchen eine Politische Ökonomie der Stoff- und Energieströme, Typoskript, vorgesehen für SPW, Zeitschrift für Sozialistische Politik & Wirtschaft, 1991, Heft 57

Thomas Mies

Die Kategorie der doppelten Produktion des Lebens

Kritische Anmerkungen zur Geschichte einer Verdrängung

Das Verhältnis von Individuum und Kollektiv steht zweifelsohne im Zentrum der gegenwärtigen Krise marxistischer Theorie und Praxis, ob es sich nun um die ökonomischen Debatten um die Beziehung von Plan und Markt, um die soziologischen Debatten über den Stellenwert der Individualisierungsprozesse für eine Analyse der gegenwärtigen Klassenverhältnisse oder um die politik-, ideologie- und erkenntnistheoretischen Debatten um das Problem des Pluralismus und den Status des Marxismus als Theorie und Weltanschauung handelt. Ebenso unbestreitbar scheint mir zu sein, daß es keine Zukunftsfähigkeit für die sich auf Marx berufenden Theorietraditionen geben kann, wenn sie nicht in der Lage sind, zu demonstrieren, daß das in ihrer Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu begründende Konzept der bewußten Vergesellschaftung untrennbar mit einem Entwicklungssprung in der Entfaltung individueller Vielfalt und Differenz verknüpft ist, wenn diese Traditionen nicht mit allen Denkweisen und Praktiken brechen, die im öffentlichen Bewußtsein zu Recht zu einer Identifikation von Sozialismus, Verstaatlichung des gesellschaftlichen Lebens und Konformismus geführt und die Marx'sche Theorie als Rechtfertigung dieser Identifikation instrumentalisiert haben.

Meiner Ansicht nach ist es eine Folge dieser Denkweisen und Traditionen, daß das Individualitätsproblem, lange im Marxismus weitgehend überhaupt ignoriert, als privilegierter Gegenstand der Psychologie betrachtet wurde; diese konnte daher kaum auf anschlussfähige Vorarbeiten aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zurückgreifen, und das führte bei dem Bestreben, der Einsicht in die primär soziale Natur aller psychischen Prozesse, ihrer Vermittlung durch gesellschaftlich geprägte Individualitätsformen gerecht zu werden, häufig zu ökonomistischen Kurzschlüssen, zu einem Überspringen wichtiger Vermittlungsebenen, zu gewagten Extrapolationen auf nichtpsychologischen Untersuchungsfeldern. Es begünstigte nicht zuletzt Konzeptionen, die den Widerspruch von menschlicher Individualität und Gesellschaftlichkeit nur unzureichend entfalten.

Die theoriegeschichtlichen Ursprünge für diese Tendenz lassen sich m.E. bis zum frühen Marx zurückverfolgen und hängen eng mit der Frage zusammen, die im Mittelpunkt meines Vortrages stehen soll: der Frage nach dem Stellenwert der Leiblichkeit und der körpernahen Sozialbeziehungen in der Geschichte der historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie bzw. der Theorie der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Sie hat ins-

besondere in den Diskussionen über die Familie und die sogenannte Frauentfrage und in den Kontroversen über das Verhältnis von Marxismus und Psychoanalyse eine Rolle gespielt und ist vor allem im Kontext des politisch organisierten Marxismus auf eine Weise behandelt worden, die auf ihre sukzessive Verdrängung und damit auch auf die Verdrängung von im Werk von Marx und Engels selbst ursprünglich angelegten, wenn auch marginalisierten Möglichkeiten der Theoriebildung hinauslief.

Bekanntlich verdanken auf dem Feld der Theorie der Familie und der Geschlechterverhältnisse Marx und Engels bis in ihre späten Arbeiten hinein entscheidende Anregungen dem Werk von Charles Fourier, der, wenn auch im Rahmen einer nur ansatzweise historisierten und hinsichtlich ihres eigenen sozialen Standorts unreflektierten Anthropologie und Gesellschaftstheorie, den Systemzusammenhang zwischen den Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen und den Familien- und Geschlechterverhältnissen bzw. dem herausarbeitet, was er an einer Stelle die "Politik der Liebe" (Fourier 1984, 53) nennt.

Wie für Fourier sind auch für den Marx, der in den 'Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten' das Projekt einer Geschichte der Sinnlichkeit entwickelt, Arbeit und Liebe untrennbar verbunden, verschiedene Aspekte des 'Gattungslebens' oder, wie er auch sagt, des 'das Leben erzeugenden Lebens', und wie Fourier hebt auch Marx dort die Modellfunktion der Geschlechterverhältnisse und der sexuellen Beziehungen für das Natur- und Selbstverhältnis der Menschen empor (vgl. MEW 40, 535 f.).

Auch nach der Abwendung von einer Anthropologie, in der der geschichtliche Prozeß als Realisierung einer vorgegebenen menschlichen Natur erscheint, halten Marx und Engels in verschiedenen programmatischen Äußerungen zu den Grundlagen des historischen Materialismus am Systemzusammenhang von Arbeitsverhältnissen und Familien- bzw. Geschlechterverhältnissen fest, den sie in der Kategorie der Produktion des Lebens in der doppelten Bestimmtheit als Produktion von Gütern und Menschenproduktion fixieren. Erst dieser Systemzusammenhang konstituiert das, was als ökonomische Basis angesprochen wird; und Marx und Engels reservieren keineswegs, wie es einer später sich etablierenden implizit biologischen Lesart ihrer Texte entsprechen würde, die geschichtlich-gesellschaftliche Dimension allein für die Arbeitsverhältnisse: beide Arten der Produktion, heißt es in der Deutschen Ideologie, sind "als ein doppeltes Verhältnis" bestimmt: "einerseits als natürliches, andererseits als gesellschaftliches Verhältnis" (MEW 3,29).

Aber es führt auch kein Weg an der Feststellung vorbei, daß weder Marx noch Engels dieses Programm auf eine Weise durchgeführt haben, die seinem Anspruch gerecht wird, daß das Erbe des vormalistischen Sozialismus und insbesondere Fouriers in dieser Hinsicht keineswegs in ihrem Werk vollständig aufgehoben ist. Die Historisierung des Naturbegriffs, die Einsicht, daß sowohl die innere wie die äußere Natur uns immer nur ge-

sellschaftlich, insbesondere durch die materielle Produktion, vermittelt gegeben sind, und die Erkenntnis der epochalen Bedeutung der durch den Kapitalfetischismus bedingten Produktion um ihrer selbst willen werden mit einem teuren Preis bezahlt. Natur als Maßstab der Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse wird nach der Deutschen Ideologie im Werk von Marx und Engels marginalisiert, und dies begünstigt dann im Marxismus Tendenzen, die Produktion ganz von ihrer Naturgrundlage zu lösen, mit den bekannten desaströsen Konsequenzen. Die Abkehr von einer utopistischen, nicht dem Prinzip der immanenten theoretischen und praktischen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse folgenden Begründung einer Alternative zur kapitalistischen Ordnung führt in der Kritik der politischen Ökonomie dazu, daß zentrale Prämissen dieser Ökonomie als Ausgangspunkte übernommen werden. Dazu gehört der Ausschluß der familialen Ökonomie, die den ausgezeichneten Gegenstandsbereich der alteuropäischen auf Aristoteles zurückgehenden Ökonomik als eines Bestandteils der praktischen Philosophie darstellte, aus dem Untersuchungsfeld der politischen Ökonomie. Die Maßlosigkeit der Bewegung des Kapitals und die mit ihr verbundene Zerstörung der Familienwirtschaft als dominanter sozialer Organisationsform der Produktion reflektieren sich theoretisch in einer Betrachtungsweise, in der die familiäre Reproduktion sowohl auf der Seite der Arbeiterklasse wie der Bourgeoisie lediglich als untergeordnetes Moment der Reproduktion des Kapitals erscheint. Die Spezifik der familialen, nicht warenförmigen Ökonomie, aus der sich ja dann auch allein ihr Zusammenhang mit der Ökonomie der kapitalistischen Warenproduktion positiv bestimmen ließe, und die fortdauernde konstitutive Bedeutung dieser Ökonomie für die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden nicht thematisiert.

Und in dem Werk, das bestimmt war, das familientheoretische Defizit zu überwinden, Engels 'Ursprung der Familie', wird es in mehr als einer Hinsicht eher fortgeschrieben als korrigiert. Das Konzept der doppelten Produktion des Lebens, das Engels im Vorwort als Leitfaden seiner Untersuchung expliziert, wird dementiert durch den Biologismus der Erklärung, die Engels in Anlehnung an Morgan für die Entstehung des Inzestverbots versucht. Sie legt das evolutionistische Mißverständnis nahe, daß die Fortpflanzung der Gattung und die sie beherrschenden Regulative rein biologisch und nicht auch kulturell bedingt und vermittelt sind, daß das Konzept der doppelten Produktion auf dem Feld der Theorie der Geschichte die eklektische Kombination eines biologischen und eines ökonomischen Faktors beinhaltet, daß schließlich die Familien- und Geschlechterverhältnisse zunehmend an Bedeutung für die gesellschaftliche Ordnung verlieren und keine autonome, spezifische Geschichtlichkeit besäßen, ohne die auch die Entwicklung der modernen Gesellschaften nicht zu verstehen ist. Familien- und sonstige Produktionsverhältnisse werden nur äußerlich parallelisiert, und die Darstellung ignoriert die für die kapitalistische Gesellschaft charakteristische Besonderheit, daß in ihr die familiäre Ökonomie

als Nichtökonomie erscheint, und die Folgen, die dieser objektive Schein der Trennung von Familie und Ökonomie für die Integration der Individuen in das gesellschaftliche System und für die Geschlechterverhältnisse hat.

Daß die für die Familie konstitutiven Geschlechter- und Generationenverhältnisse die sonstigen Produktionsverhältnisse und die Klassenverhältnisse mitstrukturieren, gerät so ebenso aus dem Blick wie die Unaufhebbarkeit der häuslichen Ökonomie. Engels faßt daher im Gegensatz zu Fourier die Umgestaltung der Beziehungen der Geschlechter und der Familie in der sozialistisch/kommunistischen Ordnung als Herstellung einer Freiheit von der Ökonomie auf und nicht als ein integrales Element im Kontext der Überwindung des Gegensatzes von Arbeit und Bedürfnis, in der das historische Progressive sowohl der Ökonomie der kapitalistischen Warenproduktion als auch der nichtwarenförmigen häuslichen Ökonomie vereinigt werden. Dementsprechend sind die Verwandlung der "Privathaushaltung in eine gesellschaftliche Industrie" (MEW 21, 77) und die Berufstätigkeit der Frauen die Lösung des durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung bedingten Gegensatzes der Geschlechter und nicht eine Umwälzung der häuslichen Arbeitsteilung, ohne die auch die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht grundlegend umgewandelt werden kann. Die durch die Geschlechterverhältnisse bedingten Interessengegensätze innerhalb des Proletariats werden so erheblich unterschätzt.

Weil die Frage nach der Transformation der häuslichen Ökonomie und ihrer neuen Funktion innerhalb des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nicht aufgeworfen wird, bleibt auch eine andere Frage ungestellt, die an die Tradition der alteuropäischen Ökonomik angeschlossen hätte die Frage nach dem Wandel der innerfamilialen Herrschafts- und Gewaltverhältnisse und ihre Beziehung zu den politischen Machtstrukturen. Wenn Engels die Stellung der Frau innerhalb der Familie mit der des Proletariats in der gesellschaftlichen Sphäre vergleicht, so vernachlässigt er die für den Kapitalismus charakteristische Differenz der Herrschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen innerhalb der Familie, die vor allem als Beziehungen zwischen Personen erscheinen, und denen zwischen den Klassen, die in gesellschaftlich verallgemeinerter Form wahrgenommen und in kollektiven Auseinandersetzungen reguliert werden. Er analysiert daher die Familie nicht als eine Institution, die auf spezifische Weise zwischen Basis und Überbau vermittelt.

Nach Marx und Engels wird schließlich im Marxismus, und zwar quer durch alle Richtungen und Strömungen, das Konzept der doppelten Produktion des Lebens in dem Sinne mißverstanden, wie es Engels an einigen Stellen allerdings nahegelegt hatte, nämlich als die eklektische Verbindung eines biologischen und eines gesellschaftlich-historischen Faktors, und gerät dementsprechend in Mißkredit. Wenn Stalin daher in seiner Schrift

'Über den dialektischen und historischen Materialismus' die Stelle aus dem Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie: "In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen ..." mit dem Kommentar versteht: "das heißt in der Produktion der für das Leben der Menschen notwendigen materiellen Güter" (Stalin 1947, 677), so spricht er in besonders krasser Form eine Interpretation aus, die sich keineswegs als spezifisch stalinistisch deklarieren läßt. Und auch die Auffassung, daß die Produktion sich zunehmend von den Naturgrundlagen ihrer Entwicklung emanzipiert und die materielle Produktion nicht ein Moment der Produktion und Reproduktion des Lebens ist, sondern das Leben sich vielmehr umgekehrt dem Selbstlauf der Produktion anzupassen hat, hat in der stalinistischen Industrialisierungspolitik nur ihre extremste Erscheinungsform gehabt und ist Gemeingut der dominierenden Strömungen des Marxismus im 19. und 20. Jahrhundert.

Die Verdrängung des ursprünglichen Entwurfs einer Theorie der doppelten Produktion des Lebens ist in Theorie und Praxis verhängnisvoll. Ich will mich hier auf ihre Folgen für die marxistische Theorie beschränken. Der historische Materialismus etabliert sich als ein halbiertes Materialismus, der den Biologismus begünstigt, weil er ihn nicht auf dessen eigenem Terrain, der Beziehung zwischen biologischer und sozialer Ordnung, bekämpft, sondern dieses Terrain als selbst biologisch tabuisiert und wissenschaftlich ausgrenzt. Das klassische Beispiel für diese unproduktive Konfrontation eines im bornierten Sinne ökonomischen Materialismus mit einer biologisch deformierten sozialwissenschaftlichen Theorie ist die Kontroverse um das Verhältnis von Marxismus und Psychoanalyse. Statt die Einsichten und Verfahren der Psychoanalyse positiv für eine historisch-materialistische Theorie der körpernahen Sozialbeziehungen und eine Sozialgeschichte der Leiblichkeit zu verwerten, haben sich die marxistischen Autoren in dieser Kontroverse auf die Kritik der biologischen Ideologie Freuds beschränkt und dabei häufig nicht einmal begriffen, daß sie bei ihm im Kontext der Zurückweisung eines soziologischen Reduktionismus und einer materialistischen Parteinahme für das in seiner Leiblichkeit gesellschaftlich beschädigte Individuum fungiert. Überhaupt nicht verstanden wurde, daß Freud die gesellschaftliche und politische Dimension des familialen Systems und die Modellfunktion der sexuellen Beziehungen für die interpersonellen Verhältnisse in der Gesellschaft wiederentdeckt hat, die der alteuropäischen Ökonomik mit ihrer Lehre von den drei den Familienverband begründenden Herrschaftsbeziehungen wohl vertraut war.

Und noch die gegen den herrschenden Konsens eines politisch dogmatisierten Marxismus gerichteten wissenschaftlichen Ansätze sind nicht frei von dieser Borniertheit: Entweder bleiben sie, im Versuch der Annäherung von Psychoanalyse und Marxismus, hinsichtlich eines Teils ihrer Grundbegriffe noch im Bannkreis der biologischen Ideologie und

dringen nicht zu einer Historisierung der Leiblichkeit vor; das gilt etwa für die familientheoretischen Arbeiten von Wilhelm Reich und der Frankfurter Schule; oder sie behandeln die Leiblichkeit und das Unbewußte als einen Sekundäraspekt und beeinträchtigen damit gravierend das theoretische und methodologische Potential ihrer Einsichten; dies gilt paradigmatisch für die kulturhistorische Schule der sowjetischen Psychologie, die ihre Erkenntnis vom Primat der sozialen Gegenständlichkeit und der mit ihr verknüpften interpersonalen Beziehungen für die Entstehung des Psychischen nicht auf das Feld der Sozial- und Individualgeschichte der Leiblichkeit ausgedehnt hat, und dies wohl nicht nur wegen des einsetzenden stalinistischen Dogmatismus, sondern auch wegen einer für die gesamte marxistische Tradition charakteristischen Fixierung auf die Arbeit und die bewußte Kommunikation.

Und nachdem sich der Pulverdampf über die alte Kontroverse zwischen Psychoanalyse und Marxismus verzogen hat, ist folglich alles mehr oder weniger beim alten geblieben. Abgesehen von einigen Spezialisten auf dem Feld der Entwicklungssoziologie und der historischen Familienforschung hat der Marxismus nach den Pionierarbeiten von Alexander Tschajanow aus den 20er Jahren, der dann zu den Opfern des mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der SU verbundenen stalinistischen Terrors gehörte, das Feld einer Theorie der Familienwirtschaft sträflich vernachlässigt, obwohl sie sowohl hinsichtlich des entwickelten Kapitalismus wie des bisherigen Sozialismus und erst recht natürlich im globalen Maßstab von vordringlichem Interesse gewesen wäre. Die fortdauernde Bedeutung von Heirats- und Erbschaftsstrategien bzw. ihrer Krise für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses und die Verinnerlichung der dafür notwendigen Einstellungen zum Eigentum ist vor allem von Ethnologen mit vergleichender Untersuchungsperspektive und Sozialhistoriker außerhalb des dominanten innermarxistischen Diskurses untersucht worden. Desgleichen sind Ansätze zu einer marxistischen Theorie der häuslichen Ökonomie jenseits der Berufswelt, wie sie im entwickelten Kapitalismus vorherrschend ist, am ehesten noch im Kontext der feministischen Frauenforschung zu finden.

Die marxistische Geschichtswissenschaft hat die Entstehung und schnelle Ausdifferenzierung der historischen Familienforschung so gut wie verschlafen, obwohl in dieser der Mangel an systematischen Perspektiven schmerzhaft empfunden wird und sich daher günstige Eingriffsmöglichkeiten geboten hätten. Das Vorurteil, die Familie sei für das Verständnis der zentralen ökonomischen und politischen Institutionen seit der Industriellen Revolution nur noch von zweitrangiger Bedeutung, ist auch auf diesem Feld zählebig. Man darf sich daher nicht wundern, wenn ein renommierter marxistischer Historiker wie Jürgen Kuczynski, der sich in seiner 'Geschichte des Alltags des deutschen Volkes' diesem Forschungsfeld sehr aufgeschlossen zeigt, dennoch behauptet, daß im Kapitalismus im Unterschied zur bäuerlichen und handwerklichen

Familienwirtschaft des Feudalismus Ehe und Familie kein Teil der Produktionsverhältnisse seien und dies mit dem schlagenden Argument begründet, daß man sich einen ehelosen Kapitalisten bzw. Arbeiter und Angestellten leicht vorstellen könne (vgl. Kuczynski 1981/82, Bd. 2, 248 f.).

Daß Klassenstrukturen sich verleiblichen, im Verhältnis zum Körper und der Sexualität verinnerlicht werden, weshalb der Familie als der zentralen Instanz für körpernahe Lernprozesse in den zeitgenössischen Gesellschaften eine Schlüsselrolle bei der sozialen Plazierung der Individuen zukommt, müssen MarxistInnen heute erst mühsam von solchen Autoren wie Bourdieu und Foucault lernen. Daß ohne die Kategorien Geschlecht, Generation und Verwandtschaft keineswegs bloß die Familienverhältnisse, sondern auch die gegenwärtigen Klassenverhältnisse nur in schlechter Abstraktion zu erfassen sind und zwischen den Geschlechter- und Generationenverhältnissen und den Klassenverhältnissen keine linearen Determinationsbeziehungen zu unterstellen sind, ist im Kontext der Frauenforschung und einer durch den ethnologischen Blick aufgeklärten soziologischen Sozialstrukturanalyse früher und klarer gesehen worden als innerhalb des Marxismus. Daß die Genese des modernen Staates eng verknüpft ist mit einem Wandel in der Einstellung zum eigenen und zum fremden Körper, hat Norbert Elias in seiner explizit als nichtmarxistisch deklarierten Untersuchung zum Zivilisationsprozeß gezeigt, und ihm verdanken wir eine materialistische Erklärung der für die moderne bürgerliche und proletarische Familie charakteristischen Isolierung gegenüber dem nichtfamilialen gesellschaftlichen Verkehr. Von Norbert Elias stammt auch die Entdeckung, daß es für die körpernahe Interaktion und Kommunikation spezifische gegenständliche Mittel - er nennt sie bezeichnenderweise 'Seeleninkarnate' - gibt, deren Wandel einem völlig anderen Zeitrhythmus unterliegt als der allgemeine technische Wandel, obwohl die Durchtechnisierung auch in diesem Bereich rasch fortschreitet und die Möglichkeiten der bewußten Kontrolle und Steuerung der sexuellen Beziehungen und der biologischen Reproduktion sprunghaft erweitert werden.

Die Verdrängung der Leiblichkeit aus der marxistischen Theorie hat hinsichtlich der Wissens- und Kommunikationsverhältnisse - einem ohnehin im Marxismus unterentwickelten Untersuchungsbereich - dazu geführt, daß der Stellenwert der bewußten gegenüber der unbewußten Kommunikation überschätzt, daß der Aspekt der sozialen Normierung des Wissens gegenüber dem Aspekt seiner individuellen Aneignung und Transformation überakzentuiert, das kollektiv Geltende gegenüber der individuellen Erfahrung fetischisiert und die Frage nach einer Entfremdung der Individuen in ihrer Sinnlichkeit von den herrschenden Wissens- und Kommunikationsverhältnissen gar nicht gestellt wurde. Dabei bietet der als staatliche Rechtfertigungsbeispiel dieser Entfremdung, und ihre Erscheinungsformen lassen sich auch im gesellschaftlichen Leben der kapitalistischen Länder, nicht zuletzt als Entfremdung der Wissenschaft vom

Alltagswissen, feststellen und bieten einen fruchtbaren Nährboden für die vielfältigen Varianten des Irrationalismus. Wiederum ist es kein Marxist, sondern ein Psychoanalytiker, der marxistische Denkanahmen zu integrieren versucht, Alfred Lorenzer, der zu dieser Entfremdung eine m.E. paradigmatische Fallstudie verfaßt hat, 'Das Konzil der Buchhalter'. Darin wird in einer Analyse der kulturellen Folgen des Zweiten Vatikanischen Konzils gezeigt, wie der für die Neuzeit charakteristische Zerfall der sinnlichen Symbolsysteme, in denen sich individuelle Sinnlichkeit und Sozialität zur Einheit vermitteln und die nicht zufällig in den Religionen eine exemplarische Gestalt gewonnen haben, auch eine der letzten Refugien erfaßt, die wegen ihres Antimodernismus diesem Zerfallprozeß lange Widerstand geleistet hat: die katholische Kirche.

Zu der Erkenntnis, daß die Leiblichkeit keine biologische Konstante ist, sondern in zunehmendem Maße gesellschaftliches Produkt mit einer spezifischen Geschichtlichkeit, daß sich demgemäß im Körper, der das Allerpersönlichste zu sein scheint, zugleich allgemeine, kulturell normierte Bedeutungen auf spezifische Weise sozial vergegenständlichen und diese Bedeutungen eine Schlüsselrolle in den gesellschaftlich geltenden Symbol- und Bedeutungssystemen spielen, hat der Marxismus wenig beigetragen. Es ist nicht sein Verdienst, daß die These aus der deutschen Ideologie von der natürlich-gesellschaftlichen Doppelbestimmtheit der Produktion und Reproduktion der Menschen zunehmend an empirischem Gehalt gewinnt und zu ihrer Begründung heute auf ein differenziertes Spektrum von Denkansätzen und Methoden zurückgegriffen werden kann.

Will der Marxismus dem Individualisierungsschub in den entwickelten kapitalistischen Ländern ohne Aufgabe seiner materialistischen Prämissen konzeptionell gerecht werden, dann bedarf er heute dringend der Aufarbeitung der Verdrängungen, denen die frühen Ansätze für eine Theorie der Leiblichkeit unterworfen wurden, und der Aneignung der dargestellten und vergleichbarer Forschungsansätze, von denen zu lernen ist, in welche Richtung der halbierte Materialismus der bisherigen marxistischen Orthodoxie überwunden werden kann. Eine solche Theorie ist nur interdisziplinär zu erarbeiten. In ihr dürfte neben der Koordination der biologischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungsperspektive die Vermittlung der ökonomischen, soziologischen, kulturwissenschaftlichen Sichtweisen des Körpers als Gegenstand gesellschaftlicher Normierung mit der psychologischen bzw. psychoanalytischen Betrachtungsweise, die auf die Konstitution des unverwechselbaren individuellen Subjekts im Verhältnis zum eigenen und zu den fremden Körpern abhebt, die entscheidende theoretische und methodologische Schwierigkeit darstellen. Sie brächte dem Marxismus wieder eine Wahrheit in Erinnerung, die schon dem vormarxistischen Sozialismus vertraut war: Ohne Kontrolle der vergesellschafteten Produktion durch die Bedürfnisse der Individuen und ohne Aufhebung der Entfremdung zwischen Privatem und Öffentlichem, zwi-

schen familialer 'Zelle' und gesellschaftlichem Leben ist eine zum Kapitalismus alternative gesellschaftliche Ordnung ohne Perspektive.

Als zugleich kritischer und historisierter Maßstab für eine Analyse der Beschädigungen der Individuen in den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen, die sich natürlich klassenspezifisch sehr unterschiedlich ausprägen und unterschiedlich erfahren werden, könnte eine solche Theorie zu einem unentbehrlichen Pendant für die Lösung der anderen großen Aufgabe werden, vor der die marxistische Theorie gegenwärtig steht, der Integration der ökologischen Perspektive in die Kapitalismuskritik. Denn wie der Marx der Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte schon wußte, auch wenn ihm für die Artikulation dieser Erkenntnis noch keine adäquaten begrifflichen Mittel zur Verfügung standen, sind das Verhältnis der Menschen zur äußeren Natur und ihre Selbstverhältnis im sozialen Verkehr zur eigenen inneren Natur untrennbar verbunden.

Der Beitrag erscheint gleichzeitig in: *Dialektik, Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften*, Heft 2/1991

Literaturverzeichnis

- M. Beetz: *Die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Das Familien- und Geschlechterverhältnis bei Karl Marx und Friedrich Engels*, Köln 1989.
- P. Bourdieu: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M. 1982.
- Ders.: *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt/M. 1987.
- N. Elias: *Über den Prozeß der Zivilisation*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1980.
- F. Engels: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, MEW 21, Berlin 1984.
- M. Foucault: *Sexualität und Wahrheit* 1-3, Frankfurt/M. 1986.
- Ch. Fourier: *Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen*, Frankfurt/M./Wien 1966.
- Ders.: *Aus der neuen Liebeswelt* (ausgew. u. hg. v. D. Guérin), Berlin 1984.
- G. Guhr: *Über Engels' sog. 'philosophischen Dualismus'. Bemerkungen zur 'doppelten Art der Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens' im Werk von Marx und Engels*. In: *Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift* 20, 1979.
- Ders.: *'Production of Life'*. In: J. Herrmann/J. Köhn (Hg.): *Familie, Staat und Gesellschaftsformation*, Berlin 1988.
- S. Kätzel: *Marxismus und Psychoanalyse. Eine ideologiegeschichtliche Studie zur Diskussion in Deutschland und der UdSSR 1919-1933*, Berlin 1987.
- J. Kuczynski: *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes*, 5 Bde., Köln 1981/82.
- A. Lorenzer: *Das Konzil der Buchhalter. Die Zerstörung der Sinnlichkeit. Eine Religionskritik*, Frankfurt/M. 1984.
- K. Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844)*, MEW 40, Berlin 1985.
- Ders.: *Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort*, MEW 13, Berlin 1971.
- Ders./F. Engels: *Die deutsche Ideologie*, MEW 3, Berlin 1969.
- Th. Mies: *'Familie'*. In: H.J. Sandkühler u.a. (Hg.): *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*, Bd. 2, Hamburg 1990.
- J.W. Stalin: *Über dialektischen und historischen Materialismus*. In: ders.: *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947.

Vergesellschaftungsprozeß und Subjektivität

Den Titel dieses Diskussionsblocks - Vergesellschaftungsprozeß und Subjektivität - möchte ich in seiner *Allgemeinheit* wortwörtlich nehmen und die Fragestellung aufgreifen, wie sich Subjektivität als *menschliche*¹ in ihrer Bindung an oder Einbindung in industriekapitalistisch, letztlich auch patriarchalische, Vergesellschaftung² denken läßt.

Marx hat sich, wie wir wissen, in seinem Hauptwerk und systematisch *nicht* zur Vergesellschaftung von Individuen und deren Subjektpotentialen und -vernetzungen, um einen Terminus von Axeli Knapp aufzugreifen³, geäußert. Hierin sehe ich *kein* Defizit des Marxschen Hauptwerkes, denn er schloß die Befassung mit 'Individuen' oder, nach seinem Verständnis ahistorisch formuliert, mit Menschen aus. Seinen Gegenstand bildeten Individuen ausschließlich als Träger oder Personifikationen eines ökonomischen Verhältnisses. Diese Spezifizierung ist in der marxistischen Forschung vielleicht nicht ernst genug genommen worden; zum einen in dem Sinne, daß diese Personifikationen eines ökonomischen Verhältnisses - Lohnarbeiter, Kapitalisten - *gleichgesetzt* worden mit Individuen, d.h. einer Anthropologisierung unterzogen wurden, und zum anderen, daß nicht danach gefragt wurde, wie sich die 'Brücke' von diesem Träger oder dieser Personifikation zum menschlichen Individuum in all seiner Gesellschaftlichkeit und Vergesellschaftung schließen läßt.

Marxistische Subjekttheorien greifen an dieser Stelle häufig auf das Marxsche Frühwerk und dessen Gattungsbegriff zurück⁴. Diese Vorgehensweise führt sicherlich zu wichtigen Einsichten. Den Preis hierfür würde ich allerdings darin sehen, daß das Historisch-Besondere industriekapitalistischer Vergesellschaftung darüber leicht verloren zu gehen droht. Damit meine ich und das wäre meine

1. These: *Menschliche Subjektivität muß in ihrer Bindung an die Waren- bzw. Wertform analysiert werden können. Veränderungen der Verwertungsbedingungen von Arbeitskraft ziehen unweigerlich Subjektpotentiale und -vernetzungen in Mitleidenschaft.*

Ich will diese Behauptung an einem Beispiel erläutern: Die Flexibilisierungsprozesse von Arbeitskraft, des Arbeitsmarktes. Oder, ein anderes hochaktuelles Beispiel: Veränderungen der Verwertungsbedingungen von Arbeitskraft in den fünf neuen Bundesländern, wie die ehemalige DDR mit unterschwellig-imperialem Gestus genannt wird. Nach neuestem Forschungsstand haben etwa 50% der dortigen Arbeitskräfte niemals den Arbeitsplatz gewechselt, wir können begründet annehmen, daß deren

'Subjektivität' sehr wesentlich durch diese spezifische Vergesellschaftung geprägt wurde und wird. Wenn diese Menschen jetzt den Bedingungen einer hochmobilen oder, schärfer formuliert, flexibilisierten Arbeitswelt unterworfen werden, wird deren Selbstwahrnehmung und -verortung hiervon nicht unberührt bleiben und vermutlich zu einem massiven Identitätsverlust führen⁵.

Forschungsstrategisch bedeutet dies: Die enge Verknüpfung von Wertformanalyse, so sie sich auch für die Gegenwart als tragfähig erweist, und der Analyse von Subjektivität würde es uns ermöglichen, objektiv-gesellschaftlichen Wandel mit subjektiv-individuellen Veränderungen, auch Brüchen, in ihrer Reziprozität auf den begriff bringen zu können.

Aber eine solche Vorgehensweise, und hier nehme ich Marx sehr ernst, bewegt sich noch immer "nur" in jenem Bereich der Analyse von Subjektivität, den die marxistische Forschung schon immer für sich reklamiert hat: im *Verhältnis* von Lohnarbeit und Kapital, im Erwerbzbereich oder Berufsleben. Es wäre ein analytischer Kurzschluß, hier umstandslos eine Gleichsetzung von Lohnarbeitskraft und Individuum vorzunehmen. Denn, und damit komme ich zu meiner

2. These: *Diese Lohnarbeitskraft (oder auch der Kapitalist) wird damit streng analytisch, noch nicht als menschliches Individuum in den Blick genommen, in seinen oder ihren Lebensbezügen außerhalb des Erwerbslebens. Die von mir vorgeschlagene analytische Trennung wäre eine vorläufige und forschungspraktische; im Resultat sind 'Lohnarbeitskraft' und 'Individuum' wieder zusammenzuschließen, müssen in ihrer Einheit gedacht werden.*

Ich beziehe mich an dieser Stelle auf eine Untersuchung, die Anfang des Jahres veröffentlicht wurde und in der ich mich mit der Thematik näher beschäftigt habe. Der Ausgangspunkt war 'eigentlich' die Frage danach, wie sich das Geschlechterverhältnis in seiner historischen Besonderheit denken läßt - als ein soziales Verhältnis *überindividuellen* Charakters analog dem Klassenverhältnis, das die ihm unterworfenen Frauen und Männer in historisch besondere Gestaltungsprinzipien oder Vergesellschaftungsformen einbindet⁶.

Mein Anliegen bei der Konzeption dieser Untersuchung bestand auch darin, ein Defizit der stark subjektzentrierten Frauenforschung zu beheben, die, auch in ihren am Marxismus orientierten Varianten, die potentielle Bedeutung der Marxschen Kapitaltheorie und von deren präzisen Formbestimmungen kaum beachtete und zwar gerade für das Bestreben, den *objektiven*, d.h. übergreifenden Charakter geschlechtsspezifischer Vergesellschaftungen herauszuarbeiten⁷.

Ein Resultat dieser Arbeit sehe ich darin, herausgefunden zu haben, daß die Marxsche Beschränkung der Analyse auf Individuen in Gestalt von Trägern oder Personifikationen ökonomischer Verhältnisse *für sich ge-*

nommen schlüssig ist, aus *übergreifender* Perspektive jedoch tatsächlich ein Defizit aufweist: Die Lohnarbeitskraft, die seinen Gegenstand bildet, wird *erstens ausschließlich* als Element (oder eben Träger) eines sozialen, genauer ökonomischen Verhältnisses begriffen; systematisch gesprochen in ihrer *Objektivierung* innerhalb eines solchen Verhältnisses, das wir alle auf irgendeine Weise ja tatsächlich in unserem Verhalten, unserem Wahrnehmen oder Handeln 'verkörpern'.

Zweitens handelt es sich aber nicht um ein Defizit 'an sich', sondern nur dann, wenn diese Objektivierung *absolut* gesetzt wird, wie etwa bei dem von mir durchaus geschätzten Louis Althusser. Den 'Wahrheitsgehalt' erhält diese analytische Vorgehensweise erst dann, wenn der Seite des *Subjektiven*, des individuellen Subjekts *zugleich* Rechnung getragen wird.

Die Lohnarbeitskraft, um bei diesem Beispiel zu bleiben, ist in der Tat Träger eines ökonomischen Verhältnisses, aber als ein solcher Träger ist sie auch Person, menschliches Individuum. In ihm wiederum *verschränken sich Objektiv-Gesellschaftliches und Subjektiv-Biographisches*⁸. Um noch einmal mein Beispiel der fünf neuen Bundesländer aufzugreifen: Der für viele Menschen absehbare Verlust des Arbeitsplatzes und unglaublich stabiler Sozialbezüge (als objektiv erwartbarer Sachverhalt) wird von diesen Menschen ganz unterschiedlich verarbeitet werden und zwar nicht allein über oder vermittelt einer bestimmten Identität im Arbeitsleben, sondern eben auch anderer vorhandener Bestandteile von 'Identität' - Freundschafts- und/oder Familienbezüge, einer bestimmten psychischen Konstitution usw. Die einen werden den Systembruch individuell-psychisch vielleicht nicht verarbeiten, die anderen sich reflexiv anpassen können.

Um diese Prozesse verstehen zu können müssen wir jedoch eine weitere *Differenzierung* vornehmen: Gerade auch in der jeweiligen Existenz als Lohnarbeitskraft macht es einen Unterschied, *ob ich eine Frau oder ein Mann bin*. Niemand ist ungeschlechtlich "Mensch" oder "Gattungssubjekt". Für Marx ist die Lohnarbeitskraft bekanntlich geschlechtsneutral, von der Frauenforschung viel kritisiert; wie ich meine, im Rahmen seiner Systematik durchaus berechtigt. Sein Gegenstand ist die Arbeitskraft in ihrer *Warenförmigkeit*, Arbeitskraft als Ware besitzt tatsächlich kein Geschlecht⁹. Aber da es ganz empirisch keine Ware Arbeitskraft gibt, sondern nur Menschen, Frauen und Männer, die unter bestimmten Voraussetzungen und historischen Bedingungen ihre Arbeitskraft als menschliches Vermögen verkaufen müssen, schlägt sich auch in der These der Geschlechtsneutralität von Lohnarbeitskraft eine Ambivalenz nieder: Das Argument der Geschlechtsneutralität von Arbeitskraft bezieht sich auf die *objektiv-gesellschaftliche* Seite der Verwertung von Waren und nicht die *subjektiv-individuelle* Seite der Arbeitskraft selbst¹⁰.

Auch hier würde ich von einer bei Marx nicht radikal zu Ende gedachten Dialektik von Objektivem und Subjektivem sprechen, die allerdings in

seinem selbstgesetzten Anspruch auch nicht zuende gedacht werden brauchte. Deshalb meine

3. These: *Zur Radikalisierung des Erkenntnisgehalts der Marxschen Theorie bedarf es Neubestimmung des Verhältnisses von (Markt-)Ökonomie und Gesellschaft, insbesondere des Bereichs menschlich-gesellschaftlicher Reproduktion.*

Ich will diese These noch etwas zuspitzen und erläutern; auch im Rückgriff auf Denkansätze der Frauenforschung. Sie beklagt ja seit ihrem Entstehen vor mehr als zwanzig Jahren das Fehlen einer Analyse des Verhältnisses von Produktion und Reproduktion in der Marxschen Theorie, verstand und versteht unter "Reproduktion" jedoch nicht die des Kapitals, sondern meinte zunächst schlicht 'Hausarbeit', d.h. die Vermittlung von marktvermittelter und familienvermittelter Arbeit, in einigen Varianten und später zunehmend aber auch "Produktion von Menschen", wie etwa im Ansatz von Maria Mies¹¹ formuliert, bzw., in noch anderer Terminologie, die Analyse der Gebärtätigkeit von Frauen, so etwa Metz-Göckel¹². Diese Überlegungen lassen sich insofern zuspitzen, als ich sagen würde: die Marxsche Theorie ist *nicht materialistisch genug*, weil die dem materialen Charakter oder der materialen Existenz der biologisch-gesellschaftlichen Reproduktion von Gesellschaft (oder Gesellschaftsformationen) in ihrer ausgeführten Gestalt *keine* systematische Aufmerksamkeit widmet. Das gilt sowohl für die *Reproduktion der Gattung* in ihrer historischen Besonderheit, hier: unter den Bedingungen einer Marktökonomie, als auch für den systematischen Einbezug von unentgeltlichen Versorgungsleistungen für andere, bekanntlich eine Frauen zugewiesene Aufgabe. Axel Knapp spricht in diesem Zusammenhang von einem Frauen zugemuteten *Identitätszwang* in einer Verschränkung mit Arbeitszuweisungen im Lohnarbeitsbereich von in der Regel minderlicher Art und minderlicher Bezahlung¹³.

Diese Kritik an der Marxschen Theorie würde mißverstanden, sähe man in ihr schlechterdings eine feministisch inspirierte Weltanschauung zur Legitimierung und Durchsetzung bestimmter politischer Interessen. Ich habe meine Thesen mit Absicht so aufgebaut, daß sie aus einer *marxistischen* Sichtweise in ihrer allgemeinen Bedeutung gerade für die Aussagekraft dieses Theorietypus und Denkmodells nachvollziehbar sind, wenn jemand den Stand der feministischen Forschung nicht kennt. Ich möchte, bevor ich dieses Eingangsstatement beende, allerdings noch eine vierte These formulieren, die im Grunde genommen das konsequente Resultat der hier vorgestellten Überlegungen darstellt:

4. These: *Um gegenwärtig die Dialektik von Vergesellschaftungsprozeß und Subjektivität angemessen begreifen zu können, reicht es nicht mehr hin, an der Basis-Überbau-Schematik und systematisch am Lohnarbeitszentrismus der originären Theorie festzuhalten. Die Theorie bedarf, um wirklich*

materialistisch zu verfahren, der Verknüpfung von vier analytischen Komplexen: 1. auf der objektiv-gesellschaftlichen Seite von Klassen- und Geschlechterverhältnis, 2. auf der subjektiv-individuellen Seite der Vermittlung ganz unterschiedlicher Bereiche der Herausbildung von menschlich-geschlechtlicher Individualität in ihren gegenwärtigen Beschränkungen und Optionen.

Ich möchte diese Überlegungen einen Gedanken hinzufügen, den Regina Becker-Schmidt kürzlich hier in Frankfurt auf dem Soziologentag formuliert hat. Becker-Schmidt führte in die Diskussion einen Gedanken ein, den ich sehr bedenkenswert finde: Sie unterscheidet zwischen zwei Hauptformen von 'Vergesellschaftung', der äußeren und der inneren Vergesellschaftung von Subjekten, und unterscheidet die äußere (oder objektive) Vergesellschaftung nach ihrer kapitalistisch-industriegesellschaftlichen und ihrer patriarchalen Seite. Hier sehe ich eine Parallele zu der soeben formulierten These, Becker-Schmidt geht allerdings insofern noch darüber hinaus, daß der Begriff "innere Vergesellschaftung" zugleich, vielleicht auch vorrangig, die psychisch-unbewußte Seite akzentuiert. Hier ist, auch aus feministischer Perspektive, noch sehr viel Arbeit zu leisten; eine interdisziplinäre Sichtweise in Zusammenarbeit zukonstituieren.

- 1 Mit dieser Akzentuierung verweise ich auf die Theoriediskussionen der Frauenforschung, die in ihrer Wissenschaftskritik schon seit langem die explizite oder auch nur implizite Gleichsetzung von 'Mensch' und 'Mann' kritisiert. Auch bei Marx finden wir 'androzentrische' Argumentationen; vgl. Beer 1984, Kap. 1, 1990a, Kap. 2 und 3.
- 2 Der Begriff 'Vergesellschaftung' oszilliert - auch in der Frauenforschung - zwischen mehreren Bedeutungen, so z.B. 'Vergesellschaftung' als totalitäre Überformung des Menschen, die keinen Raum mehr läßt für die Entfaltung von Subjektpotentialen; vgl. die Kritik von Becker-Schmidt (1989) an Horkheimer/Adorno (1947). Eine zweite Bedeutung bezieht sich auf die Trennung zwischen Öffentlichem und Privatem, wobei das Öffentliche oder die Öffentlichkeit mit Vergesellschaftungen identifiziert wird, nicht jedoch die sogenannte Privatform Familie. Diese dualistische Konzeption von 'Vergesellschaftung' findet sich in den Schriften von Haug/Hauser (1989). Eine dritte Bedeutung, die auch von mir vertreten wird, meint mit 'Vergesellschaftung' zunächst nichts anderes als die historisch und kulturell besondere Art und Weise der Einbindung von Individuen in Sozialgebilde, für industrialisierte Gegenwartsgesellschaften entlang den Kriterien Klassen- und Geschlechtszugehörigkeit. Beide Kriterien legen die Suche nach Emanzipations- und Unterdrückungspotentialen nahe.
- 3 Vgl. Knapp 1987, wobei Knapps Argumente sich ausschließlich auf die 'doppelte Vergesellschaftung' von Frauenarbeit (skraft) beziehen und sich insofern erweitern lassen müßten.
- 4 So etwa Séve 1972. Zwei neuere Theorieentwürfe aus dem Frankfurter Kontext suchen demgegenüber beide Perspektiven miteinander zu verknüpfen, vgl. Brede 1986 und Vogel 1983.
- 5 Analoges gilt für den Wechsel der Wohnung - die Hälfte der ehemaligen DDR-Bürger hat niemals die Wohnung gewechselt. Wir können mit Grund annehmen, daß auch dieser Sachverhalt relativ stabile Sozialbezüge hervorgebracht hat.
- 6 Vgl. Beer 1990a und 1990b; zu konzeptionellen Überlegungen vgl. Beer 1991.
- 7 Eine mögliche Erklärung für diesen eigenartigen Widerspruch: 'Objektivität', welcher Provenienz auch immer, geriet in Frauenforschung und -bewegung frühzeitig in Mißkredit aufgrund des objektivistischen Bias vieler sich als objektiv gerierender Aussagen.

⁸ Vgl. Beer 1990, Kap. 3.

⁹ Vgl. auch die Kritik von Polanyi (1978) an der These der Warenförmigkeit von Arbeitskraft, wie sie von Offe und Berger (Offe 1984) weiterentwickelt wurde, allerdings im Rahmen einer Preisgabe des Marxschen Grundgedankens.

¹⁰ Genauer: Der 'Träger von Arbeitskraft' besitzt kein Geschlecht bzw. keine Geschlechtszugehörigkeit, weil er analytisch-begrifflich nur in objektivierter Gestalt als Ausdruck eines sozialen Verhältnisses in den Blick gerät.

¹¹ Vgl. Mies 1988.

¹² Vgl. Metz-Göckel 1987.

¹³ Vgl. Knapp 1987, zum Materialismus-Postulat des Marxismus und der Frauenforschung vgl. Beer 1990, S. 71ff.

Literatur

- Becker-Schmidt 1989: Becker-Schmidt, Regina, Identitätslogik und Gewalt. Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Feminismus. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 24 (1989), S. 51-64.
- Beer 1984: Beer, Ursula, Theorien geschlechtlicher Arbeitsteilung. Frankfurt/New York 1984.
- 1990a: Dies., Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses. Frankfurt/New York 1990.
- 1990b: Dies., Der Nebenwiderspruch der Postmoderne, in: spw Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 5 (1990), S. 30-34.
- 1991: Zur politischen Ökonomie der Frauenarbeit, in: Marxistische Arbeitsgemeinschaft/Rote Studies Bochum, Hg., "Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen ...". Festschrift für Leo Kofler. Berlin 1991 (in Druck).
- Brede 1986: Brede, Karola, Individuum und Arbeit. Ebenen ihrer Vergesellschaftung. Frankfurt/New York 1986.
- Haug/Hauser 1989: Haug, Frigga; Hauser, Kornelia, Frauenerfahrung und Geschlechtsbegriff, in: Das Argument 177 (1989), S. 695-709.
- Horkheimer/Adorno 1947: Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W., Dialektik der Aufklärung. Rotterdam 1947.
- Knapp 1987: Knapp, Gudrun-Axeli, Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen. In: Beer, U., Hg., Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik. Bielefeld 1987, S. 236-273.
- Metz-Göckel 1987: Metz-Göckel, Sigrid, Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen. In: Beer 1987, a.a.O., S. 25-57.
- Mies 1988: Mies, Maria, Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Berlin/Wien 1988.
- Offe 1984: Offe, Claus, Hg., 'Arbeitsgesellschaft'. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt/New York 1984.
- Polanyi 1978: Polanyi, Karl, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt 1978.
- Séve 1972: Séve, Lucien, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt 1972.
- Vogel 1983: Vogel, Martin Rudolf, Gesellschaftliche Subjektivitätsformen. Historische Voraussetzungen und theoretische Konzepte. Frankfurt/New York 1983.

Lothar Peter

Marxismus und Subjektfrage

Eine Bestimmung dessen, was marxistische Theorie heute zur Analyse der komplizierten Zusammenhänge von Vergesellschaftung und Subjektivität beitragen kann, läßt sich nicht aus dem Ärmel schütteln. Für mich wenigstens hat diese Aufgabe erhebliche Schwierigkeiten aufgeworfen. Bei verschiedenen Versuchen, mich dem Thema zu nähern, bin ich immer wieder auf Fragen gestoßen, die auf strukturelle Probleme des Marxismus verweisen.

Anstatt auf konkrete Aspekte von Vergesellschaftung und Subjektivität einzugehen, werde ich deshalb einige tieferliegende Probleme marxistischer Theorie ansprechen, ohne deren Klärung mir allerdings Aussagen über Vergesellschaftung und Subjektivität nicht möglich erscheinen. Die folgenden Überlegungen, die eine prinzipielle Kritik an wichtigen Punkten des Marxismus beinhalten, habe ich zur Anregung einer hoffentlich lebhaften Diskussion in die Form von Thesen gekleidet.

1. Die marxistische Theorie postuliert eine gesetzmäßige Höherentwicklung der Geschichte im Sinne der Aufhebung von naturwüchsigen Zwängen, gesellschaftlicher Herrschaft und kultureller Fremdbestimmung. Im Unterschied zu anderen fortschrittsorientierten Sozialtheorien des 19. Jh. (z.B. A. Comte, H. Spencer) beschreibt der historische Materialismus die geschichtliche Entwicklung als einen "progressiven" (K. Marx), aber in sich widersprüchlichen, antagonistischen Prozeß. An der progressiven Grundrichtung der Geschichte läßt der Marxismus jedoch keinen Zweifel aufkommen. Die Entwicklung zu stets höheren systemischen Zuständen von Vergesellschaftung durchläuft zwar Widersprüche, Krisen und Brüche, aber diese sind wiederum die unabdingbare naturgeschichtliche Voraussetzung für die Grundlagen einer Gesellschaft, welche die antagonistischen Sozialbeziehungen der vergesellschafteten Individuen definitiv aufheben soll.

Angesichts der sich vor unseren Augen abspielenden Krisen, Katastrophen, militärischen und zivilen Zerstörungen und moralischen Regressionen ist die Vorstellung einer gesetzmäßigen Progression der Menschheit unhaltbar geworden, da das wesentliche Kriterium für Fortschritt im historischen Materialismus, nämlich die gesteigerte Effizienz gesellschaftlicher Produktionen zu den entscheidenden Ursachen zu rechnen ist, die die Bestandsfähigkeit der Menschheit in Frage stellen.

Der Marxismus denkt die Geschichte zwar kontradiktorisch, aber kontradiktorisch in dem Sinne, daß sich - vermittelt durch Widersprüche - die

Vergesellschaftungskapazität zur Abarbeitung von Problembeständen fortschreitend erhöht. Für diese Annahme, die historisch gesehen nachvollziehbar ist, gibt es heute keine überzeugende Rechtfertigung mehr. Wenn man nicht im Gegenteil von einem irreversiblen Prozeß des "Exterminismus" (E. P. Thompson) ausgehen will, so ergibt sich eher folgendes Szenario: es gibt eine historische Dimension von Vergesellschaftung, aber sie hat keine progressive Grundtendenz. Der Prozeß der Vergesellschaftung hat gleichsam ein open end, solange die physischen Voraussetzungen überhaupt (noch) gegeben sind. Auch zukünftig werden auftretende Widersprüche bewältigt und Problemstände abgearbeitet werden, aber indem dies geschieht, werden neue Widersprüche entstehen, für die Problemlösungskapazitäten noch nicht verfügbar sind. Dementsprechend stellt sich Geschichte als eine auf- und abgehende Bewegungslinie dar, auf der Erfolge und Niederlagen, Befreiung und Unterdrückung, schöpferische Phasen und Stagnation einander abwechseln, ohne jemals einen harmonischen Endzustand zu erreichen. Ein Ende der Menschheit als Katastrophe ist dagegen, wie wir inzwischen nur zu gut wissen, keineswegs auszuschließen.

Eine solche Auffassung von Geschichte, wie ich sie hier skizziere, ist zugleich eine Absage an einen Begriff von menschlicher Subjektivität als grenzenloser Steigerung produktiver Fähigkeiten und konsumtiver Bedürfnisse.

2. Der Subjektbegriff des Marxismus ist tief verstrickt in die ambivalenten Traditionen der europäischen Philosophie des Rationalismus, der Aufklärung und des Idealismus. Diese Tradition zentriert sich um die Vernunft und den (männlichen) Menschen als Subjekt der Geschichte. Zwar setzte der Marxismus bekanntlich an die Stelle der Vernunft das Proletariat, also eine konkrete soziale Kategorie, aber die subjektzentrierte Denkform blieb letztlich unverändert: wie die aufklärerische und idealistische Philosophie konstruierte auch der historische Materialismus die Geschichte als einen durch ein zentrales Subjekt (die revolutionäre Klasse bzw. das Proletariat) erzeugten, vorangetriebenen und gelenkten Prozeß. Alle anderen gesellschaftlichen Momente, Ressourcen, Beziehungen und Akteure waren diesem zentralen Subjekt untergeordnet. Ihr spezifischer Stellenwert definierte sich nur über ihre jeweilige Nähe oder Ferne bzw. funktionelle Beziehung zum geschichtlichen Subjekt, ohne jedoch Anspruch auf eine eigene Identität und Autonomie erheben zu dürfen. Das Beispiel der Bündnispolitik in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung liefert eine Kette von Belegen für die hierarchische, autoritäre und bevormundende Bewertung der nichtproletarischen Klassen, Schichten und Gruppen in ihren Beziehungen zum Industrieproletariat ("Arbeiteraristokratie", Kleinbürgertum, Trotzki über die Rolle der Bauern, proletarischer Antifeminismus, revolutionärer Antiintellektualismus usw.). Die Hegemonie des revolutionären Subjekts schloß die Vorstellung gleichwertiger Beziehungen und komplementärer Leistungen der

unterschiedlichen kollektiven Akteure hinsichtlich reformerischer oder revolutionärer Aktionen und Bewegungen aus. Wie das aufklärerische Dogma der Vernunft sich alle nicht-rationalitätsgebundenen sozialen Kompetenzen und Erfahrungspotentiale unterwarf, so unterwarf der Marxismus alle nicht an gesellschaftlicher Herrschaft partizipierenden Klassen der den geschichtlichen Sinn verkörpernden Subjektivität der revolutionären Arbeiterklasse. Die Hypostasierung eines zentralen geschichtlichen Subjekts im Marxismus macht erklärbar, warum z.B. die poststrukturalistische und postmodernistische Kritik nicht nur die Subjektkonstruktion der aufklärerischen, idealistischen Philosophie in Frage stellt, sondern auch den Marxismus als eine Ideologie der "großen Erzählungen" verwirft (vgl. J.-F. Lyotard, M. Foucault, J. Derrida u.a.).

Der Theorie der Arbeiterklasse als kollektivem revolutionären Subjekt entspricht im Marxismus auf der Ebene einer Theorie von Persönlichkeit und Subjektivität ein absoluter Primat von Arbeit und Leistung. Dieser Primat basierte auf dem anthropologischen Modell des durch Arbeit konstituierten, sich selbst erzeugenden und entwickelnden Menschen. Arbeit, genauer formelle Erwerbsarbeit, avancierte im Marxismus zum persönlichkeitsbildenden Wert an sich, neben dem aus anderen Bezügen entwickelte Wertorientierungen, moralische Taxonomien, Erfahrungsdimensionen und symbolische Ordnungen zweitrangig erschienen oder sogar als kontraproduktiv bekämpft wurden.

Der marxistische Subjektivitätsbegriff ist produktions- und arbeitszentriert und verschanzt sich gegen Erfahrungs- und Gefühlsdimensionen, die sich nicht mit der Kategorie formeller Arbeit und Leistung erfassen lassen. Emotionalität, soziale Kompetenzen und intersubjektive Beziehungsformen, die nicht an formelle Arbeit und Ökonomie gebunden sind, verfallen dem Verdikt des Subjektivismus und Individualismus oder werden instrumentalistisch zur Glorifizierung eines aktivistischen Menschenbildes umgeformt.

In dem Maße, wie die Beziehungen zwischen Produktionssystem und Lebenswelt auseinandertreten und Erwerbsarbeit ihre absolute normative Schlüsselbedeutung verliert, kann der Marxismus immer weniger den Zugang zu den sich verändernden Bedingungen von Subjektivität und Individualität finden. Selbst im Bereich des unmittelbaren Produktionsprozesses, der doch stets als Domäne politischer und wissenschaftlicher Kompetenz des Marxismus galt, laufen marxistisch orientierte Beiträge seit langem den Prozessen der Modernisierung und Neustrukturierung der Arbeit hinterher.

3. Mit dem Zerfall der Arbeiterklasse als einer nach Lebenslagen, Produktionsbedingungen und kollektiver Identität einheitlichen Klasse hat der Marxismus sein zentrales gesellschaftliches Subjekt verloren. An die Stelle der Arbeiterklasse ist ein heterogenes Konglomerat lohnabhängiger Gruppen getreten, die sich überdies nicht mehr

ausschließlich über das Lohnarbeitsverhältnis definieren, sondern in vielfältige Subsysteme und Beziehungsnetze eingebunden sind. Enttraditionalisierung und Modernisierung haben die ehemalige, um den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital herum aufgebaute Klassenstruktur umgestaltet. Das heißt jedoch nicht, wie ich nachdrücklich betonen möchte, daß die durch Gegensätze zwischen Kapital und Lohnarbeit hervorgerufenen Ungleichheiten und Dichotomien sich in Wohlgefallen aufgelöst hätten: sie bestehen fort, reproduzieren sich, formieren sich neu und verlagern sich gleichzeitig auf soziale Felder außerhalb der formellen Erwerbsarbeit (z. B. die Verteilung von Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern in der privaten Lebenssphäre).

Auf der Ebene der subjektiven Arbeits- und Sozialerfahrungen stoßen wir auf ein verschlungenes Geflecht sozialer Spannungen und Kämpfe um Lohn, Leistung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte, aber auch um ideelle soziale Ressourcen wie Individualität und soziale Anerkennung. Allerdings fließt die Pluralität sozialer Konflikte, Interessen und Beziehungen nicht mehr zu einem Strom gemeinschaftlicher Klasseninteressen und kollektiven Handelns zusammen. Statt einer Zentralisierung gesellschaftlicher Spannungen und Widersprüche in kollektiven Klassenkämpfen begegnen wir heute einer Pluralisierung und Dezentralisierung der "cultural patterns" und gesellschaftlichen Felder, um die und auf denen die Konflikte ausgetragen werden. Das gilt auch für den gesellschaftlichen Produktionsprozeß selbst.

Obwohl die Indikatoren einer sozialen Fragmentierung und Erosion der Arbeiterklasse seit langem in die Augen sprangen, hielten wir unter Berufung auf den historischen Materialismus hartnäckig an der gesellschaftlichen Subjektqualität der Arbeiterklasse fest. Wir koppelten uns von der empirischen Wirklichkeit ab und beriefen uns auf die Objektivität unserer Kategorien. Als Beispiel dafür kann die Formel von der "inneren Differenzierung der Arbeiterklasse" erwähnt werden, die ich selbst lange Zeit vertreten habe. Unter dem weit ausladenden kategorialen Dach der "reellen Subsumtion" oder des "vollentfalteten Warencharakters der Arbeitskraft" brachten wir auch brisante empirische Befunde scheinbar mühelos unter. Wir vergaßen dabei, daß der Begriff der Arbeiterklasse, wenn er nicht auch als Ensemble gemeinsamer Handlungsorientierungen und Deutungsmuster verstanden, sondern ökonomistisch eingeschränkt wird, seinen auf Praxis und Veränderung bezogenen Sinn verliert. Alain Touraine hat das einmal auf die provokatorische Formel gebracht: "Die 'Klasse an sich' gibt es nicht, es gibt keine Klasse ohne Klassenbewußtsein." (A. Touraine: Soziale Bewegungen; in: Soziale Welt, H. 2/1983, S. 148/149; vgl. auch David Lockwood: Das schwächste Glied in der Kette? Einige Anmerkungen zur marxistischen Handlungstheorie; in: Prokla 58/1985).

4. Die Mängel der marxistischen Theorie, den heutigen Formen von Subjektivität und Individualität auf die Spur zu kommen, zeigen sich

auch an ihrer androzentrischen Sichtweise. Im theoretischen Selbstverständnis des Marxismus wird die Welt männlich modelliert. Wo Geschichte als von ökonomischer Logik determinierte Geschichte von Klassenkämpfen begriffen wird, fällt das Geschlechterverhältnis durch das kategoriale Raster hindurch. Im ökonomisch bestimmten Begriff von Klasse verschwindet der Antagonismus der Geschlechter gemäß dem Lacanschen Diktum "La femme n'existe pas". Die Erklärung des Geschlechterantagonismus zu einem sogenannten "Nebenwiderspruch" stellte nur eine Variante dieses Diktums, nicht aber seine Korrektur dar. Im allgemeinen hat der Marxismus das Geschlechterverhältnis den Produktionsverhältnissen theoretisch untergeordnet und seine Autonomie als Widerspruchsbeziehung sui generis energisch bestritten. F. Engels hat bekanntlich versucht, das Problem des Geschlechterverhältnisses in den historischen Materialismus einzuarbeiten. Er ist dabei zu bemerkenswerten Erkenntnissen vorgestoßen, indem er den "Umsturz des Mutterrechts" als die "weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts" (Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats; in: Marx/Engels: Ausgewählte Schr. II, Berlin/DDR 1968, S. 198) interpretierte und das Patriarchat strukturell mit der Dominanz des Privateigentums in Verbindung brachte. Allerdings hat Engels die Anerkennung des Geschlechterverhältnisses als eigenständige Kategorie des Vergesellschaftungsprozesses nach und nach wieder in die Hegemonie der ökonomischen Verhältnisse zurückgenommen: "Die Vorherrschaft des Mannes in der Ehe ist einfache Folge seiner ökonomischen Vorherrschaft und fällt mit dieser von selbst." (ebd., S. 220).

Die androzentrische Denkweise des Marxismus beschränkte sich nicht auf diesen Aspekt, sondern durchdrang alle theoretischen Felder und Kategorien. So ist das historisch-materialistische Paradigma nicht nur ökonomie- und produktionszentriert, sondern die Begriffe von Ökonomie und Produktion sind wiederum selbst sexistisch geformt. Die Arbeit des Gebärens und Erziehens, also die eigentliche "Produktion von Gesellschaft", wird als "reproduktiv", die (männliche) industrielle Arbeit als "produktiv" qualifiziert. Der gesamte Bereich der familiären Versorgungs- und Beziehungsarbeit fällt aus der bisherigen politischen Ökonomie des Marxismus heraus.

5. Gesellschaftliche Veränderungen werden in Zukunft keines hegemonialen gesellschaftlichen Subjekts mehr bedürfen. Die Erfahrungen in den ehemaligen sozialistischen Ländern haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt nicht in der Lage ist, eine qualitativ neue Gesellschaft und Kultur aufzubauen. In Zukunft werden die von Herrschaft ausgeschlossenen sozialen Klassen und Gruppen, wenn sie ihre materiellen Lebensbedingungen, ihren sozialen Status und ihre politischen Einflußchancen verbessern wollen, untereinander neue Beziehungen der Gleichwertigkeit und Komplementarität eingehen müssen. Niemand wird ein Monopol auf Hegemonie beanspruchen dürfen. Die sozialen Kämpfe

werden deshalb nicht weniger dramatisch und risikoreich sein. Die Anerkennung einer Pluralität kollektiver sozialer Akteure setzt voraus, daß sie ihre jeweiligen sozialen Besonderheiten wechselseitig anerkennen und ihre spezifischen Kompetenzen würdigen. Aber es wird auch wechselnde Allianzen und widersprüchliche Kräftefiguren geben. In einem bestimmten Konfliktpunkt mögen bestimmte soziale Gruppen gemeinsame Interessen haben, während genau die gleichen Gruppen sich hinsichtlich anderer Probleme feindlich gegenüberstehen. Es gilt Abschied zu nehmen von der Illusion, daß der Prozeß der Vergesellschaftung und die ihm immanenten Widersprüche von einem einzigen archimedischen Punkt her erklärt oder von einem einzigen geschichtlichen Prometheus aus den Angeln gehoben werden kann. Auch wünschenswerte Veränderungen müssen ein Prozeß der Vergesellschaftung sein und deshalb alle hegemoniale Ansprüche dieser oder jener Gruppe dieser oder jener sozialen macht oder Idee zurückweisen.

Daß der Marxismus, als universalistische Schlüsseltheorie gescheitert ist, hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß es ihm nicht gelungen ist und vielleicht auch nicht gelingen konnte, eine erfahrungsnahen Theorie der Subjektivität und Individualität zu entwickeln. Wer nach Ansatzpunkten der Veränderung sucht, wird sich deshalb nicht-marxistischen Analysen zuwenden. Pierre Bourdieu (Habitus-Konzept, Kritik des Subjekt-Begriffs), Michel Foucault (Theorie der Körperlichkeit), die feministische Forschung über die "imaginierte Weiblichkeit" (Silvia Bovenschen) oder Norbert Elias historisches Fresko der kulturellen Verinnerlichung sind in Bereiche eingedrungen, die der Marxismus als unwegsames, gefährliches Niemandsland brachliegen ließ.

Die Krise des Marxismus ist nicht zuletzt die Geschichte seiner Kapitulation vor den Herausforderungen, mit denen eine aus der Logik der Ökonomie ausbrechende Realität des Sozialen, in die das Schicksal von Subjektivität und Individualität verwoben ist, das wissenschaftliche Denken heute unnachlässig konfrontiert hat.

Heinz Jung

Gorbatschowismus, "neues Denken" und die Realität

Kritische Erörterungen

Ideologie und Realität

Der vorliegende Beitrag versucht, einige Aspekte der jüngsten und der derzeitigen sowjetischen Politik sowie des diese ideologisch legitimierenden sogenannten neuen Denkens kritisch zu erörtern. Vom Verfasser war schon vor einiger Zeit die These vertreten worden¹, daß eine sozialistische und marxistische Linke erst dann wieder Boden unter die Füße bekommen wird, wenn sie den Gorbatschowismus kritisch überwindet. Gorbatschowismus meint dabei eine politisch-ideologische Richtung und zwar jene, die seit der Wahl Michail Sergejewitsch Gorbatschows zum Generalsekretär des ZK der KPdSU und in der UdSSR bestimmend wurde. Sie erhob eine grundlegende Änderung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik und generell der gesellschaftlichen Verhältnisse der UdSSR zum Programm und versuchte dieses zu verwirklichen. Dabei wurde sie mit Realitäten konfrontiert, die immer wieder zu wesentlichen Korrekturen der ursprünglichen Reformansätze und Ziele zwangen.

Heute läßt sich erkennen, daß der Gorbatschowismus eine Reaktion auf die latente Krisenkonstellation der sowjetischen Gesellschaft war, die sich in einer stagnativen Entwicklung ausdrückte und auch die globalstrategische Rolle der UdSSR untergraben hatte. Mit Gorbatschow kamen nicht Dissidenten an die Macht, sondern eine jüngere Generation von Politikern, von denen erwartet wurde, daß sie die festgefahrene Außenpolitik wieder flott machten und die Überwindung der Stagnation durchsetzten, wobei in dieser Etappe eine Preisgabe von Machtpositionen des Sozialismus oder gar der sozialistischen Gesellschaft noch völlig außerhalb der Vorstellungswelt der Akteure lag. Demgegenüber war die Zielsetzung die Wiederholung der alten Verheißung, daß die sowjetische Gesellschaft nun zum tatsächlichen Schluß mit den zivilisatorisch und ökonomisch entwickeltesten kapitalistischen Ländern kommen sollte.

Eine solche Umorientierung mußte nicht nur Auswirkungen auf die Bündnispartner und das Bündnisystem der UdSSR haben, sondern sie betraf auch die internationale kommunistische Bewegung und generell die Sympathisanten des realen Sozialismus. Insofern war der Gorbatschowismus kein nationales Phänomen der UdSSR, sondern zeitweise prägten sich Konturen einer internationalen sozialistisch-kommunistischen Strömung mit seiner Tendenz aus, die sich als Kritik der erstarrten Realstrukturen

des Sozialismus und der sie legitimierenden Ideologieformeln eines dogmatisierten Marxismus-Leninismus sowie deren konservativen Verteidigern artikulierte. Es ging schließlich darum, wie die Geschichte des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung zu bewerten ist, welche Begründungen ein modernes Sozialismusverständnis zu tragen und welchen Aufgaben sich Sozialisten/Kommunisten heute zu stellen haben. Die Debatten darüber bestimmen auch zunehmend die Auseinandersetzungen unter westdeutschen MarxistInnen und zwar seit etwa 1986/87, nachdem die Änderungen in der UdSSR ihre Wellen schlugen. Hieraus ergeben sich Notwendigkeit und Legitimation einer Auseinandersetzung mit dem Gorbatschowismus. Es ist nicht damit getan, den mangelnden Einblick in die sowjetische Entwicklung zu beklagen und deshalb auf Stellungnahme und Kritik zu verzichten. Die Zusammenhänge zwischen innerer Entwicklung in der UdSSR und ihren internationalen Auswirkungen sind gerade in jüngster Zeit zu gravierend, um sie außerhalb von Kritik stellen zu können.

Sozialisten und Kommunisten beiderlei Geschlechts können außerdem nicht ignorieren, daß die Bande des alten Internationalismus durch den Gorbatschowismus aufgekündigt wurden und sie zu einer neuen Autonomie gezwungen sind. Dies ist nicht zu beklagen, sondern als Chance zu verstehen und wahrzunehmen. Vor allem sind sie heute aber veranlaßt, die Ursachen der Niederlagen des Sozialismus zu erkunden und Positionen dazu zu beziehen. Und diese sind nach Lage der Dinge auch dann Niederlagen des Gorbatschowismus, wenn sie eine längere Vorgeschichte oder von diesem nicht zu verantwortende Gründe haben.

Nach der heutigen Situation ist auch nach dem Urteil der wohlwollenden Beobachter der Gorbatschow-Politik das Perestroika-Konzept der Umwandlung des autoritären Staatssozialismus in einen demokratischen Sozialismus zivilgesellschaftlicher Prägung gescheitert. Neue Alternativen rücken von der Peripherie sehr schnell in das Entscheidungszentrum der sowjetischen Politik. Auch jene, von einer neuen Sicht der Welt und ihrer Probleme und den davon abgeleiteten Doktrinen inspirierte Außenpolitik hat zu einem außerordentlichen Fiasko geführt, mißt man mit der Latte der Zielsetzungen und des Einflusses der UdSSR zur Lösung der von ihr thematisierten Probleme. Dies spricht weder gegen die Problematisierung noch gegen die Zielsetzungen. Aber es zeugt von Fehleinschätzungen der agierenden Kräfte, der Kräfteverhältnisse, der Grundkonstellationen usw. Insofern hat auch "das Leben", "die Geschichte" - beides, wie bekannt, beliebte Metaphern des Gorbatschowismus - gegen die Ansätze des "neuen Denkens" ihr Urteil gesprochen.

Gleichwohl darf heute das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Das gilt auch für die Anstöße, die zeitgenössisches marxistisches Denken aufzugreifen, weiterzuarbeiten und bis zu strategischen Konzepten voranzutreiben hat - etwa in Bezug auf die globalen Probleme, die Internationalisierung, die Verbindung von Demokratie und Sozialismus usw. Eine

sozialistische Kritik des Gorbatschowismus steht heute vor allem vor der Aufgabe, die Konturen möglicher sozialistischer Alternativvarianten zu erkunden und zu erörtern und zwar von Alternativen, die auf eine Vorwärtsbewegung orientiert sind und nicht das Heil in den aufgebrauchten Mustern der Vergangenheit suchen. Tut sie das, dann greift sie einen der wichtigsten Impulse des Gorbatschowismus auf, der sich zu recht gegen eine deterministische Geschichts- und Entwicklungsinterpretation gewandt hatte. Hieraus ergibt sich, daß die jüngsten Niederlagen des Sozialismus nicht fatalistisch vorherbestimmt waren, sondern auch am Unvermögen und den Fehleinschätzungen der "subjektiven Faktoren" lagen. Und dazu gehört immer auch eine Ideologie, die ein eingriffsoptimales Erfassen der Realität nicht gestattet.

Eine Kritik des Gorbatschowismus kann nicht darauf verzichten, den Ideologiecharakter des neuen Denkens zu bestimmen. Faktisch vollzog sich hinter dem Nebel der neuen Doktrinen der Rückzug der UdSSR von ihrer Rolle als Weltmacht, die ihre Ziele aus der historischen Mission der Arbeiterklasse abgearbeitet hatte. Daraus folgte das faktische Disengagement während der Existenzkrise des Sozialismus in Osteuropa und die Vorstellung, eine ausschließlich an ihren nationalen Interessen - im traditionellen und eng interpretierten Sinne - orientierte sowjetische Politik könne mit den USA als Hauptmacht des kapitalistischen Imperialismus zu Beziehungen der Kooperation und Partnerschaft kommen. Diese Option steht faktisch hinter der Formel des neuen Denkens, daß die internationalen Beziehungen von Ideologie befreit werden müßten. Diese Orientierung muß m.E. heute, nicht zuletzt auch angesichts des Golfkrieges, als gescheitert angesehen werden.

Das ideologisch-theoretische Hauptelement des neuen Denkens war der "Paradigmen-Wechsel" - also der Wechsel des leitenden Lehrsatzes oder der Grunddoktrin - vom Denken in Kategorien der Klassen und des Klassenkampfes zur Anerkennung einer Priorität der allgemeinen menschlichen Interessen. Dem entsprach dann auch der zentrale Stellenwert der globalen Probleme. Mit diesem Wechsel kann die Niederlage des Sozialismus und der Sieg der kapitalistischen Restauration als Problem minderer Bedeutung "abgehängt" werden, wenn damit bessere Bedingungen zur Lösung der globalen Probleme, z.B. in der Abrüstungsfrage, entstehen. In der neuen Sonne der Menschheitsfragen schmelzen reale soziale und politisch-ideologische Antagonismen zur Bedeutungslosigkeit. Das neue Denken ist somit ein ideologisches Verarbeitungsmuster realer Niederlagen.

Geraume Zeit konnte das Argument eine gewisse Plausibilität beanspruchen, daß die tiefe Krise der Sowjetgesellschaft, die durch den Gorbatschowismus und die Perestroika nur aus ihrer Latenz entbunden und in Bewegung gebracht worden war, den Rückzug des Sozialismus auf die UdSSR und bestimmte Agreements mit dem Imperialismus unabdingbar

gemacht habe. In Erinnerung an Lenins Eingehen auf das Diktat des deutschen Imperialismus 1918, um das Überleben der Revolution zu sichern, spricht man auch vom Brest-Litowsk-Argument. Aber dieses Argument gilt nur solange, als die Gorbatschow-Politik mit dem Versuch zur Revitalisierung und Sicherung des Sozialismus identifiziert werden kann. Ist dies nicht mehr der Fall, dann entfällt nicht nur für die außenpolitische Frontbegradigung jegliche Legitimation, sondern für Sozialisten auch der Grund, gegenüber dieser Politik eine Beziehung kritischer Solidarität zu bewahren.² Aus ihrer Sicht wäre vielmehr eine solidarische Kooperation mit jenen Kräften in der UdSSR zu entwickeln, die entscheidene Front gegen die kapitalistische Restauration, gegen den weiteren Zerfall der UdSSR und für einen sozialistischen Verfassungsppluralismus beziehen.

Die Ambivalenz des Ansatzes

Wenn man der Frage nachgehen will, inwieweit und ob die Untauglichkeit des neuen Denkens als Leitlinie einer neuen und modernen sozialistischen Politik schon im Ansatz angelegt ist, ist es von Interesse, die Lesart von vor einigen Jahren in Erinnerung zu rufen.

Mit Gorbatschows Buch³ lag im Herbst 1987 einer breiteren Öffentlichkeit zum ersten Mal eine autorisierte Darstellung des Konzepts der Perestroika und des neuen Denkens vor. Das neue Denken bezieht sich dabei auf Überlegungen zu den internationalen Beziehungen, zum Zustand der heutigen Welt und zur Anlage einer neuen Außenpolitik. Während das Konzept der Perestroika noch vorwiegend in der traditionellen marxistisch-leninistischen Terminologie begründet wird, erfolgt mit dem neuen Denken ein Ausbruch aus dem traditionellen marxistisch-leninistischen Ideologie-Kanon durch eine pragmatische Problemaddition mit normativer Aufstockung. Die so kreierte Denkrichtung wird als klassenübergreifend interpretiert und kann somit von unterschiedlichen Ausgangspunkten akzeptiert werden.

Mit dieser für die Neugestaltung der Außenpolitik reklamierten Denkrichtung sollten die Realität der sowjetischen Außenpolitik und ihre legitimatorischen Doktrinen in Übereinstimmung gebracht werden. Um eine theoretisch-analytisch begründete oder gar eine im Selbstverständnis marxistische und leninistische Konzeption handelte es sich nicht. Aber im Zuge der pragmatischen Problemaddition wurde ein Paradigmenwechsel mit weitreichenden Auswirkungen vollzogen. Zu seiner Begründung diente vor allem der festgestellte neue Weltzustand mit der Möglichkeit der Auslöschung der Menschheit bei Einsatz der thermo-nuklearen Waffensysteme. An die Stelle der bisherigen totalitätsbestimmenden Sichtweise der Klassenantagonismen (Sozialismus-Kapitalismus, Systemauseinandersetzung, Klassenkampf, Bipolarität, Klassendenken usw.) trat die Doktrin von

den Prioritäten der allgemeinmenschlichen Werte und der Menschheitsinteressen.

Im Kontext der Darlegungen Gorbatschows bezog sich der Paradigmenwechsel vorerst nur auf die Sicherheitspolitik und ihre Begründung, aber es mußte in der Logik der Sache liegen, daß davon auch das ideologisch-politische Gesamtsystem erreicht werden mußte. Dies betraf in der Konsequenz auch die innergesellschaftliche Entwicklung und die Anlage der Perestroika. Der Abschied von sozialökonomischen Kategorien legt es etwa für die Demokratiefrage nahe, das Problem der dem Sozialismus feindlichen Kräfte schon gar nicht mehr aufzuwerfen und auf Grenzziehungen zu verzichten. Dies wurde die Achillesferse des Perestroika-Konzeptes.

Damals konnte der marxistische Leser diese "Öffnung" noch als notwendigen Schritt der Modernisierung und Erneuerung des Marxismus nachvollziehen. Die Ambivalenz entfaltete sich erst mit der Zuspitzung der innergesellschaftlichen und außenpolitischen Krise. Damals konnte noch die Meinung im Vordergrund stehen, daß mit dem Konzept der globalen Probleme der Kampf um die Hegemonie sozialistischer Politik auf den für die Menschheitsentwicklung zentralen Feldern eröffnet worden sei. Und die Gipfeltreffen von Gorbatschow und Reagan und die eindeutigen propagandistischen Siege Gorbatschows konnten diese Meinung nur unterstreichen. Optimistisch hieß es so in Gorbatschows Buch, es werde "das letzte Argument im historischen Streit sein, welches System den Interessen der Menschen besser dient. Die Ideale des Sozialismus werden frisch gestärkt daraus hervorgehen." (S. 166)

Aber die Analyse der Welt, die Gorbatschow vorlegte, hatte mit einer materialistischen Analyse nur wenig zu tun. Die pragmatische Problemaddition kulminierte im Gemeinplatz der Interdependenz-These: "Wir haben das *Hauptproblem* gesehen - die *wachsende Tendenz zur wechselseitigen Abhängigkeit* der Staaten der Weltgemeinschaft." (S. 173) Die Globalität der Existenzprobleme, über deren Ursachen nur wenig Worte verloren werden, hält zur Begründung für die Notwendigkeit des neuen Denkens her.

"Es ist in erster Linie das Leben selbst", heißt es bei Gorbatschow, "das die Menschen eine neue Denkweise lehrt. Wir selbst sind dazu allmählich gekommen und haben das neue Denken Stufe für Stufe bewältigt, indem wir unsere herkömmlichen Ansichten über die Probleme von Krieg und Frieden und die Beziehungen zwischen den beiden Systemen überprüft und über globale Probleme nachgedacht haben." (S. 183) "Heute, am Ende dieses dramatischen Jahrhunderts, sollte die Menschheit die lebenswichtige Notwendigkeit und den absoluten Vorrang der allgemeinmenschlichen Werte ("vor den Klasseninteressen") erkennen." (S. 185) "Das Rückgrat der neuen Denkweise ist die Erkenntnis der Priorität menschlicher Werte ..." (S. 186)

In den Kontext der Politik der damaligen sozialistischen Weltmacht gestellt, konnte dies nur die Neudefinition der Beziehungen zum früheren Systemantagonisten, dem kapitalistischen Imperialismus bedeuten, dem in der Folge von Marxisten - inklusive dem Verfasser - die Möglichkeit zur Friedensfähigkeit bescheinigt wurde. Wenn heute an diesen Positionen Kritik zu üben ist, dann nicht, weil neue Bewegungsformen einer friedlichen Koexistenz gesucht wurden, sondern weil in der Konsequenz der fortbestehende Antagonismus wegekreditiert und der Weg zu einer fragwürdigen Zusammenarbeit mit dem Imperialismus gebnet wurden.

Eine neue Stufe der Zusammenarbeit hätte sich nur bei Akzeptanz der vorgeschlagenen Normen durch beide Seiten oder beim Ingangkommen von Mechanismen, die in der Konsequenz dazu gezwungen hätten, ergeben können. Aber weder die USA noch die NATO noch deren Mitgliedstaaten dachten auch nur einen Augenblick daran, ihre antisozialistischen und antikommunistischen Positionen aufzugeben. Geht man unter solchen Bedingungen zu neuen Verfahrensregeln über, öffnet man nur das eigene Lager, verwischt die Feindbilder und demoralisiert die eigene Anhängerschaft. Deshalb bereitete das neue Denken den Zerfall des sozialistischen Lagers geistig mit vor. Jeder außenpolitische Akt unter Schewardnadse, der den faktischen Ausverkauf und die Kapitulation vor dem Imperialismus bedeutete, konnte sich auf das neue Denken berufen.

Will man heute die Aufnahme und Verarbeitung der Moskauer Signale in der marxistischen Diskussion nachvollziehen, so ist das im Frühjahr 1989 erschienene IMSF-Jahrbuch 15 (Rüstung-Abrüstung-Frieden. Tendenzen, Probleme, Perspektiven für eine neue Friedensordnung) eine der gehaltvollsten und aufschlußreichsten Publikationen. Eine erneute Rezeption könnte vor allem deshalb wichtig sein, weil sich nach den Erfahrungen der Schicksalsjahre 1989/90 die Möglichkeit ergibt, weiterhin tragfähige Problemanalysen von der Ideologie des neuen Denkens zu trennen.

Von Interesse ist in diesem Band u.a. ein Beitrag von Juri Krassin, Rektor des damaligen Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU (ION) ("Das neue Denken: der internationale und der innere Aspekt", S. 55-69). Ausgangspunkt sind auch für ihn die neuen Bedingungen in der Evolution der Menschheit und die Ganzheitlichkeit der Welt. Hieraus wird die Priorität allgemeinmenschlicher Werte abgeleitet. Aus seiner Sicht kommt es darauf an, daß das neue Denken zum Aspekt des National- und Klassenbewußtseins wird. Es sei in seinem Gehalt dem Humanismus im Marxismus verwandt. Wie schon oben erwähnt, ergibt sich zwischen Marxismus und neuem Denken keine Identität. Soweit vor allem in der Begründung der Priorität allgemeinmenschlicher Werte ein Bezug zum Marxismus gesucht wird, erfolgt er vor allem über jene Marx'schen Frühschriften, in denen dieser den Übergang vom radikalen Humanisten und Demokraten zum Kommunisten noch nicht vollzogen hatte.

Auch bei Krassin kommen Ableitungen zum Tragen, die als Übergang zum Pragmatismus gedeutet werden müssen, so, wenn er die Systemauseinandersetzungen nicht mehr als Achse der Weltentwicklung sieht. (S. 63) Statt dessen wird in der Wechselwirkung und in der Entfaltung der Fortschrittspotenzen der jeweiligen Systeme die Spezifik der neuen Epoche gesehen. Dies schließt dann eine Meßlatte ein, über die ein abstraktes Demokratieverständnis zum allgemeinen Fortschrittskriterium wird. Mit dieser Optik kann dann später in der Existenzkrise des Sozialismus nicht mehr zwischen demokratischen Erneuerungsbewegungen des Sozialismus und kapitalistischer Restaurationsströmung, einschließlich nationalistischem Sezessionismus, unterschieden werden. Der Verzicht auf Klassenkriterien macht also unfähig zum Verständnis der Möglichkeit, daß unter den heutigen Bedingungen auch 40 oder 70 Jahre nach der sozialistischen Revolution von Massen getragene kapitalistische Restaurationsbewegungen aufbrechen können und zwar mit der Entbindung von Krisenkonstellationen. Unter Bedingungen eines ökonomischen und zivilisatorischen Gefälles zuungunsten des Sozialismus gehen bei einer Öffnung dieser Gesellschaften ihre Fortschrittspotentiale im Sog des kapitalistischen Konsumismus und der kapitalistischen Moderne unter. Und nach der Zertrümmerung des autoritären Staatssozialismus und seiner Regulierungsmechanismen bleiben die Ansätze zu einer sozialistischen Marktwirtschaft unter innerem und äußerem Druck nur ein flüchtiger Durchgangspunkt zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft mit Anbindung an den kapitalistischen Weltmarkt.

Es ist richtig, diese Entwicklungen hatte das neue Denken nicht vorausgesehen, ja noch nicht einmal thematisiert. Nun wird das neue Denken von der Wirklichkeit eingeholt. Heute ist es klar, daß das Bemühen der gemeinsamen Zivilisationsgrundlagen zum Abbau und Verzicht auf politische Konfrontation dann zur völligen Hilflosigkeit führte, wenn eben die Konfrontation von der anderen Seite aufgebaut wurde und ein entsprechender Sturm losbrach. Dies gilt umso mehr, wenn man gegen den politischen Fanatismus der eigenen Seite loszog, der ja nur noch in seinen bürokratischen Abarten existent war, für den Verzicht auf Gewalt, revolutionäres Denken und Handeln plädierte und für eine Kultur des Konsens und der nationalen Aussöhnung eintrat. Dies waren dann aber in der Realität Formeln, die ein Klima der Formierung einer antisozialistischen Massenbewegung begünstigten. Damit soll nicht der humanistische Gehalt dieser Orientierungen infrage gestellt werden, sondern es geht um eine Kritik der Wege und Methoden der Perestroika unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Auf der Rutschbahn: 1989/90

Zur Bewährungsprobe für das neue Denken wurden vor allem die Jahre 1989/90. Sie zeigten, daß seine Grunddoktrinen in der Wirklichkeit keinen Bestand haben können, weil sie anstatt materialistisch begründeter Orientierungsleitlinien normative Maximen für die Politik darstellen. Und, um an Marx zu erinnern, gegenüber den Interessen blamierten sich die Ideen allemal.

Wir setzen voraus, daß dem Leser die Realentwicklung dieser Jahre noch in Erinnerung ist: Liquidierung der DDR mit der Angliederung an die BRD, Zerfall des Sozialismus in Osteuropa sowie der WVO und des RGW, nationalistische Sezessionsbewegung, Verstärkung der Restaurationsbewegung, Zerrüttung der ökonomischen administrativen, politisch-moralischen Verhältnisse in der UdSSR. In dieser kurzen Zeitspanne wirklich sich eine freilich schon über eine längere Periode herangereifte epochale Niederlage des Sozialismus und der UdSSR gegen den kapitalistisch-imperialistischen Systemkontrahenten, gegen den Westen. Es gibt nur noch wenig Gründe, die für den Erfolg der Perestroika und eine Restabilisierung des Sozialismus sprechen.

Wir werden nachfolgend auf Äußerungen von M.S. Gorbatschow und anderer Repräsentanten der derzeitigen sowjetischen Politik in diesen Jahren eingehen. (Quelle durchgehend: Sowjetunion heute = Sh, hrg. von der Botschaft der UdSSR in der BRD, Köln, monatl. Wir geben Jahr und Monat an.)

Auch in diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß Innen- und Außenpolitik nicht als voneinander isolierte Bereiche angesehen werden können. Wie schon vermerkt, steht der konzeptionelle Ansatz der Perestroika zunehmend in innerem Zusammenhang mit dem neuen Denken als Begründungsrastrer der sowjetischen Außenpolitik. Der frühere Außenminister Schewardnadse hat in seinen öffentlichen Rechtfertigungen das Ziel der Außenpolitik immer nur in der Absicherung der Perestroika gesehen. Mit dieser Politik sollten Anschluß und Verzahnung mit der Spitze der zivilisierten Welt hergestellt und jene ökonomische und technologische Hilfe des Westens mobilisiert werden, ohne die eine Modernisierung der UdSSR nicht mehr möglich schien. Diese Umstellung wurde als Übergang zu Marktwirtschaft und Pluralismus avisiert. Dazu schienen die gigantischen Frontbegradigungen - genau genommen ist diese Wortwahl unpassend, weil man mit dem Paradigmenwechsel Antagonismen, Feindbilder, Konfrontationen usw. aus dem Blickfeld genommen wurden und diese Maßnahmen als Elemente zur Errichtung einer neuen Welt erscheinen konnten - in Osteuropa und anderswo notwendig.

Aber wie sie herausstellte, wurden die "Bauern" ohne den erhofften Gewinn geopfert. Die Kredite und Hilfen lassen auf sich warten oder bleiben auf niedrigem Niveau, abgesehen von spektakulären humanitären Hilfsak-

tionen, die geeignet sind, die desolaten Verhältnisse in der UdSSR in noch grellerem Licht erscheinen zu lassen und der kapitalistischen Restaurationsbewegung noch stärkeren politisch-moralischen Nachdruck zu verleihen. Der Ausfall der früheren RGW-Partner führte zu einem ernsthaften Einbruch der Industrieproduktion und zur weiteren Zerrüttung der Wirtschaft. Das Agreement mit dem Imperialismus ermutigte die bürgerlich-nationalistischen Sezessionsbewegungen. Die sowjetische Außenpolitik kann also nicht für sich in Anspruch nehmen, Entlastung für die Perestroika geschaffen zu haben. Im Gegenteil. Heute tritt außerdem zutage, daß der Verzicht der UdSSR auf ihre Rolle als mitgestaltende Weltmacht zu einer gravierenden Verunsicherung der internationalen Verhältnisse geführt hat. Nur so konnte der US-Imperialismus unter dem Mantel der UNO und des Völkerrechts seinen Einfall in die Golfregion inszenieren und den mörderischen Bombenkrieg gegen Irak beginnen.

Bei den mit dem neuen Denken begründeten *Prinzipien* der sowjetischen Außenpolitik handelt es sich um Normative, die als Anforderungen zur Gestaltung der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts nicht unbekannt sind. Am 4.4.1989 wurden sie von Gorbatschow in Kuba so erläutert, daß es sich um die "Priorität der Menschheitsinteressen", um die "Freiheit der Wahl", um die "Förderung der Entwicklung" im Sinne der Verringerung des Gefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und um die "gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Natur und der Zivilisation" handele (Sh, 5/89). In einer anderen Rede wird außerdem von der Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen, dem Interessenausgleich und der Internationalisierung bzw. Globalisierung vieler Probleme gesprochen (Sh, 3/89). Dies ist der Kanon des neuen Denkens.

Nach diesem Kanon wurde auch *die Entwicklung in Osteuropa* konzipiert und verarbeitet. Noch im Februar 1989 äußerte Gorbatschow, daß diese Gesellschaften in unterschiedlichen Formen dabei seien, "die Entfaltung der Potentiale der sozialistischen Demokratie" auf den Weg zu bringen. Im Einklang mit den "Schlußfolgerungen des neuen Denkens gestalten wir theoretisch und praktisch unsere Beziehungen mit den sozialistischen Ländern um". Und zwar in Richtung auf "bedingungslose Eigenständigkeit, vollständige Gleichberechtigung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" (Sh, 3/89).

Noch ein Jahr später, als die Preisgabe Osteuropas unter diesen Auspizien faktisch schon erfolgt ist, heißt es in der Gorbatschow-Plattform zum KPdSU-Parteitag vom Februar 1990: "In der Bahn des gemeinsamen Fortschritts der Zivilisation werden - davon sind wir überzeugt - die Ideen des Sozialismus wiedererstehen und zunehmend an Einfluß gewinnen. Die dramatischen Ereignisse in Osteuropa bilden, ungeachtet ihrer Spezifik in den jeweiligen Ländern, eine schmerzhaft und krisenhafte Überwindung der negativen Erfahrungen, die im Kampf um den Sozialismus unter ä-

berst ungünstigen Bedingungen des kalten Krieges und ohne gebührende Berücksichtigung des nationalen Faktors entstanden sind." (Sh, 3/90)

Im August 1990 schließlich mußte auch Gorbatschow zum Klartext übergehen, freilich als Apologet des eigenen Versagens: "Jeglicher Versuch, diese Wandlungen mit Gewalt aufzuhalten, würde nicht zur Festigung der Sicherheit führen, sondern uns an den Rand eines direkten militärischen Konflikts mit der NATO führen, jedenfalls alles zerstören, was in diesen Jahren getan wurde, um die internationalen Beziehungen in die Bahn der Gesundung und der konstruktiven Zusammenarbeit zu lenken." (Sh, 9/90) Damit wurde auch das Hauptmotiv des Disengagements deutlich, nämlich das faktische Agreement mit den USA nicht zu gefährden. Bei Alexander Jakowlew heißt es gar, das Argument der früheren Feinde übernehmend, der Abgang Osteuropas sei darauf zurückzuführen, "daß die jeweilige gesellschaftliche Ordnung unter Verhältnissen der Unfreiheit entstanden ist". (Sh, 7/90)

Während Moskau also anfangs die Prozesse in Osteuropa anstößt und die Freiheit der Wahl deklariert - in Fehleinschätzung der tatsächlich freigesetzten Dynamik, werden nachher Legitimationsformeln gesucht, die genau so auf die UdSSR selbst angewendet werden können und inzwischen längst zum Arsenal der kapitalistischen Restauration gehören. Anstelle einer zügigen Reform des RGW zur Restabilisierung des sozialistischen Systems wurde das Heil im perspektivlosen Disengagement gesucht.

In der Westpolitik stand die Gorbatschow-Politik demgegenüber unter Erfolgswang und mußte alle möglichen kleinen Dinge gleich zu großen Erfolgen aufbauschen. Eine Schlüsselrolle spielten offenkundig die *Besuche Gorbatschows im Sommer 1989 in Großbritannien, Frankreich und der BRD*. Im August 1989 berichtete er darüber vor dem Obersten Sowjet wie folgt: "Westeuropa entwickelt gegenwärtig rascher das Bewußtsein der Notwendigkeit von Verständigung und Zusammenarbeit mit uns, es ist bereit, jedes Problem unter Berücksichtigung der Realitäten und des Interessenausgleichs zu erörtern und Konfrontationsverhalten zu überwinden." "Nirgendwo sieht man einen Rücklauf." (Sh, 9/89) In dieser Sicht ist also das neue Denken dabei, die Welt umzukrempeln.

"Aber überall, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, hatten wir den Eindruck, als sei die Barriere, die uns jahrelang getrennt hat, zusammengestürzt." (Sh, 9/89) Man erinnert sich, es war die Zeit des Höhepunkts der Gorbi-Euphorie, die mit Unterstützung der Regierung und der Massenmedien angefacht worden war. Sie wurde von dieser Seite damals offenkundig als nützlich eingestuft - vor allem im Blick auf die Einflußnahme in der DDR und in Osteuropa. Ein im Meinungspegel so hochgeputschter Führer wie Gorbatschow würde darauf bedacht sein, Aktionen aus dem Wege zu gehen, mit denen er wieder als der brutale Russe mit den Eisenzähnen denunziert werden konnte. Inzwischen zeigt sich nach dem Eingreifen der Moskauer Zentralgewalt im Baltikum, wie schnell der

Goldlack des Friedensnobelpreisträgers mit den Kampagnen der Massenmedien abgeklopft werden kann.

Zur damals unterzeichneten Bonner Erklärung hieß es bei Gorbatschow: "Die Aktualität dieses Dokuments besteht auch darin, daß es den Willen der Völker dieser beiden Länder zum Ausdruck bringt, einen Strich unter die Nachkriegsperiode, unter die komplizierte Geschichte ihrer Beziehungen zieht und eine kreative, vielfältige Zusammenarbeit aufgrund des Vertrauens, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils vorsieht." (Sh, 9/89) Das waren die Präliminarien zur "Lösung" der deutschen Frage 1989/90.

Noch konnte damals Gorbatschow per Saldo feststellen: "Unser außenpolitischer Kurs zeigt eine bestimmte Effektivität, weil er, wie ich glaube, wissenschaftlich fundiert ist und die Herausforderungen der Zeit, die Bedürfnisse sowohl unserer Gesellschaft als auch der Welt, in der wir leben, wahrgenommen hat." (Sh, 9/89) "Erzielt wurde vermutlich ein entscheidender Einbruch in ideologische Barrieren auf dem Wege zu einem neuen friedlichen Europa." (ebenda) Man muß beachten, daß diese Positionsbestimmungen nicht lange nach den repressiven Pekinger Krisenlösungen und wohl in deutlicher Absetzung von einem solchen Weg erfolgten, was es dem Westen gestattete, seinen Bewegungsspielraum ausgreifend zu definieren.

Freilich verzichtete Gorbatschow nicht auf Warnungen vor Einmischungen des Westens. Aber sie bezogen sich auf die traditionellen und offenen militärischen und politischen Pressionen. Aber nicht diese bestimmten in den letzten Jahrzehnten den Kampf der Systeme. Vielmehr ging es um Medien- und Kulturoffensiven, um den technologischen, ökonomischen und massenpsychologischen Krieg - ein Kampf auf Biegen und Brechen, in dem der Westen seinen Modernisierungsvorsprung ein- und umzusetzen versuchte. Dies ist unvermeidlich und kann kaum denunziert werden. Diese Formen des Systemkrieges wurden vom neuen Denken aber völlig ignoriert und deshalb mußte eine Politik, die diesen Leitlinien folgte, auf die abschüssige Bahn geraten. Dieser Vorwurf wäre nur dann gegenstandslos, wenn unterstellt würde, daß von vornherein nichts anderes als eine zivilisierte Form der Übergabe an den Imperialismus angestrebt worden wäre. U.W. war dies jedoch nur die Konsequenz der Politik der Fehleinschätzungen, des Disengagements und des Verzichts auf den Einsatz der Sanktionsmittel der WVO.

Es kann kein Zweifel daran aufkommen, daß das Prinzip der Freiheit der Wahl als progressive Norm des Völkerrechts verfochten werden muß. Aber eine materialistisch konzipierte Politik kann nicht auf die Analyse und Beeinflussung der Bedingungen der Freiheit der Wahl verzichten. Und dazu gehören die zunehmende Internationalisierung, die Integration in Blocks und Paktsysteme usw. So zeigt sich etwa immer wieder, daß für die herrschenden Kreise der NATO-Mitgliedstaaten diese Einbindung für sie

von übergeordneter Bedeutung ist. Das Systeminteresse hat hier das Prinzip der wechselseitigen Rückversicherung geboren. Der Glaube der Apostel des neuen Denkens, mittels einer nachgeholtten Freiwilligkeit stelle sich ein stabilerer Konsens ein, war angesichts der bestehenden internationalen Kräfteverhältnisse ein ausgesprochener Irrtum.

Als Kette von Fehleinschätzungen, Rücknahmen usw. erweisen sich in jener Periode auch die sowjetischen Erklärungen zur *Deutschlandpolitik*. Noch zum 18.1.1990 erklärte E. Schewardnadse: "Die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD können zu einem wirksamen Katalysator der gesamteuropäischen Integrations- und Konsolidierungsprozesse werden, aber auch zu zerstörenden Faktoren, wenn sie bestimmte Grenzen überschreiten und in Widerspruch zur bestehenden internationalen Rechtsordnung treten." (Sh, 2/90) Beide deutschen Staaten gehörten, wie bekannt, der UN an und waren Unterzeichner der KSZE-Schlußakte mit ihrer wechselseitigen staatlichen Bestandsgarantie. Die Interdependenzthese des neuen Denkens beinhaltet ja die Vorstellung, daß die Staatenwelt unabhängig von der sozialökonomischen Ordnung und der politisch-ideologischen Orientierung ihren wechselseitigen Bestand aus Eigeninteresse garantiert. Sie übersah nur die Kleinigkeit, daß im Zweifelsfalle die Klassensolidarität als übergreifendes Interesse wirksam ist. Sonst wäre es kaum zu verstehen, daß die westeuropäische Staatenwelt gegen ihr ureigenstes Interesse die Auslöschung der DDR akzeptierte. Freilich mußten dabei noch weitere Prinzipien, so das Selbstbestimmungsrecht, bemüht werden. In der Anwendung auf prinzipiell gleich gelagerte Fälle (Österreich, Elsaß) müßte allerdings eine katastrophale Situation entstehen.

Noch warnte zu diesem Zeitpunkt Schewardnadse: "Zugleich aber werden die Stimmen jener immer lauter, die das Problem durch die Einverleibung der DDR, durch ihre mechanische Eingliederung in westliche Strukturen lösen möchten. In der Praxis würde dies eine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses in Europa, die Untergrabung der Stabilität auf dem Kontinent mit allen sich daraus ergebenden Folgen bedeuten." (Sh, 2/90) Wie wahr! Kann man anführen.

Ebenfalls in einem am 2.2.1990 veröffentlichten Interview erklärte der damalige Sowjetbotschafter in der BRD, J. Kwisinski, zum Wiedervereinigungsgebot der Präambel des GG und dem entsprechenden Verfassungsgerichtsurteil von 1973: "Ich glaube, das ist eine illusionäre Vorstellung. Das würde das Gleichgewicht und die bestehenden Sicherheitsstrukturen in Europa kappen. Und das würde zu Folgen führen, die von niemandem erwünscht sind, auch nicht von den Deutschen selbst." "Die DDR ist unser Verbündeter, ist unser strategischer Verbündeter, ist unser Freund. Sie können wir, sie dürfen wir nicht im Stich lassen." (Sh, 2/90)

Freilich dauerte es nicht mehr lange, daß die Sowjetregierung von der staatlich garantierten Existenz der DDR Abstand nahm. Dies ging sogar

fast ohne Gesichtsverlust, nachdem der damalige DDR-Ministerpräsident Modrow nach einem Moskau-Besuch Anfang Februar 1990 auch einen Wiedervereinigungsplan vorlegte und von der Verteidigung der DDR-Souveränität abrückte. So konnte Gorbatschow in der "Prawda" am 21.2.1990 vieldeutig sagen, "daß die Geschichte es nun einmal so gefügt hat, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind, und daß die Geschichte auch darüber zu befinden hat, in welcher Staatsform letztendlich die deutsche Nation bestehen wird". (Sh, 3/90) Die Geschichte machte inzwischen die Bonner Regierung in Wechselwirkung mit einer von ihr funktionalisierten Mehrheit der DDR-Bevölkerung. Noch pochte Gorbatschow darauf, das Sowjetvolk habe "ein unveräußerliches Recht, damit zu rechnen und darauf hinzuwirken, daß eine Vereinigung der Deutschen weder einen moralischen noch einen politischen noch einen ökonomischen Schaden für unser Land nach sich ziehen wird". (Sh, 3/90) Die folgenden Monate werden es an den Tag bringen, wie wohlfeil "unveräußerliche Rechte" zu haben sind. Noch gibt es aber in der Bündnisfrage bei Gorbatschow die eindeutige Lesart "der Unzulässigkeit einer Störung des militärstrategischen Gleichgewichts". "Hier muß völlige Klarheit herrschen." (ebenda)

Zwischenzeitlich, als alles schon im Rutschen war, wurde von Gorbatschow noch am 12.6.1990 flugs die "assoziierte Mitgliedschaft des neuen deutschen Staates an beiden Bündnissen" kreierte sowie, daß die Auflösung der WVO von der Auflösung der NATO begleitet werden solle. (Sh, -7/90) Dann gab es die sogenannten Signale der Londoner NATO-Ratssitzung und das Treffen mit Kohl im Kaukasus und von all dem war nicht mehr die Rede. In den folgenden Verträgen wurde die Zugehörigkeit des neuen deutschen Staates, der der alte der nun erweiterten BRD geblieben ist, zur NATO und der Abzug der Sowjettruppen bis 1993 fixiert.

Valentin Falin, früherer Botschafter in Bonn und verantwortlicher Außenpolitiker im ZK-Apparat, belehrte seine Leser am 20.8.1990 wie folgt: "Es gilt, diese Welt und uns in dieser Welt ohne die ideologischen Scheuklappen zu betrachten, die die breite Palette der internationalen Prozesse auf enge orthodoxe Schemata" beschränken. Nun, nach der "Lösung" der Deutschlandfrage beginne für Europa "eine neue, die konstruktivste Epoche seiner Existenz". Die sowjetische Haltung wird als "Investition des Vertrauens auf eine friedliche Zukunft" interpretiert. Noch mokiert er sich, daß man nun in Osteuropa auch die kleinen Kommunisten mit Repressionen eindecke und nicht nur "die Verantwortlichen", "die die Prüfungen durch die Zeit und das Leben nicht bestanden haben. (Sh, 10/90) Zur Erinnerung: diese Verantwortlichen stellten einst die Führungen der engsten Verbündeten der UdSSR, die die Gruppenbilder von den Spitzentreffen zierten. Nun ist nur noch Gorbatschow übrig geblieben. Wenn der Begriff Treulosigkeit einen Sinn hat, dann hier. Trotzdem wünscht man Herrn Falin und seinen Kollegen, daß sie nicht genauso durch die "Zeit" und das "Leben" abgestraft werden.

Ansonsten beschwört Falin das Phantom des gemeinsamen europäischen Hauses und den angemessenen Platz der UdSSR in ihm. Inzwischen dürfte auch hier der Katzenjammer eingekehrt sein, nachdem die EG nicht die geringste Neigung zur Aufnahme der UdSSR zeigt und auch ihre Kreditlinie auf dem niedrigsten Niveau bleibt, aber immer wieder von sowjetischem Wohlverhalten, etwa in der Baltikumsfrage, abhängig gemacht wird. Vielmehr deuten sich die Konturen einer neuen kollektiven Hegemonialstruktur der EG über Europa mit einer starken deutschen Komponente an, in der Osteuropa, einschließlich der UdSSR, der Platz einer subalternen Peripherie zugewiesen werden soll.

Freilich versuchte die sowjetische Politik bei allen nicht aufgegangenen Rechnungen auf eines zu verweisen: "Die Gefahr eines weltweiten militärischen Konfliktes ist gewichen," so in der Plattform vom Februar 1990 zum KPdSU-Parteitag. (Sh, 3/90) Oder Gorbatschow in seiner Antrittsrede als Präsident am 15.3.1990: Mit der neuen Außenpolitik habe sich die "Rolle der Sowjetunion in der heutigen Welt grundsätzlich verändert." "Das Wichtigste dabei ist, daß dies, so kann man sagen, vor der letzten Schwelle getan wurde, als die Welt vor dem Abgrund einer globalen Katastrophe stand." (Sh, 4/90) Alexander Jakowlew meinte gar im Februar 1990, befragt zu den wichtigsten Elementen der gegenwärtigen Epoche: "Erstens, daß wir im internationalen Bereich in eine lange Periode einer friedlichen Entwicklung eintreten." "Zweitens, daß die gesamte Menschheit, unter anderem auch wir, sich der Verwirklichung des Prinzips der Freiheit des Menschen immer mehr nähert." (Sh, 7/90) Dies zeigt, mit welchen Hoffnungen die sowjetische Führung das Abwicklungsgeschäft betrieb, wovon einige Monate später nur noch der schale Geschmack eines falschen Epochenbewußtseins übrig blieb.

Heute muß sogar gefragt werden, ob mit dem Rückzug der UdSSR von ihrer Rolle als Weltmacht die Welt nicht instabiler als vorher geworden ist. Dies betrifft u.a. auch die politischen Fehlkalkulationen der irakischen Führung, die sich wohl noch nicht so schnell auf die subalterne Rolle der UdSSR gegenüber dem neuen Weltgondarm einstellen konnte, einschließlich der Auslieferung der Konstruktionspläne der durch die UdSSR an den Irak gelieferten Waffensysteme an die USA. Erst die Räumung des westlichen Glacis und der Zusammenbruch der WVO ermöglichten den USA und der NATO ihr Militärpotential ohne Risiko von der Ost- an die Südfront des kapitalistischen Imperialismus zu dirigieren und dort einen barbarischen Bombenkrieg zu beginnen. An nichts dachte die NATO weniger als an ihre Auflösung. Nach wie vor dient sie als Druckmittel gegen die UdSSR zur Erzwungung von Wohlverhalten, aber in der Hauptsache scheint sie nun zum Instrument im Nord-Süd-Konflikt zu werden. Es ist bezeichnend, daß die neuen reaktionären Regime in Polen und Ungarn nichts sehnlicher täten, als mit einer Kriegsbeteiligung an der Seite der USA ihr Eintrittsbillet in die NATO und in den Westen zu erwerben.

Noch nach dem Treffen mit Bush in Malta rühmte Gorbatschow im Obersten Sowjet am 12.6.1990 den Erfolg seiner vom neuen Denken geleiteten Außenpolitik mit der neuen Sicht auf die Regionalkonflikte, die man nun nicht mehr durch die Brille des Ost-West-Gegensatzes beurteile: "Man kann also sagen, daß die Kriterien des neuen Denkens in den Verhaltensweisen der UdSSR und der USA in diesem Bereich der Weltpolitik allmählich eine entscheidende Rolle spielen" und daß ein "Weg von der Rivalität zum gegenseitigen Verständnis und jetzt schon zum Zusammenwirken zurückgelegt" sei. Die Haltung der USA zeuge "vom wachsenden Vertrauen, welches die heutige Sowjetunion im Westen genießt". (Sh, 7/90) Auch hier waltet die Selbsttäuschung über die Realitäten einer imperialistischen, auf globale Interessenwahrnehmung gerichtete Politik, die nun sogar wieder in die Rolle des "big stick" schlüpfen kann.

Man darf daran erinnern, daß ein halbes Jahr früher die hochgelobten USA über Panama hergefallen waren und mit ihren Bombergeschwadern einige Tausend Panamesen ermordet hatten, um die Kontrolle über den Kanal sicherzustellen. Selbst der verbale Protest der UdSSR beschränkte sich nur auf das Notwendigste. Vielleicht zeigt sich an keinem Komplex das Versagen des neuen Denkens deutlicher als hier.⁴ Sicher, auch in Zukunft wird der Nord-Süd-Konflikt nicht überall mit reinen Helden und in moralisch sauberen Formen aufbrechen, sondern auch in nationalistischen Bestrebungen von Staaten wie dem Irak. Aber hinter all der verwirrenden Vielfalt der ganzheitlichen Welt muß doch das Wesentliche im Auge behalten werden können, vor allem wenn eine strategische Linie begründet werden soll. Für die frühere sowjetische Außenpolitik war das Bündnis mit der dritten Welt und ihren antiimperialistischen Bestrebungen ein Axiom. Dies muß doch aber auch dann richtig bleiben, wenn ihr die materielle Basis eine globale Rolle nicht mehr ermöglicht.

Ergebnisse und Alternativen

Muß in Erwägung der Ergebnisse der sowjetischen Außenpolitik der jüngsten Zeit das neue Denken als ein inadäquater Versuch zur Begründung einer neuen progressiven internationalen Rolle der UdSSR und des Sozialismus und zur Lösung der Probleme dieser Welt beurteilt werden, so drängt auch die Realität der innergesellschaftlichen Perestroika mehr und mehr zu einer ähnlichen Bewertung.⁵

Der politische Zentrismus der Gorbatschow-Richtung hat zwar die Krise aus der Latenz entbunden und die erstarrten Verhältnisse in die Bewegung gebracht, aber die Grundprobleme sind ihrer Bewältigung nicht näher gekommen. Nachdem die Polarisierung der freigesetzten Kräfte und der politische Flügel zunimmt, scheint die Uhr des bisherigen Zentrismus abzulaufen, der bisher seine Politikfähigkeit aus dem Ausbalancieren der Kräfteverhältnisse beziehen konnte, in die mehr und mehr auch das Aus-

land einbezogen war. Es erwies sich vor allem als Illusion, die Kräfte des Nationalismus und der kapitalistischen Restauration in einen sozialistischen Verfassungskonsens einbinden zu können. Als Verbündete im Kampf gegen den autoritären Staatssozialismus, die stalinistische Vergangenheit und den kommunistischen Konservatismus auf die politische Bühne gerufen, wenden sie sich nun schon längst gegen die Union und die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft. Auf der anderen Seite sammeln sich schon längst nicht mehr nur die konservativen Kräfte des Apparates und des Militär-Industrie-Komplexes, sondern auch all jene, die an den Errungenschaften des Sozialismus und dem Bestand der Union festhalten wollen einschließlich der Kräfte der Traditionen und des russischen Nationalismus.

Auf der Ebene der handelnden Kräfte erscheint das Projekt einer sozialistischen Perestroika vor allem deshalb als gescheitert, weil es im Prozeß der Zertrümmerung der Strukturen des autoritären Staatssozialismus nicht gelang, den sozialen Träger, eine Massenbewegung für die Perestroika zu entwickeln. Offenkundig spielte dabei das ungeklärte Verhältnis von ökonomischer und politischer Reform eine zentrale Rolle. Deshalb entfaltete sich die Perestroika als pragmatischer trial-and-error-Prozeß, der immer wieder zur Verunsicherung der Massen führte.

Dies zeigte sich besonders im Verlauf der durch die Gorbatschow-Führung initiierten Kampagnen für die Einführung der Marktwirtschaft, wobei alle wesentlichen Fragen (Privateigentum, Beziehung zum Weltmarkt usw.) im Nebel blieben. Die Zielsetzungen blieben so vieldeutig, daß sie von den Kräften der kapitalistischen Restauration als Ermütigung aufgefaßt werden mußten und dies umso mehr, als sich viele ihrer geistigen Urheber, so etwa die Gorbatschow-Berater Prof. Schatalin und Prof. Petrakow, als heiße Befürworter des westlichen Neoliberalismus und der Übergangs zum Kapitalismus zu erkennen gaben. Nachdem diese Kampagnen im Herbst ihren Höhepunkt erreichten, mußten ihre Ziele durch die Gorbatschow-Führung bis zum Ende des Jahres 1990 kräftig zurückgeschraubt werden. Offensichtlich dümmert es nun bei breiteren Führungsschichten, daß der Weg in die kapitalistische Marktwirtschaft auch zur Zerstörung der Union führen müßte und Rußland als Anhängsel des Westens auf dem Niveau eines subalternen Kapitalismus erwachen würde.

Auf der anderen Seite wird das Desaster der Außenpolitik breiteren Kreisen bewußt und macht deutlich, daß es mit dem Anschluß an den Westen seine Tücken hat und dadurch bei weitem nicht der Übergang zur High-Tech-Gesellschaft garantiert ist. Schließlich wird offenkundig die Nationalitätenfrage zum Vehikel des Vordringens von Wendetendenzen, die den gorbatschowistischen Zentrismus in die Entscheidungssituation drängen.

Pendelt er zu den Kräften des Anschlusses an die kapitalistische Moderne und die westliche Zivilisation, müßte über kurz oder lang die zentristische Ideologie den Realitäten Rechnung tragen und die sozialistische Drapie-

rung abschminken. Dies würde auch durch das Einrücken der Kräfte der kapitalistischen Restauration in die staatlichen Kommandozentralen begleitet sein. Ob als Zwischenlösung ein populistischer Demagoge wie Jelzin Gorbatschow von der Präsidentschaft verdrängte, wäre nur von zweitrangiger Bedeutung. Diese Variante hat jedoch den wesentlichen Haken, daß in sie der Zerfall der Union und ihre Unterwerfung unter den Westen eingeschrieben wäre.

Die Gegenbewegung speist sich, wie schon vermerkt, in der Hauptsache aus den Quellen der nationalen Selbstbehauptung und der Sicherheitsinteressen der UdSSR und Rußlands. Sie verbündet sich offensichtlich in jüngster Zeit auch mit sozialen Interessen der werktätigen Bevölkerung, die an Errungenschaften des alten Sozialismus festhalten und einer marktwirtschaftlichen Modernisierung mißtrauischen gegenüberstehen. Ihr Sieg würde zur Restabilisierung der etatistischen Strukturen der Sowjetgesellschaft führen und wäre auch mit einem Kurswechsel in der Außenpolitik verbunden. Es würden wahrscheinlich die Strukturen einer kontrollierten Demokratie installiert. Dieses System trüge viele Züge des alten Staatssozialismus, wäre mit diesem aber nicht identisch und auch nicht einfach dessen Verlängerung. Es enthielte für eine absehbare Periode auch Möglichkeiten zur Entwicklung sozialistischer Strukturen. In erster Linie würde es aber neue außenpolitische Bündnisse suchen müssen, die den Anmaßungen des kapitalistischen Imperialismus Paroli bieten könnten.

Nach Lage der Dinge könnte sich eine solche Richtung wahrscheinlich selbst im Bündnis mit dem Zentrismus nur mit dem Einsatz militärischer und staatlicher Gewalt durchsetzen. Die Entwicklung in den sowjetischen Ostseerepubliken im Januar 1991 verweist darauf, daß ein solches Bündnis in den Ansätzen wirksam geworden ist. Ob es entwicklungsbestimmend wird, ist eine offene Frage. Der um die Demokratie in anderen Ländern besorgte US-Senat hat inzwischen mit Warnungen nicht gegeizt und mit der Aufkündigung der guten Beziehungen gedroht. Sie stünden freilich bei der Durchsetzung dieser Richtung zur Disposition. Ob damit eine Militärdiktatur heranreift, die ja die ultimata ratio gegen den Zerfall der Union und der sowjetischen Gesellschaft wäre, hängt von der Eindeutigkeit und Entschlossenheit der derzeitigen politischen Führung und der Praktizierung der Präsidentschaft und ihrer Befugnisse ab und von der weiteren Tendenz der Kräftepolarisierung.

Die Zeithorizonte einer solchen Entwicklung sind schwer abzuschätzen. Aber nach allen Erfahrungen verlaufen Existenzkrisen nicht nach gestreckten Fahrplänen, sondern unterliegen dem Gesetz der Beschleunigung.

Der marxistischen Linken wird es schwer fallen, zu den anstehenden Änderungen eine rationale Haltung zu entwickeln. Aber auch dabei spricht

alles für die Notwendigkeit antiimperialistischer und autonomer Standpunkte.

¹ Vgl. "Z", Nr. 2/1990, S. 201.

² Insofern kann ich nach wie vor der eindringlichen Mahnung von Peter Heß (Vgl. "Sozialismus", Hamburg, Nr. 1/91, S. 24) nicht folgen, doch die Gorbatschow'sche Perestroika mit kritischer Solidarität zu begleiten.

³ M.S. Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987 (Manuskriptabschluß Sept. 1987) - die Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe.

⁴ Das vernichtende Urteil über Gorbatschows Politik und die derzeitige Rolle der UdSSR gewinnt angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Dritten Welt immer mehr Raum. So hieß es nach dem Beginn des Golfkrieges durch die USA in der sehr einflußreichen und faktisch offiziellen "Times of India": "Die Operation Wüstensturm macht klar, daß die Vereinten Nationen nach der Pfeife des Westens zu tanzen haben. Sie hat in Stücke zerfetzt, was noch von den Blockfreien war und dem Nord-Süd-Dialog. (...) Das Neue Denken der Sowjets hat sich genau als das entpuppt, was es in Wahrheit ist, ein Mischmasch frommer Hoffnungen, hochfliegender Plitüden und leerer Slogans. (...) Die Welt ist in die neunziger Jahre gegangen ohne das ausbalancierende Element des Ostens. Das Resultat ist, daß der Westen seine Maßstäbe dem Rest der Welt die Kehle hinunterwürgt." Schließlich gebe es für die Dritte Welt keine Verbündeten mehr, "da Gorbatschow nicht einmal in der Lage war, eine eigene Weltpolitik zu entwickeln", nachdem er sich des Marxismus-Leninismus entledigt habe. (zit. nach Frankfurter Rundschau vom 26.1.91)

⁵ Leider entspringen diese Feststellungen nicht der überspannten Phantasie eines neurotischen und negativen Intellektuellen. In der Weihnachtspost russischer Freunde aus Moskau finden sich Sätze wie: "Wir sind Zeugen einer richtigen Zersetzung und eines katastrophalen Niedergangs, alles - die Union, die Partei, die Wertorientierungen, die Staatsmacht, die öffentliche Moral - alles zerbirst."

Die Freistelle der Sprache

Ein Zusammenstoß am Vorabend der "Krise des Marxismus": Louis Althusser und Fernand Deligny im Sommer 1976

Im Dezember 1976 greift L.A. öffentlich in die politischen Debatten ein, die den 22. Parteitag der KPF vorbereiten. Von nun an bis zum Zeitpunkt seines Schweigens handelt L.A. inmitten des politischen Kampfes um die ideologische Orientierung der KP. Die Lektüre der vielen kleinen Arbeiten, die L.A. zwischen 1976 und 1977 veröffentlicht, lassen aber zugleich einen tiefen Einschnitt in der theoretischen Praxis ihres Autors erkennen. Sein Schreiben in der Theorie bewegt sich auf die Grenzen des - theoretisch - Sagbaren zu. Ersichtlich bildet sich in ihnen eine Sache ab, die nur als Bruch des Schreibens selbst aktualisierbar ist. Dieser Bruch manifestiert sich denn auch in dem kurzen schriftlichen Austausch, in den L.A. im Sommer 1976 mit F.D. trat.

Mein Text interveniert in diesen Vorfall und dokumentiert ihn. Der Vorfall selbst blieb bislang unbemerkt. Das mag daran liegen, daß wir nur das Zeugnis Delignys haben. Der Anlaß, ein unveröffentlichtes Manuskript L.A.'s, war lange verborgen. Auch deshalb spricht mein Text von Vergangenen nicht als Genese, sondern als Aktualität. Er ordnet die Vorgänge, die er vorstellt, um Schriften L.A.'s und F.D.'s, die sich im weiteren Kontext des Sommers 1976 sachlich berühren. Er will den Leser zu einem eigenen Suchprozeß veranlassen. - Bei der bibliographischen Begrenzung dieses Kontextes half mir Reinhard Schweicher.

Materialien

I. Die Spuren: 1) Louis Althusser, *La découverte du docteur Freud* (Juli 1976), in: *Revue de médecine psychosomatique et de psychologie médicale*, tome 25/1983, N° 2, 81 - 97. - 2) Fernand Deligny, *A L.A.*, 7 août 76, in: *Recherches* N° 24/Novembre 1976, 81 - 83. - 3) Die Chronisten: Elisabeth Roudinescou, *La bataille de cent ans. Histoire de la psychoanalyse en France*, 2. 1925 - 1985. Paris 1986 (E. R.). - Etienne Balibar, *Schweig weiter, Althusser!* (E.B.), in: *kultuRRévolution* nr. 20/Dez. 1988, 6 - 12.

II. Der weitere Kontext: 1) Louis Althusser (L.A.): *Soutenance d'Amiens* (Juni 1975). Deutsch in L.A., *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg 1977. - *Histoire terminée, histoire interminable* (Hist.) (1976). Deutsch in: Dominique Lecourt, *Proletarische Wissenschaft? Der "Fall Lyssenko" und der Lyssenkoismus*. Hamburg 1976, 7 - 18. - *Anmerkung über die ideologischen Staatsapparate* (Dez. 1976). In: L.A., *Ideologie und ideologische Staatsapparate, I.c. - Über Marx und Freud* (Dez. 1976). In: L.A., *Ideologie und ideologische Staatsapparate, I.c. (M.,F.)*. - 22. Congrès (Dez. 1976). Deutsch in: L.A., *Die Krise des Marxismus*. Hamburg 1978 (22.). - *Avant-propos* (Febr. 1977). In: Gérard Duménil, *Le concept de loi économique dans 'Le Capital'*. Paris 1978, 7 - 26. Deutsch in: *Prokla* 50/März 1983, 130 - 147 (A.P.). - *Un bilancio critico* (1977). In: *Enciclopedia Europea*, Vol. 7. Mailand 1978, 280 - 282 (B.C.). - *Die Einsamkeit Macchiavellis* (1977). In: L.A., *Schriften* Bd. 2. Hamburg 1987 (E.M.). - *Außerhalb des Kontextes: Freud et Lacan*

(1964). In: L.A., *Positions* (1964 - 1975). Paris 1976, 9 - 34 (F., L.). - Sowie: Barbara Hahn/Peter Schöttler, *Ein Denken an den Grenzen*. In: *kultuRRévolution* Nr. 20/Dez. 1988, 4 - 5 (H., Sch.) - 2) Fernand Deligny (F.D.): *Cahiers de l'Immuable / 3. Recherches* N° 24/Nov. 1976. Aufgenommen in F.D., *Les enfants et le silence*. Paris 1980 (E., S.). - *Entretiens* (Mai 1975). In: *Cahiers de l'Immuable / 2. Recherches* N° 20/Dez. 1975. Deutsch (in schöner Übersetzung) in: F.D., *Ein Floß in den Bergen*. Berlin 1980, 127 - 143. - *Le croire et le craindre*. Paris 1978 (Cr., Cr.). - *Les vagabonds et autres récits* (1942, 46, 50, 55). Deutsch (in stellenweise verfälschender Übersetzung) in: F.D., *Provokateure des Glücks*. Berlin 1984. - Ad F.D.: Pierre-François Moreau, *Fernand Deligny et les idéologies de l'enfance*. Paris 1978. - L.-P. Jouvenet /J.-M. Caillot-Arthaud/Ci. Chalaguier, *Fernand Deligny, 50 ans d'asile*. Toulouse 1988. -

Es hat immer Vorgänge gegeben, die, weil sie schlagartig eintraten, außerhalb der eng bemessenen Aktualität, in der sie aufbrachen, keinen ihnen angemessenen Ort fanden. Sie brechen aus der Linearität aus, in der sich biographisch der Gang der Dinge ereignet. So entgehen sie auch dem sorgsamsten Chronisten. Gelangt der Beobachter zufällig auf ihre Spur, so deshalb, weil er selbst aus dem Kontinuum herausgetreten ist, das ihm in der Regel seinen Ort zuweist. Von der Entschlossenheit seines Bruchs und der methodologischen Stärke, mit der er einen eigenen extremen Standpunkt behauptet, hängt es dann ab, ob er die unscheinbarsten Linien historisch genau an dem Punkt zum Stillstand bringt, an dem sie sich zur Aktualität verdichten. "Aktuell" soll hier nicht in erster Linie der epochale Umbruch heißen, der mit einer "Krise" einhergeht, sondern der innere Einschnitt in der geistigen Produktion, in der sich die epochalen Ereignisse widerspiegeln.

1976, als sich in Frankreich die Krise des Marxismus bereits abzeichnet, hatten L.A. und F.D., jeder auf seine Weise und unabhängig voneinander, ein Jahrhundertwerk geschaffen, der eine auf dem Feld der Theoriebildung, der andere auf dem der Menschenbildung. Ein Motiv verbindet sie und führt sie schließlich aufeinander zu: die unerbittliche Ablehnung der Rede vom Menschen als Subjekt, das in seinem Selbstbewußtsein Grund und Einheit hat. Beide hatten die Geltung ihrer Kritik in alternativer Praxis erprobt, der eine im Umgang mit dem "Menschen als Subjekt" der Erkenntnis, der andere mit dem "Menschen als Subjekt" der Erziehung. Zu dem Zeitpunkt, als sie schreibend aufeinander zuzogen, standen sie auf dem Höhepunkt ihres Wirkens; zugleich aber näherten sie sich bereits der Grenze, jenseits derer das Schreiben an den Schranken des Sagbaren in das Unsagbare des eigenen Schreibens umschlagen mußte.

Seit 1980 schweigen sie beide, L.A. und F.D., zwei Partisanen in der kommunistischen Bewegung Frankreichs.

Spuren

Ende 1983 erscheint in einer in Toulouse hrsg. Zeitschrift für psychosomatische Medizin ein Text von L.A., 'La découverte du docteur Freud'. Was eine etwas geheimnisvolle Fußnote errahnen läßt, wird durch einen Brief L.A.'s., den 'Le Monde' am 11. 5. 1984 veröffentlicht, gewiß: der Text war nicht autorisiert. Über die Umstände seiner Entstehung erfuhr die französische Öffentlichkeit 1986 durch Elisabeth Roudinescou, die deutsche zwei Jahre später durch Etienne Balibar, beide enge Freunde des Autors. Bei dem Text handelt es sich, so L.A., um ein im Juni 1976 "etwas eilig" niedergeschriebenes Manuskript, aus dem er auf dem internationalen Kolloquium über "Das Unbewußte", das 1979 in Tbilissi veranstaltet wurde, vortragen wollte. Dazu ist es nie gekommen. Der Chronist berichtet hierüber: "Gleichzeitig (mit Absendung an den französischen Organisator [der auch der Hrsg. der Toulouser Zeitschrift ist, H.Z.]) hatte er, wie es seine Gewohnheit war, Kopien des Textes an einige Freunde geschickt und sie um ihre Meinung gebeten. Wie ich später erfuhr, hatten außer mir auch Elisabeth Roudinescou, Jacques Nassif und Michel Pêcheux Abzüge erhalten. Alle drei, so schien es, hielten den Text für falsch und gefährlich und rieten Althusser von einer Veröffentlichung ab" (E.B., 7). Diese Angaben stimmen mit denen E.R. überein. L.A. zog das Ms. zurück. Über die Gründe können wir nur mutmaßen. In jedem Fall ist die Behauptung E.R.'s., L.A. habe in seinem Text Jacques Lacan ein "vibrant hommage" (E.R., 646) dargebracht, sachlich falsch. Das Gegenteil ist der Fall. So werden Zweifel an der Lektürefähigkeit des Freundeskreises geweckt. Da trifft die Beobachtung E.B.'s., L.A. habe, im Gegensatz zu seiner 64er Position (F.L.) im Sommer 1976 J. Lacan die Authentizität der Freud-Lektüre abgesprochen, schon eher zu. Das, was Althusser 1976 Lacan als eigene Leistung zubilligt, war nicht die Weiterführung der Freudschen Lehre, sondern eine dieser übergestülpte "Philosophie der Psychoanalyse". Wir haben es geradezu mit einer gegen Lacan gewendeten "Entdeckung des Doktor Freud" zu tun. Daß der 64er Text und der 76er in ihren Schlußfolgerungen "diametral entgegengesetzt" sind, war denn auch E.B. aufgefallen. Ob es allerdings zutrifft, daß in beiden Texten "ganze Argumentationsketten ähnlich und einige Formulierungen identisch waren" (E.B., 7), bliebe zu überprüfen. Tatsache ist, daß der neue Text, den L.A. im Dezember 1976 "Über Marx und Freud" schreibt, J. Lacan noch nicht einmal erwähnt. Unsere Optik auf die Vorfälle des Sommers 1976 ist nicht die des Freundeskreises und derer, die sich kennen. Wir entfernen uns aus Paris an einen barbarischen Ort; wir ziehen uns zurück auf ein nur noch kartographisch vermeßbares Terrain experimenteller Erziehung, irgendwo in den südlichen Cevennen. Von diesem uns unbekanntem Terrain schrieb Fernand Deligny Anfang August 1976 folgenden Brief:

"An Louis Althusser

Offen gesagt, nichts in Ihrem "eiligen" Text, 'La découverte du Docteur Freud', stößt mich ab. Ganz im Gegenteil.

"Abgestoßen", überrascht, verwirrt ließ mich die Lektüre Ihres Textes "Freud und Lacan" aus den "Positionen", die mir eine "alte" Aktivistin der K.P. kürzlich zukommen ließ. Um Ihnen zu sagen, daß man über meine Bildung wacht. Freud - Gajilél? Eher Christoph Kolumbus, der, aufgebrochen zur Entdeckung des Seewegs nach Indien, auf Amerika stößt und glaubt, er sei angekommen. Hat er Zweifel? Seine Nachfolger haben keine. Gewiß handelt es sich um Indien - im vorliegenden Fall um ein neues Verständnis des Menschen - was dadurch bewiesen sei, daß es voller Indianer ist. Aus diesem "Irrtum" ist ihnen der Name geblieben. Doch kann man von Irrtum sprechen, wenn es um die Entdeckung eines Kontinents geht? Freud bricht auf zur Eroberung des Menschlichen, und er entdeckt den Menschen. Das ist schon ganz ordentlich. Sicher; doch sollte man auch über den Menschen, nicht das Menschliche sprechen. Man sollte nicht eine Sache auf den Namen 'menschlich' taufen, was (nur) in die Zuständigkeit der Menschwerdung fällt.

Das ist - seit langem - mein Standpunkt gegenüber der Entdeckung des Doktor Freud. Sie sprechen zu mir über das "Wir der Sprache".

Wenn man *S* das schreibt, was die "Reichweite" der Psychoanalyse aufschlüsselt (Sexualität, Symbolik, Signifikant usw.); dann ist *N* das, was die Sache aufschlüsselt, die wir suchen. *N*, das, was das (autistische) Individuum - dem gegenüber die (aktuelle) Menschwerdung ('hominisation') keine Wirkung hat - ausspäht, weil es in seine "Zuständigkeit" fällt. *N*: dort, wo das "Menschlich-Rohes" mit Merkzeichen versehen wird -, was dem "rohen Menschen" gerade entgegengesetzt ist. Natürlich weiß ich, daß die Suche nach der Existenz dieses "Menschlich-Rohen" Gefahr läuft, eine bloße Ansammlung flauer Humanismen zu bilden. Deshalb die hartnäckige Durcharbeitung einer Praxis, die, was unvermeidbar, ständig auf dem Holzweg ist, aber die ich beharrlich behaupte und durcharbeite, damit sie die ideologische Überfrachtung des unscheinbarsten Wortes dieser Sprache, die uns zu dem macht, was wir sind, sprengt.

In der "Beantwortung" Ihres Textes, 'Die Entdeckung des Doktor Freud, schicke ich Ihnen beiliegend einige Seiten (s. u.) zu, die ich improvisierte, während ich Sie las; Gefahr laufend, daß sie Sie in mehr als einem Punkt abstoßen. Doch "braucht es den Schock", damit einige Funken gesunder "Gewalt" schlagen, die sich nicht (nur) in Kurbelrückstößen äußert, die (nur) von selbst entstehen.

In Freundschaft
7. August 1976" (E., S., 139 - 141).

In dem 64er, aber auch noch in dem 76er Text L.A.'s stoßen wir auf eine Äußerung J. Lacans, der Althusser "große Kühnheit" zubilligt: "Das Unbewußte ist strukturiert wie eine Sprache". In direktem oder indirektem Zitat treffen wir ebendiese Äußerung in manchen Essays wieder, die F.D. zwischen 1975 und 1977 schrieb. Die Äußerung Lacans behauptet die Universalität des Sagbaren. Delignys Praxis können wir als den lebenslangen "Versuch" kennzeichnen, die Unwahrheit dieses Satzes zu demonstrieren. Der permanente Widerstreit zwischen Delignys anti-pädagogischer Praxis und der psychoanalytischen Antipsychiatrie einer Dollo, einer Mannoni oder eines Guattari verdichtet sich in der Widerrede gegen diesen Satz. In ihr begegnen sich im Sommer 1976 L.A. und F.D.. Sie begegnen sich, sachliche "Zuständigkeiten" abgrenzend, im Spannungsfeld zwischen "Lesen und Schreiben".

Die Differenz in der Sache manifestiert sich in den uns vorliegenden Dokumenten als beider Kritik am Sprachgebrauch, am Gebrauch der Worte "Mensch", "Subjekt", "Bewußtsein", "Identität" usw. Auf den ersten

Blick läge es nahe, ähnlich einem früheren Vorschlag L.A.'s, nun antithetisch zu verfahren und die ganze Aufmerksamkeit der Kritik auf die Operativität des "Anti-Humanismus" zu konzentrieren. F.D. macht aber einen anderen, weit radikaleren Vorschlag. Er lenkt den Blick seines Briefpartners auf den *Vorgang des Schreibens*. In seinem Anschreiben "An L.A." tritt die sachliche Differenz, einmal abgesehen von dem Gleichnis "Freud - Kolumbus", nun als Gegenüberstellung von Schriftzeichen auf. Verschriftlichung heißt der Vorgang, in dem wir Zeichen setzen, (S) und (N); zeichensetzend grenzen wir eine Schreibweise gegen einen Wortgebrauch ab, mit dem wir uns in tradierten Sinnzusammenhängen bewegen. In (N) werden die Zeichen für die Sache, für die F.D. "zuständig" ist, verschriftlicht. Es handelt sich um Zeichen eines kartographisch entwickelten Codes. Die Exaktheit der Linien, Kreise, Winkel usf. befreie die Sache der Erziehung aus der "Zuständigkeit" des Subjekts. Denn niemals bezieht sich der Vorgang der Verschriftlichung, die Festlegung des Umgangs mit den Zeichen, auf ein Klientel. Sprachliche Übertragungen, deren Normalität ein Subjektsubstrat erfordert, finden nicht statt.

Das Schriftzeichen (N) fordert den Leser auf, eine Sache in einem Suchverfahren mit "Merkzeichen" zu versehen. Die Leserin beugt sich über eine Karte, auf der ein Inventar von Linien, Kreisen und anderen kartographischen Spuren eingezeichnet ist. Die Sache, die in F.D.'s Erziehungspraxis mit "Merkzeichen" versehen wird, nennt er das "Menschlich-Rohe". Sie widerfähre einem der Sprache nicht-mächtigen Kind, das mit den Dingen "im Handgemenge ist", die es umgeben. Die Erziehung ordnet lediglich die Mittel kartographisch an, die es dem Kind erleichtern, seinem Umgang mit den Dingen eine rituelle Dichte zu verleihen. Die Erzieherinnen messen Strecken und Wege aus, zeichnen die Spuren des Gangs ("erre") nach, auf dem die autistischen Kinder ihren Umgang mit den Dingen gleichsam ritualisieren.

(N) - ist eine Leseregeln: "ne pas perdre le Nord" - , eine umgangssprachliche Wendung, die heißt "nicht die Orientierung verlieren", in der Sprache der Navigation. Die Befolgung dieser Regel beginne, so F.D., mit der Aufzeichnung der lexikalischen Varianten des Wortes "erre" (Gang). *Erre* ist die lexikalische Festlegung der Vorgänge, die innerhalb des durch (N) festgelegten Codes ablaufen. "Der Gang", das ist zunächst einfach die Art und Weise, sich vorwärts zu bewegen, die Suche nach dem Weg. Daher dann die lexikalische Nähe zu dem Infinitiv "errer", *umherirren*, von einer auf die andere Seite wechseln. Indessen kann der Wortgebrauch auch umschlagen in die institutionalisierte Sprache, wenn "irren", unter der Annahme, es gelte eine gesetzte Norm, heißt, von der Wahrheit abweichen.

In diesem Fall hätten wir das dingliche Suchverfahren in (S) "übertragen", es mit Hilfe sprachlicher Verfügungen dechiffriert. Das Wort, das lexikalisch hier hineinspielt, und den Abstand zwischen Merkzeichen auf

einer Karte in die Sprache der Abweichungen von einer Wahrheit "überträgt", heißt "*erreur*" (Irrtum). Von "Irrtum" zu sprechen scheint Sinn zu machen, wenn wir symmetrisch zu ihm "Wahrheit" als eine mit Rechtsgeltung ausgestattete Instanz ansehen.

Diese Instanzen "stellen" Irrtümer "richtig". Wir wissen, daß L.A., 1976, im Wirken teleologisch agierender "Instanzen", die Irrtümer "verschweigen", indem sie sie "richtigstellen", ein Symptom der *Krise des Marxismus* sah. Ihnen entgegen stellte Althusser seinen Vorschlag, dialektische Figuren asymmetrisch zu benutzen. Solchen Gebrauch nennt er, den bisherigen Gewohnheiten gegenüber, paradox. "Irrtum" sei nicht die Abweichung von einer Wahrheit, sondern ein Suchverfahren, indem häufig von der einen zur anderen Seite gewechselt wird, die Abstände sich zu Extremen polarisieren, wenn in einer bestimmten politischen Konstellation die widersprüchlichen Verhältnisse sich beschleunigen oder verlangsamen (Hist., 12 - 13).

Schreiben nennt Deligny das Vorhaben, das seine "Versuche" (tentatives) durchzieht. Schreiben heißt, mit eigens gesetzten Schriftzeichen operieren. Schreiben heißt, nicht Erfahrungen in Sprache "übertragen", sondern die Bildung eines eigenen Zeichensystems zur Erfahrung der Erziehungspraxis machen. Louis Althusser's Entdeckung des Schreibens begann bekanntlich mit einer radikalen Infragestellung des *Lesens*. Er hob Lesen in den Rang einer Methode theoretischer Forschung; bestimmte es als regelsuchenden Weg der Theoriebildung. Der Leser sollte dahin geführt werden, den Text als eine Praxis des Schreibens zu erkennen; er sollte seinen Beitrag dazu leisten, den Text von der Allgegenwart des Autors als Subjekt zu emanzipieren. So überrascht es auch nicht, daß die zahlreichen Texte, die L.A. im weiteren Kontext seiner Begegnung mit F.D. schrieb, den Blick bereits auf die Schreibweise als einer Praxis der Theoriebildung lenken. Schreiben könnte nun, ähnlich F.D., zum Experiment an den "Grenzen des Sagbaren" werden. Deshalb folgen wir dem Hinweis, L.A. sei Mitte der 70er Jahre bis an die Grenzen der "Schreibweise in der Theorie" gegangen (Ha., Sch.).

Motive des Schreibens

Im Kontext des Sommers 1976 tritt das "Schreiben an Grenzen" in drei verschiedenen Perspektiven in den Blick L.A.'s: 1) als Bildung von Leseregeln im "Vorwort" zum Buch Duménils (A.P.); 2) als methodischer Bruch mit der Scholastik wissenschaftlicher Disziplinen in der "Einsamkeit des Macchiavellis" (E.M.); 3) als "Topik", dem Suchverfahren nach dem Ort, an dem die Sätze einer Theorie "tätig" werden, im "Bilancio Critico" (B.C.) und in "Über Marx und Freud" (M., F.).

1) Die Regel lautet, nur den Text zu lesen, der tatsächlich auch geschrieben wurde. So stellt sich Lesen als eine Bewegung dar, die tätig ein

(theoriebildendes) Terrain besetzt, durch ihre eigene Schreibweise die bereits abgesteckten Grenzen genauestens nachzeichnet und sie ggf. versetzt. Lesen definiert die durch es besetzten Felder als endliche, begrenzte Räume des Schreibens. Nichts - lexikalisch, terminologisch, begrifflich, propositional - überläßt der konstruktive Vorgang des Besetzens interpretativen Deutungen, die, von außen herkommend, sich Leseräume aneignen. Die traditionelle Figur, die Lesen, das als Suchverfahren agiert, bekämpft, ist die Figur der Selbstbewegung der Ideen. Jenes Lesen kehrt die scholastischen Vorschriften um. Gehorsam befolgen wir doch die Vorschrift, so L.A., "Das Kapital" nicht zu lesen, sondern es zu studieren. Die inverse Regel aber lautet: mensch studiere "Das Kapital", um es zu lesen. Die Lesebewegung folgt dem bewegten "Wie" des Textes: lesend beobachten wir die Bewegungen, in denen der Text als "Schreibweise" am Werk ist. L.A. hob das Lesen in den methodischen Rang der Darstellung.

2) Es gebe eine Schreibweise, veranschaulicht an den Texten des Macchiavellis, deren Gedanken (Sätze) "schlagartig" auf uns wirken. Eine Schreibweise, die uns aus den überlieferten Gewohnheiten wissenschaftlicher Diskurspraxis herausreisse. "Ganz wie ein unendlich naheliegender Gedanke, auf den wir allerdings noch nie gekommen sind - und der Macht über uns gewinnt, indem er uns ins Stocken bringt" (E.M., 16). Ein Gedanke, der sich den Widersprüchen, die er bewegt, gegenüber tolerant verhält und sie in der Schwebelast läßt, wird sich dem Eindeutigkeit erheischenden Zugriff seiner Interpreten entziehen. Gewinnt er eine ihm eigene Schreibweise, so sei sichergestellt, daß er weder eine wissenschaftliche Linie fortschreiben, noch eine neue Kontinuität begründen werde. Manifestation einer konkreten Konstellation, wirkt er in sie als "schlagende Überraschung" und stößt uns hinein in das "aktuelle Moment" ihres Wachseins.

3) Wir betätigen im Vorgang der Verschriftlichung einen nicht-beliebigen Bruch. Ein Motiv durchzieht ihn und erinnert uns an den Ausgangspunkt: zu brechen mit der "Ideologie des Menschen als Subjekt, dessen Einheit durch das Bewußtsein gesichert und gekrönt ist" (M., F., 98). Von diesem Schnittpunkt wäre auszugehen, um den Ort zu suchen, an dem die Gedanken (Sätze) einer Theorie "tätig" werden, an dem sie aus ihrem "zentrierten Ganzen" (M.,F.,104) ausbrechen und beginnen als aktuelles Ereignis zu wirken. Der "tätige" Eingriff binde die Sätze einer Theorie indessen an die ideologische Form ihrer Aktualität. Daher resultiere der "konfliktuelle" Charakter jedes Eingriffs und die Forderung, die Regeln einer "Topik ohne Zentrum" (M.,F.,105) zu suchen. Denn die, wie immer widersprüchliche "Ideologieform" sichere und schütze organisatorisch die Tätigkeit der Sätze (B.C.,281). Die "Topik" bildet den Ort, an dem die "Theorieform" der Gedanken sich im Verhältnis zur Ideologieform ihres aktuellen Eingreifens bestimme. Anderenfalls entmaterialisiere sich die

Theoriebildung zu einer Art "spontaner Philosophie ohne Objekt", einer als Wirklichkeitsphilosophie auftretenden Ideenlehre.

Eingrenzung der historischen Aktualität

Im Juli 1976 - wir dürfen mutmaßen, daß er Althusser's Freudms. bereits erhalten hat - schreibt F.D.:

"An F.C. - Emile Coperman, vom Verlag Maspéro, schickte mir zur selben Zeit, als ich Ihren Brief vom Ende Juni erhielt, einige Bücher Althusser's; ein für mich schwieriger Brief; denn ich bin mit den Worten, die Sie gebrauchen, (als ob) sie unfehlbar seien, wenig vertraut. Kaum hatte ich die Lektüre von "Philosophie und spontane Philosophie der Wissenschaften" beendet, erkenne ich mit einem Schlag sehr viel mehr von dem, was Sie mir als Ihre Meinungsverschiedenheiten über das sagen, was ich manchmal in polemischem Ton behauptete. Polemik mit wem? Mit der Sprache. Es überrascht mich nicht, wenn Sie mir entgegen, ich müßte mich im Gegner täuschen. Gleichwohl, "Ideologie", was ist das? Sprache, was sonst. Ich sollte sagen: aus was besteht sie, so wie man sagt, ein Tisch ist aus Holz. ... - Vielleicht naht der Augenblick, uns enger an diese Praxis der Karten zu halten, ... (um) uns aus den ideologischen Gleisen herauszuführen, die besonders eingefahren sind, wenn es sich um Kinder handelt. Und mit gutem Grund: das Tier reproduziert sich; der Mensch reproduziert das Sich, das sich bevorzugt für das Subjekt der "Geschichte" hält - und sei es nur seiner eigenen.

Das von L.A. vorgeschlagene Schema: "Praxis, Philosophie, Spontane", "Weltanschauung", ich glaube es zu verstehen. ... Was geht also "in" einem Versuch ('tentative') vor, einem "gemeinsam" durchgeführten Vorhaben? Die Dinge laufen so ab, als ob man (sich) eine Mikro-Ideologie erstellen müßte - so etwa in der Art, wie wir von einem Mikro-Klima reden. - Ununterbrochen müssen wir (uns) unsere Haltungen und Einstellungen kräftigen, ihnen Kohärenz verleihen (...) in einem bestimmten Augenblick gelangt man an einen Punkt, an dem man die Ideologie "packt" und (versucht) ihr den Hals zu brechen ... so wie andere versucht haben, das gleiche mit der Eloquenz zu machen - , vergebens, wie der Gang der Geschichte lehrt. ... Der Ideologie den Hals brechen, kann nur heißen, einer gegnerischen Ideologie den Hals brechen, damit eine andere atmen kann. Das muß es sein, was mit Diktatur des Proletariats bezeichnet wurde. (...) - Die "Karten", der Fund unserer Praxis, sind die Gelegenheit, sind der rechte Augenblick, der Sprache, welche die Ideologie befördert, den Hals zu brechen. (...) - Wenn ich es also recht verstehe, so "bricht" der Marxismus, bei Althusser, dem Menschen, den Humanismen, "den Hals", so wie wir, mit gleichem Schwung, der Person. (...) es ist gewiß richtig, daß ich vom "Menschlichen" rede. Doch auch hier handelt es sich im Grunde genommen um ein "Anti-Wort"; das, was es evoziert, befindet sich genau an den Antipoden jeden "Humanismus". - Ich bestehe darauf, gegen und "trotz allem", daß es "Menschliches" gibt; daß es also die Gattung gibt; daß es, zu guterletzt, ein Unwandelbares gibt. Doch ebenso wie die Geschichte hat dieses Unwandelbare dort weder Subjekt, noch Objekt, noch Ziel. Was nicht heißen soll, daß ebendieses Unwandelbare, so wie die Geschichte, nicht existiere" (E.,S.,121-125).

Im Sommer 1976 steht F.D. am Zenith seines literarischen Wirkens. Coperman hatte 1975/76 in seiner Reihe "malgré tout" (trotz allem) in rascher Folge drei Bücher Delignys publiziert. Gemeinsam mit den als Taschenbuch wiederaufgelegten Schriften aus der Zeit der "Libération" (1944-47), den in der anti-institutionellen Erziehung legendären "Vagabonds efficaces" (wirkenden Vagabunden), tritt plötzlich ein Werk hervor, das außerhalb aller Gedankenreihen und Diskurslinien steht. Bis 1980 folgen sechs weitere Bücher, jedes für sich ein Zeugnis strenger Methodik des Schreibens.

"Tentatives" (Versuche) nennt F.D. die verschiedenen Phasen seiner Praxis, aber auch die Methodik seiner Schritte. Das Wort bezeichnet ein

experimentelles Herangehen, in dem immer die Produktivität des Scheiterns aufbricht, das Ergreifen einer neuen Initiative. Es gelte, die Sache Erziehung vorzeitig, noch im rechten Moment abubrechen; sie schlagartig an anderer Stelle wieder aufzunehmen; nie die Initiative verlieren; Gegensätze nicht auflösen, sondern auf ihre Extreme hinführen; Brüche offen- und sichtbarhalten: Motive, die sich sachlich um den einen thematischen Schwerpunkt zentrieren, der alle seine "Versuche" durchzieht: den des *Subjektbruchs*. Die Kinder und Jugendlichen, mit denen F.D. arbeitete, durchlebten diese Thematik auf drei verschiedenen Intensitätsstufen: 1. im Gesellschaftsbruch leben ("vivre en rupture de société"); 2. im Institutionsbruch leben (vivre en rupture d'institution) - eine Zwischenstufe; 3. im Subjektsbruch leben ("vivre an rupture de sujet").

1) Inmitten verhaltensauffälliger Kinder leben hieß, so F.D., für eine Zeit, in der Verhaltensauffälligkeit eine soziale Norm bildete, im Spannungsfeld eines "Freiseins" zu leben, in dem Freiheit nur bedeuten konnte, "Freiheit zu haben", also, sie sich zu nehmen. Geschützt durch den Psychologen Henri Wallon und die politischen Kräfteverhältnisse während der Libération, hielt er den ihm zugewiesenen Erzieherinnen und Erziehern vor, Anpassung setze die Unangepasstheit der Angepaßten voraus. Den neuen Erziehertypus - in der Regel handelte es sich um arbeitslose Proletarier - nannte er, analog zum Vagabundenleben der Zöglinge, "wirkende Vagabunden" oder, noch schöner, "Provokateure der Freude". Die "Erzieher" setzten alle erdenklichen Mittel ein, um sogen. "circonstances", wie sie aus der Psychologie Wallons geläufig sind, materiell zu schaffen, im gelungensten Fall waren es habituelle "circonstances". In ihnen verwirklichte sich Erziehung als Selbstzweck: Freude provozieren, Freude, deren einzige raison d'être die Lust ist, die das Individuum in eben diesen "Umständen" lebt.

2) Mit dem Zusammenbruch der Libération endete auch die "Aktualität" des "Versuchs". Der ideologische Schutz, den sein Partisanenstatus beinhaltet, zerbrach. Vagabund unter Vagabunden wurde F.D. immer stärker mit der Normalität der Sprache konfrontiert und, durch diese vermittelt, mit der erstarkten normativen Kraft der Institutionen. Nach einem scharfen Einschnitt und einer längeren Unterbrechung, während der F.D. sich schreibend an die "Freistelle der Sprache", die er zu beobachten glaubt, herantastet, folgen Phasen des Ausbruchs, negativ definierbare Vorgänge: Ausbrüche aus Subjektszentrierungen, Identitätsbildungen, immer auf der Suche nach der normstiftenden Kraft verhaltensauffälliger Kinder, die im Subjektsbruch leben. In der ersten Hälfte der 60er Jahre nimmt er als teilnehmender Beobachter, gemeinsam mit Guattari und Oury, am anti-psychiatrischen Experiment der Institution "La Borde" teil. 1964 erklärt er diese vierte "tentative" als für sich gescheitert. Sein Mißtrauen gegenüber dem Gebrauch der Sprache ("parole") akzentuiert sich; er bricht abrupt mit der Psychoanalyse. F.D. zog sich in die Cevennen, sein Asyl, zurück.

3) Asyl wovon: vor der Vorherrschaft des Sagbaren, der Macht sprachzentrierter Therapie und Erziehung; Asyl wozu: Menschen zu finden, "für die es normal ist, Normen aufzubrechen und neue zu stiften" (G.Canguilhem); Asyl mit wem: gemeinsam mit autistischen Kindern. Er ist sich sicher, im Umgang mit ihnen den anthropogenetischen Punkt im "Werden der Natur zum Menschen" (Marx, 1844, den F.D. zitiert) gefunden zu haben. Er sucht diesen Punkt durch die territoriale, kartographische Einbindung von Menschlichem in ein Netz der Dinge (Kreise, Quadrate, Rechtecke, Winkel usw.). In mühseliger Kleinarbeit konstituiert F.D. die Normalität der "Freistelle der Sprache"; seine Karten zeichnen die Norm ("coûtumier") des von "Natur aus menschlichen" nach, das die Menschennatur aufbricht und neue Normen (der Menschwerdung) schafft. - Noch einmal sei an Canguilhem erinnert, dessen frühen epistemologischen Entdeckungen F.D. und L.A. gleichermaßen viel verdanken. Sinngemäß schrieb er: so sehr sich ein Lebewesen auch von bestimmten Formen (die uns auf den ersten Blick "normal" erscheinen) entfernen mag, so selten es auftritt, mit Bezug auf jede dieser Formen, von denen es abweicht, ist das Lebewesen normativ; denn es verhält sich ihnen wertend gegenüber.

Die Antwort an L.A.

Sie enthält, u. a., eine Art Widerrede gegen ein bestimmtes psychoanalytisches Verständnis des Unbewußten. Die Umständlichkeit, mit der F.D. dabei zu Werke geht, erklärt sich durch sein beharrliches Suchen nach einem anthropogenetischen Bezugspunkt für seine Praxis. Er hat eine bestimmte, französische Psychoanalyse in Verdacht, mit dem Unbewußten nicht als einem Netz eigener Beziehungen, sondern als einem biologisch-organischen Substrat zu operieren, dessen "Struktur" Sprache sei. In einem seiner "Fahrtenbücher" ("cahiers" - "cahiers de route") hatte er notiert, sein Schreiben vermeide das Unbewußte; denn es falle nicht in seine Zuständigkeit. Er setze an dessen Freistelle das Wort "Unwandelbares" (immuable) ein. Mit dem Gebrauch dieses Wortes soll der Normalität, aus deren Definition Sprache nicht zu tilgen ist, eine Grenze gesetzt werden. Die Grenze heißt: "Das von Natur aus Menschliche". Seinem Wortgebrauch stehe, so F.D., der entgegen, der "unwandelbar" mit dem Wesen des Menschen in Verbindung bringe ("la nature humaine"). In diesem Fall kennzeichne das Wort "unwandelbar" das immergleiche Bild, das sich der Mensch von sich selbst macht, und von dem er, F.D., vermute, daß es für alle Menschen gelten soll, sofern sie ihrem Wesen nach Menschen seien. Die mit diesem Gebrauch gesetzte Norm des Menschenlebens aber werde, so Canguilhem, nicht positiv, sondern privativ empfunden. Das Ausschließung anzeigende Kriterium der (Menschen-)Ähnlichkeit habe ihn, F.D., stets alarmiert. Wenn die

Menschen festlegen, sie seien nur einander ähnlich, bedeute das, sie ziehen Grenzen, organische Grenzen, jenseits derer das Kriterium des Menschlichen keine Geltung mehr besitze.

F.D. an L.A.:

"Die Wirkungen des außergewöhnlichen Abenteurers, das von der Geburt bis zur Vernichtung des Odius ein kleines, von einem Mann und einer Frau gezeugtes Tier in ein kleines menschliches Kind verwandelt, Wirkungen, die sich bis in den überlebenden Erwachsenen erstrecken" (L.A., Freud et Lacan).

Ich sage hierzu, daß dieses "kleine biologische Wesen" menschlich ist, biologisch menschlich. Und es wird das Abenteuer leben müssen, Mann oder Frau zu werden.

Hierbei dann ereignet sich das "Massaker der Unschuldigen". Die symbolische Ordnung, wohl einen "Riß" in diesem "von Natur Menschlichen" ausnutzend, wird sich einrichten. Möglicherweise ist dieser "Abdruck", wie Lacan, von Freud herkommend, sagt, "strukturiert". Das ändert nichts daran, daß die symbolische Ordnung eben auch und zugleich eine kulturelle Ordnung ist.

Wir haben es folglich mit zwei "Ordnungen" zu tun, die nicht "von gleicher Art" sind: die eine gehört zur Gattung im eigentlichen Sinn; die andere ist das Werk des selbstbewußten Menschen.

Ich verstehe gut, was an dieser Unterscheidung als "skandalös" gilt, und wie sie ihren Urheber als eine Art ideologisches Überbleibsel verortet. Doch kehren wir zu diesem "Riß" in dem "von Natur Menschlichen" zurück, der die symbolische Ordnung ermöglicht oder sie erheischt.

Unzählige Arbeiten haben sich mit der "Ordnung der Sprache" beschäftigt. Kaum eine Spur haben wir von "dem Menschlichen" - in dem von mir verstandenen Sinn - sieht man einmal von dem ab, was von den Humanisten abpralle, und die sind doch nur von sehr zweifelhafter Qualität, wenn nicht gar schlimmer.

Trifft es zu, daß von der "menschlichen Natur" zu sprechen Indiz eines angeborenen ideologischen Schwachsinn ist, so befinde ich mich in bester Gesellschaft: "Wir sind in der Weise der menschlichen Natur gegenüber Fremde, daß eine direkte Sprache dieser Natur uns als eine Verletzung der menschlichen Würde erscheint; die entfremdete Sprache der materiellen Werte scheint uns als die des Menschen allein würdige Sprache zu sein, die sich vertrauende und ihrer selbst bewußte, begründete Würde" (K.Marx).

Dieses Selbst, auf dem K.Marx in einer Weise insistiert, die wie Hohn klingt, das ist nichts anderes als die Person. Mir ist es fast gleichgültig, ob diese Zeilen nun vom "jungen" K.Marx stammen oder von dem K.Marx, der Herr ist über seine Äußerungen. Handelte es sich hier gar nur um einen "Herzschrei", man sollte die Mühe nicht scheuen, ihm zuzuhören; schließlich ist es dieser Schrei, der, einmal ausgearbeitet, das spätere Werk hervorgebracht hat. Ich denke, eine i.e.S. direkte "Sprache" dieser "Natur" gibt es nicht. Vielmehr denke ich, daß jede Sprache - Sprache als solche - deshalb entfremdet ist, weil sie von "Worten" durchdrungen ist, die auch dann noch materielle Werte sind, wenn sie sich als "reine", "ätherische" Werte ausgeben.

Es gibt da etwas in Ihrem Text, "Die Entdeckung des Doktor Freud", was mich in Erstaunen setzt.

Sie schreiben eingangs: "Freud hat die Frage, ob diese (unbewußten) Erscheinungen nicht-menschliche Individuen berühren könnten, außer Acht gelassen". Im folgenden Absatz schreiben Sie: "Freud hat gezeigt und behauptet, daß die Wirkungen des Unbewußten sich nur bei menschlichen Subjekten, also bei Individuen einstellen könnten, die mit Bewußtsein begabt sind". Was diesen Sachverhalt betrifft, so hat Freud also nichts "außer Acht gelassen", noch Lacan, der fortfährt: "Unbewußtes gibt es nur bei sprechenden Wesen".

Ich verstehe nun, daß der kurze und bündige Ton der beiden Behauptungen überrascht. Nicht als wollte ich dem Menschen, der mit einem "ihn spezifizierenden" Selbst ausgestattet ist - ich verstärkte die Anführungszeichen; denn es ist gerade dieser Satz, dieses Apriori, die ich für irrig halte -, das Privileg auf die Wirkungen des Unbewußten bestreiten; soweit es sich allein um Sprachwirkungen handelt. Ich bestreite aber die "Stelle", an welcher der Bruch zwischen "Tierwelt" und "Menschenwelt" sich ereignet.

Nicht nur das "Menschenkind" ist "polymorph pervers". Um sich davon zu überzeugen reicht die Beobachtung aus, wie ein - männlicher oder weiblicher - Wolf einen anderen Hund - gleich welchen Alters oder Geschlecht - oder seinen Herrn oder irgendjemanden sonst, weiblich oder männlich, "anmacht". Nun also, beim Kleinkind von "unbewußten" sexuellen Begierden zu sprechen, das hieße doch etwas zu "hominisieren", was in die Zuständigkeit des Menschlichen fällt und das sich eben nicht so "ganz und gar" vom Hündischen oder Ziegenhaften unterscheidet.

Natürlich weiß ich, daß "humain" nicht "humin" geschrieben wird. Es gibt einige, die werden in diesem Unterschied die Spur des ersten Buchstabens des Alphabets sehen - die Anhänger einer Gattung, der das Symbolische angeboren ist -; andere werden hier die Hand ("main") wiederfinden, die nicht so ganz uneigennützig "an den Weichen" der langen Geschichte "gestellt hat", welche es dem Menschen gestattete, sich zu unterscheiden.

Den Umweg über die kindliche Sexualität habe ich nur deshalb gemacht, weil es sich (Ihr Text) um einen der "Kernpunkte" des Freudschen Denkens handelt.

Ein anderer Kernpunkt - Sie sagen Begriff -; der Trieb, von dem "Freud niemals eine befriedigende Definition hat geben können". "Dieser Begriff sucht seine Definition in einer unmöglichen Unterscheidung vom Instinkt, d. h. von einer Realität biologischer Ordnung". Und Freud zieht sich mit Hilfe von "Metaphern" aus der Affäre.

Es ist also immer wieder diese Weigerung, sich einmal "aus der Nähe anzuschauen", was es mit der "menschlichen Natur" auf sich hat, welche die Psychoanalyse, Praxis und Philosophie verfälscht. Wissenschaft? Das heben wir für später auf. Daß "der Mensch ein Kulturwesen ist", daß "die Geschichte die Naturgeschichte des Menschen ist", das ist sicher richtig. Freilich sollten wir nicht übersehen, daß Marx am Rande dieses Satzes notiert hatte: darauf zurückkommen" (MEGA, 1/2, 297).

Darauf zurückkommen, auf diesen Punkt dort. Das ist es gerade, was wir mit der Gegenwart von Kindern versuchen, bei denen die Menschwerdung ("hominisation") keine Wirkung hat.

Genau da greift der politische Aspekt eines Versuchs (tentative) ein. Wenn ich diese Tatsache eines Versuchs in Ihren Sätzen behaupte, so sage ich damit, daß ein solcher Schritt den ideologischen Staatsapparaten gegenüber den Bann gebrochen hat: eine kleine Bande organisiert sich mehr schlecht als recht und ist, trotz allem, von Bestand, dabei freier in ihren Bewegungen und Absichten als alles, was "Institutionen" zugehört - unfehlbar ideologischer Staatsapparat. Die Risiken, die ein solches Unternehmen durchläuft, sind verschiedenartig und zahlreich; eine kleine Bande organisiert sich und, sei es auch nur um der abhängigen Beschäftigung zu entgehen, findet zur alten Ader des libertären Kommunismus zurück. Ihre Existenz, so sie fortdauert, weckt Trugbilder. Es handelt sich hier um eine trotzigte Auflehnung, von der ich weiterhin denke, daß sie gültig ist.

Auch und gerade heutzutage bleibt es noch ebenso "skandalös", von der "menschlichen Natur" zu sprechen - ich ziehe es vor, "von Natur Menschliches" zu sagen - wie es zur Zeit Freuds "skandalös" gewesen sein mochte, über die kindliche Sexualität zu sprechen. Der Skandal verschiebt sich, so wie auch die Privilegien der "feinen Gesellschaftskreise" anders verteilt werden.

Da es sich um eines der Lieblingsthemen der Ideologen unterschiedlichster Provenienz handelt, weiß ich natürlich sehr wohl, daß das Kreisen um das "von Natur Menschliche" eine sorgfältige Filtrierung schon des unbedeutendsten Terminus erfordert. Schließlich ist es ihr Thema par excellence. Ein Grund mehr, um an dieser "Plage" da mitzumachen, auch wenn es von Schmock wimmelt und wuchert. Aber als Materialist dabei zu sein, als Partisan der "Befreiung der Menschen" verlangt, sich anzuseilen.

In meinem vorangegangenen Brief, von dem ich nicht erwartete, daß er Sie "berührt", habe ich Ihnen so etwas wie ein Seilende zugeworfen. Ich habe nicht damit gerechnet, daß der Brief seinen Empfänger erreicht.

Nun, alles in allem ist ein Versuch weder ein Laboratorium noch eine Couch; es ist das Gewirr; es ist das Trugbild, es ist ein verfrühtes "wir", was nicht heißt, apriori, es sei ein Vorläufer" (E., S., 141-145).

Die Spuren brechen hier ab. Wieweit - nicht, ob - die Lektüre dieser "Antwort" in Althusser's Neufassung des Vortragsms., "Über Marx und Freud", Eingang fand, dies zu beurteilen ist Sache des eigenen Lesens. Sicher ist, daß L.A. Kritik der ideologischen Wirkungsweise des

Bewußtseins" als die durch die "Natur des Menschen" auf das Individuum übertragene *Funktion der Vereinheitlichung*" (M.,F., 99) nun eine an F.D. gemahnende Schärfe erhielt.

Das Partisanenmotiv

Die Figur des *Partisanen*, der inmitten der "Befreiung der Menschen" wirkt, also mit denen lebt, die "Freiheit nehmen", durchzieht so manchen Essay F.D.'s, der in der Zeit seiner Begegnung mit L.A. entstand. In dieser Figur nimmt nicht nur die Demontage des Wirkens des Staates und seiner Apparate körperliche Umrisse an; in ihr manifestiert sich zugleich die radikalisierte, weil die theoretisch definierten Grenzen des Antihumanismus sprengende Praxis der Befreiung. Auflehnung, Ausbruch, Widerstand äußern sich gegen organisatorische Gebilde, die mit Bezugspunkten wie "Zentrum", "Einheit" und "Vereinheitlichung" operieren. Immer aber sind diese Manifestationen von dem Motiv begleitet, auch innerhalb der kommunistischen Bewegung eine partisanengleiche Stellung zu behaupten; die eines "libertären Kommunisten", der an den Extremen wirkt und von dort seine Optik auf die Dinge gewinnt. Seit 1965 lebt F.D. im "Asyl" und wirkt in der Polarisierung von "Apparat" und "Militanz"; jenem Gegensatz, den L.A. schließlich in der "Kritischen Bilanz" thematisiert. In dem Maß, in dem sich eine kommunistische Partei, die aus einer Bewegung hervorgegangen ist, ihrer Organisationsform nach analog zum Staatsapparat reproduziert, rücke sie ins "Zentrum"; die Militanz ziehe sich auf die "Extreme" zurück. An den Extremen bilde sich eine neue "Topik". In dieser bewegt sich der Partisan: von ihr aus erhebt er die politische Frage der Freiheit: "rendre la parole aux pratiques audacieuses" (22.). Die "Kühnheit" bestimmter Praktiken aber hat, erinnern wir uns, einen exakt bemeßbaren Ort: einen Ort ohne Zentrum (Nicht-Staat) und einen Ort ohne Einheit (Nicht-Subjekt). An diesem Ort bewegt sich der Partisan. Das "Wort", das er ergreifen soll, muß selbst diese "Kühnheit" abbilden: das Wort ohne Autor, eine Aussage, deren Äußerung trotz der Regel ausspricht, was tut das schon, "wer" spricht. F.D., der auf den Einsatz der Schriftzeichen achtet, nennt diese Vorgänge "schreiben im Infinitiv". "Die Freistelle des 'Etwas', des direkten Objekts entspricht der Freistelle des Subjekts, das der Urheber der Handlung wäre" (Cr.,Cr.,69).

- "Solange ich libertär vorgehe, fühle ich mich auf dem Feld der kommunistischen Partei wohl; trotz all des Geschwätzes, das zu mir drang und noch zu mir dringen wird. Freilich sollte man begreifen, wovon ich spreche: von dem Raum, in dem wir nahe zusammenleben mit Kindern, für die die Identität bewußt/unbewußt suspendiert ist oder nicht stattgefunden hat. ... das Verschwinden des Staates ist das Verschwinden des Ich" (Cr.,Cr.,73).

Die "kühne Praxis", der auf dem Parteitag das "Wort erteilt" werden soll, ist ein Motiv, das F.D. in einem Text, in dem er seine eigene Stellung der KP gegenüber definiert, aufgreift. So wie F.D. L.A. das Ende eines Seils reicht, wirft dieser ihm das Stichwort zu. Deligny, wiewohl im "Asyl", seinem "tätigen" Ort des "Exils", reklamiert für sich den Status des Partisanen. Nicht unmittelbar den gegenüber einer Partei (Staatsapparat), deren Mitgliedschaft er seit 1965, nach mehr als 30 Jahren, in der Schwebe läßt. Niemand tastet seine Karte an, die auf dem Terrain, in dem seine "kühne Praxis" wirkt, keinen "Ort" hat. Irgendwann, um 1965, hat sich seine Praxis dermaßen radikalisiert, daß sie gleichsam aus der Geschichte heraustrat, mit der die Partei, historisches "Subjekt", ideologisch "im Handgemenge liegt". Sein Wirken vollzieht sich fraglos an einem Ort, den er als "Nicht-Staat" bemessen hat.

Auch die Freiheit, die es gelte, in den "Versuchen" mit den autistischen Kindern als gemeinsame Freiheitsräume zu ergreifen, sei ja nicht die des Subjekts und seiner sprachlichen Normalität. Vielmehr die Freiheit eines "spezifischen Gedächtnisses", das Spuren zeichnet und Fährten zieht; Freiheit, die Normen aufbricht und eine (kartographische) Normalität gemeinsamer Bezugspunkte schafft; die aber nie normstiftend in die Zukunft greift. Der Partisan ist kein "Vorläufer"; er zehrt sich auf. 1976, als die Krise der marxistischen Bewegung Frankreichs an ihren Rändern zutage tritt, offenbart sich zugleich, daß das von beiden evozierte Partisanenmotiv die "Freistelle der Sprache" schon nicht mehr besetzt. Der Widerspruch in der KPF, deren XXII. Kongreß die Sprache des freien Wortes zwar für die Anderen reklamiert, die eigenen Mitglieder jedoch mit dem Bann des Schweigens belegt (22., 57), berührt nicht mehr die "kühne Praxis" der Militanz. Angesichts der realen Kräfteverhältnisse, in denen sich die politischen Gegenbewegungen bereits behaupteten, ging die "kühne Praxis", ohne je "das Wort ergriffen" zu haben, ins "Asyl".

P.S.: Als 1981 das Bündnis der "Linksunion" die Regierungsgeschäfte übernahm, bot der neue kommunistische Minister für Gesundheit und Soziales, Jack Ralite, als eine seiner ersten Amtshandlungen F.D. finanzielle Unterstützung an. Doch der lehnte ab. Er wußte, daß die "Freistelle der Sprache" positiv nicht besetzt werden konnte. Denn das hieße ja, "Freistelle der Sprache" durch "Normalität" ersetzen. Diese aber wird durch "Sprache" definiert.

Sartre und der "sklerose Marxismus"

"Was bedeutet ..., daß die Existenz der Essenz vorausgeht? Es bedeutet, Daß der Mensch zuerst existiert, sich begegnet, in der Welt auftaucht und sich danach definiert" (J.P. Sartre, 1960, S.11)

"Indem aber für den sozialistischen Menschen die ganze sogenannte Weltgeschichte nichts anderes ist als die Erzeugung des Menschen durch die menschliche Arbeit, als das Werden der Natur für den Menschen, so hat er also den anschaulichen, unwiderstehlichen Beweis von seiner Geburt durch sich selbst, von seinem Entstehungsprozeß." (K.Marx, Ökon.-phil. Manuskripte, MEW Bd.40, S.546)

Sartres Ausgangsposition, daß der Mensch sich ausschließlich selbst schafft, brachte ihn den Vorwurf des voraussetzungslosen Subjektivismus ein. Als dann Sartre, sich selbst in der Tradition des atheistischen Existentialismus sehend, auch beanspruchte, mit dieser Position den - so von ihm selbst bezeichneten - "sklerosen Marxismus" wiederzubeleben, handelte er sich den Zorn der "Götter" ein. Sein Versuch wurde von Lukács in seiner Schrift "Marxismus oder Existentialismus" zurückgewiesen und als unlauterer Versuch den Marxismus zu diffamieren angesehen. Sartre selbst wurde als Agent des Imperialismus bezeichnet.

Ich halte es für sinnvoll und aktuell, die Kontroverse um die Subjektivität und die damit zusammenhängende erkenntnistheoretische Debatte aufzugreifen, und an einigen Punkten vorzustellen. Sartres Kritik am sich in Lenins Tradition befindenden Marxismus¹ hat bis heute nicht an Aktualität eingebüßt. "Der Marxismus ist zum Stillstand gekommen" (J.P.S., 1964, S.21), meinte Sartre 1960, dies zeige sich durch den Verlust der Praxis und der Theorie mit dem Ergebnis eines prinzipienlosen Empirismus und Voluntarismus. Sartre ging es um die Replazierung des Subjektes, des anthropogenen Elements im Marxismus als dessen ursprünglicher Intention, das aber in Theorie und Praxis verlorengegangen schien.

Die Bedeutung, die die leninistischen Marxisten diesem Versuch trotz aller Zurückweisung beimaßen, wird aus den wütenden Attacken derselben deutlich. "... von Anfang wie vom Ergebnis her eine zutiefst pessimistische und nihilistische Lehre ..." so z.B. die Gralshüter im "Marxistisch-Leninistischen Wörterbuch der Philosophie". Dieser u.ä. Bannsprüche verwarfen jegliche ernsthafte Auseinandersetzung. Auch Lukács war mit seinen Beschimpfungen nicht gerade zimperlich. So unterstellte er Sartre im Vorwort zu "Marxismus oder Existentialismus", Ideologe der Konterrevolution geworden zu sein.

In der Vehemenz ihrer Angriffe "übersahen" die leninistischen Marxisten völlig die Intention Sartres. Sartre beschrieb den Marxismus als junge Philosophie, als Philosophie der Epoche, "weil die Zeitumstände, die ihn hervorgebracht hatten noch nicht überlebt sind" (J.P.S., 1964, S.27); der Marxismus besäße die theoretischen Grundlagen menschlicher Weltgestaltung. Da aber der Marxismus durch die Umstände und Notwendigkeiten des Aufbaus des Sozialismus zum Stillstand, zur Ideologie verkommen sei, "unterwarf man a priori Menschen und Dinge den Ideen ..., (wurden) seine Begriffe Diktate ... absolutes Wissen." (J.P.S., 1964, S.22/26) Diese Kritik übte Sartre schon früher, in dem er dem Materialismus eine Immanenz unterstellt, alle Menschen, sich selbst inbegriffen, zu verdinglichen. (J.P.S., 1960, S.25) Dagegen setzt Sartre die "Ichheit" und die "Existenz", die voraussetzungslos allem voranstünden. Die Richtigkeit seiner Kritik am leninistischen Marxismus wurde durch die Geschichte bewiesen. So verkam dieser Marxismus, fälschlicherweise als orthodoxer bezeichnet², zur mehr oder weniger platten Apologie der jeweils herrschenden Parteilinie, die nur sekundär von der Wirklichkeit beeinflusst wurde. Diese Theorie entwickelte sich so sehr zur verdinglichten, daß momentan Hilflosigkeit, Abgehobenheit, kurz Entfremdung, wesentliche Merkmale des selbst gerne marxistisch sein wollenden Denkens geworden sind. Dies drückt sich heute durch Eklektizismus, Orientierungslosigkeit, Einflußlosigkeit und Abgehobenheit vieler MarxistInnen in Europa aus.

Im sogenannten Westlichen Marxismus wurden dagegen die Einflüsse des Existentialismus durchaus deutlich. Doch auch diese Entwicklungslinie des Marxismus, hervorgegangen durch den frühen Lukács, Labriola und Korsch, die in unterschiedlichen Zusammenhängen sich der notwendigen Einheit von Theorie und Praxis bewußt waren und dies auch theoretisch lösten, schaffte es bis heute nicht, zur lebendigen, also aufgehobenen Philosophie zu werden (vgl. P.Anderson 1976).

Ausgangspunkt Sartres Bschäftigung mit dem Marxismus ist der 1946 erschiene Aufsatz "Ist der Existentialismus ein Humanismus?". Hier grenzt Sartre seine Position ein. Er formuliert einen extremen Subjektivismus, der mit der abstrakten Freiheits- und Verantwortungsthese verknüpft ist. Beides Positionen, die Sartre in seinem Werk "Das Sein und das Nichts" (1943) ausführte. Sartre stellt den Menschen in den Mittelpunkt und macht ihn zum Ausgangspunkt allen Seins. Der Mensch existiert zuerst, begegnet sich, taucht in der Welt auf und definiert sich danach. Dies schließt jegliche Vorbestimmung, jede Idee, jede Gesetzmäßigkeit, die eine Entwicklung antizipiert und determiniert, aus. Als sein alleiniger Demiurg kommt so der Mensch nur selbst in Frage, was ihn auch selbst verantwortlich macht. "Der Mensch ist wozu er sich macht" (J.P.S., 1960, S.11). Die Selbstverantwortung ist demnach radikal, sie entzieht sich so jeglicher Rechtfertigung. In diesem Zusammenhang ist auch Sartres Freiheitsbegriff zu sehen. Der Mensch ist verurteilt frei zu sein, d.h. die Freiheit ist die Freiheit der Entscheidung, des Entwurfs. Der Mensch entwirft sich indem er ist, d.h. auch

eine vermeintliche Nichtentscheidung ist eine Entscheidung, und seine Entscheidung ist nicht vorbestimmt, aber zieht die Verantwortung nach sich. "Der Mensch ist für alles verantwortlich was er tut (J.P.S., 1960, S.16). Sartre treibt die Intention des Materialismus auf die Spitze. Sartre bleibt aber abstrakt, da er sich nicht um die wirkliche Daseinsform oder Existenzweise des gesellschaftlichen Menschen kümmert. Er ist aber auch kein Idealist, da das Handeln immer vom Menschen ausgeht.

Die Abstraktion des Daseins betreibt Sartre durch das idealtypische Handeln seines Individuums. Er bestreitet nicht das gesellschaftliche Sein der Menschen, denn ihr Handeln wird erst durch die anderen Menschen erfahrbar, die eigene Existenz durch die anderen erst möglich, dennoch bleibt die an sich zentrale Kategorie gesellschaftlichen Seins nebensächlich und unscharf. Sartre sagt: "Der andere ist meiner Existenz unentbehrlich ... somit entdecken wir sofort eine Welt die wir 'Zwischen Ichheit' (Inter-Subjektivität) nennen wollen." (J.P.S., 1960, S.26)

Dieser Schwachpunkt, der die Grundlage des abstrakt-absoluten Freiheitsbegriffes ist, das Nichtsehen der Dialektik von Subjektivität und Objektivität sowie der gesellschaftlichen Praxisdimension der Existenz, wird von Lukács aufgenommen und in einen Angriff gegen Sartres Absicht gewendet. Lukács nimmt die Kritik der ExistentialistInnen wahr, bestreitet allerdings die Notwendigkeit einer solchen. In dem Lukács die Rolle des Individuums im Marxismus aufgehoben sieht und die Kritik des Existentialismus höchstens dem "Vulgärmarxismus" gelten läßt, sieht er in Sartres Position nur den Versuch "ordinärer Agenten", einen philosophischen "Dritten Weg" zu suchen. (Lukács, S.71) In der dann wieder sachlicheren konkreten Auseinandersetzung formuliert Lukács seine Kritikpunkte m.E. richtig. Allerdings hat er nur auf einer abstrakt-theoretischen Ebene recht, trifft er doch nicht die Wirklichkeit des theoretischen Konflikts. Der leninistische Marxismus war seit einiger Zeit nämlich höchst ordinär. In dem Lukács die Kritik Sartres abwehrt und in eine "Polemik eines orthodoxen Marxisten-Leninisten gegen den Existentialismus" (Fahrenbach, S.47) wandelt, ignoriert er durch die Konstruktion, der kritisierte Mechanizismus sei überwunden, das Problem um das es Sartre geht. Doch ist die ausführliche Beschäftigung mit den Thesen der ExistentialistInnen in der Zeit vor Stalins Tod gewiß bemerkenswert. In seiner z.T. berechtigten Kritik an ihnen verteidigt Lukács wohl auch aus Loyalitätsgründen, die in der konkreten Situation bei Lebensgefahr oder um den Preis des Überlaufens angemessen erscheint, die Orthodoxie. Durch die Zuweisung der Kritik an den "Vulgärmarxismus" durchbrach Lukács auf Umwegen durchaus das Lehrgebäude, das Stalin in seiner Schrift "Über den dialektischen und historischen Materialismus" schuf. Lukács verließ so seinen goldenen Käfig der Philosophen, die den KPen treu blieben, durch die Hintertür. Dem Diktum: "Dem Kaiser geben was des Kaisers ist, nämlich politische Loyalität und daneben die intellektuelle Arbeit ...", die von dem zentralen Problem der revolutionären Strategie genügend weit entfernt liegt." (Anderson, S.60)

Allerdings schritt Lukács nicht über Lenins Erkenntnistheorie hinweg, er versuchte lediglich die Aporien dieses Ansatzes zu durchbrechen, in dem er den Gegensatz von handelndem Subjekt und handlungsbestimmender Erkenntnis verband, in dem er die Erkenntnis auf das Subjekt bezog. Die Theorie beinhalte "immer alle Eigenschaften des Menschen, ihre Zusammenhänge, ihr Ineinanderübergehen, ihr gegenseitiges Sich ergänzen" und sie hüte sich davor "abstrakte Rezepte zu geben". (Lukács, S.156) Dies war aber eher frommes Wunschdenken, die Aporie der Leninschen Erkenntnistheorie zu überwinden, und hatte mit der politischen Praxis wenig zu tun. Merleau-Ponty stellt Lukács Situation ironisch aber treffend als die Geschichte eines Philosophen dar, "der glaubte den Realismus in die Dialektik einhüllen zu können, die Sache selbst in das Denken der Sache. Die Klinge durchschneidet das Futteral und am Ende ist keiner befriedigt, weder Philosoph noch die Macht." (M.-P., S.88)

Lukács unterstellt ganz richtig dem Marxismus die Ausgangsposition, "daß die Menschen selbst ihre Geschichte machen ... daß alles, was in der Geschichte der Menschheit geschah, geschieht und geschehen wird, aus Handlungen von Menschen entsteht." (Lukács, S.72) Eine Position aber, die in der Konsequenz der Leninschen Erkenntnistheorie dem Marxismus verloren ging. Eine Konsequenz, die dem Widerspruch des Marxschen Denkens entsprach, auf der einen Seite die Welt erkennen und erklären zu wollen, auf der anderen Seite die Philosophie in der Praxis aufzuheben. Dieser Widerspruch führte zum allgemeinen Mißverständnis, aus der Erkenntnis für andere verbindliche und allgemeingültige Handlungsoptionen abzuleiten, anstatt die Menschen zu bewußt handelnden Subjekten zu erziehen. Einer Fehlinterpretation, die zu einem scientivistisch-positivistischen Verständnis der Marxschen Philosophie führte, die die Pointe Marx' übersieht und meint, mit der politischen Ökonomie eine Logik des Kapitals als strukturgesetzliches naturgesetzliches Bewegungsmuster gesellschaftlicher Entwicklung vor sich zu haben. Marx ging es darum, die von der wertökonomischen Logik des Kapitals beherrschten Individuen auf ihr (nicht entfremdetes) Menschsein zurückzuführen. Diese Methodik und Herangehensweise erläutert Marx jedoch in seinen polit-ökonomischen Spätwerken nicht mehr explizit, hier führt er seine in den früheren Schriften dargestellte Entfremdungstheorie als strukturgesetzliche Entfremdung der gegenwärtig herrschenden Produktionsweise aus. (Schmied-Kowarzik, 1989, S.152)

Lenin (und z.T. auch schon Engels) versuchte(n) die "Dialektik in (die) Dinge fest zu installieren" und liefen dem Kardinalfehler der Widerspiegelungstheorie auf, daß "eine Wirkung ihrer Ursache nicht ähnlich ist und sich die Erkenntnis als Wirkung der Dinge prinzipiell diesseits ihres Objektes befindet und es nur in der Immanenz des Bewußtseins verdoppelt" (Merleau-Ponty, S.74). Dieser Denkfehler führt nun dazu, daß das erkennende Subjekt von der Geschichte entfernt wird und sich der o.g. Positivismus geradezu anbietet. Die Geschichte wird ein von Wissenschaftlern zu

begutachtender Prozeß, die Disziplin eine vermeintliche naturwissenschaftliche. Die Praxis der Individuen verkommt so zum objektiven Geschichtsverlauf, der zu analysieren ist. Aus den gewonnenen Erkenntnissen lassen sich dann allgemeinverbindliche Handlungsoptionen ableiten.

Durch diese Schritte entwickelte sich der Marxismus zur Ideologie und entfremdete sich von den Subjekten, betrachtete sie als Dinge. Er tötete so ihre Praxis oder entfernte sich von ihr. An diesem Punkt sah Sartre seinen Einwand gerechtfertigt und notwendig. Lukács' Kritik an seinem abstrakt-absoluten Subjektivismus, seiner absoluten Setzung des Subjekts, das die Objektivität von Natur und Geschichte auflöse (Lukács, S.73), hat "der Sache nach die Zustimmung des späteren Sartre gefunden." (Fahrenbach, S.47)

Merleau-Ponty greift Sartre an gleicher Stelle aus anderer Position an. Er wirft Sartre vor, durch sein absoluten Subjektivismus in den gleichen gnadenlosen Voluntarismus zu verfallen wie die "kommunistischen Philosophen". Er greift damit die Widersprüchlichkeit in der Argumentation des frühen Sartre auf, der einerseits den historischen Materialismus als gültige Geschichtsinterpretation respektiert, ihn aber andererseits durch sein abstraktes Subjekt ad absurdum führt. Sartres Freiheitsbegriff ist voraussetzungslos und wird so als voluntaristisch kritisiert. Dieser Voluntarismus erscheint für Merleau-Ponty als zwangsläufiges Ergebnis eines geschichtslosen Subjekt-determinismus ebenso wie das eines subjektlosen Geschichts-determinismus. Merleau-Ponty beklagt den "Zusammenbruch der Dialektik" ganz offen bei Sartre und "bei den Kommunisten versteckterweise" (M.-P., S.118). Von dieser Position aus kommt Merleau-Ponty zum Schluß, an die "Identität von Praxis und Theorie" zu erinnern, d.h. an die Übereinstimmung von Kritik und Aktion. Er setzt diese gleich. "Nicht, daß die Kritik des Bestehenden sich als Korrelat aus den Zukunftsperspektiven ergebe: der Marxismus ist keine Utopie; sondern weil im Gegenteil die kommunistische Aktion prinzipiell nur kontinuierliche bis in letzte Konsequenz durchgeführte Kritik ist und weil die Revolution die an die Macht gelangte Kritik ist" (M.-P., S.279). Merleau-Ponty schließt daraus völlig aktuell "wie es auch immer mit diesem Zukunftsziel (der klassenlosen Gesellschaft, d.V.) bestellt sein mag, der Makel des Kapitalismus bleibt ein Makel, die Kritik jedoch, die ihn schonungslos aufdeckt, muß freigehalten werden von jedem Kompromiß mit der Absolutheit der Negation" (M.-P., S.280). Die Absolutheit der Negation wird in dem Moment erreicht, in dem Elemente der Kritik fest geschrieben werden, für sich stehen, als Handlungsanleitung oder Prophezeiung. Dies geschieht durch Programmdenken, Apologie, institutionalisierter Geschichts- und Gesellschaftsanalyse. Solche Versuche, die Wirklichkeit als Ideologie aufzuheben (der Begriff "Wissenschaftliche Weltanschauung" spricht Bände), können nur als Apologie einer vermeintlichen Avantgarde enden. Wenn Marx und Engels im Kommunistischen Manifest von der Avantgarde reden, so meinen sie nicht die von Parteitheoretikern und -wissenschaftlern beseelten

Aktivisten (Parteisoldaten, Berufsrevolutionäre o.ä.) an allen möglichen und unmöglichen Schauplätzen, sondern diejenigen, die durch ihre gesellschaftliche Praxis-Kritik die Gesellschaft vermenschlichen.

Sartre näherte sich in seiner Schrift "Marxismus und Existentialismus" Merleau-Ponty und auch Lukács an. Hier versucht Sartre, die Subjektivität durch eine Praxis-Dialektik an die Objektivität zu vermitteln. Die Geschichte ist dialektisch vermittelt "auf dem Grunde der Existenz, denn sie ist die Entwicklung der Praxis" (J.P.S., 1964, S.135). Der Ausgangspunkt der Praxis verliert seine absolute Beliebigkeit, denn Sartre beschreibt anders als 1946 die Dialektik des Subjektiven und Objektiven genauer. Aber im Gegensatz auch zu Lukács, der bei einer gegenständlichen erkenntnistheoretischen (Bezugs-)Beziehung zwischen Subjekt und Objekt bleibt, bringt Sartre die "verstehende Praxis" (Fahrenbach, S.52) als dialektische Veknüpfung von Objekt und Subjekt. In seiner weiteren Ausführung nähert sich Sartre eher dem Bloch'schen Standpunkt, in dem er den "Entwurf als Vermittlung zwischen zwei Momenten der Objektivität" die "menschliche Schöpferkraft" zuspricht. Der Entwurf, die Transzendenz und das Bedürfnis werden nun zu wesentlichen Elementen der Praxis (J.P.S., 1964, S.135). Sartre löst das Subjekt durch die Praxis aus seiner absoluten Setzung heraus, in dem er "dem Einzelmenschen die Fähigkeit der Selbstüberschreitung durch Arbeit und Aktion" (J.P.S., 1964, S.81) zuspricht. In diesem Moment ist er dann aber kein Einzelmensch mehr. Der Mensch sieht sich in einer Wechselbeziehung seiner eigenen Praxis und als Produkt derselben. So wird der Mensch zum Produzenten seiner eigenen Verhältnisse, die dann Grundlage seiner Praxis, seiner Objektivität sind. Das ist auch die Intention von Marx, wenn er sagt, daß die Besonderung des Individuums ihn zum individuellen Gemeinwesen und zur Totalität werden läßt (K.Marx, Ökon.-phil. Manuskripte, MEW, Bd.40, S.539).

Zum Schluß stellt sich die Frage, ob der Einwurf des Existentialismus (Sartres, Beauvoirs, Merleau-Pontys u.a.) eine Berechtigung hat. Der Überdeterminismus von Stalin hat sich selbst im leninistischen Marxismus nicht durchgesetzt. Allerdings blieben diese Interpretationen beim späten Lukács, der nicht über Lenins Erkenntnistheorie hinwegschritt, stehen. Diese Linie wurde mit unterschiedlicher Akzentsetzung bis vor kurzem z.B. von Sandkühler und Tomberg reproduziert. (vgl. Schmied-Kowarzik, 1981, S.179ff).

Sartre u.a. ist es zu verdanken, daß sie, angeregt durch die Rückbesinnung auf die philosophischen Grundlagen des Marx'schen Denkens, neue fruchtbare Auseinandersetzungen im "Westlichen Marxismus" hervorgerufen haben. In dieser Denktradition, die unterschiedliche Linien hervorgebracht hat, konnten im wesentlichen die "fundamental-anthropologischen und existential-philosophischen" Ansatzpunkte das Dilemma des Positivismus im Marxismus lösen. Aber durch ihre Isolation von der gesellschaftlichen Praxis-Realität fielen sie in ein "geflissentliches Schweigen" (Anderson, S.21)

zu den wesentlichen Fragen des klassischen Marxismus. Marginal blieben "Untersuchungen der ökonomischen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise, Analysen des bürgerlichen Staatsapparates, (Entwicklung von) Strategien des zu seinem Sturz erforderlichen Klassenkampfes. Gramsci ist die einzige Ausnahme von dieser Regel" (Anderson, S.71). Dem wären m.E. die außerordentlich bemerkenswerten marxistischen Soziologen H.Marcuse und H.Lefebvre hinzuzufügen. Etwas abseits dieser Tradition sei u.a. auch noch an E.Mandel und A.Gorz erinnert. Die Isolation von der Praxis, entweder durch den Hinauswurf aus der jeweiligen KP oder das selbstgewählte Enthalten von den wesentlichen Praxisproblemen hervorgerufen, ist auch ein Grund der "extrem schwierigen Sprache, die für einen großen Teil des westliche Marxismus im 20.Jh. charakteristisch ist" (Anderson, S.83). Hierdurch wurde und wird eine Barriere zum "wirklichen Leben" aufgebaut, die auch dadurch nicht überwunden wird, daß die Praxiseliminierung des leninistischen Marxismus philosophisch bewältigt ist/wird.

Ein Schwerpunkt zukünftiger aufklärerischer und emanzipatorischer Arbeit wird sich diesem Problem widmen müssen, denn sonst stirbt auch noch der lebendige Marxismus im Elfenbeinturm der Wissenschaft.

- 1 Über die Hauptentwicklungslinien der marxistischen Philosophie vgl. Schmied-Kowarzik, 1979 und 1981; über den Konflikt um die mechanistischen und deterministischen Ansätze in Engels, Lenins u.a. Denkens, vgl. O.Negt, 1969 und Merleau-Ponty, 1968.
- 2 Der Begriff "Orthodoxer Marxismus" ist aus unterschiedlichen Gründen unglücklich. Orthodoxie wäre in Bezug auf die Ideen von Marx und Engels das sklavische Festhalten an ihrer Methode, an ihren Aussagen, Thesen usw.; ist eine Orthodoxie in der Methode vielleicht angebracht (vgl. Lukács in "Geschichte und Klassenbewußtsein"), widerspricht sie ansonsten den Grundsätzen jeden historisch-materialistischen Denkens. Abgesehen von dem polemischen Gebrauch dieses Begriffs und der damit zusammenhängenden Unschärfe, kann man den leninistischen Marxisten eine Orthodoxie nicht vorwerfen (in beiderlei Hinsicht), zumal es auch in dieser Tradition Differenzierungen und Entwicklungen gibt.

Literatur

- Perry Anderson, Über den westlichen Marxismus, Frankfurt 1978.
 H.Fahrenbach, "Marxismus und Existenzialismus" - Im Bezugsfeld zwischen Lukács, Sartre und Bloch, in: Ernst Bloch - Utopische Ontologie, Bd.2 des Bloch-Lukács-Symposiums 1985 in Dubrovnik, (HG) G.Flego/W.Schmied-Kowarzik, München 1986.
 G.Lukács, Existentialismus oder Marxismus, Berlin 1951.
 H.Marcuse/A.Schmidt, Existentialistische Marx-Interpretation, Frankfurt 1973.
 M.Merleau-Ponty, Abenteuer der Dialektik (1955), Frankfurt 1968.
 A.Metzger, Existentialismus und Sozialismus. Der Dialog des Zeitalters, Pfullingen 1968.
 O.Negt: N.Bucharin, A.Deborin, Kontroversen über den dialektischen und mechanistischen Materialismus, Frankfurt 1969.

- J.P.Sartre, Ist der Existentialismus ein Humanismus (1946), in: ders., Drei Essays, Berlin 1960.
 ders., Marxismus und Existentialismus, Reinbeck 1964.
 W.Schmied-Kowarzik, Kritische Philosophie der gesellschaftlichen Praxis. Die Marxsche Theorie und ihre Weiterentwicklung bis in die Gegenwart, in: Pragmatik Bd.3, Hamburg 1989.
 ders., Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Zur Genesis und Kernstruktur der Marxschen Theorie, München 1981.

Dummheit

Entwurf eines Artikels für ein neues marxistisches Wörterbuch¹

1. Allgemeines: Dem Zweifel, ob D. sich überhaupt als Begriff fassen läßt, widersprechen die Gegensätze: Klugheit, Intellekt, Vernunft, gar Weisheit sind in die Axiomatik der Philosophie von Anbeginn eingeschrieben, wie dann nicht ihre Abwesenheiten? Oder wäre es so, daß die Philosophen von Torheit und Unvernunft sprächen, während das Volk über D. schimpft oder lacht? Vor Hegels Augen findet das Lachen keine Gnade. Über Torheiten werde gelacht, obschon nichts daran komisch sei, >und oft lachen sie ebenso sehr über das Wichtigste und Tiefste, wenn sich nur irgendeine ganz unbedeutende Seite daran zeigt, welche mit ihrer Gewohnheit und täglichen Anschauung in Widerspruch steht< (Vorlesungen zur Ästhetik, 1074). Nachhall auf einen der Gründungsmythen der Philosophie, wo eine Dienstmagd den Philosophen verlacht, der vor lauter Blick nach oben in den Mist fällt. Die Plebejer haben bei Hegel nichts zu lachen. >Einem demokratischen Volke z.B., mit eigennützigem Bürgern, streitsüchtig, leichtsinnig, aufgeblasen, ohne Glauben und Erkenntnis, schwatzhaft, prahlerisch und eitel, einem solchen Volke ist nicht zu helfen; es löst sich an seiner Torheit auf.< Doch das ist nicht komisch, sondern lächerlich. So hat Hegel zuletzt doch einen bitter ernststen Begriff von D.. Wer sich skeptisch von jeder Philosophie dispensiert, weil sie alle doch nur einseitig sei, ist es erst recht, weil er dem Wissen als Leere gegenübersteht. >In der Tat ist der Verstand mit seiner Hausbackenheit so nur vom Berge seiner Absurdität in den Abgrund seiner Dummheit herabgefallen.< (Berliner Schriften, Notizen zur Philosophie 1, W 11 [Suhrkamp], 557) -- Während hier die sich zum Maß der Dinge machende bürgerliche Geschäftigkeit als Inbegriff von D. erscheint, ist es bei Kant, der sich an den gewöhnlichen Sprachgebrauch hält, umgekehrt: >Dumm heißt vornehmlich der, welcher zu Geschäften nicht gebraucht werden kann, weil er keine Urteilskraft besitzt< (Anthropol. 1, §46). Wenn noch 200 Jahre später >philosophische oder psychologische Untersuchungen über die D. nur ansatzweise vorhanden< sind (HWPh), könnte man meinen, daß die Bedeutung von D. nicht theorisierbar ist, weil es sich um eine bloße Invektive von wechselnden Standpunkten handelt. Oder könnte es an den Fronten liegen, an denen von D. gesprochen wird?

In der revolutionären Bildungszeit des Bürgertums hat das Thema seine Sprengkraft gezeigt. Die humanistischen Theoretiker der Renaissance stoßen sich an den alten ideologischen Mächten, vor allem der Kirche. Für Erasmus von Rotterdam wird die Dummheit der Großen und der staatlichen Machtlogik zum Gegenstand (Lob der Torheit, 1515, vgl. dazu Krip-

endorff 1985, 268ff). In Spinozas Ethik (Anhang zu Teil I) glaubt der Dumme (stultus) an Wunder und ist durch das Bedürfnis bestimmt, alles als zweckmäßig von Gott geschaffen anzusehen, in letzter Instanz immer auf jene >Zuflucht des Unwissens< (ad ignorantiae asylum) zu rekurrieren, die er den >Willen Gottes< nennt, also Übernatürliches zu suchen. >Und so kommt es, daß wer ... sich bemüht, die natürlichen Dinge wissenschaftlich zu begreifen, statt sie wie der Dummkopf anzustarren, oft als Ketzer ... verschrien wird<. Spinozas Schicksal (Exkommunikation, Attentat, postume Verfolgung seines Denkens) liefert die Probe aufs Exempel. -- Träger des Wunderglaubens ist zunächst der vulgus, das Volk, doch werden dessen Einstellungen wirklich gefährlich erst, wenn die kirchlichen Ideologen sie umarbeiten. Diese verketzern die Aufklärung, >denn sie wissen, daß der Stumpsinn (stupor), d.h. ihr einziges Mittel zur Verteidigung und Aufrechterhaltung ihrer Autorität, aufgehoben würde, würde das Unwissen aufgehoben< (ebd.). -- Dagegen stehen die Diskurse derer, gegen die Spinoza hier streitet. Die Gefahr, beim Reden über Dummheit dieselbe an den Tag zu legen, ist für sie besonders groß. Daß Intelligenz und Dummheit kein ausschließender Gegensatz sind, wußte Musil (1937). Einen abstrakten Begriff der Intelligenz, meßbar als >Intelligenzquotient<, als definierenden Gegensatz der D. zu unterstellen, ist funktional allenfalls für eine herrschende Elite. >Dumm< ist daher z.B. die Auffassung der D. als einer >intellektuellen Minderleistung beim Menschen< (so der entlarvende Untertitel von H.Geyer, Über die Dummheit, 51955).

Materialistisch gefaßt, führt der Begriff Dummheit stets auf antagonistische Verhältnisse, in denen Individuen oder Gruppen unter bestimmten Umständen >die Dummen< sind. >Sei nicht dumm!< kann heißen: Laß dich nicht verdummen! Der tumbe Tor charakterisiert sich durch die Abwesenheit antagonistischer Handlungsfähigkeiten, durch Leichtgläubigkeit, Vertrauensseligkeit, Arglosigkeit, Gutmütigkeit; oder durch Unerfahrenheit, Unkenntnis oder Ungeschicklichkeit im Umgang mit den Regeln des antagonistischen Spiels. Wer nicht aufpaßt, ist der Dumme. Das Volksbuch vom Eulenspiegel gestaltet in der Morgendämmerung des Kapitalismus dieses Gesetz alles bürgerlichen Handelns in immer neuen Abwandlungen. Darüberhinaus ist der Ausdruck D. aufnahmefähig für alle möglichen Konflikte, antagonistische wie solidarische; sein Gebrauch hat zumal Klassencharakter. >Dumm< erscheint dem Adligen wie dem Städter der Bauer; überhaupt erscheinen so die >Einfachen im Geiste< vom Standpunkt der Herrschenden und ihrer Gebildeten, der Sprachmächtigen, Definitionsgewaltigen. Einfachheit reagiert mit Einfalt. Das Volksmärchen weiß es anders. Die kluge Else und ihre Hochzeitsgäste, die in der Brautnacht in Erwartung künftig möglichen Unheils weinend im Keller sitzen bleiben, ist dumm gerade im Übermaß ihrer Vor(aus)sicht. Und der Held ist, wie Sigmund Freud bemerkt und (entpolitisiert) gedeutet hat, >meist ein jüngster Sohn, nicht selten einer, der sich vor dem Vatersurro-

gat dumm, das heißt ungefährlich gestellt hat < (GW 13, 153) und gerade als mißachteter >Dümmling< die subversive Gemeinschaft mit allen anderen Mißachteten herzustellen vermag. Haseks Schwejk spielt seine >Blödeheit< gegen die Herrschaftsagenten (Offiziere, Pfarrer, Psychiater) aus, die ihn für >blöd< halten; er personifiziert die herrschaftszersetzende Kraft des plebejischen >Blödelns<; an (und in) seinen nie versiegenden Beispielgeschichten explodiert die Affirmation im Gelächter. Das hat eine lange Vorgeschichte in der plebejischen >Lachkultur<, den >Lachritualen des Festtags der Dummköpfe, des Festtags des Esels< usw. (Bachtin 1969, 34). Zwar hat auch das Lachen Klassencharakter und kann von oben verächtlich nach unten gelacht werden, doch treten selbst in solchem Lachen wie beim rassistischen Witz Herrschaftsverhältnisse ans Licht; es zersetzt daher von der andern Seite die Einbindung der Beherrschten. >Deswegen konnte das Lachen am wenigsten zum Werkzeug der Unterdrückung und Verdummung des Volkes werden. Und es ist niemals gelungen, es völlig offiziell zu machen.< (Ebd.,39) Wenn diejenigen, die sonst stets die Dummen sind, über Dummheit lachen, wird es für die Verdummung ungemütlich, und wer zuletzt lacht, lacht bekanntlich am besten.

2. Marx: Da es bei Marx keine >Theorie< der D. gibt, pflegt der Begriff in entsprechenden Nachschlagewerken zu fehlen. Zu Unrecht, denn der marxische Gebrauch ist theoretisch ergiebig: wie Dialektik zu einem Begriff wird, in dem Wirklichkeitserkenntnis und Handlungsfähigkeit auf der Höhe der realen Widersprüchlichkeit auf einander verweisen, so Dummheit zu ihrem Gegenteil, als Unfähigkeit zur Dialektik. Auf der Spur Epikurs findet Marx schon in seiner Doktordissertation: >Auch die Dummheit und der Aberglaube sind Titanen.< (MEW EB 1, 300; MEGA I.1, 53) Wenn Aristoteles daher den Alten vorgeworfen hat, sie glaubten, der Himmel bedürfe zu seiner Stütze des Atlas ..., so tadelt Epikur dagegen die, die glauben, der Mensch bedürfe des Himmels; und den Atlas selbst, auf den sich der Himmel stützt, findet er in der menschlichen Dummheit und dem Aberglauben.< (Ebd.) Neben Gewalt und Ökonomie zeichnet sich hier die historische Potenz von Dummheit ab, die freilich ganz anders wirkt als jene und an deren Dialektik jede Definition ihrerseits zur Dummheit zu werden droht.

Bürgerliche Dummheit -- allgemein: Über J.Bentham schreibt Marx: >Wenn ich die Courage meines Freundes H.Heine hätte, würde ich Herrn Jeremias ein Genie in der bürgerlichen Dummheit nennen.< (K I, MEW 23, 636f, Fn 63) Was auf den ersten Blick nach bloßer Invektive aussieht, gilt der Anthropologisierung des >modernen Spießbürgers<: >Was diesem Kauz von Normalmenschen und seiner Welt nützlich, ist an und für sich nützlich. An diesem Maßstab beurteilt er dann Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.< (Ebd.) Dabei reproduzierte Benthams Nützlichkeitsprinzip >nur geistlos, was Helvetius und andere Franzosen des 18. Jahrhunderts geistreich gesagt hatten< (ebd.). -- Dieses Grundmuster

>bürgerlicher Dummheit< in der Theorie, daß Bürger ihre Verhältnisse naturalisieren und als menschliche Norm schlechthin setzen, hatte Marx schon im Elend der Philosophie (1847) bei den Ökonomen ausgemacht, und im Kapital zitiert er die Stelle: >Die Ökonomen verfahren auf eine sonderbare Art. Es gibt für sie nur zwei Arten von Institutionen, natürliche und künstliche. Die Institutionen des Feudalismus sind künstliche Institutionen, die der Bourgeoisie natürliche. Sie gleichen darin den Theologen, die auch zwei Arten von Religionen unterscheiden. Jede Religion, die nicht die ihre ist, ist eine Erfindung der Menschen, während ihre eigene Religion eine Offenbarung Gottes ist.< (MEW 4, 139; MEW 23, 96, Fn 33) Weil es sich bei solchen Denkmustern nicht um theoretische Irrtümer handelt, sondern eben um D., gibt Marx sie mit Witz dem Gelächter preis. So etwa in seiner Parodie auf den Sündenfall, mit der er die bürgerlichen Mythen über die ursprüngliche Kapitalakkumulation verspottet.

Interessierte Dummheit des Bürgers: Zwei komplementäre Interessen sind es, an denen sie sich vor allem ausbildet, das Profitinteresse und das Interesse an dessen Legitimation. Letzteres ist Sache der bürgerlichen Ideologen, und >die enorme Borniertheit dieser gelehrten Mandarinen< (MEW 32, 589 Br an Kugelman) bietet Dauerstoff für Polemik. Beide Formen von D. sind berechnend. Sie zu konstatieren bedeutet also keineswegs, den Personen, die sie vertreten, Intelligenz abzusprechen, obschon hier ein Widerspruch zwischen dieser und ihrer funktionalen Borniertheit am Werke ist. Dummheit kann geradezu eine bornierte Verwendung von Intelligenz bedeuten. Zum Beispiel gilt für den >einzelnen Kapitalisten<, daß ihn der Zusammenhang des Profits mit der Lohnarbeit als Quelle des Mehrwerts >nicht nur nicht interessiert, sondern es sein Interesse ist, sich blauen Dunst über dies bestimmte Verhältnis und diesen inneren Zusammenhang vorzublasen< (K III, MEW 25, 53). Seit die Arbeiterbewegung die Ergebnisse der Wirtschaftstheorie nutzen gelernt hat, ist aus diesem legitimatorischen Interesse an >blauem Dunst< eine veritable Wissenschaftsbarriere geworden, und die Politische Ökonomie hat sich aufgespalten in legitimatorische Vulgärökonomie und technisch-operative Modellbildungen.

Den Übergang zwischen der interessierten Dummheit des Einzelkapitalisten und der legitimatorischen Dummheit einer Behauptung im Klassenkampf führt Marx an den Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung vor (K I, MEW 23, 237-243). Ausgangspunkt ist die dem >Fabrikanten zum Hausgebrauch< dienende Berechnungsart, in der die Wertbestandteile des Endprodukts (Sachmittel + Lohnkosten + Gewinn) in Zeitabschnitten ausgedrückt werden (>übersetzt aus dem Raum, wo die Teile des Produkts fertig nebeneinander liegen, in die Zeit, wo sie aufeinander folgen.<.) >Die Formel kann aber auch von sehr barbarischen Vorstellungen begleitet sein, namentlich in Köpfen, die ebenso praktisch im Verwertungsprozeß interessiert sind, als sie ein Interesse haben, ihn theoretisch mißzuverstehen.< Dann erscheint es so, als reproduzierte der Arbeiter zunächst den Wert der Rohstoffe, dann den der Arbeitsmittel und

schließlich seinen Lohn, während er erst die letzte Arbeitsphase der Produktion von Mehrwert widmet. Dabei wird übersehen, daß der Arbeiter den Wert der produktiv konsumierten Sachmittel auf das Produkt überträgt und gerade hierbei den Neuwert bildet, der sich als Lohn + Mehrwert darstellen läßt. Jene Vorstellung liefe darauf hinaus, den Arbeiter an einem Tag den Wert von mehreren Arbeitstagen produzieren zu lassen. >Daß die Raubgier solche Wunder glaubt und nie den doktrinären Sykophanten mißt, der sie beweist<, führt Marx am Beispiel von Nassau W. Senior vor. Statt wirklich >als Sachverständiger eine Analyse für nötig zu halten<, hatte dieser 1836, den Fabrikanten aufs Wort glaubend, jene spontanen Vorstellungen unmittelbar in Theorieform gekleidet. Später, in den Kämpfen um die Länge des Arbeitstags von 1848, wurde Seniors >Signal ... von einem der ökonomischen Hauptmandarine< in einer Londoner Fabrikanten-Zeitung erneut geblasen. Kürzung der Arbeitszeit um eine Stunde brächte die Unternehmer um den gesamten Gewinn. Darüber hinaus >bewies ... Dr. Andrew Ure in den Kauf, daß Fabrikinder und Personen unter 18 Jahren, welche man nicht volle 12 Stunden in die warme und reine Moralluft der Fabrikstube bannt, sondern 'eine Stunde' früher in die gemütskalte und frivole Außenwelt verstößt, von Müßiggang und Laster um ihr Seelenheil geprellt werden.< -- Die Fabrikanten sind >gar zu verrückte Pessimisten<, spottet Marx, und >des Menschen Herz ist ein wunderlich Ding, namentlich, wenn der Mensch sein Herz im Beutel trägt<. -- In den Auseinandersetzungen um Bedingungen und Folgen technischer Innovation und Rationalisierung erscheint das wohlberatenere Interesse der Arbeiter als Dummheit auf der Seite des Kapitalisten: angesichts der Zumutung, eine neue Maschine einzuführen, die nur entwürdigende Arbeit erspart, aber nicht Geld, >hütet er sich sehr vor dieser, für ihn utopischen Dummheit< (MEW 25, 272). Für die Arbeiterbewegung wiederum ist es elementar, zwischen technologischen Potentialen (Einsparung von Arbeit und Humanisierung derselben) und dem, was das Kapital daraus macht, unterscheiden zu können. Der bürgerliche Ökonom, der dies leugnet, >bürdet seinem Gegner obendrein die Dummheit auf, nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst.< Wer die kapitalistische Gebrauchsweise neuer Technologie angreift, greift nach der Logik der bürgerlichen Ökonomen, für die Produktivkraft und Produktionsverhältnis ununterscheidbar sind, den sozialen Fortschritt an. >Ein Virtuose in diesem anmaßlichen Kretinismus ist u.a. MacCulloch.< (KI, MEW 23, 465)

Dummheit als Interessensverstoß: In diesem Sinn (vor allem bei Engels) verwendet, artikuliert der Begriff D. eine immanente Kritik vom Standpunkt eines beliebigen Interesses. So bemißt Engels die >Stupidität der Herren Junker<, ihren >totalen Mangel an Verstand< daran, daß sie gegen eine einzig in ihrem Interesse entwickelte Kreisordnung rebellierten (Rolle der Gewalt, MEW 21, 460). Auf die Frage eines Interviewers, ob er glaube, die Rothschilds hätten zum Mißerfolg der russischen Anleihe bei-

getragen, >um ihre ... verfolgten Glaubensgenossen zu rächen<, verwahrte Engels sich gegen die Unterstellung, >sie seien so dumm<; sie >haben sich ausschließlich mit ihren Bankiersinteressen beschäftigt, Interessen, die darin bestanden, die größtmöglichen Geschäfte zu ergattern und die größtmögliche Zahl von Leichtgläubigen auszubeuten< (MEW 22, 526f). Das Problem der Leichtgläubigkeit erhält seine bürgerliche Spezifik durch die Grundform bürgerlicher Handlungsverhältnisse, die Konkurrenz der Privateigentümer mit ihrer Permanenz der Bestrebung wechselseitiger Übervorteilung. Im Klassenantagonismus kehren entsprechende Strategeme mit verändertem Gehalt wieder, in der Politik als Taktiken antagonistischer Verdummung. >Aufs Wort glauben nur Narren.< (Lenin, Über Abenteuerertum, LW 20, 359) Das kann von jedem Standpunkt gesagt werden.

Verdummung der Massen: Leichtgläubigkeit ist daher etwas anderes beim bürgerlichen Konkurrenten als beim Lohnarbeiter, beim Kleinbauern als beim Kolonisierten. Wenn man den Antisemitismus als >Sozialismus des dummen Kerls< bezeichnet hat (vgl. GG 1, 149f), so bedeutet Dummheit hier das Hereinfallen auf das >falsche Kollektiv< (H.Eisler, Gespräche mit Hans Bunge, 273ff). Noch 1906 ist Rosa Luxemburg zuversichtlich, >daß der Fahne der Sozialdemokratie in einer ernstesten revolutionären Periode alle jene Scharen plötzlich Folge leisten werden, die jetzt in scheinbarer politischer Stupidität gegen alle Organisationsversuche ... unempfindlich sind< (GW 2, 145). Die Erfahrungen des Kriegstauwells von 1914 - von Ernst Bloch im Vorwort zum Geist der Utopie (1917, 9) als >Triumph der Dummheit, beschützt vom Gendarm, bejubelt von den Intellektuellen, die nicht Gehirn genug aufreiben konnten, um Phrasen zu liefern<, niedergelegt -- gaben dem Kampf gegen >Volksverdummung<, >Volksvergiftung< und deren Auswirkungen etwa in Gestalt des >chauvinistischen Rausches und der Besinnungslosigkeit der Menge< (Luxemburg, GW 4, 152) etwas Verzweifertes.

Sozialistische Dummheit(en): So sehr in den Schriften der Marxisten immer wieder über >Eseleien< oder >Dummheiten< (vgl. etwa MEW 33, 54) von Genossen geschimpft wird -- besonders gefährlich ist strukturelle Dummheit bei Apparaten der Arbeiterbewegung, und in diesem Sinn schreibt Rosa Luxemburg am 19.4.12 an Mehring über den >Kretinismus< in den führenden Instanzen der Partei (Briefe, 270). Die linksradikalen Dummheiten sind die Antwort. Die Spannung zwischen Parlamentarismus und Revolution bildet einen der Brennpunkte. Luxemburg bringt 1912 die Gefahr am einen Pol auf die nicht ungefährliche Formel vom >parlamentarischen Kretinismus<, fügt aber hinzu: >ich muß mir noch erst überlegen, wie das eigentlich zu fassen ist.< (Briefe, 262). Die Formel droht nicht nur der antiparlamentarischen Rechten, sondern auch dem antiparlamentarischen Kretinismus von links in die Hände zu spielen, gegen den die Klassiker immer wieder gestritten haben. >Dumm< wäre es, heißt es z.B. bei Engels 1895, sich von der unter par-

lamentarischen Bedingungen politisch in die Defensive gedrängten Reaktion zum Aufstand provozieren zu lassen (MEW 22, 522). Lenin bezeichnet 1920 den von G.Lukács und B.Kún propagierten Antiparlamentarismus als >Dummheit< (LW 31, 153). Bei Lukács sieht Lenin einen >Marxismus der bloßen Worte<, und Kún hält er vor, eine Erklärung der KPD >auf Grund von Zitaten aus Marx, die sich auf eine der jetzigen ganz unähnliche Situation beziehen<, kritisiert zu haben. Für die beiden Artikel von G.L. und B.K. gelte, daß sie außer acht lassen, >worin ... die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse einer konkreten Situation.< (154) Diese berühmte Formulierung richtet sich also gegen die Dummheit in der Abstraktion. Vor allem für den Artikel von G.L. gelte: >Die Notwendigkeit, alle Arbeitsgebiete und Einrichtungen, durch welche die Bourgeoisie ihren Einfluß auf die Massen ausübt usw., ... erobern zu lernen, bleibt unberücksichtigt.< Gramscis Thema der kulturellen Hegemonie kündigt sich an. Ein Kriterium für die Notwendigkeit von >Übergangsmaßnahmen< und >Kompromissen<, fährt Lenin fort, ist der Bezug >auf diese Arbeiter< etc. (ebd.). Sich mit der >Avantgarde< von der >ganzen Klasse< und den >breiten Massen< zu isolieren und isoliert die Revolution zu versuchen, >wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen< (LW 31, 80).

Rosa Luxemburg hat 1906 vorhergesagt, es werde die Situation kommen, daß gerade >die heute unorganisierten, zurückgebliebensten Schichten naturgemäß das radikalste, das ungestümste, nicht das mitgeschleppte Element bilden< (GW 2, 145). Lenin, der mit diesem >ungestümsten< Massenelement in der russischen Revolution direkt kommuniziert, ringt ständig mit ihm um die Grenzlinie zwischen Radikalität und Extremismus, wobei die in der Volkssprache wohlvertraute Kategorie D. eine wichtige Funktion erfüllt. >Aber wir könnten die Worte von Marx wiederholen, daß während der Revolution nicht weniger Dummheiten gemacht werden, sondern manchmal sogar noch mehr (vgl. Engels, ^Internationales aus dem Volksstaat' (1871-75)< (LW 33, 209), >und während eines erbitterten Krieges (die Revolution ist der allerbitterste Krieg) ist die Niederlage die Strafe für eine Dummheit< (LW 33, 92). Die konkret gemeinte D. besteht darin, >unbedingt alle und jegliche Aufgaben unter allen Umständen auf allen Tätigkeitsgebieten revolutionär lösen< zu wollen (ebd.). Der Friedensschluß mit dem imperialistischen Deutschland, später der Versuch, ausländisches Kapital ins Land holen, stellten die dialektischen Fähigkeiten auf eine arge Probe. Es ist ebenso dumm, argumentiert Lenin, jeden Kompromiß mit Räubern abzulehnen, als ihn mit Komplizentum zu verwechseln (LW 30, 486). Verzweiflung in der Stimme: Könnten wir bei Joint Ventures (Konzessionen) nichts von den ausländischen Kapitalisten lernen, >so wäre unser Volk ganz hoffnungslos ein Volk von Dummköpfen< (LW 33, 444). Leitmotivisch im selbstkritischen Orientieren des revolutionären Prozesses das Eingeständnis, >daß wir eine enorme Zahl von Dummheiten gemacht haben und noch machen werden< (LW 33, 416). Aufmun-

ternd: daß diese aber >noch nichts sind im Vergleich zu den Dummheiten, die die kapitalistischen Staaten, die kapitalistische Welt und die II.Internationale alle miteinander machen.< Der Vertrag von Versailles, statt eines Friedens den nächsten Krieg vorprogrammierend, verkörpert für Lenin die politische D. der kapitalistischen Welt par excellence. Ein Bolschewik macht Dummheiten, indem er $2 \times 2 = 5$ sagt; die Bürgerlichen, indem sie $2 \times 2 =$ Stearinkerze sagen (LW 33, 415).

Gramsci, der in Gestalt des Lorianismus einen bestimmten Typ intellektueller D. im Kapitalismus portraitiert hat, dialektisiert an anderer Stelle kriminelle Intelligenz und D. der Opfer. >Wahrhaft dumm, wer da glaubt, es mit erklärten, offenen, unzweifelhaften Schurken zu tun zu haben; statt dessen hat man auch viel zu oft mit den Halbschurken zu tun, die jedoch die ... wahren und einzigen Schurken sind, die des alltäglichen Lebens.< Daher ist der Schurke dem Edlen überlegen, eben weil nicht nur Schurke, sondern auch >edel<, während dieser nie schurkisch sein wird. Ähnlich >das Verhältnis ^dumm-intelligent', insofern der Intelligente sich dumm stellen kann und es schafft, sich dafür halten zu lassen, aber der Dumme kann sich nicht intelligent stellen und sich dafür halten lassen, es sei denn, er findet noch Dummere, was nicht schwierig ist.< (Q, 1746)

Vor allem bei Brecht wird die Kritik der Dummheit vertieft und ins Zentrum einer Verhaltenslehre gerückt. >Denn Brecht war von einer Bösartigkeit oft, die war erstaunlich. Gegen Dummköpfe!< (Eisler, Gespräche, 61) Im Anachronistischen Zug (nach Shelley) rangiert unter den >sechs Gestalten<, die sich zu dem Zug gesellen, >alle sechs Parteigenossen<, auch die Dummheit. Die andern sind: Unterdrückung, Aussatz, Betrug, Mord und Raub: >Alt wie das Gebirge, doch/ Unternehmend immer noch/ Fährt die Dummheit mit im Zug/ Läßt kein Auge vom Betrug.< (GW 10) Dieser tritt nämlich so auf: >Schwenkend einen großen Krug/ Freibier. Müßt nur, draus zu saufen/ Eure Kinder ihm verkaufen.< Im Blick auf die Theatergeschichte notiert Brecht, daß Dummheit neben Habsucht, Prahlerei, Unwissenheit, Streitsucht ein >Hauptgegenstand< der Komödie ist, wie >das entmenschte soziale Milieu< der des ernstesten Dramas (GW17, 1166). Dummheit im Sinne von Sich-betrügen-Lassen, gilt ihm als eine elementare Form, für die Brecht sich vor allem bei den Unteren interessiert. Insofern Dummheiten spontan begangen werden, bedarf es einer Kritik der Gefühle. >Wenn wir Mitleid empfinden, so empfinden wir es ebenso oft mit dem Räuber, der schluchzt, weil er sein Opfer verpaßt hat, als mit dem ihm entgangenen Opfer, das schluchzt, weil es den falschen, längeren Weg gegangen ist.< (Me-ti, GW 12, 516) Angesichts der Unterhaltungsindustrie muß die Kritik der Gefühle entsprechend unterbaut werden. Hollywoods Technik der Spannungserzeugung >mag kunstvoll sein, doch dient sie nur dazu, ... an Dingen und Ideen Interesse zu erwecken, die nicht im Interesse des Publikums sind.< Darunter lauert >die entsetzliche Langeweile ..., welche eine ewige Wiederholung der Unwahrheit und Dummheit in jedem Publikum erzeugt.< (GW 17, 469)

Verdummung als Genuß ist von der Antike bis zur Science fiction immer wieder dargestellt worden. In Horkheimers und Adornos Dialektik der Aufklärung (88) steht Kirke für das falsche Glück, das >die Autonomie des Beglückten< zerstört. Der Selbstverrat, den die Kulturindustrie zum Genießen darbietet, ist seither immer wieder kritisiert worden, wie er auch in der Wirklichkeit immer drastischere Formen angenommen hat. Die buchstäblich überwältigende Zerstreuung, die man in der Videothek kauft, scheint längst in Dispersion kollektiver Handlungsfähigkeit umgeschlagen. Willy Brandt wird von Kunst und Kultur die Gegenmacht erwarten: >Was sonst soll denn die Industrien, die als Unterhaltung getarnte Entfremdung, Verhöhnung produzieren, davon abhalten, sich ihren Markt hemmungslos zu erobern? ... Und was tritt ein, wenn der Mensch nicht kritisiert, was ihm nicht paßt, wenn er nicht reflektiert, was ihn umgibt? ... Die Kultur ist doch eben der Platz, wo das geschieht, wo Ernst und Spaß die Kräfte entwickeln, jene ungeheuerliche Albernheit und Veralberung in ihre Schranken zu weisen, die den Rohstoff Dummheit vermehren soll, der benötigt wird, damit sich die Welt ein sich noch weiter steigendes Wettrüsten gefallen läßt, während Millionen Menschen verhungern. Als ob die natürlichen Ressourcen an Dummheit nicht reichten. Wir in Deutschland können davon wahrlich ein Lied singen. Bei uns hat noch selten eine Karriere aufgrund von Dummheit ihr rechtzeitiges Ende gefunden.< (>Die Kunst des Anstands<, in: L 80, H.36, 1985, 30) Obgleich das in der Brandmarkung stark ist und im Einklang mit Brechts Aufgabenstellung fürs Theater steht, sind die Instanzen, an die da appelliert wird, schwach und selber in Not, und es fehlt dieser Rhetorik gegen die Dummheit an einer Politik. So tut sie keinem weh, zumal ja schon Descartes gespottet hat, der gesunde Menschenverstand müsse die am gerechtesten verteilte Sache der Welt sein, da niemand sich beschwere, davon zu wenig abbekommen zu haben (Discours de la méthode, I.1).

Brecht faßt Dummheit, die er scharf vom lernnotwendigen Irrtum unterscheidet, wie Marx als Unfähigkeit zur Dialektik. >Me-tis Rat<: >Immer frag: Wie lernen?<, hat diesen Sinn (GW 12, 514). Seine Arbeitsnotizen zur Antigone (AJ, 10. April 1948) zeigen die Schlüsselbedeutung jenes Konzepts. Alles in ihm >wehrt sich dagegen<, das Stück moralisch anzusetzen. Es geht um Gewalt, die zum Scheitern führt. Eine ganz besondere Art, >nämlich diejenige, die aus der unzulänglichkeit stammt<, kann begriffen werden. >also die zurückführung der grausamkeit auf die dummheit. damit ist das moralische in zusammenhang gebracht mit dem unpraktischen, wodurch es das absolute, starre, im übersinnlichen thronende verliert.< Dummheit erweist sich hier als ein Begriff, der tiefer geht als die Moral. Das begreifende Aufheben der D. umfaßt die Moral und hebt sie auf: das ist der Sinn der Transformation (moralischer) Du-Schwein-Sätze in Du-Ochs-Sätze, die nämlich ganz im Sinne von Spinoza das >Böse< als eine Dummheit formuliert.

Tuismus und Dummheit: Zur Dialektik der Dummheit gehört, daß sie eine Investition des Verstandes darstellen kann. Dies arbeitet Brecht in seiner Kritik des >Tui< (= Tellekt-Uell-In: seine Denkfähigkeit für Gewinn und Herrschaft mißbrauchender Intellektueller) heraus. Auf die Feststellung des Schriftstellers Fe-hu-wang (Feuchtwanger), daß viele Intellektuelle sich gegen den Marxismus stellten, läßt Brecht seinen Me-ti erwidern: >Die klugen Köpfe können sehr töricht verwendet werden, sowohl von den Machthabern als auch von ihren Eigentümern selbst. Gerade um die allerdümmsten oder unhaltbarsten Behauptungen oder Einrichtungen zu stützen, mietet man kluge Köpfe. Die klügsten Köpfe bemühen sich nicht um die Erkenntnis der Wahrheit, sondern um die Erkenntnis, wie Vorteile zu erlangen sind durch Unwahrheit. Sie streben nicht nach dem Beifall ihrer selbst sondern dem ihres Bauches.< (GW 12, 436) So entsteht u.a. das, was Engels als >höheres Blech< verspottet hat, was aber zu allen Zeiten kritisiert worden ist. So etwa bei Lukrez, (Von der Natur der Dinge, I, 42-45): Gehobene Dummköpfe (Toren) >bewundern nur das, was unter verschrobene[n] Worten/ Sie zu entdecken meinen<, weil >dunkle Sprache< ihnen ein Zeichen von Tiefe ist. Den Klassengegensatz zumal aus dem Bewußtsein der Unterdrückten wegzuinterprieren, ist eine der immer wieder neu gestellten Tui-Aufgaben. Marx und Engels führen etwa vor, wie Carlyle alle Klassengegensätze transponiert >in den Einen großen und ewigen Gegensatz derer, die das ewige Naturgesetz ergründet haben ..., der Weisen und Edlen, und derer die es falsch verstehen, es verdrehn und ihm entgegen wirken, der Thoren und Schurken.< (MEGA I.10, 271) Indem so die privilegierten Klassen als die >artikulierten<, die unterdrückten als die >stummen unartikulierten< erscheinen, ist >die ganze Klassenherrschaft neu sanktioniert< (ebd.).

Faschismus und Dummheit: In der Flucht aus einem großen Übel in ein noch größeres steckt ein Moment von Kritik. Dies konkretisiert Brecht am Faschismus. >Eigensucht der Oberen, Dummheit der Oberen< sind Laster, aus denen sich das Volk in andere, effektivere flüchtet, in Brutalität, Kritiklosigkeit usw. (GW 12, 516). In seinem Arbeitsjournal erklärt Brecht am 19.2.1939 so den Anschein von Intelligenz, den der damals noch von Erfolg zu Erfolg triumphierende Nazismus bot. Von der deutschen Arbeiterschaft war nach Brechts bitterer Einsicht aus folgenden Gründen wenig zu erhoffen: >sie hat viel geschluckt für die beseitigung der arbeitslosigkeit. kein krieg bedeutet arbeitslosigkeit, wird das regime sagen (mit recht). was dem regime, das sehe ich immer mehr als alter erforscher des tuismus, diesen anschein der intelligenz verleiht, ist der umstand, daß es konsequenter spätkapitalismus ist, indem es parierte, macht es konsequente politik, daher die ^nachtwandlerische sicherheit! die kritik hitlers an der sozialdemokratie und dem frankfurtismus (in seiner letzten rede) ist ausgezeichnet. ohne die produktion zu verändern, wollten die dummköpfe die konsumtion verändern! dann bauen sie eine riesige rationalisierte industrie auf in einem politisch entmachteten land und treiben friedenspolitik! und

hitler ist nun konsequent: die grenzen, welche von den waren nicht überschritten werden können, werden von den tanks überschritten. welches auch waren sind (sowie die sie bedienenden arbeitskräfte). die tuis sind verstört. <

So ist >Dummheit< ein Begriff, in dem sich nicht nur die Verhältnisse der Konkurrenz, sondern auch die der Klassen artikulieren. Im divergenten Gebrauch dieses Ausdrucks reflektieren sich die Schwierigkeiten und Widersprüche der Ausbildung individueller und kollektiver Handlungsfähigkeit unter antagonistischen Bedingungen. Brecht nimmt den Begriff dementsprechend umfassend in Anspruch, wenn er in seinem >Lob des Kommunismus< 1931 schreibt: >Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig./ Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit/ ... / Er ist das Einfache/ Das schwer zu machen ist< (GW9, 463). Über dem >Einfachen< hat man allzu lang überhört, daß es >schwer zu machen< ist. Auch traten der empirisch-historische Kommunismus und der utopisch-gedachte so absurd auseinander,

Staatliche Dummheit: Neuerdings hat vor allem E.Krippendorff den Zusammenhang von Staat, Krieg und Dummheit herausgestellt: >Der Staat als das aus gewalttätig errungener Macht über Menschen konstruierte 'Terrain der Torheit', wo die politische Unvernunft ... systematisch produziert wird und dann ihrer eigenen Logik folgt -- das ist eines der zentralen Themen<. Während bei Barbara Tuchman (Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam. Frankfurt 1984) >Torheit als eine menschliche Konstante angesprochen< wird (Krippendorff 15), >weil sich die Menschheit ... immer wieder zu einer dem eigenen Interesse entgegengesetzten Politik hinreißen läßt< (Tuchmann), gilt sie für Krippendorff >nur als eine Qualität der politischen, von der Macht verdummtten Führung<. Das wirft die Frage nach den politischen Institutionen auf. Wie es eine strukturelle Gewalt gibt, so eine strukturelle Dummheit. Kommunikationstheoretisch und kybernetisch ist sie beschreibbar z.B. als Behinderung der Rückkoppelung durch Hierarchie, wo diese den Überbringer der Botschaft positiv oder negativ in Abhängigkeit davon sanktioniert, nicht ob sie zutreffend, sondern ob sie gut oder schlecht ist. Sartre sah in der Ost-West-Rüstungsspirale die >jahrtausendealte Dummheit< si vis pacem, para bellum (Frieden durch Hochrüstung) am Werk. Gorbatschows neuem Denken lag die Einsicht zugrunde, daß ein Typ primär militärischer Sicherheitspolitik zur Quelle größter Unsicherheit geworden war und daß das >befehlsadministrative System< mit seiner Ausschaltung von Öffentlichkeit die Gesellschaft zu Stagnation und Korruption verurteilte. Vor Gorbatschow -- und in der DDR bis zum Herbst 1989 -- wurde man zum >Dissidenten<, wenn man die D. des Offizialdiskurses unterbrach. Eher als andere vermochten es Schriftsteller, Maler und Filmemacher, unterm Schutz des Kunstprivilegs, die Tragödie der aufrechten Kommunisten und die Satire der Karriereintriganten zu gestalten, Scholastik, Obrigkeitdenken und Untertanengeist anzugreifen. Abuladse Schengelajas Film >Die

blauen Berge< ist als Satire auf die Bürokratie eine Studie über staatlich-gesellschaftliche D. Bei Volker Braun läßt sich schon Ende der sechziger Jahre ablesen, wie der Begriff der D. einen zunehmend wichtigen Status in der Auseinandersetzung von Marxisten mit der DDR erhielt. Etwa wenn er 1969 die >Eskalation des Blödsinns< auf dem VI. Dt. Schriftstellerkongreß geißelte und es als >dummes Geschwätz< bezeichnete, als ein Redner gefordert hatte, man solle nicht mehr von den >Ansprüchen des Individuums an die Gesellschaft< sprechen: >Und das wird gequasselt unterm stupiden Beifall des Auditoriums und sogleich mehrfach wiedergekaut.< (1976, 64) Braun plädierte für eine literarische Produktionsweise, die durch Widerspruchs-Fabeln die Figuren >aus ihrer ungeschichtlichen Borniertheit< zu lösen versuchte (ebd., 136). Das richtete sich gegen die herrschende D. in der Propaganda: >Töricht ist auch der Wunsch, das Bewußtsein durch bloße 'Überzeugungsarbeit' zu 'heben'.< (Ebd., 30) Heiner Müllers Versuche gingen in dieselbe Richtung. >Ich seh aber, das Establishment will dem nur D. und Ignoranz entgegenbringen.< In gewisser Weise läßt sich alle bedeutende Literatur aus den frühsozialistischen, durch den Stalinismus geprägten Staaten als Literatur gegen die Dummheit fassen. -- Repression als Fundament sozialistischer Staatsmacht, verkörpert durch >Mauer< und >Staatssicherheit<, entschied in Wechselwirkung mit ökonomischer Ineffizienz den Zusammenbruch der DDR, als ein demokratischer Sozialismus in Reichweite gekommen schien. >Die Prognose, daß die Dummheit noch schreckliche Tragödien aufführen wird, bei Marx nachzulesen, ist für die Opfer kein Trost, aber wir können nichts tun als unsere Arbeit, die wenig Folgen hat und für die Toten keine.< (Heiner Müller, z.n. nach Jens Birkmeyer, >Vom Leben nicht die Rede< [Leserbrief], in: Marxistische Blätter 2/90, 5)

So ist für den historischen Materialisten D. keine Frage der Intelligenz, sondern eine an dieselbe, nach ihrer Verwendung, nach dem Verhalten in antagonistischen Verhältnissen, nach dem Verhältnis von Denken und Handeln. Der listigen D. der Unteren, ihrer zur Widerstandsposition umfunktionierten Subalternität, steht die bornierte Intelligenz der Oberen gegenüber, deren abgebrühtem Manipulationsrezept (mundus vult decipi -- >Die Welt will betrogen werden<) die Betrüglbarkeit, weil Leichtgläubigkeit und unerlaubte Naivität ihrer Opfer. Antagonismus und Zerrissenheit der Verhältnisse aber, ihre strukturelle D., definieren auf allen Ebene die schier unmögliche Dialektik, die nötig ist, um ihnen Handlungsfähigkeit und Leben abzugewinnen.

¹ Geschrieben fürs >Neue Wörterbuch des Marxismus<, ein Projekt, das aus der Arbeit an der deutschen Fassung des >Kritischen Wörterbuchs des Marxismus< (1983-1989) hervorgegangen ist. Kritik und Anregungen sind erbeten.

Thomas Koch

Statusunsicherheit und Identitätssuche im Spannungsfeld zwischen "schöpferischer Zerstörung" und nationaler Re-Integration

Kontinuität, Krisen und Brüche ostdeutscher Identitäten im gegenwärtigen Transformationsprozeß

Die Ostdeutschen sind Akteure und Betroffene eines zweifachen Zusammenbruchs, nämlich des "realsozialistischen System und ihres Gemeinwens. Die deutsche Einheit bot sich schließlich als naheliegendster Ausweg aus der allumfassenden Krise an. Dies unterscheidet Krise und Krisenmanagement in der ehemaligen DDR von der osteuropäischen Gesellschaften.

Der Zusammenbruch des Systems, der Untergang und die Transformation der bisherigen DDR erschüttern nicht nur die kollektiven, sondern auch die Ich-Identitäten der Ostdeutschen in ihren Grundfesten. Mein Beitrag versucht Aspekte der dramatischen Erosion der Identitätsanker¹ der Ostdeutschen zu thematisieren. Es geht um empirische Befunde und theoretische Verallgemeinerungen zu der Frage:

Wie schlagen der Untergang der DDR und die "schöpferische Zerstörung" von Strukturen, Verhältnissen und Verhaltensweisen auf die Individuen durch? Mit welchen Strategien wird der Verlust bisheriger Bindungen und Orientierungen bewältigt, auf welche Weisen versuchen kollektive und individuelle Subjekte sich neu zu verorten? Welche Gefahren für den inneren Frieden in Deutschland, für die nationale Re-Integration bzw. für das Gewinnen einer aktiven Lebensposition sind mit den Wegen² aus der Krise verbunden? Die Erosion kann nicht durch politische Mehrheitsentscheidungen gestoppt, Antworten nur von den Akteuren gesucht und gefunden werden. Und diese werden sehr verschiedene sein.

Manche Sozialwissenschaftler verbinden den Übergang der einstigen DDR zu einer modernen Gesellschaft mit der Vision einer "radikalen Zerstörung sämtlicher sozialer Beziehungen, sämtlicher symbolischer Generalisierungen und normativen Handlungspunkte im Handeln der Menschen"³. Ohne Zweifel geraten bisherige Bindungen und Orientierungen vielfach in eine Krise, doch lösen sie sich spurlos auf?

Die Menschen in den neuen Bundesländern bewältigen die Herausforderungen und Verhaltenszumutungen der Transformationsperiode nicht als solche und auch nicht als vereinzelte einzelne, sondern mit Hilfe der soziokulturellen und psychischen Ressourcen, über die sie verfügen. Sie reagieren auf die Veränderungen mit Vorstellungs- und Verhaltensweisen, die

sie kennen. Und sie nehmen jene Veränderungen auch im Kontext dieser kollektiven Vorstellungs- und Verhaltensmuster wahr. In die Antworten der sozialen Akteure gehen jeweils ihre bis dahin ausgebildeten Dispositionen ein. Ja, diese werden in der Krise überhaupt erst transparent.

Die Identitätssuche der Ostdeutschen vollzieht sich zudem im Wechselspiel mit der "Welt der Westdeutschen"⁴. Diese gehört daher zum Thema mit, wenn auch hier nur sehr punktuell.

Statusunsicherheit und Identitätssuche gehören nach Norbert Elias⁵ zu den charakteristischen Begleitern des 20. Jahrhunderts in den europäischen Gesellschaften insgesamt: sie sind die Normalform. Vielleicht kann dieser Hinweis Betroffenheit objektivieren? Elias sind auch bemerkenswerte Aufschlüsse über die Identitätsprobleme der Deutschen zu verdanken. Er untersuchte bekanntlich Zusammenhänge zwischen Eigentümlichkeiten in der Geschichte des deutschen Volkes und dessen nationalen Habitus. Dabei hielt er unter anderem dreierlei fest:

- eine Kontinuität obrigkeitsstaatlicher Traditionen und autoritätsabhängiger Persönlichkeitsstrukturen;
- die Diskontinuität der Staatsentwicklung bei den Deutschen führte zu einer Instabilität, Gebrochenheit der zivilisatorischen und kulturellen Entwicklung;
- sie schlug sich zudem als massive Unsicherheit über den Wert und Sinn, die inhaltlichen Konturen des Deutsch-Seins nieder.⁶

Diese Komponenten im Habitus der Deutschen wurden im Verlaufe der Nachkriegsperiode in beiden Teilstaaten, wenn auch in unterscheidbarer Weise, modifiziert, aufgehoben, auch prolongiert.

Für die Altbundesrepublik hat die Sozialforschung einen Werte- und Kulturwandel nachgewiesen, der sich im Vor- und Umfeld der "Kulturrevolution" von 1968 als Schub zeigte und seitdem anhält. In der Terminologie von Helmut Klages besteht dessen Wesen im Bedeutungszuwachs von Selbstentfaltung- gegenüber Pflicht- und Akzeptanzwerten.⁷ Wichtige Aufschlüsse über die soziokulturelle Binnendifferenzierung der Altbundesrepublik vermitteln die SINUS-Studien.⁸

Die Ostdeutschen gelten allerdings gemeinhin als die "deutscheren" und konservativeren Deutschen, die am westeuropäischen Wertewandel nicht oder nur bedingt teilhatten. Dieses Bild trüben indes Ergebnisse der Jugendforschung der DDR. Sie hat analoge Mentalitätsveränderungen bei der jungen Generation mit einer zeitlichen Verzögerung nachgewiesen.⁹

Die Ostdeutschen erwartet nun eine Umwälzung ihrer gesamten Lebensordnung, eine "schöpferische Zerstörung" von Strukturen, Verhältnissen und Verhaltensweisen. Sie sind mithin Akteure und Betroffene einer Entwicklungsdynamik, die mehr und mehr im Wechselspiel mit der der Altbundesrepublik steht, von dort entscheidende Impulse erhält, aber einem anderen Rhythmus folgt, anderen Regularitäten gehorcht. In der Altbun-

desrepublik sprechen manche Politologen vom "völligen Fehlen einer eigenen politischen und kulturellen Substanz in der ehemaligen DDR ... Sie (habe) in diesen Einigungsprozeß nichts Eigenes eingebracht, das sie mit Erfolg verteidigen und erhalten könnte ..."¹⁰ Diese Aussage ist insofern zutreffend, als die politische Polarisierung in der ehemaligen DDR das Ausbilden eines Gesamtwillens verhinderte, der auf die Übernahme bestimmter Regelungen in das gesamtdeutsche Rechts- und Institutionensystem hätte drängen können. Gleichwohl wird von der DDR als Bündel geistiger Lebensformen mehr überdauern als gemeinhin angenommen wird, ob wir wollen oder nicht. Zudem gibt es erstaunlich stabile Optionen von Mehrheiten im Osten Deutschlands, nach denen in vierzig Jahren DDR so manches entstand, das auch im vereinten Deutschland erhalten werden sollte¹¹, ja das die Vor-Wende-DDR auf einigen Gebieten günstigere, überlegene Regelungen zu bieten hatte¹².

Eine neue Periode der Diskontinuität, der Instabilität der kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung steht bevor, zunächst nur im Osten, später den gesamten Raum zwischen Oder und Rhein erfassend.

Der Kulturschock der Transformationsperiode

Die Ostdeutschen haben zweifellos mehrheitlich das System abgewählt. Doch die deutsche Einheit hat ihre Gestehungskosten. Mallorca pur - verstanden als Metapher für alle Verheißungen des Westens - war nicht zu haben.

Sicher bedeutet der Zusammenbruch des Systems, der Untergang der DDR für die Menschen zunächst sehr verschiedenes: für viele den Zusammenbruch ihres Lebenskonzepts, Utopie-, Sinn-, Richtungs- und Orientierungsverlust, "die Last der Ratlosigkeit nach dem Verlust gesicherter Anpassung" (Günter Gaus), soziale Abwärtsmobilität; für viele andere hingegen Befreiung, Ausgang aus allerhöchst und selbstverschuldeter Unmündigkeit, Hoffnung, Perspektivbewußtsein, Entwicklungs- und Aufstiegschancen.

Als *Kollektivgesamtheit* - unabhängig von ihrer politischen Position und sozialen Perspektive - unterliegen die Ostdeutschen jedoch den Wirkungen zweier eng verbundener Entwicklungen: zum einen den Herausforderungen und Verhaltenszumutungen der Transformation zu einer modernen Gesellschaft, deren Maßstäbe vorerst die Altbundesrepublik setzt, zum anderen der Demontage und lustvoll betriebenen Selbstdemontage der einstigen DDR im Sinne einer kollektiv anerkannten oder/und auferlegten Deutung.

Zwischen den beiden Teilen Deutschlands besteht ein Ungleichgewicht an Kapital im klassischen Sinne, wie auch an "sozialem" und "kulturellem Kapital". Ohne Import von Eliten und Modellen ist die Transformation zwi-

schen Rügen und Oelsnitz undenkbar. Die Osis sind für die "soziale Marktwirtschaft", für eine moderne, offene, demokratische und pluralistische Gesellschaft nicht konditioniert worden. Ihr Orientierungswissen, ihre Kompetenzen, ihr "soziales" wie "kulturelles Kapital" (Bourdieu) wird dramatisch entwertet, zumindest relativiert. Mit der Übernahme des bundesdeutschen Rechts- und Institutionensystems *verloren sie über Nacht ihre Routinen und verwandelten sich in funktionelle Analphabeten*. Die Unsicherheiten lähmen: die Menschen können mit ihren Erfahrungen die neue Ordnung nicht oder nur bedingt bewältigen. Sie erleiden einen Kulturschock.

Der Umbau der Wirtschaft geht einher mit massiver Massenarbeitslosigkeit, mit einem teils freiwillig, teils auferlegten Übergang vieler in den Vorruhestand, mit Kurzarbeit, mit einem sozial Abstieg von im DDR-Maßstab eigentlich gut qualifizierten Arbeitskräften, mit einer *Erosion sozialer Identität*.

Die gewachsenen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten verschränken sich mit der Erfahrung der Ersetzbarkeit, Austauschbarkeit, Schutzlosigkeit und Abhängigkeit von den Unwägbarkeiten des Arbeitsmarktes ...

Fragiles Selbstbewußtsein

Die Krise hat viele Gesichter. Sie bedeutet in mehrfacher Hinsicht eine Freisetzung, den Verlust von Lebenszusammenhängen, die tatsächlich oder nur vermeintlich Verortung gegeben haben. Dabei sind *zwei Phasen* zu unterscheiden: a) die Arten und Weisen der Abkopplung von den Organisationsformen und Sinngehalten der untergangenen Gesellschaft; b) Versuche der Neuverortung. Um zu ermessen, was der Zusammenbruch des Systems, der Untergang und die Transformation der bisherigen DDR für die Ostdeutschen bedeutet, ist es zunächst nötig, auf *Zusammenhänge zwischen der Ich- und Wir-Erfahrung* zu verweisen.

Ohne die normative Zustimmung anderer Subjekte können sich weder Selbstbewußtsein noch Ich-Identität entwickeln.

Die Rede von der "maroden DDR" tangiert zutiefst die Selbstbilder der Ostdeutschen, denn sie kommt einer Abwertung ihrer selbst gleich: sie macht die Menschen klein, destruiert ihr Selbstbewußtsein, stimuliert zwanghafte Anpassungen; sie schlägt aber auch in einen trutzigen, freilich selektiven Bezug auf Ostdeutsches um. Zwanghafte Anpassung an Altbundesrepublikanismus nenne ich das Bestreben sozialer Akteure, jeden Bezug auf ihre Herkunftsgesellschaft zu tilgen, alles, was sie als Osis qualifizieren könnte (Automarke wie -kennzeichnen, Paß, Wohnungsinterieur, Konsumgewohnheiten und -gegenstände ...) so schnell wie möglich abzustreifen.

Zu einem selektiven, positiv getönten Bezug auf Ostdeutsches tendieren die Angehörigen alternativer sowie des bürgerlich-humanistischen Milieus, ferner jene, die vorläufig dem traditionellen Arbeiter- und ländlichem Milieu zugeordnet werden; zur "Flucht" aus einstigen DDR-Lebens- und Wertewelten neigen insbesondere jene, die im traditionslosen Arbeitermilieu sowie dem kleinbürgerlichen und hedonistischen Milieus verankert sind. Nach Ermittlungen des Dortmunder Meinungsforschungsinstitutes FORSA gaben zum Jahreswechsel 1990/91 37 % der Befragten an, sich schon bald als "normaler" Bundesbürger fühlen zu können. Demgegenüber meinten 13 % der Befragten, sie "nie" als Bundesbürger zu fühlen. Mit 19 % lag die Zahl derer in Mecklenburg-Vorpommern über den Werten aller anderen neuen Bundesländer.¹³

Indikatoren der Krise und Krisenmanagement der Akteure

1. Zu den auffälligen Kennzeichen der Verfaßtheit des Denken, Fühlens und Verhaltens der Ostdeutschen gehören Labilität, Verunsicherung, die Erosion der Glaubwürdigkeit großer und kleiner Autoritäten (darunter die der Eltern), allgegenwärtiges Mißtrauen.

Labilität besitzt einen Doppelcharakter: sie steht für Unberechenbarkeit des Verhaltens und sie ist zugleich entscheidende subjektive Voraussetzung für Lernfähigkeit!

Allerdings war die DDR auf ihre Art eine Art Kirchenstaat mit kräftigen obrigkeitstaatlichen Traditionen und autoritätsabhängigen Persönlichkeitsstrukturen und staatlicher Daseinsfürsorge. Die Autoritätsabhängigkeit ist nicht nur eine stillschweigende Praxis, "autoritär" gilt in weiten Bevölkerungskreisen sogar als Wert. Nach Noelle-Neumann haben mehr als 50 % der Befragten aus dem Osten "autoritär" als etwas Positives eingestuft.¹⁴ Mehrheiten sind auf klare Verhältnisse, Eindeutigkeiten fixiert und können die Verunsicherung nicht ertragen. Darauf verweist auch die Erfahrung der importierten Eliten.

2. *Psychische Verarbeitungsstrategien.* Zu den praktizierten kognitiven psychischen Verarbeitungsstrategien der Herausforderungen und Verhaltenszumutungen des Umbruchs gehören

- das Simplifizieren als Sehnsucht und Suche nach einfachen Lösungen und Antworten sowie
- Spezialisieren, d.h. der zu verarbeitende Wandel wird dosiert herangelassen.

Für beides sind die Menschen gleichsam konditioniert worden, statt Komplexität zu gewinnen und zu ertragen. Man muß aber auch sagen, daß aus der Alt-Bundesrepublik viel herüberkommt, was die Menschen, die diese Dispositionen haben und entsprechende Strategien praktizieren, darin be-

stärkt. Der Westen Deutschlands kann auch wenig zur Kompensation von Utopieverlusten beitragen. Manche reden von einer Re-Christianisierung Ostdeutschlands. Doch sie ist wohl kaum zu erwarten. Auch in der Bundesrepublik halten nur etwa 1/3 ein Leben nach christlichen Glaubensgrundsätzen für erstrebenswert.¹⁵

3. Die Krise, der Verlust von Gewißheiten schlägt sich in einer tendenziellen *Abkehr von der Um- und Mitwelt* nieder im Vergleich zur Vor- und Nachwende-DDR. Verortung scheinen nur noch Familie, Freunde, kleine Gemeinschaften zu bieten.

Zu den Indikatoren dieses Trends gehören: die schwindende Wahlbeteiligung; der Rückzug von Menschen mit einer einst aktiven Lebensposition; die Quantität der in den neuen und alten Parteien, Verbänden tätigen Aktiven; Umorientierungen im Zeitbudget; Schwierigkeiten, Vertretungskörperschaften und Interessenvertretungen in Betrieben aufzubauen; die egoistische und verantwortungslose Nutzung von scheinbaren Freiräumen bei der Müllentsorgung oder beim "Kampf" um Parkplätze ...

Die Abkehr von der Um- und Mitwelt wird in zwei Grundvarianten praktiziert; zum einen als Orientierung auf Hedonismus, Konsumismus, Privatheit; zum anderen ist es der Weg in die Selbstvernichtung, -zerstörung in Gestalt von Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Selbstmord. In beiden Varianten kann auf vertraute Kulturmuster zurückgegriffen werden.

Diese Abkehr wird durch ein Bündel ganz verschiedener Faktoren herbeigeführt, und sie erfolgt sowohl spontan als auch zwanghaft. Nach Ermittlungen der STiftung Gesellschaftsanalyse fühlen sich gegenwärtig nur 10 % der Ostdeutschen als aktive Mitgestalter der Einheit, etwa 50 % als Beobachter (freiwillige wie unfreiwillig), ca 15 % von wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen, 21 % ausgeliefert und überrollt. In diesen Zahlen widerspiegelt sich m.E. sowohl das Unbehagen an einer auferlegten Abstinenz als auch des Vertrauens in die Obrigkeiten. Die konsumistische Variante ermöglicht aber immerhin noch die Chance des Neuaufbaus von Identitäten um die Achse Lebensstandard, wenn auch als dezidiert apolitische.

Die hedonistische wie die selbstzerstörerische Praxis sind sowohl für die Gesellschaft, die nun entsteht, als auch für die Individuen problematisch: Die Problematik liegt bei der Selbstvernichtung auf der Hand, ich will mich deshalb auf die hedonistische Variante beschränken:

- sie reduziert das demokratische Mitgestaltungspotential;
- sie erschwert einen Wechsel der Integrationsstrategie in Deutschland, weil die zwanghafte Übernahme bundesdeutscher Lebens- und Ausdrucksformen einer kolonialisatorischen Praxis Legitimität verschafft. Die Orientierung auf nachholende Wohlstandsbeschaffung ist zwar verständlich. Sie geht von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß die äußeren und inneren Existenz- und Entwicklungsbedingungen der

Bundesrepublik gleich bleiben und in relativ kurzer Frist ein Aufholen möglich ist. Dies ist aber auf Dauer ungewiß, ja unwahrscheinlich, wenn die Unwägbarkeiten der Transformation in Osteuropa mit ihren Konsequenzen und die des Nord-Süd-Konfliktes mitbedacht werden. Wohin treibt es die Apolitischen, wenn ihre Hoffnungen auf relativ raschen Anschluß an den Wohlstand ihrer jeweiligen Bezugsgruppe im Westen nicht eingelöst werden können?

4. *Narzißmus als Variante der Neuverortung im Sinne einer Anlehnung an starke Autoritäten und Gewalten.* Narzißmus meint ein kompensatorisches Verhalten zur Ausregulierung von Selbstwertstörungen mittels einer Strategie der Selbstbewahrung. Dabei bleibt indes die Überprüfung des eigenen selbst außen vor.

Zu dieser Verhaltensstrategie tendieren Menschen, die sich von den Organisationsformen und Sinngehalten der alten Gesellschaft abgekoppelt haben, aber noch nicht neue anbahnten. Indikator dieser massenhaft praktizierten Variante zur Neuverortung - die Suche nach Sündenböcken, bei der eigene Verstrickungen verdrängt werden.

Einen Neuaufbau von Bindungen und Orientierungswissen ermöglicht der narzißtische Rückzug insofern, als eine seiner Spielarten die Idealisierung ist: der Fan idealisiert den Star, das Anlehnen an starke Gewalten, Gestalten, Institutionen usw., an die Idee der Nation (Nationalismus, dezidiertes Deutschtum ...). Dafür gibt es in Deutschland und im Osten Deutschlands einen günstigen Nährboden in den ungebrochenen Persönlichkeitsstrukturen. Im politischen Leben können diese Autoritäten Kohl, Genscher, Lafontaine, aber auch Gysi heißen. Nach Elias dauert der Ausgang aus autoritätsabhängigen Persönlichkeitsstrukturen 3 - 4 Generationen.

5. *Neuverortung mittels Konversion.* Dieser Weg wird gewöhnlich negativ belegt. Wendehälse heißt man die Konvertiten. Wenngleich Konversion als Weg der Neuverortung grundstätzlich legitim, so hält er doch für die Gesellschaft insgesamt erhebliches Konfliktpotential bereit und ist zudem für den einzelnen problematisch. Denn Konvertiten werden ob ihres Gesinnungswandels von ihrer Wahlverwandtschaft mit Mißtrauen belegt. Daher fühlen sie sich ständig in der Pflicht, ihre Entscheidung als endgültig, unwiderruflich und wohl begründet hinzustellen. Sie glauben dies am besten dadurch zu tun, daß sie ihre Mitstreiter von einst und deren Ideen oder auch vergegenständlichte Objektivationen (Denkmale, Straßennamen, Institutionen) am entschiedensten bekämpfen. Von daher neigen sie zu extremistischen Antworten und Lösungen.

Im konkreten Falle handelt es sich in beträchtlichem Maße um Menschen, die der SED bzw. den Blockparteien angehörten. Da diese in ihrem Selbstverständnis sich als "links" gaben, ist zwangsläufig Objekt ihrer subjektiven Abgrenzung die Linke, was immer auch dies konkret und territorial be-

deuten mag. Diese Disposition trifft sich mit einer traditionellen Überzeugung des Bürgerstandes im Westen, so G. Gaus, der zufolge die deutsche Nation keine Linke habe. Deren Ausgrenzung folglich eine, die gängige Praxis ist.¹⁶ Für eine funktionierende Demokratie ist aber eine Linke mindestens ebenso nötig wie eine kultivierte Rechte. Denn die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts wird eine innenpolitische sein - die gerechte Einheit, der innere Frieden in Deutschland, eine nationale Re-Integration, die diesen Namen verdient.¹⁷

Konversionen finden in allen soziokulturellen Milieus statt, nicht nur im Status- und Karriere-orientierten. Die Art und Weise der Konversionen im Osten verhindert bei den Betroffenen wie bei vielen Landsleuten im Westen, sich der tatsächlichen Geschichte und deren Resultaten von vierzig Jahren DDR zu stellen. Sie verfestigt dichotomische Welt- und Gesellschaftsbilder, die im Westen kaum weniger verbreitet sind als im Osten. Der Wettbewerb einstiger Mitläufer-Ost um den Status des antistalinistischen Widerstandskämpfers von Geburt oder doch um die Rolle des Opfers hat ohne Zweifel etwas Tragikomisches; darüber mag mancher "West-Mensch" die ihm abverlangten Anpassungsleistungen vergessen.

5. *Neuverortung durch Aufheben (im dreifachen Sinne) einer gesellschaftskritischen Identität* aus einer Sub- und Gegenkultur heraus in eine gesamtdeutsche Sub- und Gegenkultur hinein. Es ist dies der Weg von Minderheiten, die im Herbst versuchten, ihre Optionen mehrheitsfähig werden zu lassen und so eine neue Identität für die Nachwende-DDR zu gewinnen, ein Versuch, der bekanntlich scheiterte. Die Perspektive liegt nun im Gewinnen eines gesamtdeutschen Alternativbewußtseins, gegründet auf eine gesellschaftskritische Identität. Für die Gesellschaft und die mittragenden einzelnen ist das eine produktive Variante. Die gesellschaftliche Antwort darauf sollte heißen: Minderheitenrecht und Minderheitenschutz wahren

Die Träger gesellschaftskritischer Identität gehören vornehmlich dem alternativen sowie dem bürgerlich-humanistischen Milieu an; partiell rekrutieren sie sich auch aus hedonistischen Jugendmilieus sowie dem traditionslosen Arbeitermilieu. Trotz aller kulturellen und politischen Nähe zu westdeutschen wahlverwandten Gruppen werden wohl auch die Trägerpotentiale eines gesamtdeutschen Alternativbewußtseins nur schrittweise verschmelzen. Darauf verweisen Reflexionen über die Unterschiedlichkeit der jeweiligen Koordinatensysteme.

6. *Neuverortung durch demonstratives Ausstellen ostdeutscher, wenn man so will, selektiver "DDR-Identität".* Ihre Vorboten sind bereits erkennbar. Dieser Weg ist in erster Linie eine Reaktion auf die Pauschalabwertung des Ostens, d.h. der Ignoranz gegenüber der Geschichte und Verweigerung, gelebtes Leben anzuerkennen. Ferner werden die Gesteungskosten der deutschen Einheit eine Art DDR-Nostalgie befördern. Sehr wahrscheinlich ist eine relativ breite, überparteiliche Bewegung bekennender Ostdeutscher als kulturelle Form des Widerstands gegen die

Verhaltenszumutungen der Binnenkolonisation, gegen die Privilegierung der Geburt jenseits der Elbe ... Schon jetzt sind die Anzeichen dafür in *allen* politischen Lagern in den neuen Bundesländern nicht zu übersehen.

Artikuliert werden die entsprechenden Hoffnungen, Befürchtungen und Gefahren vornehmlich von Angehörigen des bürgerlich-humanistischen Milieus, unabhängig von ihrem jeweiligen politischen Standort. Zu ihnen gesellen sich die Stimmen mancher Vertreter der importierten Eliten. Unter sonst gleichen Bedingungen wird diese kulturelle Bewegung in diesem oder jenen Maße Anhänger aus allen soziokulturellen Milieus, Alters- und sozialen Gruppen haben, darunter Menschen, die zu den entmachteten einstigen Eliten gehörten sowie zu den sozialen Verlierern der deutschen Einheit. Die Rolle der letzteren wird aber eher eine beiläufige sein können.

Aufschlüsse über das Trägerpotential unter der ostdeutschen Jugend vermitteln Untersuchungen in der Altersgruppe der dreizehn- bis siebzehnjährigen, die das Ende der DDR als prägende Generationserfahrung erleben. Der Anteil der Kritiker des "bedingungslosen Anschlusses" umfaßt etwa ein Drittel der Schülergeneration.¹⁸ Die Bewegung "bekennender Ostdeutscher" wird in ihren Existenzformen und Perspektiven sehr heterogen sein.

Vorstellbar sind zwei Pole: zum einen die Verteidigung gelebten Lebens, auf Anerkennung und Akzeptanz zielend, um schließlich eine Art Versöhnung wie etwa nach dem Krieg zwischen den Nord- und Südstaaten der USA herbeizuführen; zum anderen als Strang, der in ein gesamtdeutsches Alternativbewußtsein einmündet. Die Ähnlichkeit kultureller Ziele paart sich mit politischer Vielfalt, ja Gegensätzlichkeit. Dennoch kommt jener Bewegung eine wichtige Funktion im nationalen Re-Integrationsprozeß zu. Sie trägt dazu bei, die hegemoniale Rolle der Altbundesrepublik zu relativieren.

Vom Standpunkt der nun entstehenden Gesellschaft und der Individuen sind mit einer ausgesprochenen DDR-Nostalgie freilich auch Gefahren verbunden, nämlich dann, wenn sie sich als spezifische Form der Abkehr von der Um- und Mitwelt entpuppen sollte, als Verzicht auf oder Ersatz für eine aktive Lebensposition gegenüber den Herausforderungen der Gegenwart.

Ausblick: Annäherung und Distanz

Vorerst zeichnet sich die Ausbildung gesamtdeutscher Identität(en) nicht ab. Wahrscheinlicher ist die Reproduktion ost- bzw. westdeutscher Gegenüberstellungen nach dem Modell "Wir - sie". Statusunsicherheit und Identitätssuche der Ostdeutschen wurden eingangs als spezifische Form allgemeinen, gesamteuropäischen Bestrebens gekennzeichnet. Universell und vergleichbar sind die Wege und Holzwege, mit denen die sozialen Akteure

aus der Krise herauszukommen suchen. Ähnlich sind auch die Verhaltensdispositionen der Deutschen in Ost und West. Wenn Kurt Sontheimer der DDR jede eigene politische und kulturelle Substanz¹⁹ abgesprochen hat, Thomas Schmid hingegen die Eroberung der Bundesrepublik durch die ehemalige DDR für wahrscheinlich hält²⁰, so rücken beide Autoren auf ihre Weise die Nähe der Verhaltensdispositionen und auch der Wertvorstellungen von Mehrheiten in Deutschland in den Blick. Eben diese Nähe bietet nach Sontheimer die Garantie dafür, daß die Bundesrepublik von der Oder bis zum Rhein nach dem Bilde der Altbundesrepublik geformt werde; für Thomas Schmid birgt sie indes gerade die Gefahr, die Kräftebalancen der Altbundesrepublik zuungunsten ihrer Zivilität zu kippen.

Nur am Rande sei erwähnt, daß der Psychologe Hans-Joachim Maaz, der mit dem Buch "Der Gefühlsstau" ein Psychogramm der DDR offeriert, nicht nur die Ostdeutschen, sondern ausdrücklich auch die Westdeutschen einer "psychischen Revolution" für bedürftig hält.²¹

Offenbar sind aber nicht nur Existenzbedingungen, Chancen, Interessenlagen zwischen den Wessis und Ossid, sondern auch die Unterschiede in ihrer subjektiven Kultur so groß, daß sie sich nicht oder nur bedingt gegenseitig wiedererkennen.

- 1 Der Identitätsbegriff wird hier im soziologischen und ethnologischen Sinne in Anlehnung an Klaus E. Müller (Das magische Universum der Identität. Elementarformen sozialen Verhaltens. Ein ethnologischer Grundriß, Frankfurt am Main/New York 1987), Norbert Elias (Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Michael Schröter, Frankfurt (Main) 1990) sowie Rudolf Vierhaus (Historische Entwicklungslinien deutscher Identität, in: Die Frage nach der deutschen Identität. Ergebnisse einer Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, S. 11 - 22) verwendet.
- 2 Die Suchbewegungen aus der Krise der Identitäten wurden in Anlehnung an theoretische Positionen von Walter L. Bühl: Kultureller Wandel. Für eine dynamische Kultursoziologie, Darmstadt 1987, modelliert. Hinzu kommt das Bemühen, Antworten und Strategien in soziokulturellen Milieus zu verorten.
Nach Angaben der Kooperationspartner von SINUS liegen erste Ansätze vor, analog zu den SINUS-Milieus der Altbundesrepublik die im Osten Deutschlands zu konturieren. Sie führten zu noch sehr vorläufigen Unterscheidungen folgender: Traditionsloses Arbeiter-; hedonistisches Arbeiter-; traditionelles Arbeiter- und ein ländlich-bäuerliches Milieu; das kleinbürgerliche Milieu; das rationalistisch-technokratische Milieu; das Status- und Karriere orientierte Milieu; das hedonistische Jugendmilieu; das bürgerlich-humanistische und schließlich ein alternatives Milieu.
- 3 Thomas Hanf: Modernisierung der Gesellschaft als strukturelles Problem. In: Berliner Journal für Soziologie, Sonderheft 1991, S. 74.
- 4 Vgl.: Günter Gaus: Die Welt der Westdeutschen. Kritische Betrachtungen, Berlin 1988; Jürgen Habermas: Der DM-Nationalismus, in: INITIAL. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Berlin, 4/1990.
- 5 Vgl.: Norbert Elias: Studien über die Deutschen ..., a.a.O., S. 33 ff.
- 6 Vgl.: Norbert Elias: Studien über die Deutschen ..., a.a.O., S. 7 - 29.
- 7 Vgl.: Helmut Klages: Wertorientierungen im Wandel, Frankfurt am Main/New York 1985.

- ⁸ Vgl.: SINUS Lebensweltforschung. Ein kreatives Konzept, Heidelberg o.J. (1986).
- ⁹ Walter Friedrich: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschehen. Das Parlament, 16-17/1990; Vgl. Reiner Butt: Anders und doch gleich (erste Ergebnisse der Vorstudie zur (Shell)Hauptstudie Jugend in Deutschland '92'. In: Freitag, Berlin 4.1.91, Nr. 2, S. 12.
- ¹⁰ Kurt Sontheimer (Rheinischer Merkur vom 30.11.1990). Zitiert nach: Torsten Harmsen: Verdammst, da war doch mal was? Die ersten Folgen der Einheit/Einseitiges und Widersprüchliches aus Medien-Sicht. In: Berliner Zeitung 14.12.1990, S. 9.
- ¹¹ Frank Adler; Albrecht Kretschmar: Der gewendet Alltag. DDR-Lebenslagen und Sozialstrukturen im Umbruch. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn 8/1990, S. 992. Diese Umfrage war für die DDR-Wahlbürger repräsentativ und lag zeitlich kurz vor der DM-Einführung.
- ¹² Vgl.: SPIEGEL-Umfrage über West-Deutsche und Ost-Deutsche im Vergleich (II), in: DER SPIEGEL, 47/1990, S. 119 (repräsentativ für die Bevölkerung beider Teile, Erhebungszeitraum September/Oktober 1990; Schließlich sei auf eine Umfrage unter Jugendlichen aus Ost und West vom Herbst 1990 verwiesen: Mit gleichen Lebenszielen (Junge Welt 2.1.91, S. 2). Nach Erkenntnissen des Münchner Institutes Infratest Kommunikationsforschung ziehen: 54 % der Befragten (Ost) die seinerzeit in der DDR gegebene Arbeitsplatzgarantie mit eingeschränkter Berufswahl einer freien Berufsentscheidung mit Arbeitsplatzrisiko vor. Die meisten Jugendlichen (Ost) (81 %) betrachten die sozialen Absicherungen als eine besondere Stärke des früheren Systems, während sie die Bundesrepublik auf diesem Gebiet eher negativ bewerten. Ähnlich bewerten sie auch andere Bereiche zugunsten der ehemaligen DDR, so die Gleichberechtigung oder die soziale Gerechtigkeit.
- Demgegenüber haben die Befragten der Altbundesrepublik stets die "eigenen" Lösungen und Praxen als überlegen bewertet.
- ¹³ Vgl.: Ostdeutschland 1995. Das erwarten die neuen Bundesbürger, in: N(eue) B(erliner) I(lustrierte) 1/1991, S. 40.
- ¹⁴ Vgl.: Elisabeth Noelle-Neumann: Die Deutschen: überraschende Gemeinsamkeiten nach 45 Jahren Trennung. In: Capital 11/1990, S. 254-257; dieselb.: Auf welche Unterschiede man sich einstellen muß. In: Allensbacher Archiv, IFD Umfragen 9002, 5025.
- ¹⁵ Vgl.: Elisabeth Noelle Neumann: Auf welchen Unterschied man sich einstellen muß, a.a.O., Folie 39, 35.
- ¹⁶ Vgl. Günter Gaus: Die Welt der Westdeutschen ..., a.a.O., S. 191.
- ¹⁷ Klaus von Dohnanyi: Das deutsche Wagnis. Die Risiken der deutsch-deutschen Vereinigung (I). In: DER SPIEGEL, Hamburg 39/1990, S. 166.
- ¹⁸ Vgl. Rainer Butt: Anders und doch gleich (erste Ergebnisse der Vorstudie zur (Shell)Hauptstudie Jugend in Deutschland '92'. In: Freitag, Berlin 4.1.91, Nr. 2, S. 12.
- ¹⁹ Siehe Anm. 10.
- ²⁰ Thomas Schmid: Die Eroberung der Bundesrepublik durch die ehemalige DDR. In: Freitag 51/1990, S. 6 f.
- ²¹ Hans-Joachim Maaz: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990, S. 171 - 184.

Frigga Haug

Die Situation der Linken im vereinten Deutschland

Der ersten stürmischen Hoffnung auf eine unerhörte Stärkung durch den Aufbruch in der DDR, in dem sich die Linke im November 89 befreit erkennen konnte, folgte der Sturz in die resignative Ernüchterung. Ja, selbst die kleinen Hoffnungen auf ein rot-grünes Regierungsbündnis scheinen vernichtet zugunsten eines endlosen Aufstiegs der rechten. Das vereinigte Deutschland als das Deutschland der Christdemokraten - auf lange Zeit?

Dem anfänglichen eher kollektiven Gefühl der Stärkung folgte entsprechend die vereinzelte Initiative. Überall entstehen Grüppchen mit ihren öffentlichen Organen. Während in der BRD 27 Buchläden als Organisatoren von Linkem und eine Reihe von Zeitschriften eingingen, entstanden in der DDR viele neue, welche, die neue Freiheit als groß mutmaßend, mit zu hohen Auflagen unweigerlich zu einem frühen Markttod verurteilt sind. Und kaum eine gemeinsame Anstrengung. Wo sie stattfindet, etwa in unserer alten Zeitschrift Das Argument, gibt es große Probleme der Verständigung und von unserer Seite auch Ungeduld.

Ein Hauptproblem ist die PDS. Sie ist ein Kristallisationspunkt, an dem sich die heutigen Fragen und Möglichkeiten verdichten. Sie ist zugleich Chance und Verhinderung - beides in einem. Oder anders: Ohne die PDS geht nichts und mit der PDS kann nichts gehen. Das scheint historisch zu gelten und für die Zukunft. Die Konstellation: Das paradoxe Problem der PDS - sie ist eine Partei aus zwei (mindestens) Komponenten: die Machtkonservativen der alten SED, die niemand als links bezeichnen würde und die beinahe anarchisch zu nennende Komponente der Rebellen, Erneuerer. In dieser Hinsicht ist die PDS auch eine revolutionierte Partei. An ihrer Spitze sprechen vielerorts die nachdenklichen Revolutionäre des Alten. Die hohe Zahl der Anhänger (in Berlin über 30 %, in der Gesamt-DDR immer noch 16 %) kommt auch aus beiden Lagern.

Dabei wächst der Kredit der PDS in der ehemaligen DDR nicht wegen der alten Verhältnisse; umgekehrt scheint ihre Kredit im Westen höher bei den zerstreuten Linken. Hier ist sie Hoffnungsträger und Chance, die nicht vertan werden sollte. Die Ratselfrage heißt: kommt die PDS in der BRD mit der "linken Liste" auf 5 % - d.h. kann die linke Liste 3 % mobilisieren in einem Land, in dem die Kommunisten nicht über 0,3 % kamen?

Die Frage ist in dieser Form zu global gestellt, bzw. unbeantwortbar, ohne eine historische Versicherung über die Linke in der BRD überhaupt und im Spannungsfeld zum realen Sozialismus in der DDR und erst danach zu ihren Möglichkeiten/Notwendigkeiten heute und zum Verhältnis zur PDS:

Zunächst einmal: was verstehen wir eigentlich unter "die Linke"? Der Begriff deckt das große Spektrum parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition zur Rechtsregierung. Insofern gehört die SPD (also zur Zeit die Richtung um Oskar Lafontaine) ebenso dazu wie die Restgruppen aus der winzigen kommunistischen Partei als die beiden Pole der im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts gespaltenen Arbeiterbewegung. In der Reklamierung des Begriffs "demokratischer Sozialismus", mit dem die SPD nach rechts ging, durch die heutige PDS steht die Frage dieser Spaltung noch einmal auf der Tagesordnung. Die SPD setzt alles daran, als einzige Alternative übrig zu bleiben. Die PDS sucht Stützung und umgekehrt strömt ihr linkes Potential zu aus der verstreuten außerparlamentarischen Opposition, soweit diese nicht bei den Grünen parlamentarisch eingebunden ist. Für diesen zweiten Block der Linken, also denjenigen mit sozialistischem Anspruch, der in nennenswertem Umfang seit der 68er Studentenrevolte in der Nachkriegsgeschichte auftauchte, spielte der reale Sozialismus in der DDR die Rolle eines antagonistischen Zerstreuers. Alle linken Gruppen mußten sich irgendwie zu ihm ins Verhältnis setzen - das bestimmte ihre Einigungspunkte und das Gegeneinandergerichtetsein. Die DDR und ihre SED waren eine Dimension, aus der Kraft gewonnen wurde: sei es, um kritisch dagegen einen ganz anderen Sozialismus zu reklamieren; sei es, um Sozialismus überhaupt für möglich zu halten und Geschichte also für machbar. Unnötig zu sagen, daß eben dieser reale Sozialismus auch Bleigewicht war, Legitimationsentzug für jedes sozialistische Projekt im Westen. Entscheidend hat diese Konstellation das politische Denken bestimmt. Politische Identität arbeitete mit Feindbildern und Gegenwelten. In dieser Weise wurde es schwierig, die bewahrens- und unterstützenswerten Gehalte im jeweils anderen zu entdecken. Die Frage der Frauen und ihrer Bewegung in diesem Kontext eröffnet noch eine andere Dimension, die ich hier ausspare, da ich in einem anderen Plenum ausführlich darüber sprechen werde.

Der Zusammenbruch des Sozialismus in Europa zieht den Boden unter den Füßen weg, soweit er Bewegungsgrund war, aber auch, soweit er die Sicht auf fundamentale Zusammenhänge versperrte. Endlich befreit, ihren Verhältnissen schonungslos ins Auge zu sehen, eröffnet sich neu die Möglichkeit, alles noch einmal von vorn zu denken. Das gilt insbesondere für die Demokratie-, für die Frauen- und für die Ökologiefrage. Die neue Leichtigkeit läßt die fehlende Schwere auch als Schmerz der Unangebundenheit fühlbar werden.

Erstaunlich jetzt die Hilflosigkeit der SozialistInnen aus der DDR. Gebrannt in ihren Identitäten macht jede(r) mit sich selbst aus, was an Geglaubtem noch einklagbar wäre. Und jetzt auch zeigt sich, daß gerade das, was wir in der DDR am besten aufgehoben geglaubt hatten - Antifaschismus und damit auch das Fehlen von Neonazismus - gerade

durch die dauernde Berufung auf das Erbe des Widerstands gegen Faschismus und Krieg zu einem brennenden Mangel an wirklicher Geschichtsbearbeitung geführt hat. Rechtsextreme Gewaltneigung, Fremdenfeindlichkeit, autoritäres Preußentum sind im Gegenteil die Erbschaft, die auf uns zukommt. Insofern ist die Einschätzung, die osteuropäischen ehemals sozialistischen Länder würden das rechte Potential für Europa stärken, sicher nicht ganz unbegründet. Aber die Entwicklung geht weiter. In der kolonial besetzten DDR entstehen schnell neue Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, ein Zündstoff, dessen politische Richtung noch unabsehbar ist, war es doch gerade das verletzte Gleichheits- und Gerechtigkeitsempfinden, das die produktiven Energien für einen besseren Sozialismus Monate lang und festhielt in der Suche nach jedem kleinlichen Vorteil, den sich SED-Führer angeeignet hatten. Der Ausgang aus diesem Crash-Kurs, den die BRD-Regierung der DDR bereitet, ist noch ganz unklar. D.H. niemand wagt zu prophezeien, ob die Realität der kapitalistischen Besetzung die Menschen nach rechts oder nach links treibt - ebensowenig, wie der Wahlausgang vom 18. März 90 mit dem überwältigenden Sieg der Christdemokraten vorhersagbar war. Noch wagen wir kaum zu schätzen, wie viele aus der DDR denn jetzt zur neuen Opposition zu zählen wären. Und wie wir uns mit ihnen verbinden könnten. Eines scheint dabei klar. Notwendige Voraussetzung ist eine Einigung der Westlinken. Nur, indem sich die einzelnen Linken allesamt aufrufen fühlen, sich mit den verbleibenden Linken aus der ehemaligen DDR zu verbinden, nehmen sie sich selbst als Teil eines gemeinsamen linken Bündnisses wahr, noch bevor dieses selbst Wirklichkeit ist. Vieles spricht dafür, daß die Gräben von einst irrelevant werden. Die deutsche Vereinigung wäre in dieser Hinsicht auch eine Chance für die deutsche Linke. Für ein solches Projekt verzichtet dieser Einigungspunkt "links" auch bislang auf programmatische Füllung. Der Begriff "kommunistisch" hat nur mehr negatives Echo; das gleiche gilt für den Begriff "sozialistisch" in weiten Teilen der DDR, nicht aber in der BRD. Hier sind es Teile der sich als sozialistisch verstehenden Linken, die dieses Bündnis PDS/Linke Liste für die Wahl schloß mit all den Vorbehalten und Blockierungen, die die PDS selber darstellt. Wer ist die linke Liste?

Hier finden sich die Erneuerer aus der alten DKP - wiederum mehrere Flügel, die Sympathisanten aus dem ehemaligen DKP-Umfeld, die linken Radikalen aus den Grünen, viele Christen und Gruppen aus der Friedensbewegung und den Initiativen für die "Dritte Welt". Kurz, hier finden sich die viel beschworenen Gebliebenen aus den "neuen sozialen Bewegungen" (außer denen aus der Ökologiebewegung, die bei den Grünen verblieben) und die Bewegten aus den alten kommunistischen Reihen. Von der Arbeiterklasse ist kaum die Rede. Und unklar ist, wie die Frauen sich in dieses Projekt einbringen können.

Es sieht so aus, als ob in der plötzlichen Schwerelosigkeit eine linke Einigung möglich und relevant werden könnte, dies auch als Nenner für Eu-

ropa. Allerdings stellt sich hier wieder das Problem der Spaltung der Arbeiterbewegung. Was aus Italien von Seiten der KPI als Bündnis mit den Sozialdemokraten möglich scheint und durch sozialistische Grüne gestützt wird, geht in der BRD nicht. Und bisher gibt es keine Einigung mit den Grünen, von denen ein Teil zur Linken Liste ging, ebenso wie ein Teil der Vereinigten Linken zu diesem PDS-Bündnis stieß; ein anderer zusammen mit den DDR-Grünen und dem verbleibenden Teil der Vereinigten Linke in Konkurrenz zu diesem Linksbündnis zur Wahl antritt.

Aber neben den schon genannten Dimensionen des Wegfalls einer tragischen Utopiebesetzung und der damit einhergehenden Kanalisierung des Denkens bringt dieser Zusammenbruch der sozialistischen Länder noch eine weitere noch kaum einschätzbare Dimension der Stärkung in die Linke. Denn eine bisherige Schwäche war, daß im Grunde keiner wirklich geglaubt hatte, noch zu eigenen Lebzeiten könne etwas so Schwerfälliges wie ein Staatsapparat mit Bürokratien, Medien, der Gesamtheit der ideologischen bis hin zu den militärischen Apparaten tatsächlich umgebaut werden. Diese innere Verzagtheit ging einher mit einer Verachtung kleinerer Reformen und also im Grunde einer Verurteilung zur Handlungslosigkeit. Dieses Weltbild ist mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder aufgebrochen. Zunächst ist es ja wirklich das Volk, welches etwa in der DDR auf den Straßen friedlich marschierte und auf Änderung von nichts weniger als allem drang. Und unser Erstaunen, ja Entsetzen galt der Tatsache, daß der mächtige Staatsapparat, die millionen Fäden, an denen das System sich reproduzierte, tatsächlich zu weichen begann, sich entwirrte, Raum gab für Neues. Änderung schien plötzlich möglich und zwar von unten und gegen eine funktionierende Polizei, Stasi, Staat etc. Die Herrschenden gaben einfach die Herrschaft aus der Hand. Es ist klar, daß dies nicht so umstandslos geschah, daß es wirtschaftliche Probleme gab und Risse und vor allem die Perestrojka in der Sowjetunion - aber wirklich bleibt doch, daß da überhaupt Geschichte in nennenswertem Umfang geschah.

Insofern sind wohl der radikale Zugriff der westlichen Politik, mehr noch als der der Kapitale, sind die Schlachten der Medien auch zu verstehen als der schnelle Versuch, diese Lehre für die Linke auszulöschen. Man kann feststellen, daß nichts radikaler geschieht als die Umsprechung der ehemaligen DDR-Wirklichkeit. Schon kann sich fast keiner erinnern an die waffenklirrenden Worte über Mauer und Stacheldraht, an die allgemein herrschende Auffassung, daß diese DDR und die sozialistischen Länder Ewigkeit haben würden. Da wird wie verrückt gewebt an einem Bild einer vollständig ruinierten DDR, nichts als Trümmer, ein Volk, das vermutlich am Hungertuch nagte, eine Hungermeute wagte eher als einen politischen Aufstand. Man traut seinen Augen schon nicht mehr, wenn man wirkliche Züge und Flugzeuge in der DDR fahren sieht, moderne Gebäude, manchmal sogar schöne Plätze, weil dies ja das Land sein soll, das aus eig-

ner Kraft nichts ist - ein Land, das die Statistiken immerhin als zehntreichstes der Welt, was den Lebensstandard angeht, ausweisen. Dieser ideologische Kahlschlag ist auch einer, der die Kapitale in die Lage versetzen soll, den Schutt billig aufzukaufen - allerdings funktioniert das so gar nicht. Vielmehr scheint das neue Wirtschaftsmodell vorzusehen, daß der Staat Mittel gibt, welche die DDR zu einem großen Markt, zum Abnehmer, nicht etwa zu einer Produktionsstätte machen (täglich lesen wir Meldungen vom Ruin der Produktionsstätten - Beispiel Praktika; und der Übernahme der Handelsketten). Ist demnach der zweite Nutzen wichtiger als der erste? Daß wir uns versichern, daß man nichts ändern kann, daß das Volk nichts ändert, was nicht schon geändert war. Auch die intensive Bemühung, die PDS zu vernichten, die bis in die SPD hinein betrieben wird, deutet in diese Richtung.

Lernen wir umgekehrt, daß Veränderung möglich, Geschichte machbar ist. Als immer noch ungelöste Hauptpunkte bleiben die "linken" Fragen der Demokratie - als langfristige Beteiligung aller an der Regelung der Gesellschaft, als Basispolitisierung und entsprechender Zeitpolitik -, der Frauen - als immer noch anstehende Einsetzung der Frauen in die Menschenrechte und entsprechender Arbeitspolitik -, des Verhältnisses zur Natur, als Unterwerfung des wirtschaftlichen Handelns unter Maßstäbe des Lebens. Insofern kann der Kapitalismus nur das letzte Wort gesprochen haben um den Preis des allgemeinen Untergangs. Die Geschichte beginnt immer noch.

Vortrag, gehalten Anfang Oktober 1990 auf einer in Australien durchgeführten Internationalen Konferenz zum Thema: "Die Krise in Europa und die Zukunft des Sozialismus".

Aktbild eines Revolutionärs

Asche im Kopf, so ist das Gefühl, seit Monaten. Das Leben ist sechzig Jahre alt. Mit fünfzig schrieb er, eigentlich fange ich nun erst an. Im Eigentlichen lag schon die Ahnung der Vergeblichkeit, der Keim der Verzweiflung unter der Hoffnung. Zehn Jahre später sucht er nach Fundamenten unter den Trümmern, nahezu blind. Bringt ein gescheiterter Kommunist sich um? War das Jahrhundert vergeblich? Gibt es ein Leben nach dem Tod?

Heut stürbe auch Peter Weiss noch einmal, verlasse sein Kind und seinen Widerstand. Aber der kleine große Bruder Biermann erklärt sich solidarisch mit meiner Niederlage, ist krank von all der Politik und all dem Schlachten. Doch sprühen ihm die Sterne immer noch aus dem Maul und hoffnungslos verbeißt er sich in die Hoffnung. (DIE ZEIT 24.8.90.) Unser Unterschied: Biermann kam mit dem in Auschwitz ermordeten Vater im Kreuz zu den deutschen Kommunisten, das gab ihm den Stand, den Widerstand gegen ihre rechtlos gewordene Gewalt. Mein Motor waren die Auschwitz-Mörder, die nationale Schuld, zu der ich gehörte, mein unveräußerliches Erbe.

Nicht unbekannt, aber fremd geworden flimmert mein Lebensfilm mir durch die Erinnerung.

Er hatte sie bejubelt, in jenem miterlebten deutschen Krieg - den Jagdflieger Mölders, den U-Boot-Kapitän Prien, den Panzergeneral Rommel, war süchtig nach den Siegesfanfaren aus dem Blaupunkt-Radio, hatte sich angestrengt, vergeblich, Jungenschaftsführer in Hitlers Jungvolk zu werden, hatte Juden verachten gelernt. Davon befreiten ihn die Importeure der Demokratie aus England und Amerika, besetzten ihn mit Imperativen, die waren ihm willkommen: geh auf den Grund der Wahrheit, mißtraue Ideologien, hasse Ungerechtigkeit, tritt Gewalt entgegen.

Sein erstes Hörspiel, 1951 in Berlin geschrieben, war eine zornige Anklage des Todesurteils gegen den Oberschüler Hermann Flade, der in Olbernhau bei Dresden illegal Flugblätter geklebt und in Notwehr einen Volkspolizisten niedergestochen hatte. Er ließ den Angeklagten seinen kommunistischen Richtern sagen: "Weil ihr mit Intoleranz, Grausamkeit und Unfreiheit vielleicht Gutes schaffen wollt, ist es nicht mehr das Gute, sondern wird selbst zur Grausamkeit und Sklaverei!" Sein aus der Jugenderfahrung gewachsener moralischer Rigorismus erlaubte keinem Ziel, unmoralische Mittel zu heiligen.

Doch die ihn befreit hatten zu dieser Entschiedenheit, die Demokratien des Westens, zeigten ihre gewalttätige Kehrseite als Kolonialisten und Unterdrücker, wenn ihr ungerechter Reichtum angefochten war. Die Beispiele zahlreich über die fünfziger, sechziger Jahre verstreut, ein Fern-Studium ohne Marx: Guatemala, Algerien, Kongo, Persien, Franco-Spanien, Angola, Südafrika ... Die Morde an den Kennedys, Luther King, den Studenten von Berkeley und Mexiko-City. Im *Deutsch-Unterricht*: Statt Rapack-Plan Atomminen-Gürtel; Altnazis in Regierung, Bundeswehr, Wirtschaft, Justiz, Medizin; Flick vom NS-Millionär zum Bundes-Milliardär geläutert; Freisprüche und Höchstpensionen für SS-Offiziere, aberkannte Renten für KZ-Opfer, die Kommunisten bleiben wollten. Er rezitierte Kampftexte, statt Lyrik. Noch heute ist, was er damals schrieb: Wahrheit. Die eine Seite von ihr. Fünfzehn Jahre nach jenem ersten politischen Hörspiel, auf dem Höhepunkt seiner Empörung über die Unterdrückung des vietnamesischen Befreiungskampfes durch die Demokratien Frankreich und USA, ließ er sich in die kommunistische Partei werben. Er hatte sie nicht gesucht, wußte wenig von ihr - sie war noch illegal. Die Menschen, die sich als ihre Mitglieder herausstellten, hatten seinen politischen und persönlichen Respekt erworben; mit ihnen zu handeln, war die logische Konsequenz seiner Erfahrung, daß Demokratie der gebräuchliche Name war für die Gewalt des Kapitals. Er fand von Marx und Lenin bestätigt, was er gesehen hatte, fand sich lange genug Einzelgänger in den Demonstrationen.

Er nahm die Mauer als Übel, wie jede Polizei und Armee, notwendig zur Konsolidierung des sozialistischen Staates, roch den Mief des DDR-Alltags mit Widerwillen und sah zugleich brechtsche Freundlichkeit zwischen den Menschen und eine sympathische Langsamkeit aller Bewegungen, die ihn doch auch ängstigte, da er ihre Unterlegenheit gegenüber dem vorwärtstreibenden Leistungsdruck seiner hektischen Umwelt spürte. Er schmugelte Freunden den Spiegel durch die Grenze, besuchte den ausgeschlossenen Heiner Müller, kritisierte die Zensur, die verwüstete Presse, die Gängelung der Künstler. Er verabscheute den preußischen Drill der Volksarmee, den roten Ikonen-Kult und das erstickende Machtgepränge der Parteitage, aber er las auch die sozialen Gesetze der DDR, die Werke ihrer Künstler, fand in ihnen das Versprechen auf eine vertiefte Demokratie und die darin mögliche Selbstverwirklichung der Individuen.

Als die sozialistischen Truppen die sozialistischen Reformen der CSSR zerschlugen, nannte ers einen ängstlichen Irrtum kommunistischer Politik und wollte, die Folgen erkennend, eine sozialistische Tragödie schreiben. Er hätte austreten müssen, wie mit zwanzig aus seiner Nazi-Jugend, aber fand historische Erklärungsgründe, weltpolitische Zusammenhänge, die faschistische Zerstörung Rußlands, die amerikanische Einkreisung der SU, die kapitalistische Wirtschaftskolonialisierung der nichtsozialistischen Welt. Er begegnete Menschen, hageren, entbehrungsgeübten Idealisten mit realistischen Neigungen, die ihm Hoffnung auf Entwicklung ließen. Er

hatte in der Geschichte nachgeschaut: Die Bauern 1525, Frankreich 1789, Deutschland 1848, die Weber-Aufstände, die Pariser Commune, die bayrische Räterepublik - nur gewalttätige oder gescheiterte Revolutionen. Ohne Macht, ohne Gegenmacht, blieb der Humanismus eine fromme Idee. Er schrieb: *Die Wahrheit ist die Veränderung*, war entschlossen, daran mitzuwirken. Und er konnte nicht zum drittenmal getäuscht sein.

Er blieb im bekämpften, ausgegrenzten Verein der Revolutionäre seines Landes, empfand Sympathie und Vertrauen, wo immer er einen von ihnen traf. Sie stritten, hieß die Verabredung, wie er - für die Verbesserung der Condition humaine, radikal. Die Freiheit ein relatives, instabiles Menschenwerk, so historisch abhängig von den Machtverhältnissen wie die Wahrheit, ein immer neu zu eichender Maßstab. Das hatte er in der Dialektik Hegels verstanden. Und Nathans Toleranz, noch in der Schule gelernt? Der späte Luxus der Besitzenden, so lange ihnen die Macht unangefochten gehörte - Lenin korrigierte Lessing. Alles im Fluß, gesellschaftlichen Umständen entsprechend. Die Moral ein Parameter im Koordinatensystem von Klassenkampf und Produktivkräften.

Aber doch Waisenkind, Zivilist, Weißer Jahrgang, kriegsgeschädigt im Herzen. Nie in Versuchung, die RAF zu unterstützen - existenzielles Unverständnis für den bewaffneten Kampf in Europa, trotz Che Guevara, Ho Tchi Minh und Lumumba. Und bei den Demos genügend Entfernung von den Knüppeln.

Übereinstimmung von Denken und Handeln, von Ethos und politischer Tat hieß für ihn: Schriftsteller in Arbeiterklasse; hieß: Konflikte ihre möglichen Lösungen realistisch zeigen, Emanzipation literarisch verstärken; hieß: kollektives Schreiben als Solidarität des Privilegierten mit den Bemühten. Keine Tragödien, es sei denn optimistische. Müllers theatralische Apokalypsen der Grausamkeit waren ihm zuwider. Klassenhaß eine politische Kategorie, kein ihm mögliches Gefühl. Shakespeare Mittelalter, nicht Gegenwart. *Aufklärung* sein berufsspezifisches Handwerkszeug. Humanismus muß machbar sein, und um der Menschheit willen in Kürze. Die politische Praxis dabei eher kleinzügig, reformistisch - die Revolution ein stets und stetig vorauswandernder Horizont.

Asche. Noch irgendwo Glut darunter?

Viele waren mißtrauischer, selbstbewußter, klüger, schwächer, egoistischer - haben sich distanziert, korrigiert, verflüchtigt.

Gab es Dissidenten in der westdeutschen KP? Es gab sie nicht.

Er war einer. Von zu wenigen. Kritisch, provozierend, respektlos. Solidarisch, geduldig, verständnisvoll. Er wurde gehört, bevorzugt, kritisiert, zensiert, beschimpft, isoliert und verschwiegen, Freunde, später auch Feinde. Der Schriftsteller. Der Narr mit seinem luftigen Steckenpferd *Wahrhaftigkeit*. Wo kommt die vor bei Lenin.

Es gab kein persönliches Risiko in einer machtlosen Partei. Kein bürgerlicher Orden für solch wohlfeile Dissidenz. Er konnte bleiben, weil die Partei ohnmächtig war und seinen Widerspruch dulden mußte. Ob ich in der DDR die SED provoziert hätte wie Zwerenz, Loest, Schädlich, Fuchs, kann ich mir nicht garantieren.

Als Biermann kam und Bahro, verlangte er die parteiöffentliche Diskussion. Und blieb. Als die sowjetische Dolmetscherin in Leningrad, zwanzig Jahre nach dem XX. Parteitag, ihm ihre Angst vor Breshnevs Geheimpolizei gestand, war er verständnislos und blieb. Als Jutta Bartus und Jürgen Fuchs ihm ihre Schicksale in der DDR erzählten, verstand er sie widerwillig, und blieb. Als 1980 die Danziger Arbeiter streikten und ein Freund wegen öffentlicher Sympathie für sie aus der Partei ausgeschlossen wurde, verteidigte er ihn wütend. Und blieb. Als 1982 sein kritisches Memorandum an den Parteivorstand unerörtert in den Kaderakten verschwand, blieb er. Als sein Kollege Maiwald 1985 die Zeitschrift "Debatte" neben der Partei machte und ausgeschlossen wurde, zieht er das Präsidium stalinistischen Verhaltens. Innerparteilich, versteht sich. Und harrte aus.

Eine milde Form jenes Wahnsinns, der Kommunisten mit einem *Hoch lebe Genosse Stalin!* seinen Genickschuß empfangen ließ? Nibelungentreue, "das archaische Ideal, das immer noch über dem Erkenntnistrieb steht" - wie Peter Schneider die deutschen Linken fragte? Oft hat er gesagt: Ich tue ihnen nicht den Gefallen, auszutreten - sie müssen mich rausschmeißen, um mich loszuwerden. Er wollte ein Stachel im Fleisch der notwendigen Organisation sein. Manchmal schien ihm, die hiesige den Stachel willkommen, bewege sich, zögernd, widerwillig, wie eine rheumatische Alte, die doch gleich wieder, ächzend, die nächste Parkbank aufsucht.

Hat er sich Nase und Augen zugehalten, um nicht merken zu müssen, daß dieses Fleisch faul war, durchsetzt von den Metastasen des Stalinismus? War es das Flair von revolutionärer Hoffnung und moralischem Relativismus, das die westlichen Gesellschaften seit den sechziger Jahren durchzog, wovon der Linken und seine Erkenntnisfähigkeit betäubt wurde? Peter Schneider, der sich mitbetroffen erklärte, hat es in seinem Aufsatz ("Man kann eine Revolution auch verpassen", DIE ZEIT 27. April 90) beschrieben, wie weit von Links bis zur politischen Mitte die Entschlossenheit reichte, um des internationalen Friedens willen die Forderung nach Verwirklichung der Menschenrechte drüben taktisch zu dämpfen, die militanten Kritiker des Realsoz zu knebeln. Carters Menschenrechts-"Kampagne" hieß das, ideologische Kriegführung des Imperialismus. Wir haben verrechnet: Freiheit gegen Ausbeutung und Hunger.

Es gab, in diesem größeren Teile Deutschlands, einen Konsens, der hieß: Der Geist steht links. Der galt auch im Umkehrschluß: Wo links ist, steht der Geist. Und der ist integer. Wohl ein Jahrzehnt lang war diese Wahrheit schön, von besten Namen gestärkt. Stückweis fielen ihre Kleider. Nun steht sie im Hemd, die abgetakelte Schönheit. Peter Schneider hat recht: Nicht

viele, die sie ausschmückten, können noch lachen. Wolf Biermann hat recht: Die wirklichen Verlierer sind wir - die linken Intellektuellen und Moralisten. Das zumindest ist die subjektive Seite. Über die objektiven Verluste herrscht Schweigen.

Schneider hat sich erinnert, ich habe auf dem Mainzer Kongreß des Schriftsteller-Verbandes 1983 die Solidarnosc-Aktivistinnen mit der SA verglichen, was heißen soll: gleichgesetzt. Ich zitiere, auch wenn es mich nicht befreit, aus meinem Beitrag (Deutsche Volkszeitung, 24.3.83.): "Neulich hat mir eine IG-Druck-Kollegin in Köln gesagt, zehn Millionen Solidarnosc-Mitglieder können nicht irren. Da hab ich geantwortet: 1932 haben zehn Millionen Deutsche NSDAP gewählt und ein paar hunderttausend an die Wände geschrieben: Wer Hitler wählt, wählt Krieg. Stimmt die Gleichung? Nur halb. Die Ursachen sind verschieden. Aber welcher die Fakten prüfende Autor konnte nicht wissen, daß Solidarnosc wählen hieß: Bürgerkrieg in Polen, Aufhebung des vergesellschafteten Eigentums (wie in Portugal und Chile vorgeführt), Auflösung des Warschauer Pakts, Krieg in Europa? Solche Konsequenzen soll doch dazusagen, wer über das Kriegsrecht in Polen schreit und über das in der Türkei flüstert, und auch, mit welcher Absicht er's tut.

Ich hätte nichts dagegen, wenn die USA endlich Ruhe schafften in ihrem Hinterhof, wenn die Ledernacken in Salvador und Guatemala, in Haiti und Santo Domingo dem Papst vorauspilgerten, um dort die herrschenden Bestien ins Gefängnis zu werfen, die internationalen Konzerne zu enteignen, den Indios Schulen zu bauen, den Bauern Land zu geben und den Frauen gleiche Rechte - damit der Heilige Herr nicht vor so viel Mord und Terror mühsam die Augen schließen müßte."

Das war eine Warnung vor der Beweisführung durch den Hinweis auf Volksbewegungen: Die Lektion aus nächster deutscher Geschichte von der Manipulierbarkeit des Volkswillens durch Demagogie, durch gesellschaftliche Grundstimmungen. Eine Lektion, die ebenso im Grundgesetz steckt, das keinen Volksentscheid zuläßt, wie in der demokratiefernen Rede der Kommunisten von ihrer Führungsaufgabe als Avantgarde des Proletariats. Der Demokratie huldigt sie und entmündigt die Bürger, wirft eine Machtelite der andern vor und beurteilt noch jede spontane Volksbewegung zynisch nach dem je eigenen Nutzen.

Doch die Lektion war falsch angewandt, wie andere damals schon, ohne Gorbatschow, erkannt hatten, denn die zehn Millionen Polen befanden sich, auch nach meinen ethischen Prinzipien, im Recht. So wie die Deutschen, die dann ihre kranke Heimat DDR verließen. Zudem war, da stimmt Schneiders Erinnerung, meine Polemik eine Rechtfertigung des polnischen Kriegsrechts nach dem gewohnten Muster der Linken: Ein Unrecht begründet das andere und entscheidend, nach Lenin, ist: Wer schlägt wen.

Und doch wußte er viel früher schon, ohne Gorbatschow, und hatte es 1982 dem DKP-Parteivorstand geschrieben, was ich zitieren möchte, um auf den Grund zu kommen: "Das Leben unserer Partei ist - vor dem Hintergrund ihrer

richtigen marxistischen Gesellschaftsanalyse - geprägt von einer latenten Unwahrhaftigkeit, die von vielen gespürt wird und die im Widerspruch steht zu den Motiven ihres Engagements in der kommunistischen Partei. ... Die Mitglieder erwarten in ihrer Mehrheit in der kommunistischen Partei eine bewegliche, durch ihre geistige Kraft die Menschen überzeugende, eine humanere Zukunft nicht nur zeigende, sondern selbst vorweisende Organisation. ... Es gibt für 'normale' Parteimitglieder praktisch keine Möglichkeit, nicht vorgesehene, abweichende Meinungen zur Politik der Partei wirksam zu diskutieren. ... Die Menschen in der BRD-Gesellschaft sind in Demokratie und Denkfreiheit erzogen und, sofern sie - als Voraussetzung politischen Engagements auf der Linken - kritisch sind, engagieren sie sich, um solche Werte heute und für sich praktisch zu verwirklichen, um gesellschaftliche Denk- und Handlungsbeschränkungen in Frage zu stellen. Diese gegenwartsbezogene Absicht wollen sie nicht beim Eintritt in die kommunistische Partei für das Versprechen einer zukünftigen Verwirklichung im fernen Sozialismus aufgeben. ...

Die DKP agiert in einem Land, in dem der Kapitalismus - vor allem durch die Ausbeutung der 3. Welt - einen Lebensstandard, materielle und geistige Konsumptions- und Bildungsmöglichkeiten bietet, wie nie zuvor und kaum in einem andern Land erreicht. Auch die sozialistischen Länder werden darin auf fast allen Gebieten übertroffen. Für die Bevölkerung der BRD sind das Fakten. Die DKP hat diese Situation immer in schwarzen Farben beschrieben. Sie hat die Rolle der Cassandra, der keiner glaubt, nicht die des Arztes, der den Krebs im scheinbar gesunden Leib diagnostiziert. ... Wenn wir die Erregenschaften der sozialistischen Länder preisen, erwecken wir den Anschein, als billigten wir deren Mängel und akzeptierten sie für unsern Entwurf einer sozialistischen BRD. Die Gereiztheit, mit der wir auf die Erwähnung solcher Mängel reagieren, statt sie zu erklären, wo sie erklärbar sind, und sie zu kritisieren, wo sie vermeidbar sind, verstärkt den Eindruck, daß wir die Wahrheit verbergen wollen. Dazu kommt, daß es negative Erscheinungen in den sozialistischen Ländern gibt, die wir vor uns selbst zu ignorieren suchen, um die wir Denkbogen schlagen, um nicht mit unsrer Überzeugung in Konflikt zu kommen. ..."

Welche Kraft hat ihn gehindert, das Gewußte anzuwenden auf die erfahrene Realität? Er hatte keinen Anlaß für Opportunismus, noch lag ihm je zynischer Umgang mit Fakten. Skrupellos schien ihm, wer durch Konfrontation den mitteleuropäischen Frieden gefährdete, den Weltkrieg riskierte. Trotz CSSR, Afghanistan, SS 20 sah er die Gefährdung nur in der NATO-Politik. Hielt nicht für möglich, daß Friedenspolitik im Namen des Sozialismus zugleich der Mantel war, unter dem sich das Selbstschutz-Interesse eines zukunftslosen autokratischen Herrschaftsapparates verbarg. In seinem politischen Denken fand keinen Raum, daß ein Machtwechsel in den osteuropäischen Ländern überfällig und auch von ihm zu wünschen war. Noch weniger hätte er sich die Möglichkeit eines friedlichen Umbruchs vorstellen können. Vermutlich konnte das auch keiner der exilierten DDR-Autoren auf jenem VS-Kongreß. Heiner Müller, auf dem Berli-

ner Friedensforum 1981, dachte den Alptraum "daß die Alternative Sozialismus oder Barbarei abgelöst wird durch die Alternative Untergang oder Barbarei", was meinte: das Ende der Menschheit steht auf dem Spiel. Jetzt also hat Müllers Publikum die stabile, glänzende Barbarei frei gewählt, in stürmischem Vertrauen auf ihre demokratischen Nischen.

Aber die Frage weicht keinem rückblickenden Erklärungsversuch: Wer oder was hat dem kommunistischen Schriftsteller die moralische Eindeutigkeit von 1950, von 1965, zerfressen? Warum konnte er die Mauer durch Deutschland und ihre Bewacher rechtfertigen mit den Mauern zwischen den Bankenvierteln der südamerikanischen Hauptstädte und ihren Favelas, obwohl er wußte, wie selbst SED-Genossen unter ihrer Gefangenschaft litten?

Warum hat er dreimal Nein gesagt statt eines befreienden Ja! als der Parteivorsitzende und sein Philosoph ihn 1985 anklagten, seine Kritik hieße nichts anderes als: Der E.S. will eine *andere* Partei - ?

Es war die Angst des Waisenkindes vor dem erneuten Verlust der Heimat und Freunde, eine Angst, die ich analysierte in vielen der Aussagen ausgetretener Kommunistinnen und Kommunisten, mit denen wir Gespräche führten (E.Schöfer, P. Keller: "Ist die DKP noch zu retten", Hamburg 1989)? Es war Furcht vor dem Eingeständnis, meine Kinder mit meinem Leben in die Irre geführt zu haben. Es war die Scheu, jene zu enttäuschen und zu entmutigen, für die meine literarischen und politischen Äußerungen ein Indiz für mögliche Veränderungen in dieser Partei waren und einzusehen, daß ich so mitwirkte an der Verführung, ihre politischen und moralischen Kräfte in einem Kampf zu verschleißen, den die zementierte Struktur der Organisation längst zur Vergeblichkeit verurteilt hatte. Es war auch der Ehrgeiz, den Arbeitern mit ihren starken Händen und ihrer latenten Intelligenzfeindlichkeit zu beweisen, daß ein Intellektueller nicht "wackelt", daß er sich und seine Bedenken zurückstellen und zur Sache stehen kann, ja mehr: das eingefleischte Mißtrauen gegen Kritik durch den persönlichen Nachweis zu widerlegen, daß radikale Kritik produktiv ist, statt zur "Fahnenflucht" zu führen. Aus ähnlichen Gründen habe ich lange an den politischen Sinn des Instruments "Parteidisziplin" geglaubt, mich ihm, statt eigener Einsicht gebeugt, bis ich erkannte, daß es zum letzten Mittel des Machterhalts einer unfähigen, diskreditierten Führung gekommen war. Auch Gorbatschow hat für mich, wie für viele, ein Motiv zum weiteren Ausharren gegeben, hat mich zurückgehalten von der Schwelle jenes eigentlichen, existenzgefährdenden Eingeständnisses, daß ich in vierzig Jahren Leben genau das, was ich bekämpfte, geschehen ließ, das, was ich verhindern wollte, unterstützte. Dialektik, negative.

Angst vor dem Leben ohne Horizont, ohne Utopie.

Wenn ich mein Psychogramm zu schreiben, Motive für mein Verhalten zu finden suche, gerät das in die Nähe einer tiefenpsychologischen Erklärung individuellen Verhaltens, die nach der Genese von schuldhaften Handlungen

gen oder Unterlassungen forscht, sie dadurch relativierend, womöglich freisprechend. Dies ist nicht meine Absicht, wenn ich dem kaum Begreiflichen nachspüre, da ich mein Handeln nach bewußten, rational begründeten, freien Willensentscheidungen orientiert habe, die mir jetzt keinen Rückzug auf Einflüsse eines Unterbewußtseins erlauben.

Ich sah Unrecht und Unwahrhaftigkeit und wollte glauben, daß ich die Formation eher von innen als von außen beeinflussen konnte, die sich meinen Idealen von Gleichheit, Gerechtigkeit, Freundlichkeit, Individualität in feierlichen Proklamationen verschrieben hatte. Ich spürte nicht, daß die Rolltreppe, auf der wir ins Helle schreiten wollten, ihren Gang umgekehrt hatte, unsern atemlosen Aufstieg unaufhaltsam zurückführte in die Nacht. Ich hielt die Kirche und ihre Bischöfe für defekt, nicht das Evangelium. Aber die Ideale hatten sich vermählt mit ihrem Gegenteil. Die Ehe zeugte Ungeheuer und verbarg sie.

Als Wahrhaftigkeit eintrat, dank Gorbatschow, gelangte Licht an unvorstellbare menschliche Scheußlichkeiten, begangen im Namen des Sozialismus, veranlaßt, gebilligt von den Verantwortlichen der internationalen Partei, unfäßlich für die meisten ihrer Mitglieder. Unfäßlich zugleich die Breitenwirkung des Gifts, das Miszel der moralischen Korruption unter der Decke des Rechtfertigungsvokabulars. Unglaublich das Ausmaß der Verlogenheit auch in den deutschen kommunistischen Parteien gegenüber der eigenen Geschichte und Praxis, aufrecht erhalten von denen, die sich in die Verfügung ihrer Macht- und Kommunikationsmittel gebracht hatten. Tief beschämend für die deutschen Kommunisten in DDR und Bund, nicht *einmal* aus eigenem Entschluß etwas zur Aufklärung ihrer Verwicklung in die dunkle Vergangenheit getan zu haben, sondern nur im Chor der Dirigenten Chruschtschow und Gorbatschow. Abstoßend die - auch von mir zu lange hingenomene - Schizophrenie, mit der die Ahndung und Wiedergutmachung der faschistischen Verbrechen eingeklagt, die Opfer des Stalinismus und die Täter aber zugedeckt wurden mit Schweigen: Die Camouflage analoger Verbrechen unter dem ehrbaren Mantel des Antifaschismus. Nein - es lag auch kriminelle Konsequenz in dem Ersticken der schauernden Fragen Einzelner, da die Aufdeckung der Allgemeinheit dieser Verbrechen an die *Struktur* der leninistischen Parteien geführt und ihre verantwortlichen Leitungen aus der Macht gestürzt hätte. Die Gleichsetzung von nazistischer und stalinistischer Diktatur vor dem Gericht des Humanismus wäre nicht Erkenntnisprivileg der bürgerlichen Historiker geblieben. Die Brüder Eichmann, Beria, Mielke, plötzlich *ein* Familienname. Unserer.

Wolf Biermann freut sich zehnmals über das Zerbröseln der verfluchten Tyrannei, ehe er einmal trauert über die unerwünschten Umstände und Folgen in Deutschland. Ein "linker Kater", der also sich ausschlafen läßt? Was mir beim Zusammenbruch des Lügengebäudes nicht Befreiungsfreude, sondern Vernichtungsgefühle hervorruft, ist die unleugbar gewor-

dene Tatsache, daß die Verbrechen verübt, vertuscht und beschönigt werden konnten im Namen der fortgeschrittensten Ideale des rational begründeten Humanismus. In der Absicht ihrer Vollendung wurden die Menschenrechte der bürgerlichen Revolution von den Leninisten suspendiert, die Menschen zerstört. Die Folgen reichen tief: Die Apathie der vom Alp befreiten Bevölkerungen, besonders in der Sowjetunion, ist zwar auch Ergebnis der lange paralyisierten Eigeninitiative der Menschen, aber wohl mehr noch Auswirkung des sozialen Verlusts aller humanistischen Werte. Der Rest ist, warum wundert uns das, nur nihilistisch: Konsum. Die Zerstörung der DDR, die Beerdigung des mißratenen sozialistischen Versuchs, hat nichts Schöpferisches. Wahrscheinlich nicht mal fürs Kapital. Ob und wie lange die Menschheit die Folgen aushält, weiß Gott.

Und eine Befreiung, Wolf Biermann, hat immer zwei Richtungen: wovon und wozu. Revolution - zum Kapitalismus? An der Formel kann was nicht stimmen, wenn Revolution den Aufbruch zu einer neuen Gesellschaftsformation meint. Das System, das mich einst in die KP geschickt hat, hat zwar gesiegt, aber nicht durch Humanität und Gerechtigkeit, sondern durch Effizienz. Konterrevolution paßt auch nicht auf die Verpuffung des sozialistischen Real-Phantoms im Oktober 1989, da die DDR-Bevölkerung unabdingbare Menschenrechte wiederhergestellt hat. Was denn ist uns mit dieser Befreiung zugestoßen?

Als Honeckers poröse Mauer zerbrach, fiel rasselnd ein anderer Vorhang: der vor dem dritten, dem vielleicht möglichen Schneckenweg zu einer humanen sozialistischen Gesellschaft. Den zieht so bald keiner hoch, gerechnet in der Dimension meines Menschenlebens. Rot ist nicht mehr die Farbe der Vernunft.

Eine derzeit unentscheidbare These bleibt als möglicher Haltpunkt: Vielleicht hat der in vielen ihn vertretenden Menschen real existierende Sozialismus tatsächlich den wölfischen Kapitalismus so weit eingeeengt, daß er sich Zustimmung in seiner europäischen Heimat immer neu durch Konzessionen erkaufen muß.

Vielleicht zähmt ihn seine eigene Entwicklung, dies Vorwärtstaumeln von Krise zu Krise auf einer Resultante des historischen Fortschritts und es zwingt ihn, wenn nicht die des Menschen, seine Ausbeutung der Natur an die Grenzen zu seiner Überwindung. Das wird sich zeigen im nächsten Jahrhundert. Vorläufig ist mir unverständlich, wie Menschen, deren kommunistisches Handeln moralisch begründet war, mit dem Verweis auf jene erste Möglichkeit ihren Schmerz und ihre Scham durch politische Aktivität in anderen, ähnlichen Organisationen wie der untergegangenen ersticken. Keine Wahlkampf-Kostenerstattung, kein überkommenes Parteivermögen rechtfertigen mir solche Besinnungsflucht.

Integrität läßt sich nicht wiedererringen aus der Identität des Gegners, dem der Kampf galt und gelten soll. Die Schwachen und Benachteiligten werden sich wehren oder nicht ohne kommunistische Anleitung. Trauerar-

beit der Kommunisten, wenn sie denn geschieht, kann nicht gelingen nach der alten Schablone: Wir korrigieren unsre Fehler im Vorwärtsgehen. Sie benötigt den ganzen Atem, die ganze Kraft, wenn sie der Dimension des Verlusts sich anmessen will. Ihr Ausgang ist offen.

September 1990

Linke Politik - Dauerkrise oder Neubeginn?

Unter diesem Titel fand am 10.11.1990 in Berlin ein wissenschaftliches Kolloquium statt, das gemeinsam von podium progressiv - dem Zentrum für Bildung und Kommunikation beim Parteivorstand der PDS - und der Stiftung Gesellschaftsanalyse e.V. Berlin durchgeführt wurde.

Die Idee für dieses Treffen entstand infolge der grundsätzlich neuen Situation für alle linken Kräfte nach dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus". Diese neue Situation wollte man gründlich analysieren und daraus Schlußfolgerungen für das politische Wirken der Linken ableiten. Daß mit dieser Veranstaltung diesbezüglich nur ein erster Schritt unternommen werden konnte, war Veranstaltern wie Teilnehmern klar. So ging es auch weniger um neue fertige Antworten als um die präzisere Formulierung von Fragestellungen oder die konkretere Benennung von gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsproblemen.

Der Wert dieses Kolloquiums lag in hohem Maße in der Verständigung selbst. Die - übrigens für manche der Anwesenden nicht immer selbstverständlich gewesene - Auffassung, daß es darauf ankommt, im Streit um theoretische und politische Fragen die Differenziertheit innerhalb der linken Bewegung nicht als einen Mangel zu betrachten, sondern unterschiedliche Standpunkte für eine produktive Auseinandersetzung und die ständige Korrektur eigener Positionen zu nutzen, wurde nicht nur verbal bekannt, sondern auch auf lebendige Weise in die Tat umgesetzt.

Die ca. 50 Teilnehmer - Wissenschaftler und Vertreter verschiedener linker Parteien und Bewegungen aus Deutschland, Bulgarien, Frankreich, China und der Palästinensischen KP - diskutierten im Plenum sowie in vier thematischen Arbeitskreisen.

Im Mittelpunkt standen dabei folgende Fragenkomplexe:

- Durch welche grundlegenden Entwicklungsprozesse ist die Welt von heute geprägt? Welches sind die entscheidenden Gefahren und Chancen künftiger Menschheitsentwicklung?
- Welche Schlußfolgerungen ergeben sich daraus theoretisch und praktisch für die linke Bewegung?
- Wie ist der Begriff "links" als Charakterisierung für eine bestimmte politische Grundrichtung heute inhaltlich zu bestimmen?

Bei der Einschätzung der heutigen Welt wurde davon ausgegangen, daß bisher von vielen als grundlegend angesehene Aussagen über Kapitalismus und Sozialismus, Epoche und revolutionären Weltprozeß von

der realen Entwicklung überholt sind. Niemand stellte in Frage, daß im Mittelpunkt der gegenwärtigen Veränderungen in der Welt die vielfältigen globalen Herausforderungen menschlicher Entwicklung stehen. Bei der Charakterisierung dieser globalen Widersprüche und ihrer Ursachen wurden eine Reihe von Fragestellungen aufgeworfen, die traditionelle linke Erklärungsmuster kritisch überwand, welche ausschließlich die Profit- und Herrschaftsinteressen des internationalen Kapitals für die gegenwärtige Krise der Zivilisation verantwortlich gemacht hatten.

Sehr überzeugend war die insbesondere von H. Petrak und H. Schwenk entwickelte Argumentation, daß es der bisherige Typ der industriellen Zivilisation mit seinem dominierenden extensiven Wirtschaftswachstum und Konsummodell ist, der zu dieser gefährlichen Plünderung unseres Planeten geführt hat. H. Petrak entwickelte dabei die These, daß die derzeitige quantitative erweiterte Reproduktion der Gesellschaft in gewissem Sinne immer noch die ursprüngliche Akkumulation der menschlichen Produktionsweise ist. Die Menschheit entnimmt der Natur ständig mehr nicht regenerierbare oder nur langsam regenerierbare Rohstoffe und verbraucht sie. Die einfache qualitative Reproduktion sei somit noch nicht erreicht. Die Produktionsweise auf der heutigen Erde insgesamt sei damit unrentabel geworden. Die Menschheit lebe in einem Scheinwachstum von Reichtum auf Kosten der absoluten Reduzierung des Reichtums der ganzen menschlichen Zivilisation dadurch, daß die erste Reichtumsquelle, die Natur, bereits mehr geschädigt wird als durch die zweite Reichtumsquelle Arbeit produziert wird. Darüber hinaus sei im extensiv erweiterten Reproduktionstyp auch eine wesentliche Ursache für Kriege begründet, denn historisch gab es Frieden immer nur so lange, bis die Extensivierung der jeweiligen Produktionsweise auf schon besetzte Gebiete oder Ländereien stieß.

Ausgehend von einer solchen Charakteristik der globalen Entwicklung wurde der Schlüssel für die theoretischen und praktischen Aufgaben der linken Bewegung in der Beschäftigung mit dem Problem des qualitativ erweiterten Typs der Reproduktion gesehen. Das Eintreten für die zivile, nichtmilitarisierte Form der Kapitalverwertung, aber nicht einfach für die lineare Fortsetzung des extensiven Reproduktionstyps auf zivile Weise, sondern für den notwendigen Übergang zu einem qualitativ anderen Typ sei die strategische Aufgabe derjenigen, die sich als "links" bezeichnen.

Dieser grundsätzlichen Zielsetzung stimmten die Teilnehmer weitgehend zu. Umstritten waren hingegen die Auffassungen darüber, inwieweit linke Politik heute kampforientiert sein müsse. Auf Zweifel und Widerspruch stieß dabei der von H. Schwenk aus der qualitativ neuen Weltsituation abgeleitete Ansatzpunkt linker Politik, das bisherige Gegenüber von Menschen, von sozialen Gruppen, von Klassen, die Ausplünderung des Menschen und ganzer Völker durch ein neues kooperatives Verhalten der Menschen und der Menschheit zu überwinden. Dies sei

möglich, da es angesichts der globalen Situation mit ihren Bedrohungen für die gesamte Menschheit eine Annäherung in grundlegenden Interessenlagen gebe. Letzteres wurde von mehreren Teilnehmern mit dem Hinweis auf die nach wie vor vorhandenen sozialen Widersprüche kritisch hinterfragt.

H. Dietzel warf die Frage auf, ob in der heutigen Welt nicht vielmehr Interessenlagen teilweise sogar stärker auseinanderliefen. Ein deutliches Beispiel dafür sei das von manchen als sehr berechtigt bezeichnete Konsumstreben in osteuropäischen Ländern, die ehemalige DDR eingeschlossen, welches in krassem Gegensatz zu den ökologischen Erfordernissen steht. Weiterhin hielt er obiger These entgegen, daß Konsens und Kompromiß in manchen Fragen ein denkbares Ergebnis des Austragens von Widersprüchen und des Verfolgens von unterschiedlichen Interessen sein können. Dazu sei es aber gerade notwendig, die Auseinandersetzung zu führen, politischen Druck zu erzeugen und Aktionen zu organisieren, die nicht von vornherein auf Kompromiß zielen. Letzteres bekräftigte J.H. von Heiseler, der darauf verwies, daß kapitalistische Gesellschaftsstrukturen immer gleichbedeutend sind mit der Herrschaft von Partikularinteressen. Übergreifende globale Interessen müßten stets gegen diese Partikularinteressen durchgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang verwies H. Petrak auf einen Widerspruch in der menschlichen Existenz selbst - den Widerspruch zwischen dem biologischen und dem sozialen Wesen jedes Menschen als Individuum und der Gesellschaft als ganzer. Das Problem bestünde in der Verflechtung zwischen sozial differenziertem Dasein und einheitlichen Gattungsinteressen. Jede einseitige Betrachtung wäre theoretisch und politisch unfruchtbar. Aus der biologischen Existenz des Menschen folgt, daß es keine Grenze der Kooperation gibt. Reale Barrieren für die Vereinigung der Menschheit im Wirken für eine ökologische Lebensweise ergäben sich jedoch aus den sozial differenzierten Interessen.

Die inhaltliche Bestimmung des Begriffs "links" als Charakteristik für eine bestimmte politische Grundrichtung erwies sich als problematisch. Unbestritten war jedoch, daß dieser Begriff wegen seiner Handhabbarkeit und der mit ihm verbundenen Tradition zweckmäßig ist.

Als weitgehend konsensfähig erwies sich die von G. Lindenau vorgeschlagene Charakteristik von "links" als diejenigen politischen Kräfte, die sich den gegenwärtigen und künftigen sozialen, demokratischen und globalen Interessen der Menschen besonders verpflichtet fühlen und davon ausgehend den Kapitalismus kritisch betrachten und konstruktiv für die Veränderung jener Strukturen und Elemente dieses Systems wirken, die ein Hindernis des weiteren zivilisatorischen Fortschritts sind. Es wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß die globale Komponente gegenwärtig eine absolut neue Dimension innerhalb des Wirkens linker Kräfte erhalten muß.

Dazu sei es unabdingbar, die nationalen und lokalen Horizonte im Denken und Handeln linker Kräfte zu überschreiten.

Der Grad der Radikalität linker Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft könne sehr differenziert sein. Hervorgehoben wurde, daß es keinerlei Absolutheitsanspruch einzelner Strömungen innerhalb der linken Kräfte geben darf. In diesem Zusammenhang kritisierte H. Mayer die verschiedentlich vertretene These, die PDS sei eine Partei links von der SPD.

Nach Auffassung von J.H. von Heiseler schließe Linkssein auch eine positiv-alternative Haltung zu der bestehenden Gesellschaft und den bestehenden Lebensformen ein. Dabei plädierte er für eine Öffnung gegenüber bisher als historisch erledigt betrachteten Konzeptionen. Seiner Meinung nach sei Linkssein auch an eine bestimmte theoretische Position gebunden, nämlich an den Bezug auf den Widerspruch als vorantreibendes Moment in der Entwicklung. In diesem Zusammenhang kritisierte er eine bisher in der linken Bewegung verbreitete Haltung der totalen Negation gegenüber dem Bestehenden, die schon immer unhaltbar gewesen sei. Klassisch linke Position sei vielmehr das Ausreizen des historisch Fortschrittlichen in der vorgefundenen bürgerlichen Gesellschaft. Die oft alternativ gestellte Frage nach dem Verhältnis der Linken zu fundamentaler Kapitalismuskritik und integrativer Reformpolitik bildete in der Diskussion keinen Streitpunkt.

Kontrovers diskutiert wurde, ob die Spezifik linker Positionen schon in der Formulierung politischer Ziele läge oder ob sich Linke von anderen politischen Strömungen nur dadurch unterscheiden, daß sie für die Verwirklichung von im wesentlichen gleichen Zielen spezifische Wege vorschlagen. Diese Frage blieb letztlich unbeantwortet. In der Diskussion darüber gab es - nicht zuletzt im Zusammenhang mit der kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit - Übereinstimmung darüber, daß solche Werte und Ideale wie Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Individualitätsentwicklung nicht nur die Ziele, sondern auch die Wege zur Durchsetzung linker Politik prägen müssen. Demokratie, Völkerverständigung, Toleranz und Kompromißfähigkeit müssen Wesenselemente der politischen Kultur der Linkskräfte sein.

Die Diskussion auf dem Kolloquium zeigte insgesamt, daß linke Kräfte dabei sind, ihre neue Situation theoretisch zu erfassen und dabei bereits viele produktive Ansätze entwickelt werden. Zwar nur punktuell diskutiert, aber als großes Problem benannt wurden die nicht geringen Schwierigkeiten, Menschen für linke Politik zu mobilisieren. Hier liegen zweifelsohne derzeit die wichtigsten Hemmnisse für die Durchsetzung linker Alternativen zum konservativen bzw. neoliberalen Kurs der Herrschenden. Insofern ist die Frage nach dem Neubeginn linker Politik weiterhin aktuell.

Olaf Cless

Und Rudi Schulte schweigt im Grab

Zu Franz Josef Degenhardts neuer Platte

"...und wie es kommt, so ist es nicht, wie es mal war", sang Franz Josef Degenhardt vor zwei Jahren in seinen Konzerten über dieses "Unser Land". Die Vorhersage hat sich bewahrheitet, allerdings anders, als der Sänger, und nicht nur er, sich dies seinerzeit vorgestellt hatte. Da meinte er nur dieses "Rest"-Stück "zwischen Elbe, Alpenrand", wo durchaus "schon vieles reif" sei. "Großkotzdeutschland" spukte da nur als - wenn auch ernstzunehmender - Nostalgietraum der Ewiggestrigen. Stattdessen nun erwies sich im Restland nebenan, zwischen Oder, Elbestrand, allzuviel als "reif" bis zur Fäulnis. Und es ist tatsächlich da: Großkotzdeutschland. Und der Refrain von Degenhardts damaligem Lied muß neu entziffert und interpretiert werden: "Dies Land ist unser Land, so wie es ist, so wie es kommt, so wie es war..."

Der singende Chronist ist zur Tagesordnung übergegangen und hat sich mit einer neuen Platte zu Wort gemeldet. "Wer jetzt nicht tanzt, der ist selber schuld, unterm Confetti-Regen", so hebt der Titelsong an und malt in schiefer Walzerseligkeit die trügerische Feierstimmung im Lande, die weltvergessene Verdrängung der Nöte und Notwendigkeiten, wenigstens für eine wohlige Zeitlang. Das Lied wirkt wie aus den vaterländischen Jubelszenarien des Jahres 1990 destilliert, tatsächlich aber wurde es schon vor über zwei Jahren geschrieben. "November-Lambada" hingegen ist ein ausdrücklicher Abgesang auf den Umschwung vom Herbst '89, vieldeutig chiffriert im Bild vom gewagten, sinnlichen Tanz, "der allen ins Blut schoß", bis sogar der gestrenge Vater, die Zucht- und Ordnungsmacht, nicht mehr anders konnte als mittun, "Lende an Lende, Bauch an Bauch". Die Folgen waren nicht mehr steuerbar: "Lambada, Wahnsinn, Lambada, wohin".

Und jetzt also diese phantastische Großwetterlage, wie der Spitzenmanager in "ON TOP" schwärmt. Sein Laden läuft und läuft. Marktmäßig wächst zusammen, was zusammengehört. Da muß er "Gas geben nur, wenn's unbedingt nötig ist." Wieder eines dieser präzisen, sarkastischen Rollenlieder oder -Sprechgesänge, in denen Degenhardt das Psychogramm bourgeois Typen mitsamt ihrer gerade angesagten Zeitgeist-Accessoires liefert. Davon gibt es auf dieser LP gleich noch ein zweites, und seine Strophen ernten in Degenhardts derzeitigen Konzerten heiteren Szenenapplaus: "Scapa Flow GmbH". Der Vertreter einer Kreativ-Agentur ebendieses Namens (er spielt zynisch auf das "Husarenstück" eines deutschen U-Boot-Kommandanten im Oktober '39 an) plaudert über eine geplante,

Cless: Rudi Schulte

191

äußerst clevere und medienträchtige Action, Projekttitel "Petersdom Hochaltar Punktschieß". Dagegen war dieser Matthias Rust bloß ein peinlicher Amateur. Die GmbH geht generalstabsmäßig heran, Medien, Vermarktung, Sponsoren, alles ist professionell gecheckt... Ein amüsanter und bissiges Stück, das musikalisch mit stilgerechtem monotonem Drive daherkommt und vorüberfährt.

Und die Anderen, die Linken, die Unangepaßten? Recht still sind sie geworden, und klein an Zahl. Man trägt kaum mehr Nelke, sondern Rose, und die "nicht mal mehr in der Faust, sondern im Knopfloch". Einer der im allgemeinen Mief der Zufriedenheit unversöhnlich Gebliebenen, es könnte Degenhardt selbst sein, schreibt seiner künftigen Enkelin Briefe, subversive Botschaften für die Nachwelt. Sie werden in einer Schachtel unter der Bretterbohle auf dann vielleicht bessere Zeiten warten und davon künden, "wie man sich wehrt und Fanale entfacht/und welche schrecklichen Fehler man macht." Und Wendehälse gibt es natürlich eine Menge, die sich fix auf die Siegerseite schlagen, einigen hochgestellten Sündenböcken die Schuld zuschieben und ihren früheren Ideen Adieu sagen, aus und vorbei ("Deutsches Bekenntnis - alle 30 bis 50 Jahre zu wiederholen).

Im Konzert allerdings klammert Degenhardt gerade diesen letzteren Titel aus. Zufall, untypische Beobachtung eines Abends? Oder vielleicht doch mehr? Spürt Degenhardt, daß dieser Text, einem sich rechtfertigenden Parteigänger von gestern in den Mund gelegt, einige Untiefen für ihn selbst birgt? "Wir haben ganz schlimme Fehler gemacht", beiläufig der fiktive Wendehals einzuräumen. Aber ist das ein Satz, der sich, auf die DDR bezogen, parodistisch von selbst erledigt? Ist er dafür nicht zu wahr? Und müßte dann dieser Wahrheit nicht ernsthaft nachgegangen werden? Und ein Satz wie: "Nach Strich und Faden wurden wir belogen", löst auch der sich als schiere Selbstentlastung eines einstigen Mit-Machers auf? Hat der damit leider nicht auch ein Stück recht? Hatte da nicht tatsächlich eine bestimmte Lügenhaftigkeit Macht-Methode? Und wäre die dann nicht gleicher kritischer Aufmerksamkeit wert wie die Mentalität der ewigen Wendehälse?

Die Ich-Figur dieses "Deutschen Bekenntnisses" stammelt auch ein paar Worte über die unterlassene eigene Zivilcourage: "Warum ich dann nicht? Na ich bitte Sie.../Wer schießt sich schon gerne selber ins Knie?" Und: "Ach was, ich will mich nicht rausreden./Natürlich auch ich hab'... das sage ich doch.../Schrecklicher Irrtum... Herrgott Himmel noch." Hier sind Fragen berührt, die doch in der Tat (uns) alle, die (wir) "realsozialistische" Gefolgsleute waren, betreffen, unsere Verantwortung, und Degenhardt kann sich davon nicht ausnehmen. "Ja, dieses Deutschland" meinte er doch ausdrücklich, und fand es "im großen Ganzen gut". Unsere Sache, die nicht schlecht stand, wie ein anderes Lied kundtat, wie konnte sie so verderben? Wie gut stand sie eigentlich wirklich, unter der Schönfärbung, die auch unsere Pinselstriche trug?

Aber Degenhardt schweigt. Von Irrtümern reden bei ihm nur die Defaitisten. Vorgeführt werden die Untertanen, nie die Obertanen, die einstigen Stellvertreter des Marxismus-Leninismus auf Erden. Degenhardt schottet ab. Bloß nicht diese Selbstzerfleischung, scheint er zu denken. Die sogenannte Trauerarbeit überlassen wir den Jammerlappen. Stalinismus: war da was? Jetzt nur keine Weichheit vor dem Imperialismus. Lieber starrköpfig als wendehalsig...

Doch halt, am Ende der Platte steht ein Monolog "Am Grab", am Grab nämlich von Rudi Schulte, der altehrwürdigen Degenhardtschen Kunstfigur des Kommunisten. Und hier wird ansatzweise der Versuch gemacht, ein paar der dringend benötigten Lehren zu ziehen. Und die lauten hier, daß Revolutionäre "keinen Staat machen" (und auch prinzipiell nicht im Staat mitmachen) sollen, "sondern die Revolution" eben, zum Zweck wirklicher Volksherrschaft ("alle Macht den Räten"); wenn aber diese nicht recht zustande kommt, dann sollen die Revolutionäre mit den Massen von vorne anfangen und "den Staat wieder stürzen", und so fort. Es fragt sich, ob mit solch fröhlich holzschnitthaftem Modell heute konkrete Politik gemacht werden kann, die zum postulierten Ziel führt, und zwar noch rechtzeitig, bevor sich in den globalen Katastrophen das Spiel erledigt hat. Außerdem bleibt weiterhin unerklärt, warum es denn eigentlich mit der Volksherrschaft "nun nicht geklappt" hat, wie Rudi Schultes Grabbesucher trocken konstatiert. Und da soll es Spaß machen, so ohne weiteres die ganze Übung wieder von vorn zu beginnen?

Im übrigen aber weckt Erstaunen, wie aus dem guten Rudi Schulte posthum noch ein veritabler Anarchosozialist wird. Einer, der "53, 56, 61, 68" usw. offenbar autonome Massenaufstände oder den Rückzug von der Macht befürwortet hätte. Dem die Staatsverbürokratisierung schon immer auf den Sack gegangen wäre. Nein, davon haben wir zu Rudis "Lebzeiten" nichts bemerkt. Da war der "Sieg des Proletariats" auf einem Drittel der Erde doch unbestreitbar vollendete (wenn auch schwer zu machende) Sache. Warum auch sonst wäre der alte Rudi im Traum "auf 'ner großen roten Lok ganz/einfach durch die Sowjetunion/bis zum Roten Platz" gereist? - Oder hat uns seinerzeit der Chronist Rudis Ansichten nur lückenhaft übermittelt und merkt jetzt, daß es Zeit ist, damit vollständig rauszurücken...? Nun, im Gegensatz zu Rudi, der in seinem Grab schweigen muß, kann es uns jener ja gelegentlich genauer erklären. Der lebt ja, zum Glück, der Chronist.

Und wie er lebt! "Schäferspiele" besingt er, herzlich und zärtlich, nach Georges Brassens, daß es den Hörer kribbelt, und hoffentlich auch die Hörerin. Und Päule Klein, dem Akkordeonspieler, dessen Musik heute passé ist, widmet er ein hinreißend luftiges Lied, "Rosen im Schnee", gleichfalls auf den Spuren des unvergesslichen Brassens. Päule Kleins Spiel, heißt es da, hatte "dies aus der Herz-/kammer links/rührende Gefühl", und genau das hat auch Degenhardts und seiner hervorragenden Mitspieler

Interpretation. Diesen Titel zum Beispiel können sie mir gern jeden Morgen im Radio aufspielen. Würden schon wieder paar Meter Synthetik-Musik-Teppich gespart. Aber ob der Computer vom Dienst das begreift?

Franz Josef Degenhardt: Wer jetzt nicht tanzt. Polydor 1990.

Diese Besprechung lag bereits für Heft 4 (Dez. 1990) vor, konnte jedoch aus Raumgründen dort nicht mehr erscheinen.

Heinz Jung

Ein "Irrtum", ein "Unglücksfall" - oder was war es denn mit dem Sozialismus?

Anmerkungen zu Kritiken

In "Z" 4/90 waren Kritiken von Lutz Bäuerle und Paul Schäfer an einem von mir in "Z" 2/90 veröffentlichten Beitrag zur Niederlage des Sozialismus und der DDR erschienen. Zur Verdeutlichung der unterschiedlichen Ansätze und Positionen halte ich einige Bemerkungen für nützlich.

Beide Kritiker gehen allerdings nicht auf die Hauptaussagen meines damaligen Beitrages ein, in dem mit der Analyse der realen Vorgänge aus meiner Sicht hinreichend begründet wurde, daß es sich um die Durchsetzung einer kapitalistischen Restauration handelte und daß die Gorbatschow-Politik für die Niederlage des Sozialismus und den Zerfall des Systems von Jalta ein gerüttelt Maß an Verantwortung trägt. Diese heute nur schwer frontal zu bestreitenden Aussagen waren damals marxistische Außenseiterpositionen. Obwohl meine Kritiker dazu nicht Stellung nehmen, ist die Annahme nicht unbegründet, daß sie diese Charakterisierungen nicht teilen. Paul Schäfer bestätigt dies dankenswerter Weise damit, daß auch er für den Kapitalismus die Phrase von der "möglichst zivilisierten, marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung" verwendet. (S. 158)

Ihre Kritik setzt an der Flanke an, an einigen kursorischen Bemerkungen über die Ursachen der Niederlage und die Konsequenzen für marxistisches Denken. Wenn ich es richtig sehe, betrachten sie die Gorbatschow-Politik nur als Vollstreckerin einer durch die Geschichte bzw. die strukturellen Defekte des Sozialismus bzw. der Sowjetgesellschaft vorgezeichneten Niederlage. Diese Sichtweise teile ich nicht und halte sie in einem marxistischen Kontext auch nicht für begründbar. Ja, sie steht selbst im Gegensatz zu den Vorstellungen der Gorbatschow-Richtung.

Da beide Kritiken unterschiedliche Argumente vortragen, möchte ich auf sie getrennt eingehen. Freilich kann aus Raumgründen nur auf jene Einwände eingegangen werden, die mir für die Position der Kritiker am charakteristischsten erscheinen.

Vom "Sozialismus als Irrweg" zum systemkonformen Fortschrittsverständnis

Für Lutz Bäuerle war "der Sozialismus ein Irrweg" (S. 137), ist "historisch notwendig gescheitert" (S. 139) und seine Verheißungen waren "auf seinen Grundlagen uneinlösbar". (S. 139) Es ist dann nur konsequent, wenn er von sozialistischen Zielsetzungen Abschied nimmt und zu Positionen des

Radikaldemokratismus und -humanismus übergeht. Daß daraus auch noch ein organisationspolitischer Agnostizismus wird, erscheint mir aber nicht unbedingt zwingend.

Nicht bestritten wird von mir, daß der erste große welthistorische Versuch, der 1917 seinen praktischen Anfang nahm, in Osteuropa gescheitert und ansonsten aufgelaufen ist. Der Kampf ist jedoch noch nicht beendet. Sieht man davon ab, dann ist ein gescheiterter Weg nicht unbedingt auch ein Irrweg. War es ein Irrweg, dann muß die Sache fundamental infrage gestellt werden. War es ein Scheitern, dann muß nach dem falschen Marschgepäck, den fehlerhaften Karten, den Tücken der Wegstrecken usw. gefragt und erkundet werden, wo man denn nun genau erlegen ist. Hieraus ergibt sich nicht nur ein anderes Programm der Ursachenanalyse, sondern auch der Zielsetzungen. Beim Irrtum geht es um die Suche nach neuen Zielen, beim Scheitern um die Suche nach neuen Wegen.

Der Sozialismus war ein welthistorischer Versuch mit globalen Auswirkungen. Das betraf auch die Bewegung des Kapitalismus, die dritte Welt u.a. Ich finde es deshalb kaum haltbar, wenn man bei der Erörterung der Rolle des Systemgegensatzes bei der Niederlage des Sozialismus Zeter und Mordio schreit bzw. dies als Ausweichmanöver denunziert. Ich finde es nach wie vor für richtig, den Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus als den zum Systemgegensatz gewordenen Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital zu begreifen und zwar sowohl in seiner historischen Genese als auch in der konkreten Wirkung. Nicht darin liegt für mich die Differenz zum Dogmatismus der kommunistischen Konservativen, sondern in deren Unvermögen, den damit verbundenen Entwicklungsprozeß, den Formwandel usw. zu begreifen. Das Problem war aber mit dem Abschied von der Bipolarität, dem Blockdenken, der "Ideologisierung" usw., wie der Bankrott der vom neuen Denken geleiteten Politik des Gorbatschowismus zeigt, erst recht nicht gelöst. Hier sehe ich also die Dinge anders als L.B.

Fragen möchte ich ihn, wie er seine Sicht der Geschichte als offenem Prozeß mit seiner Diagnose der Niederlage des Sozialismus als "historisch notwendig gescheitert" in Übereinstimmung bringen will. Der Pragmatismus der Prämisse paßt ja schlecht mit dem Determinismus der Folgerung zusammen. Im übrigen, von dieser Art teleologischen Gesetzmäßigkeit, gegen die er polemisiert, waren wir doch schon lange weg und mit Marx hatte sie ohnehin nie etwas zu tun.

Die Offenheit jeden gesellschaftlichen Prozesses ist immer nur relativ, denn die Menschen handeln unter vorgefundenen Bedingungen; ihr Spielraum ist also historisch bestimmt und die jeweiligen Optionen ergeben sich aus den Interessen und Einsichten. L.B. wird ja wohl auch zugeben müssen, daß die bisherige menschliche Geschichte nicht im trial-and-error demokratischer Entscheidungen verlaufen ist. Die Herstellung von Legitimation und Konsens ist eine komplexere Angelegenheit, auch was den Sozialismus betrifft, als L.B. unterstellt. Aber, und darin hat L.B.

recht, Demokratie ist ein untrennbarer Bestandteil des Marx'schen Sozialismus und in ihrer Verkümmern im Realsozialismus liegt eine wesentliche Ursache seiner Erstarrung und seiner historischen Unfähigkeit zur frühzeitigen Reform und zur Krisenüberwindung. Dies alles, lieber L.B., ist mir nicht entgangen. Ein Blick in "Z" 1/1990, wo ich die Gelegenheit hatte, mich dazu zu äußern ("Demokratisierung", S. 112 - 131), hätte Deine Polemik zu diesem Punkt gegenstandslos gemacht.

Sicher, wir sind mit unserer Sozialismusgläubigkeit, die an das Vorbild oder das Modell des Realsozialismus gebunden war, gebrannte Kinder. Aber müssen wir deshalb auch gleich noch die Vorstellung ad acta legen, daß es in der Menschheitsgeschichte die Entwicklung vom Einfachen zum Komplizierten gibt und daß dies auch nach vorn gilt - freilich heute mit der Möglichkeit des Absturzes durch Selbstvernichtung -, daß die Vorwärtsalternative heute eine Gesellschaft des Gemeineigentums, der Selbstverwaltung und der Chancengleichheit ist, eben das, was wir Sozialismus/Kommunismus nennen? Aus meiner Sicht gibt es dazu keinen Grund. Freilich haben wir zu lernen, daß eine solche politisch formierte Gesellschaft in erster Linie die Stabilisierung der Biosphäre zu gewährleisten hätte, weil es ohne dies so oder so keine Weiterentwicklung geben wird und der Fortschritt gerade in der Durchsetzung neuer Formen des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, d.h. neuer Formen der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit bestehen müßte, um dies zu realisieren.

Zum Denken im Begriff des Fortschritts gehört immer auch der Rückschritt. In der Geschichte gibt es auch für letzteres Beispiele genug und zu den jüngsten zählt aus meiner Sicht die Durchsetzung der kapitalistischen Restauration. Und hier ist es ja das Frappierende, nach welchen gleichen Mustern oder Gesetzen sich dieser Prozeß in den verschiedenen Ländern entfaltete, waren einmal bestimmte Voraussetzungen geschaffen. All jene, die nur ein bißchen Marktwirtschaft, Privateigentum und uneingegrenzten Pluralismus wollten, wundern sich nun über den ordinären Kapitalismus, in dem sie aufgewacht sind. Wenn das aber keine Zwangsgesetze sind, die sich hinter dem Rücken der Akteure geltend machen!

L.B. moniert, daß von mir die Veränderungspotentiale "moderner Gesellschaften" unterschätzt würden. Er meint damit den Kapitalismus. Und weil dem der Marxismus nicht gerecht werde, seien eben "grundlegende Kategorien der orthodoxen marxistischen Gesellschaftstheorie in Frage zu stellen". (S. 138) Leider bleibt er nur bei dieser Pauschalfeststellung stehen. So kann man nur einwenden, daß ohne ihre "grundlegenden Kategorien" von einer marxistischen Gesellschaftstheorie, sei sie nun orthodox oder modern, keine Rede mehr sein könnte. Von einer Erneuerung des Marxismus zu sprechen, wäre dann völlig gegenstandslos.

Ich finde bei seiner Kritik am Denken in "geschlossenen Systemen" baut er einen Pappkameraden auf. Mit dialektischem Denken hatte dies nie etwas zu tun. Insofern ist der Marxismus von den Mustern des Newton-

Laplace'schen Paradigmas, was es auch immer bedeuten möge und wie lange es auch immer vorherrschend gewesen sei, unbelastet. Alternativen, Antiwelten haben ganz andere Ursachen. Wenn die Realität durch Gegensätze und Widersprüche sowie durch soziale Antagonismen bestimmt wird, dann muß dies auch seine gedankliche Reflexion finden, etwa in der Theorie der Klassen und des Klassenkampfes. Folgt man L.B., müßte man zu einem gradualistischen Denken übergehen und ausschließlich in den kleinen Schritten der kontinuierlichen Reform das Heil suchen. Aber auch hier müßte uns, genau genommen, der Prozeß der Niederlage des Sozialismus, eben ein Prozeß von Reform und Bruch/Revolution, eines Besseren belehrt haben.

Es entbehrt nicht einer gewissen Logik, daß L.B. eine "fundamentalistische Kapitalismuskritik" ablehnt. Diese würde dem alten Denken im geschlossenen System entsprechen. Was mich betrifft, so halte ich heute eine sozialistische Politik ohne eine antikapitalistische Orientierung und Begründung für kaum denkbar. Früher orientierten sich Anhänger des Sozialismus am Realsozialismus. Das war immer mehr als ein theoretisches Modell. (Umgekehrt war die Antiwelt der Gegner des Sozialismus in den Ländern des Realsozialismus der kapitalistische Westen.) Dies ist heute nicht mehr möglich. Deshalb muß sich eine sozialistische Politik, soll sie materialistisch begründet werden, ihrer Fundamente versichern. Man muß sich klar darüber sein, weshalb man gegen die bestehende Gesellschaft ist und wie und in welcher Richtung sie verändert und überwunden werden soll. Ohne eine Grundsatzkritik ist dies nicht denkbar. Das verstehe ich unter einer fundamentalistischen Kapitalismuskritik heute. In diesem Sinne ist Fundamentalismus wohl auch die Grundlage tragfähiger konkreter Perspektiven. Mir in dieser Hinsicht Unfähigkeit zu unterstellen, verweist außerdem auf eine äußerst selektive Wahrnehmung des kritisierten Artikels. Dort nahmen die Überlegungen zur konkreten Politik der Linken nach dem Zusammenbruch der DDR doch einen relativ breiten Raum ein.

Zum Schluß attestiert mir L.B. eine "tiefe Resignation". Es ist wahr, vom fröhlichen CVJM-Optimismus, den vielleicht ein neu erworbenes systemkonformes Fortschritts- und Politikverständnis vermittelt, bin ich meilenweit entfernt. Wie sollte es angesichts der Realitäten auch anders sein. Aber von einer "Ergebung in das Schicksal", so die Hauptbedeutung von "Resignation", kann weder politisch noch theoretisch die Rede sein. L.B. hätte also doch vorher ins Fremdwörterbuch schauen sollen.

Von der historisch-materialistischen Analyse zum totalitarismustheoretischen Konstrukt

Nachdem man Paul Schäfers Beitrag über "die unbegriffene Gesellschaftsformation" gelesen hat, ist man fast richtig froh, daß es so schnell wieder jemanden gibt, der weiß, worum es ging und geht und der seine

Gewißheit auch mit dem erhobenen Zeigefinger unterstreicht - abgesehen von dem wohl von früher in die neue Zeit geretteten Drang zur Entdeckung und denunziatorischen Entrüstung über geistig-politische Verwerflichkeiten. Dies ist aber mehr eine Frage der Diskussions- und Streitkultur. Gravierender finde ich es aber, daß er durchgehend Radikalität der Kritik, die heute in der Tat notwendig ist, mit der Adaption der bürgerlichen Marxismus- und Sozialismuskritik zu verwechseln scheint. Er hat vor ihr kapituliert und ist auf ihre Positionen übergegangen. Vielfach vermeint man Zeuge seiner geistigen Aha-Erlebnisse aus der Lektüre früher versäumter Politologie-Oberseminare zu werden.

Sein Schema, in das er Wirklichkeit, Geschichte und Niederlage des Sozialismus preßt, ist recht simpel. Sozialismus war es nicht. Vielmehr hat es sich um eine "etatistische Parteidiktatur" gehandelt, der er eher widerstrebend an einer Stelle noch das Adjektiv "antikapitalistische" hinzufügt. Das ist für ihn das Signum der von den anderen "unbegriffenen Gesellschaftsformation". Von da her ist es klar, daß die Oktoberrevolution, die Geburtsstunde dieser Gesellschaft eigener Art, rückblickend zum "historischen Unglücksfall" wird und "zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort" stattgefunden hat. (S. 143)

Es versteht sich von selbst, daß man dem Abgang dieses Systems nur beifallsklatschend zusehen kann und die Abbruchunternehmer und Übergabepolitiker als Vollstrecker des zivilisatorischen Fortschritts wahrnehmen muß. Natürlich verlangt dies der Grundthese des kritisierten Artikels von der Durchsetzung einer kapitalistischen Restauration aus dem Wege zu gehen, was um so leichter fällt, da der Kapitalismus eigentlich ja noch nie richtig formationell überwunden war.

Die Sache hat natürlich verschiedene Haken. Danach wäre eine ganze Welt über 70 Jahre in mystifiziertem Bewußtsein befangen gewesen, abgesehen von ein paar subtileren Durchblickern. Vor allem den früheren Anhängern des Sozialismus, darunter auch P.S., müßte eine nur pathologische Wahrnehmungsfähigkeit der Wirklichkeit bescheinigt werden. Auch die Systemauseinandersetzungen wären an sich Schall und Rauch gewesen. Und der Mystifikationen gebe es noch viele andere mehr.

Da scheint es mir dann doch wesentlich klarer, wenn man beim Sozialismus bleibt, mit welcher konkreten Bestimmung für die einzelnen Etappen dann auch immer zur historischen Wirklichkeit aufgestiegen werden muß. Das setzt voraus, daß die sozialökonomischen Grundstrukturen als sozialistisch zu begreifen sind, die entsprechend der historischen Ausgangs- und Verwirklichungsbedingungen in unterschiedlichen Varianten einer sozialistischen Gesellschaftsformation bzw. in unterschiedlichen konkreten sozialistischen Gesellschaftstypen zum Tragen kommen können. Hätte sich P.S. schließlich um die Kenntnisnahme der neueren marxistischen Diskussion, etwa bei K.H. Tjaden, bemüht, dann hätte er als das charakteristische sozialistische Formierung ihren politischen Grundzug wahrnehmen können

und von daher diktatorische Entartungen als Deformationen begreifen müssen. Um die Realität und Entwicklung der Sowjetgesellschaft zu erklären, war und ist die Deformationsthese, wie sie von Werner Hofmann und der "Marburger Schule" vertreten worden war, nach wie vor grundlegend.

Diese These und damit seine eigene Vergangenheit sind der Hauptgegenstand der Polemik von P.S. Mein Artikel war da nur ein "Aufhänger". Es mag ja viele Gründe geben, daß P.S. den Staub dieser Vergangenheit von seinen Schuhen schütteln möchte, aber überzeugende Argumente gegen die damalige "Lehrmeinung" vermag er nicht ins Feld zu führen. Stattdessen waltet Entrüstung über die angebliche Bagatellisierung und Rationalisierung des Stalinismus. Aber gerade der Deformationsansatz war bzw. wäre der einzige Weg für eine sozialistische und marxistische Bewältigung des Stalinismus gewesen.

Nebenbei sei's vermerkt, daß auch die Argumente der imperialistischen Einkreisung, der Systemauseinandersetzungen, der Schärfe des internationalen Klassenkampfes usw. dem gleichen Verdikt per moralischer Entrüstung verfallen. Und wird dabei gar für die jüngste Entwicklung die Gewaltfrage bzw. die Möglichkeit einer repressiven Lösung der Existenzkrise des Sozialismus erörtert, wie ich es mir erlaubt habe, dann geht die Hand mit der Züchtigungsrute hoch wg. Gewaltfähigkeit des alten Leninismus usw.

Freilich bleiben nicht wenige Punkte der vorgetragenen Kritik der Sowjetgesellschaft und der bisherigen Sozialismuskonzeption, die der weiteren Erörterung wert sind und unsere Erkenntnisse über die Niederlage des Sozialismus voranbringen können. Schließlich sind wir heute veranlaßt, die frühere bürgerliche Kritik ernst zu nehmen und ihren wissenschaftlichen Gehalt nicht von vornherein in Abrede zu stellen.

Freilich sollte man sich dabei nicht vom Eifer des Neubekehrten leiten lassen, etwa wenn P.S. Lenin als Trivialisierer der Marx'schen Theorie, also als eine Art kleinen radikalen Deppen, vorzuführen bestrebt ist, wenn er die Demokratiefrage aus Zeit und Raum entbindet und den Pluralismus der bürgerlichen Gesellschaft zur einzigen Norm erhebt oder wenn er sein adaptiertes Konzept der herrschenden Klasse im Sozialismus bzw. in seiner Sicht in der "etatistischen Parteidiktatur" auch mit all den gegenwärtig gängigen und moralisch aufgeladenen feuilletonistischen Floskeln garniert. Schwierigkeiten hat er dabei und anderswo immer wieder mit der sozialen Rekrutierung dieser Gruppen und Schichten.

Ausgesprochen wichtig finde ich, daß P.S. die Kategorien der Regulationstheorie in den Komplex der Erklärung der Reformblockade der Sowjetgesellschaft einführt. Hierzu gehört dann auch die kastenartige Abschließung der Führungsschichten, die Herausbildung verfestigter Interessen und die Funktionalisierung der Theorie. Aber auf dieser Grundlage bleibt zu klären, weshalb ab 1985 ein alternativer Kurs eingeleitet werden

konnte. Daß es am "Widerstand breiter Volksschichten" (S. 157) gelegen haben soll, klingt schön, ist aber empirisch nicht belegt und wird durch die folgende Entwicklung widerlegt, weil sich ein soziales Subjekt der Perestroika aus diesen breiten "Volksschichten" eben nicht formiert. Anstatt diesen Sachverhalt ernsthaft zu erörtern, wobei er die Fehlanlage der Perestroika-Konzeption und das Versagen der Gorbatschow-Führung nicht hätte umgehen können, bietet er als Entlastungsargument jenes vom Ziel-Mittel-Konflikt an, durch den Gorbatschow dann doch als Opfer der Vergangenheit verschlungen werde.

Es hätte einer solchen relativ ausführlichen Betrachtung auch angestanden zu fragen, was dieser alte Sozialismus der Welt außer einer letztlich gescheiterten Hoffnung tatsächlich gebracht hat. Vielleicht braucht man dazu auch etwas zeitlichen Abstand. In der DDR erinnert man sich jetzt schon schneller als erwartet der Errungenschaften dieses alten Sozialismus. Und mit dem Golfkrieg merken die Völker inzwischen auch, was eine starke Sowjetunion als Gegenpart des US-amerikanischen Imperialismus wert war. Und die des zuerst entdecken, sind die Völker der dritten Welt. Ich bin davon überzeugt, daß dies auch für Paul Schäfer Relevanz erlangen wird, legt er erst einmal die Arroganz und Ignoranz gegenüber dem realen Prozeß ab.

Bismarck

Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Akademie-Verlag Berlin 1990, 731 S.

Vor fünf Jahren, als der erste Teil der Bismarck-Biographie aus der Feder Ernst Engelbergs erschien, wurde die Publikation des 839 Seiten umfassenden Werkes als ein wissenschaftliches und literarisches Ereignis gewürdigt. Die Reaktion der Journalisten und der Fachhistoriker, vor allem das Interesse der Leser - in der DDR gehörte das Buch trotz mehrfacher Auflage zur "Büchware" - haben die bedeutende wissenschaftliche Leistung und literarische Qualität des Werkes in vielen Rezensionen und öffentlichen Diskussionen bestätigt.

Nunmehr legt Ernst Engelberg in seinem 82. Lebensjahr den zweiten Teil seiner Biographie des Staatsmannes vor. Respekt und - warum soll man das Wort unterdrücken - Bewunderung zunächst für eine Arbeitsleistung, die nur auf der Basis außerordentlicher Selbstdisziplin und im Verantwortungsbeußtsein gegenüber der Wissenschaft zu bewältigen war. Man muß dabei sicher auch berücksichtigen, daß die Reaktion auf den ersten Band zugleich mit einer Erwartungshaltung der wissenschaftlichen Öffentlichkeit im Hinblick auf einen zweiten Teil verknüpft war, die dem Autor nicht nur physisches Stehvermögen abverlangte, sondern wohl auch zu einer psychischen Belastung geworden ist. Also zunächst: Hut ab (wenn eine

solche unwissenschaftliche Bemerkung gestattet ist)!

Wie schon für den ersten Teil hat Engelberg für den vorliegenden Band die kaum noch zu erfassende Literatur - jedenfalls die materialrelevanten Publikationen wie auch die Kontroversen der Historiker - ausgewertet, dazu umfangreiches Quellenmaterial aus Archiven verarbeitet.

Dem "Urpreußen und Reichsgründer", so der Untertitel des 1985 erschienenen ersten Bandes, ist das "Reich in der Mitte Europas" gefolgt. Schon der gleichsam entpersonalisierte Titel deutet an, daß wir es mit einem Bismarck in anderen Dimensionen zu tun bekommen. Der märkische Landjunker, der draufgängerische konservative Parteimann und preußische Diplomat, der Ministerpräsident, der aus scheinbar auswegloser innenpolitischer Krise Preußen auf dem risikoreichen Weg einer Revolution von oben mittels dreier Kriege und geheimer Kabinettsdiplomatie zur Vormacht in Deutschland führte, ist Reichskanzler geworden, zum mächtigsten Mann im 1871 begründeten Deutschen Reich, der alle politischen Fäden der jüngsten europäischen Großmacht in seiner Hand hält und es darauf anlegt, den erreichten innen- und außenpolitischen Besitzstand im Interesse der verbündeten deutschen Fürsten, des Adels und der gehobenen Schichten des Besitz- und Bildungsbürgertums zu wahren. Man war "saturiert", gegenüber den nachdrängenden sozialen Kräften im Inneren wie gegenüber den

beunruhigten Nachbarmächten in Europa, und wollte es - soweit es auf Bismarck ankam - auch bleiben.

Dem gewählten Titel "Das Reich in der Mitte Europas" entsprechend, nimmt die Stellung Bismarckdeutschlands im europäischen Kräftefeld einen breiten Raum ein. Der Bogen der außenpolitischen Thematik spannt sich vom Friedenschluß 1871 über das Zustandekommen des Dreikaiserverhältnisses, den Kriegslärm und die Bündnisängste von 1875, über Orientkrise, Berliner Kongreß und Zweibund mit Österreich-Ungarn zur Sicherheits- und Kolonialpolitik der achtziger Jahre, zum Zerfall des Dreikaiserbündnisses, zum Rückversicherungsvertrag bis zu den außenpolitischen Vorwürfen Wilhelms II. im Zusammenhang mit Bismarcks Entlassung. Dabei kennzeichnet Engelberg Bismarcks Politik als einen Kurs der Friedenssicherung, sorgfältig das internationale Kräfteverhältnis abwägend, orientiert am Gleichgewicht unter den europäischen Großmächten und bestrebt, der sich abzeichnenden Gefahr eines Zweifrontenkrieges mit Rußland und Frankreich mit allen diplomatischen Mitteln entgegenzuwirken. Der Unterschied zwischen einer Europapolitik, wie Bismarck sie vertrat, und einer "Weltpolitik", die seine Nachfolger bis zum katastrophalen Untergang betreiben sollten, die aber auch schon in den letzten Jahren von Bismarcks Kanzlerschaft mit den Forderungen nach ungezügelter

Kolonialexpansion Probleme schuf, spielt eine große Rolle.

Zu Recht bilanziert es Engelberg als "bedenkliches Zeichen der Zeit, daß alle Mahnungen Bismarcks zur Mäßigung überhört oder als lästig empfunden wurden". Kaum im Sinne des sorgsam differenzierenden und nicht mit dem didaktischen Zeigefinger arbeitenden Autoren dürfte es allerdings liegen, wenn ihm, offenbar vom Verlag, auf der letzten Umschlagseite für die Gegenwart das Verlangen nach einem "zweiten Bismarck" unterstellt wird, "damit der Traum der Deutschen nicht der Alptraum Europas wird". Ganz abgesehen davon, daß es da schon einen selbsternannten Anwärter gibt, ist die Sache mit der Rolle Bismarcks in den Träumen und Alpträumen unserer Tage so einfach nun auch wieder nicht. Wenn schon, dann muß man das Bismarck-Erbe als Ganzes sehen. Selbstverständlich gibt es hierbei nicht den geringsten Dissens zur Engelbergschen Darstellung, aus der nun wirklich hinreichend deutlich wird, daß unbeschadet des vertanen außenpolitischen Realismus zum Erbe des Bismarckreiches eben auch ein Zuviel an innenpolitischer Belastung gehört.

Der Untertitel des Bandes "Das Reich in der Mitte Europas" bedeutet nämlich nicht, daß nun einseitig die Diplomatie behandelt würde. Das "Reich in der Mitte" war eben auch von inneren Widersprüchen und Kämpfen gekennzeichnet, die wiederum europäische Dimensionen hatten oder - auch im Verständnis des Kanzlers

- bekommen konnten. So werden ausführlich ökonomische Bedingungen und Gegensätze, etwa die der Bismarckschen Politik der Erhaltung des Status quo zuwiderlaufende Expansivkraft des Kapitals in seinen verzweigten Wirkungen auf Klassen, Gruppierungen, Cliques in und außerhalb der Staatsmacht behandelt. Die durch geschichtliche Langzeitwirkung gekennzeichneten großen inneren Auseinandersetzungen etwa im Kulturkampf oder gar mit der sich schnell formierenden und die gesellschaftliche Entwicklung immer stärker beeinflussenden Arbeiterbewegung werden nicht nur in speziellen Kapiteln untersucht, sondern in vielen Abschnitten mit anderen Schwerpunkten auch immer wieder aufgegriffen, um Widersprüche in der Politik Bismarcks, von ihm gefundene Lösungsmöglichkeiten oder auch - so im Hinblick auf die Interessen der Arbeiterklasse und die Politik der Sozialdemokratie - des Kanzlers Unvermögen darzustellen.

Freilich wird auch hier nicht grobschlächtig mit einem simplen Schwarz-Weiß-Raster gearbeitet. Der in der Revolution von oben eingegangene historische Kompromiß von Landjunkertum und Industriekapitalismus hatte ökonomische, soziale und geistige Kräfte für einen Wirtschaftsaufschwung freigesetzt, die Engelberg bis in die Dynamik des technischen und naturwissenschaftlichen Fortschritts verfolgt und würdigt. Es gab in der prekären Konfrontation von Staat und Kirche im Kulturkampf einen rationellen Extrakt

gesellschaftlicher und staatlicher Modernisierung, des Schulaufsichtsgesetz und das Gesetz über die obligatorische Zivilehe. Und die Bismarcksche Sozialgesetzgebung, Korrelat zum schändlichen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie und beileibe nicht aus Gründen purer Humanität, sondern als Aufgabe staaterhaltender Politik eingeführt, schadet dem internationalen Ansehen des Deutschen Reiches gewiß auch nicht.

Entscheidend ins Gewicht aber fiel, daß das Bismarckreich insgesamt mit seinen ökonomisch-sozialen Grundlagen wie seiner politisch-konstitutionellen Organisation dem historischen Fortschritt entgegenstand. Engelberg, der im Vorwort wiederum keinen Zweifel daran läßt, daß er sich Otto v. Bismarck von der Gegenposition der demokratischen und sozialistischen Kräfte näherte, konstatiert mit Friedrich Engels die "Unverträglichkeit der Hohenzollernschen Interessen mit denen Deutschlands", das "Deutsche Reich wird in Lebensgefahr gebracht durch seine preußische Grundlage". Die Orientierung des ganzen politischen Systems an den sozialökonomischen Sonderinteressen eines Verbunds von "Rittergut und Hochofen", die Unvereinbarkeit des Bismarckschen Royalismus mit einer parlamentarischen Regierungsweise, die Feindschaft des Reichskanzlers gegenüber allen demokratischen Kräften, insbesondere in der sozialistischen Arbeiterbewegung, werden vorgeführt.

Überaus eindrucksvoll sind die Passagen, in denen Engelberg schildert, wie die gesellschaftspolitischen Entwicklungstendenzen über Bismarck hinweggingen. Während er gegenüber den wirtschafts- und nationalpolitischen Interessen der Bourgeoisie noch eine imponierende Hellsichtigkeit bewiesen habe, wurde die Sichtbegrenzung gegenüber der Arbeiterklasse Bismarck nach 1871 zum Verhängnis. Er verharrte in einer hochmütigen Ignoranz und Arroganz gegenüber der sozialen Frage. Sein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, ein Versuch, die konsequenteste politische Opposition auszuschalten, mußte scheitern. Am Ende waren Zerfall und Verlust der Macht unabwendbar.

Durch den mit Bedacht gewählten Untertitel greift Engelberg eine Frage auf, die in der modernen Literatur über Bismarck und das Reich immer wieder direkt oder auch unterschwellig diskutiert wird: Inwieweit waren das Reich und sein bedeutendster Politiker verantwortlich für die Katastrophen der beiden Weltkriege oder gar des Faschismus? Ja, der Titel zielt auch auf *heutige* Fragen an unsere Geschichte. Engelberg erörtert und analysiert die Belastungen und Widersprüche der Reichsgründung und der internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches und geht detailliert den Reflexionen Bismarcks über Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Politik nach. In seiner auf der marxistischen Methodologie beruhenden Darstellung kann er u.E. überzeugend nachweisen, daß eine

im Grunde fatalistische Sicht der Geschichte nach 1871 weder eine Erklärung folgender Perioden noch eine der geschichtlichen Realität entsprechende Würdigung des Kanzlers ermöglicht. Gerade die intensive Darstellung der Politik Bismarcks macht die Alternativität des geschichtlichen Prozesses und die geschichtliche Rolle der einzelnen Klassen und ihrer Repräsentanten sichtbar. Dabei werden Kontinuitäten im objektiven Bedingungsgefüge offenbar, die weiterwirkende politische Physiognomie von Klassen, sozialen Gruppen (etwa der Großbourgeoisie) und politischen Cliques (einige Militärs) erläutert, aber auch die bewußte Gestaltung der Politik im Sinne der Verhinderung nationaler und internationaler Katastrophen nachgezeichnet. Zum Friedensengel wird Bismarck beileibe nicht.

Ohne mit einem pädagogischen Zeigefinger zu winken, ermöglicht gerade die subtile Untersuchung der internationalen Politik Bismarcks für den Leser einen Zugang zu der hochpolitischen Frage der Gefahren und Möglichkeiten der europäischen Stellung eines einheitlichen Deutschland. Das vor allem, weil Bismarck sich über 20 Jahre mit diesem Problem herumgeschlagen hat. Die Gegenwart macht geschichtliche Erfahrungen aktuell, auch jene Überlegungen Bismarcks im Jahre 1871, als er über den ansonsten so nüchternen Moltke meinte, ihm "sei wohl der Erfolg kaiserwahnsinnig in die Krone gefahren". Wenn eine solche Sensibilisierung des Lesers

durch eine historische Biographie gelingt, hat sie sicher eine wichtige Aufgabe erfüllt.

Dabei muß freilich die Darstellungsweise und die methodische wie literarische Verarbeitung des umfangreichen Quellenmaterials auch den Leser zum "Durchhackern" des Buches (730 Seiten) reizen und immer wieder ermuntern. Und das ist - wie schon beim ersten Band der Biographie - der Fall.

Bei all den Einblicken, die Engelberg in das innere Gefüge und den äußeren Rahmen der Entwicklung des Bismarckreiches vermittelt, bleibt er der Rolle eines Biographen treu.

Die Verknüpfung persönlicher Entwicklung und Wirkungsweise mit der geschichtlichen Umwelt, ob im internationalen Rahmen, in der Reichspolitik oder auch im mehr privaten Bereich, die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Darstellung der unterschiedlichsten Ebenen der Politik und nicht zuletzt auch die Einbeziehung anderer geschichtlicher Kräfte in die geschichtliche Analyse bilden einen wesentliche Grundlage von Engelbergs Werk. Dabei walten in Engelbergs Darstellung keine fertigen, abstrakten Zwänge des individuellen und gesellschaftlichen Lebens; lebendige Geschichte wird aufbereitet und spannend erzählt. Und natürlich kommt in den streckenweise dem Biograph beinahe über den Kopf wachsenden politischen Vorgängen auch die private und familiäre Seite der alles in allem

faszinierenden Persönlichkeit Otto von Bismarcks durchaus nicht zu kurz. Eindrucksvoll sind nicht nur die Passagen und Abschnitte über die Familie - Johanna und die Söhne Bill und Herbert, der ja zur rechten Hand des Vaters wurde -, oder die Lebens- und Arbeitsweise des Kanzlers einschließlich der notwendig hartnäckigen Einflußnahme des Arztes Schwenninger, sondern vor allem auch die Darstellung der Mitstreiter oder - und das war für Bismarck immer wichtiger - der Gegner. Man lese den Abschnitt "Der Kanzler im Dreikaiserjahr", in dem mit der Darstellung von persönlichen Verhältnissen zentrale politische Aspekte untersucht werden. Auf andere Weise und im Hinblick auf die internationalen Beziehungen werden mit den Personen - besonders Gortschakows - Tendenzen und Interessen in der Geschichte der Großmächte dargestellt. ("Orientierung im europäischen Kräftefeld")

Was die kritische Haltung des Autors zu seinem Helden betrifft, so hält Engelberg mit seinem Urteil nicht zurück. Hier soll nur auf zwei Aspekte hingewiesen werden, die freilich diese Problematik nicht umfassend werten können. Bismarcks Haltung zur Arbeiterbewegung wird klar gekennzeichnet. Auch die konservative Wende 1878/79 mit dem stärker hervortretenden Antiparlamentarismus und der Verkennung neuer Anforderungen in Fragen der Wirtschaftspolitik und ihres Einflusses auf die "große Politik" wird deutlich.

Die Verringerung des geschichtlichen Leistungsvermögens des Kanzlers nach 1871, besonders aber nach 1878/79 wird sichtbar, kann für den Leser aber wohl - und das scheint uns auch in der Absicht des Autors zu liegen - erst im Vergleich mit der Politik Bismarcks in der Zeit zwischen 1862 und 1871, also im Gesamtkontext, erfaßt werden.

Ein Gesamturteil in zwei Sätzen freilich sollte der Leser nicht erwarten. So einfach ist Geschichte nicht, weder in ihrem Verlauf noch in ihren Wirkungen.

Gustav Seeber/Heinz Wolter

Grüner Marxismus

Karl Hermann Tjaden: Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften, Marburg 1990, 298 Seiten, 34,- DM.

Ein Krimi - wie einer sagte - ist diese Abhandlung nicht. Ihre Spannung erwächst nicht aus der Erscheinungssphäre, sondern aus der Aufdeckung grundlegender Zusammenhänge und Antriebe der gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn man Tjaden gelesen hat, sieht man vieles anders und neu. Und was könnte eine schriftliche Abhandlung schon mehr bewirken. Es ist die fundamentale Studie eines zeitgenössischen historischen

Materialismus, der aus den heute erkennbaren Problemen der Menschheitsexistenz neue Zugänge zum Verständnis der gesellschaftlichen Evolution gewinnt und diese im Kontext der Marx-Engels'schen Theorie entwickelt. Aus der Sicht des Rezensenten spielen dabei eine zentrale Rolle zum einen die Ausweitung der Dialektik gesellschaftlicher Entwicklung auf das Mensch-Natur-Verhältnis, d.h. die Einbeziehung der für den klassischen Marxismus exogenen Faktoren der Entwicklung, zum anderen eine Fassung des Begriffs der gesellschaftlichen Arbeit, der sich auf Reproduktion bezieht und sich mit der Regeneration der Bevölkerung und der Naturressourcen verschlingt. Damit werden neue Blickwinkel gewonnen und alte festgefahrene Kontroversen auf einer neuen Ebene der Betrachtung aufgehoben.

Man sollte außerdem bemerken, daß das Buch zu einem Zeitpunkt (nämlich Mitte Dezember 1989) abgeschlossen worden war, als angesichts der epochalen Niederlage des Sozialismus auch nicht wenige Sozialisten von der Psychose einer ideologisch-theoretischen Fluchtbewegung ergriffen worden waren. Diese Bewegung hat K.H. Tjaden nicht mitvollzogen, sondern sein Denken voll darauf konzentriert, weshalb trotz alledem der Sozialismus und selbst jener, wie wir ihn kannten und den Tjaden seiner etatistisch-technokratischen Deformationen wegen kritisiert - als politisch formierte Gesellschaft eine Höherentwicklung in der gesellschaftlichen Evolution darstellt,

weil er entsprechend seiner Grundprinzipien eine Organisation der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durchzusetzen in der Lage sein könnte, die dem heutigen Ziel gesellschaftlichen Fortschritts, der Stabilisierung der Biosphäre, entspräche. Er steht also gegen den Trend, aber mit Begründungen, die unabweisbar sind - für verunsicherte MarxistInnen also eine Lektüre, die auch von diesem Gesichtspunkt lohnend sein könnte.

Biosphäre ist in Tjadens Sicht die "Gesamtheit des Lebens auf der Erde einschließlich der von diesem beeinflussten Schichten der Erdrinde, der Weltmeere und der Lufthülle der Erde". (S. 21) Mit seiner Entstehung und Entwicklung tritt der Mensch in Beziehung zur Biosphäre und diese Beziehung wird durch den Widerspruch "zwischen körperlichen Lebensbedürfnissen und den umweltlichen Lebensbedingungen" ausgedrückt (22). Die Bewegungsform zur jeweils partiellen Lösung dieses Widerspruchs wird die gesellschaftliche Arbeit, mittels derer sich der Stoffwechsel und Energieaustausch des Menschen mit der Natur realisiert. Gesamtarbeit als Substanz jeder Gesellschaft stellt sich dar in der "Gesamtheit der Tätigkeiten, in der sich menschliche Lebewesen gemeinschaftlich-zweckgerichtet mit der außermenschlichen Biosphäre auseinandersetzen, um am Leben zu bleiben, wozu auch das Sorgen für die eigenen Nachkommen und das Eindringen in die

noch fremde Naturumwelt gehört". (27)

Damit hält er an der materialistischen Bestimmung von Gesellschaft fest, wie sie durch den klassischen Marxismus geleistet wurde und hält Versuche der Revision, etwa mit dem Ansatz der Kommunikationsbeziehungen durch J. Habermas, für überflüssig. Es versteht sich, daß aus der Sicht des Mensch-Natur-Verhältnisses gesellschaftliche und produktive Arbeit in erster Linie jene ist, die "Gebrauchswerte von Gütern und Tätigkeiten bereitstellt", wobei die Produktivkraft der Arbeit als Vermögen der Arbeitskraft erscheint und zwar als eine "gebrauchswertbereitstellende Kraft", wie es bei Tjaden heißt. Dies schließt zwar immer auch den Zeitaspekt ein, aber wesentlich ist eben die Bereitstellung von Gebrauchswerten.

Weitet sich der Blick auf die gesellschaftliche Gesamtarbeit, dann muß darunter, in der Sicht Tjadens, der damit die traditionelle Fassung durchbricht, die produzierende und reproduzierende Bereitstellung von Gebrauchswerten verstanden werden. Es versteht sich, daß das Verständnis von Produktivkraft als Wirkungsvermögen auch die Basis zur Polemik mit jenen Ansichten wird, bei denen Tjaden ein verdinglichtes Produktivkraftverständnis ortet, etwa beim Konzept der wissenschaftlich-technischen Revolution. Freilich steht bei Tjaden nicht das System gesellschaftlicher Arbeit als Gefüge von Verhältnissen lebendiger zu vergegenständlichter Arbeit

zur spezifischen Untersuchung an. Insofern kommen die Umbrüche in diesem System nicht in das Blickfeld, weshalb aus der Sicht des Rezensenten die Kritik Tjadens nicht überzeugend ist. Dies gilt auch gegenüber seiner Ablehnung der These von der Produktivkraftdeformation, von Produktivkrafttypen u.a. Sie lassen sich sehr wohl aus einem nichtverdinglichten Produktivkraftverständnis begründen, das dann eben sukzessive auch die Momente der technologischen Vergegenständlichung einzubeziehen hat.

Während der erste Hauptabschnitt der Studie vor allem der Darstellung der systematischen Zusammenhänge und der Begriffsbestimmungen gewidmet ist, geht es im zweiten Abschnitt um die historische Entwicklung. Dabei wird der Bogen bis zum Aufkommen der Primaten in der Evolution geschlagen und die Genese des Mensch-Natur-Verhältnisses bis dahin zurückverfolgt.

Die erste Produktivkraftrevolution vollzieht sich im Neolithikum vor 10.000 Jahren, als die Beutewirtschaft durch Ackerbau und Viehzucht abgelöst wird und eine kontinuierliche Kontrolle über die Nahrungsmittelverfügbarkeit entsteht, womit dann auch die Grundlagen für die genetilstische Formierung der Produktionsweise bzw. Gesellschaft, die bis dahin bestimmend war, entfallen und sich in der Linie der altorientalischen Gesellschaften deren Ablösung durch eine ökonomische Formierung der Produktionsweise mit Privateigentum, Klassen, Staat

usw. vollzieht. Der primären, genetilstischen Formation der Gesamtarbeit folgt das Zeitalter der sekundären, ökonomischen Formation, in der die Klassenwidersprüche der Arbeit bis in die familialen und Naturbeziehungen prägend werden.

Nebenbei sei es vermerkt, daß mit Tjadens Studie m.E. auch eine hervorragende materialistische Grundlage zur Untersuchung von Geschlechterbeziehungen, Familie, Haushalt usw. gegeben ist, Bereiche, die hier nur jeweils am Rande gestreift werden, bedürften sie doch vom Material und der Spezifik der breiteren Erörterung.

Tjaden bringt uns bei seinem historischen Exkurs vor allem wieder in Erinnerung, was Produktion um der Produktion willen vom Standpunkt der Ressourcenbeanspruchung bedeuten muß, weshalb er auch den Übergang zur Krise des Systems Mensch-Biosphäre mit der Durchsetzung der industriellen Revolution und des Industriekapitalismus in Zusammenhang bringt. Seither weitet sich die Schere zwischen Produktionsmittelproduktion und Reproduktion von Arbeitskraft und Natur mit der Entfaltung der inneren Logik, d.h. des Ziel-Mittel-Konflikts, der von Marx im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate formuliert worden war, immer weiter aus. Die damit entstandene Fundamentalkrise, die sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts mit dem Übergang der Biosphären-Totalität zu einem globalen System zur Existenzkrise der Menschheit zugespitzt hat, kann nur dann

überwunden werden, wenn die ökonomisch gesteuerte progressive Erneuerung des Produktionsmittelfonds als Steuerungszentrum der gesellschaftlichen Arbeit - eben der Kern einer kapitalistischen Gesellschaft - durch eine andere Steuerung ersetzt wird. In ihrem Mittelpunkt müßte die Reproduktion der Gesamtheit der Arbeitskraft - und damit auch die Lösung von einem produktionszentrierten Arbeitsbegriff - und der Naturquellen und eine komplexe Vernetzung aller das Verhältnis Mensch-Biosphäre betreffenden Prozesse stehen. Dies erforderte auf gesellschaftlichen Vermögensfonds beruhende neue Arbeitsverhältnisse mit volkswirtschaftlichen Steuerungsleistungen politischen Charakter, kurz den Übergang zu einer neuen Phase gesellschaftlicher Gesamtarbeit, "zur Phase der politischen Formierung der Gesellschaft, welche auch als tertiäre Formation bezeichnet werden kann". (79)

Nur unter den Bedingungen einer solchen "politisch-gemeinwirtschaftlichen Formation" kann industriemäßige Produktion fortgeführt werden. Dies ist das Sozialismusplädoyer mit dem Problembewußtsein unserer Zeit auf der Grundlage einer Weiterentwicklung des Marxismus als eines für neue Realitäten offenen theoretischen Systems und zwar als eines theoretischen Prozesses, der sich mit puristischem Eifer zuerst einmal seiner, wenn man so will, orthodoxen Grundlagen vergewissert. Dies, so will es dem Rezensenten scheinen, ist überzeugender

als alle Pamphlete pro oder contra "Krise des Marxismus".

Es liegt in der Natur einer solchen materialistischen Betrachtungsweise, daß ihr das Verständnis von gesellschaftlichem Fortschritt nicht abhanden kommt. Bleibt man bei der gesellschaftlichen Arbeit als Substanz von Gesellschaft, dann ist gesellschaftlicher Fortschritt eben an die Höherentwicklung des Systems gesellschaftlicher Arbeit gebunden. Und diese Höherentwicklung ist an die Durchsetzung einer neuen Produktions- und Arbeitsweise gebunden, die eine Stabilisierung der Biosphäre durchzusetzen vermag, was na nur per radikaler Neugestaltung des Stoffwechsels und Energieaustauschs mit der Natur möglich ist. Der traditionelle Schlachtruf der Sozialisten von der Befreiung der Arbeit erhält damit einen neuen Sinn und Inhalt und der marxistische Ansatz des historischen Materialismus bringt "das Rot zum Grünen". Ein "grüner Marxismus" der Tjadenschen Art bleibt nicht bei der Problemaddition bzw. der Scheinmodernität des Konzepts der globalen Probleme, sondern er verarbeitet die neue historische Konstellation und ihre Erscheinungsformen in einem nach vorn offenen theoretischen Konzept, in das das empirische und theoretische Wissen der Zeit eingehen kann.

Einer solchen Geschichtsbetrachtung muß sich die Niederlage des Sozialismus, das "Zurückkriechen" dieser Gesellschaftsformation als besonderes Problem stellen. Wie schon erwähnt, kritisiert Tjaden

den Realsozialismus seines realen etatistischen Technokratismus wegen, womit die Fehlentwicklungen des Kapitalismus (Produktion um der Produktion willen) nur auf anderer Basis, in anderen Kategorien und unter anderen konkreten Antrieben wiederholt wird. Wenn er darauf verweist, daß man zur Erklärung der Realentwicklung wahrscheinlich einer Theorie des stalinistischen Terrors bedürfe, dann drückt dies wohl seine Meinung aus, daß es um eine historische Analyse zu gehen habe. Aber es liegt auf der Hand, daß dabei auch die Analyse des subjektiven Faktors, der Systemauseinandersetzungen usw. eine Rolle spielen müßte, was nicht Gegenstand dieser Studie sein konnte.

Bei der Herausarbeitung der Grundzüge der bestehenden Gesellschaftsformationen in Abschnitt 3 geht es ihm vor allem um deren typische Merkmale, ihren Modellcharakter. Die politische Formierung der sozialistischen Produktionsweise unterscheidet "sich von der gentilistischen Formierung der Urgesellschaft durch die Dichte des Austauschs zwischen Mensch und Biosphäre und von der ökonomischen Formierung der Gesellschaft antagonistischen Typs durch eine andere Grundlage und Gestaltung der Arbeit in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion", "d.h. durch eine andere gesellschaftliche Verfassung der Verausgabung von Arbeitskraft und Aneignung von Naturquellen". (142) Diese progressiven Organisationsprinzipien hätten

in Ansätzen auch den Realsozialismus bestimmt.

Wenn es recht verstanden wurde, dann steht Karl Hermann Tjaden den Vorstellungen von einer Produktionsweise sozialistischer Warenproduktion zumindest distanziert gegenüber. Dies ist klar, steht doch im Mittelpunkt des notwendigen Umsteuerns der "Gebrauchswertaspekt". Dies schließt allerdings die Notwendigkeit der "Rechnung mit Wertgrößen" bei einer "gebrauchswertbezogenen Lenkung der Produktion und Reproduktion im volkswirtschaftlichen Maßstab" bzw. ihre Kombination in einem angemessenen System nicht aus. (156) Das ist aber etwas anderes als die Installierung einer sozialistischen Warenproduktion. Für ihn besteht das Wesen der politischen Gesellschaftsformation in der "Einrichtung, Betätigung und Verbesserung eines demokratischen Systems der volkswirtschaftlich ausgerichteten Planung, Leitung und Rechnungsführung in Bezug auf die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion" (158), also in der durchgreifenden Demokratisierung.

Tjaden sieht in der heutigen Epoche den tiefsten Einschnitt in den historischen Mensch-Natur-Beziehungen. Diese Zäsur ist in vieler Hinsicht nur mit jener beim Ingangkommen der Photosynthese zu vergleichen, wo entweder das unter einer besonderen erdgeschichtlichen Konstellation entstandene Protoplasma durch die Vorstufen der Einzeller aufgebracht werden mußte, oder neue

Energie- und Stoffquellen zu erschließen waren. Und letzteres geschah mit der Photosynthese. Heute ist der Übergang zu stoffzyklierenden und energieflußoptimierenden Formen der gesellschaftlichen Arbeit für das Fortbestehen der Menschheit von gleicher Bedeutung wie damals die Photosynthese für den Fortgang des Lebens auf der Erde. Dies ist die Bedingung zur Stabilisierung des Mensch-Biosphären-Systems, worunter von Tjaden verstanden wird "die Herstellung einer Verfassung dieses globalen Systems (-), in der die das menschliche wie das übrige Leben auf der Erde bedrohenden, letztlich stofflichen und energetischen Entwicklungen gestoppt sind, welchen ökonomischen, sozialen technischen und kulturellen Ursprungs sie auch sein mögen". (184) (Und die unter diesem Diktum größte "normale" Bedrohung der Menschheitsexistenz, erlaubt sich der Rezensent hinzuzufügen, ist die Arbeits- und Lebensweise, die der US-amerikanische Imperialismus hervorgebracht hat und dessen Herrschaft er der Menschheit aufzwingen will.) Die "Wurzel der Störungen des Mensch-Natur-Verhältnisses ist die gesamtgesellschaftliche Arbeit als Vermittlung, Regelung und Steuerung des Stoffwechsels und Energieflusses zwischen menschlichen Lebenwesen und außermenschlicher Biosphäre". (197)

Abschließend sei es nochmals unterstrichen, daß sich jenem oder jener, die sich weder von der Systematik der Abhandlung noch von ihrer spröden Diktion abschrecken

lassen, der theoretische Reichtum einer marxistischen historisch-materialistischen Betrachtungsweise auf dem Problemniveau unserer Zeit erschließt. Der systematische Charakter ist von Vorteil für eine kollektive Aneignung in Zirkeln, Arbeitsgruppen usw. Wem Erneuerung marxistischen Denkens nicht nur eine Floskel ist, der kommt um Tjaden's Buch, das Ergebnis einiger Jahrzehnte intensiver wissenschaftlicher Arbeit und die vielleicht wichtigste deutschsprachige marxistische Abhandlung der letzten Jahre, nicht herum.

Heinz Jung

Mut zur Erkenntnis

Ahlheim, Klaus: Mut zur Erkenntnis: Über das Subjekt politischer Erwachsenenbildung. Herausgegeben von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Hochschulverbandes, Klinkhardt, Bad Heilbrunn/Obb., 1990, 168 S., DM 17,-.

Der Titel spielt mit Begriffen, die in hohem Maße Assoziationen wachrufen: "Mut" war vor einigen Jahren nicht zur Erkenntnis, sondern zur Erziehung gefragt, und Subjekt dieser Frage waren (fast) alle, die in der deutschen Pädagogik für law and order standen.

"Subjekt" politischer Erwachsenenbildung sind für Klaus Ahlheim, hochschulpolitisch engagiertes GEW-Mitglied und Professor für Erwachsenenbildung in Marburg, keinesfalls Theoretiker

und Praktiker der Erwachsenenbildung, sondern Menschen, die sich der politischen Grundlagen emanzipatorischen Handelns versichern und von Objekten zu Subjekten des gesellschaftlichen Prozesses werden wollen.

Uns, die aktuellen oder - angesichts der Teilnehmerzahlen an VHS-Kursen politischer Erwachsenenbildung - vorwiegend potentiellen Subjekte der Erkenntnis beschreibt Klaus Ahlheim als gefangen in einem komplexen und widersprüchlichen Strukturgeflecht historischer und aktuell-politischer Bezüge. Wie sollen wir uns zu autonomen Individuen im Sinne der Aufklärung entwickeln können, wo wir doch im Alltag unseren Frieden mit der Unmündigkeit gemacht haben? Auch als abhängig Beschäftigte profitieren wir von der Unterdrückung der dritten Welt; sofern wir uns in der Tradition der "klassischen" Arbeiterbewegung begreifen, sind wir oft in rationalistisch-fortschrittsgläubig orientierten Denkmustern verhaftet, die zum Erfassen gesellschaftlicher Entwicklungen nicht mehr ausreichen.

Das Wissen um Widersprüche in den eigenen gesellschaftlichen Bezügen führt bei Klaus Ahlheim allerdings nicht zu Resignation und Verzicht auf Handlungsperspektiven. Aktueller Rechtsextremismus ist für ihn eine Herausforderung an die politische Bildung, wobei er keinen Zweifel daran läßt, daß er den deutschen Faschismus auch - nicht nur - für eine Funktion ökonomischer Interessen hält. Er besteht darauf, wirtschaftliche und

politische Ursachen von modernem Rechtsextremismus wissenschaftlich zu erforschen und die Forschungsergebnisse aufklärerisch zu propagieren. Er lehnt es explizit ab, potentiell faschistische Denkmuster z.B. in Köpfen Jugendlicher bestehen zu lassen und lediglich sozialpädagogisch auf solche Jugendliche einzugehen.

Wer Aufklärung als Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit mit Aussicht auf Erfolg propagieren will, muß über ein kategoriales Gerüst zur Beschreibung der Wechselbeziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft verfügen. Ein solches Gerüst steht heute nicht mehr selbstverständlich zur Verfügung. Klaus Ahlheim unternimmt den Versuch, es zu konstruieren. Dabei zeigt sich, daß er zwei theoretischen Linien verpflichtet ist, die seit den späten Jahren der Weimarer Republik kaum mehr Schnittpunkte aufweisen: der "rationalistischen" Denkweise des dialektischen und historischen Materialismus einerseits, einer auf psychoanalytischen Kategorien basierenden kritischen Sozialpsychologie andererseits. Wer über Perspektiven linker Politik im vereinigten Deutschland nachdenkt, sollte die entsprechenden Passagen des Buches auch dann nachlesen, wenn er nicht vordergründig an Erwachsenenbildung interessiert ist.

Klaus Ahlheim versucht mit Hilfe des skizzierten kategorialen Rahmens eine Bestimmung des Verhältnisses von politischer und beruflicher Bildung unter heutigen gesellschaftlichen Bedingungen. Er

plädiert dafür, in Gewerkschaften und anderen Organisationen, die Weiterbildung betreiben, "Angebote zu entwickeln und öffentlich zu fordern und zu fördern, in denen wiederum - freilich vornehmlich an den Interessen der Lernenden orientiert - berufliche und politische, nicht zuletzt auch kulturelle Bildung eng verzahnt sind. Nur so könnte dann auch gewerkschaftliche Bildungsarbeit Teil einer wirksamen Gegenstrategie werden."

Alles in allem: Klaus Ahlheim hat ein diskussionswürdiges Buch geschrieben. Ob wir nun aus der SPD kommen oder aus der PDS, aus den Bürgerbewegungen oder von den GRÜNEN: wenn wir über linke, demokratische Strategien im neuen Deutschland sprechen, sollten wir seine Analysen und Vorschläge einbeziehen.

Kurt Bunke

Fünf Mark

kann sich verdienen, wer ein Heft von 'Z' an InteressentInnen weiterverkauft.

Wir bieten jeder Wiederverkäuferin und jedem Wiederverkäufer die Zeitschrift für 10.- DM pro Exemplar an. Wer sie zum regulären Einzelverkaufspreis von 15.- DM an interessierte Nicht-AbonnenInnen verkauft, hat sein Schnäppchen gemacht. Je mehr desto gut!

Wir wollen das Verfahren möglichst einfach gestalten.

Sie bestellen mit dem untenstehenden Coupon eine x-beliebige Anzahl Hefte zum Wiederverkauf.

Wir liefern die Hefte und eine Rechnung (10.- DM je Exemplar)

Sie verkaufen weiter an Freundinnen und Freunde oder an noch unbekannte InteressentInnen.

Binnen eines Vierteljahres (d.h. bis zum Erscheinen des nächsten Hefes von 'Z') begleichen Sie die Rechnung. Wer weniger als die angeforderten Hefte verkauft, schickt die Restexemplare an uns zurück - und braucht diese natürlich auch nicht zu bezahlen.

Damit ist die Sache erledigt.

Wer als WiederverkäuferIn 'aufgefallen' ist, bekommt von uns kurz vor Erscheinen der nächsten Ausgabe von 'Z' ein freundliches Schreiben, mit dem wir nachfragen, ob weiterhin Interesse am Wiederverkauf besteht. Falls nein, ist die Sache für Sie und uns erledigt. Falls wir ein ausdrückliches JA erhalten... - siehe oben.

JA, ich möchte 'Z' weiterverkaufen.

Schickt mir bitte.....Exemplare von Heft 5 (März 1991) zum Preis von 10.- DM pro Exemplar. Ich werde die der Lieferung beiliegende Rechnung binnen drei Monaten bezahlen. Nichtverkaufte Exemplare kann ich zurückgeben, diese bringe ich mit 10.- DM pro Exemplar in Abzug.

Meine Bereitschaft zum Wiederverkauf gilt nur für eine Ausgabe von 'Z'; eine automatische Verlängerung ist ausgeschlossen.

Name.....

Straße.....

PLZ/Ort.....

Datum/Unterschrift.....

Einsenden an: 'Z'-Vertrieb, Kölner Str. 66, 6000 Ffm 1